

In diesem Heft

Editorial 3

Partei des Demokratischen Sozialismus

HORST KAHRS
Was kommt nach den »Reformern« in der PDS? 5

ROLAND CLAUS
Die PDS und die anderen.
Parlamentarische Arbeit zwischen Ausgrenzung,
Wettbewerb und Kooperation 10

Globalisierung

ELMAR ALTVATER
Schwierigkeiten mit der neoliberalen »pensée unique«.
Der Internationale Lelio Basso Preis
und die Suche nach politischen Alternativen 15

BORIS KAGARLITZKI
Globalisierung und Marxismus 26

Soziale Gerechtigkeit

LUTZ BRANGSCH
Soziale Sicherheit als Zivilisationsgewinn? 37

JOACHIM TESCH
Zur Vermögensverteilung in Deutschland
und ihren Konsequenzen für die Politik 43

MICHAEL CHRAPA
»Soziale Nachhaltigkeit« – ein neuer Strategiebegriff?
Zur Formierung zukunftsfähiger Ideen für linke Kräfte 55

Zukunft der Arbeitswelt

HEINZ-DIETER HAUSTEIN
Evolutionskrise, Arbeit und technologische Innovation 62

ANDREAS REICHSTEIN
Die Zukunft der Arbeitswelt 73

Zukunft der Demokratie

HERMANN KLENNER Demokratie, Rechtsstaat und Gesellschaft	85
UWE-JENS HEUER Die Sozialisten und das Grundgesetz	91
THOMAS GENSICKE Bürgerschaftliches Engagement im Osten und im Westen Deutschlands	103

Kommunalpolitik als sozialistische Politik

FRANK BERG Politikwechsel und Reformpolitik: Der Fall Mecklenburg-Vorpommern	117
--	-----

Theorie und Geschichte

ERIC HOBSBAWM Das Jahrhundert der Arbeiterbewegung	128
FRIGGA HAUG Feministisch arbeiten mit Marx	140
WOLFGANG KÜTTLER Formationstheorie zwischen Dogma und Wissenschaft	152

Editorial

Kapitalistische Globalisierung bedeutet eine fortwährende Steigerung sozialer Ungerechtigkeit. Das ist längst Alltagserfahrung. Die Preise im internationalen Ölgeschäft steigen dieser Tage scheinbar unaufhaltsam. Die Mineralölkonzerne nutzen den Trend, um die Preise für Treibstoffe, ohne die auch das neueste Auto sofort zu Schrott gerät, noch schneller in die Höhe zu treiben. Hält die Entwicklung an, könnte Autofahren in absehbarer Zeit zum Privileg von Gutbetuchten werden – ganz wie am Anfang des nun zu Ende gehenden Jahrhunderts. Die Orangen, deren Saft wir morgens trinken, sind in den letzten Wochen um ein Viertel teurer geworden. Da müssen auch hier, im doch eigentlich so reichen Deutschland, viele heute schon verzichten. Als vor mehr als zweihundert Jahren in Frankreich das Brot so teuer geworden war, daß ein großer Teil des Volkes hungern mußte, fragte die damalige Königin Marie Antoinette, warum sie denn keinen Kuchen üßen. Es folgte eine Revolution, in deren Gefolge die Welt nachhaltig verändert wurde.

Globalisierter Kapitalismus bedeutet nicht nur, daß die Erträge gesellschaftlicher Arbeit aus den realen Wirtschaftskreisläufen in die virtuelle Sphäre der internationalen Finanzmärkte umverteilt werden. Er bedeutet auch, daß aus dieser Geisterwelt des sich selbst wertsteigernden Geldes ein gewaltsamer Druck in Richtung Profitsteigerung in der realen Wirtschaft ausgeübt wird, der letztlich permanenten Arbeitsplatzabbau bewirkt. Die Konsequenz besteht in stagnierenden Investitionen, was bei gleichzeitiger Produktivitätssteigerung die Reduzierung von Lohnarbeitsplätzen zusätzlich beschleunigt. Und sie besteht in defizitären Staatskassen, die Einschränkungen in den Dienstleistungen für die Gesellschaft erzwingen. Aus der Apotheke an der Ecke ging gestern eine Frau wieder ohne das offenbar benötigte Medikament hinaus, weil sie das Geld für die Rezeptgebühr »nicht dabei« hatte. In der Art der Salamtaktik werden für Normalverdiener und kleine Leute die Steuern und Abgaben immer ein kleines Stück mehr erhöht. Immer mehr gesellschaftlich notwendige Arbeit bleibt in den reichen kapitalistischen Metropolen ungetan. Und in den ärmeren Regionen auf diesem Globus hat nicht einmal jedes zweite Kind die Chance, nicht zu hungern.

In den Zentren des Kapitalismus – noch immer gern als »Wohlstandsgesellschaften« etikettiert – wächst der Ruf nach mehr sozialer Gerechtigkeit. Denn es ist eben wahr: »Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produk-

tionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren« (Karl Marx/Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, 1848). Und betreibt diese Revolutionierung heute in so dramatischer, oft gar perverser Form, daß die Notwendigkeit zu einer Veränderung der Gesellschaft immer drängender zu Tage tritt.

Zwar: Wir leben in gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen solche Veränderungen, die ja etwas ganz anderes sein müssen als die gehabte Revolutionierung, fast unmöglich erscheinen. Und dennoch haben sozialistische Bewegung und sozialistische Politik zum Ziel, die Welt zu verändern: in Richtung auf mehr soziale Gerechtigkeit, auf mehr Solidarität und auf mehr Selbstbestimmung. Unter den Bedingungen des globalisierten Kapitalismus müssen die Möglichkeiten gesellschaftlicher Alternativen allerdings neu erarbeitet werden. Und nichts anderes – und nichts Geringeres! – als dies ist die Aufgabenstellung sozialistischer Programmdiskussion von heute.

10 Jahre PDS und 10 Jahre Diskussion sozialistischer Alternativen, wie sie sich »UTOPIE kreativ« zum Anliegen gemacht hat, zeigen auf ihre Weise, wie unerhört kompliziert es ist, in solcher Programmentwicklung voran zu kommen. Und wie schwierig, als theoretisch richtig Erkanntes auch noch in zupackender Formulierung mit den Alltagserfahrungen von Millionen so zu verbinden, daß daraus gesellschaftliche Kraft werde!

Aber wie klein die Steinchen auch sein mögen, die da zusammengetragen wurden in den vergangenen Jahren: Sie helfen beim allmählichen Aufhäufen neuen und beim kritischen Sichten tradierten Wissens, und sie beweisen: Stillstand ist nicht eingetreten. Auch wenn »der Zeitgeist« unentwegt ganz anderes zu vermelden sucht.

Die im vorliegenden Sonderheft vom Bereich Grundsatzfragen des PDS-Parteivorstandes und der Redaktion gemeinsam zusammengestellten Aufsätze aus vergangenen Heften von »UTOPIE kreativ« sind eine Sammlung einiger ausgesuchter unter den gemeinten Steinchen. Die, die sie aufhäufen, sind älteren und jüngeren Jahrgangs, kommen aus Ost und West (-Deutschland und -Europa) und sind PDS-Mitglieder oder mit der PDS durch diesen oder jenen festere oder losere Sympathiestrang verbunden. Das gemeinsame Ziel offenbart sich in Offenheit und Vielfalt, in Streitbarkeit und im Mut zur suchenden Frage »Wohin?«

Etwas Uraltetes aber brauchen auch die besten neuen Ideen und Überlegungen: Sie müssen gelesen werden. Unsere Erfahrungen sagen: Diese Einsicht gewinnt – nach einigen Jahren schmerzlicher Nachwehen erstarrter Parteilehrjahresrituale hie und aktionsgeprägter Abneigung gegen Geschriebenes da – wieder an Boden. Weshalb wir uns also an die ersten Nachdrucke in der Geschichte von »UTOPIE kreativ« wagen. Nicht zufällig exakt mit Blick auf den PDS-Parteitag in Cottbus. Denn dort muß Neues auf den Weg kommen. Auch in der Programmdebatte.

HORST KAHRS

Was kommt nach den »Reformern« in der PDS?

Der Münsteraner Parteitag und seine mediale Interpretation haben die Erfolgskrise der PDS sichtbar gemacht. »Erfolgskrise« meint nicht, daß nach dem Erfolg die Krise kommt, sondern daß der Erfolg selbst krisenhaft war, daß die Art und Weise, wie die Erfolge zustande kamen, fast notwendig in einer Krise enden mußte. Wie tief diese Krise geht und welche Chancen sie birgt, wird auszuloten sein. Die Interpretation der Krise ist immer auch selbst ein Teil von ihr.

Mit dem Naheliegendsten beginnend: Seit über zwei Jahren sind die Rückzugsabsichten von Gregor Gysi bekannt, ähnlich verhält es sich bei Lothar Bisky. Und unabhängig von persönlichen Absichtserklärungen verhält es sich so, daß bewährtes Führungspersonal abtritt, zum Beispiel weil die historische Aufgabe erfüllt ist. Zu den Krisenphänomenen zählt, daß so gut wie nichts getan wurde, um den Wechsel im Führungspersonal und der Repräsentanten der Partei auf Bundesebene vorzubereiten, auch die Abtretenden wenig Zeit und Energie darauf verwendeten, das Feld zu bestellen, was immerhin zur Leitungsverantwortung zählt. In der Personalfrage verharrte »die Partei« wie das Kaninchen vor der Schlange, schlitterte sehenden Auges in die Führungskrise. Nicht die Personalfrage, sondern die Abwesenheit von politischer Problembewältigungsfähigkeit charakterisiert ein Krisenmoment.

Der Verzicht von Lothar Bisky und Gregor Gysi markiert das Ende einer zehnjährigen Entwicklungsphase der PDS: Die *Chance*, daß eine deutsche demokratisch-sozialistische Partei entsteht, ist etabliert.

Jetzt kommt es darauf an, diese Chance zu nutzen oder zu verspielen. Die demokratisch-sozialistische Partei in Deutschland ist die PDS noch nicht. Stellvertretend für viele andere diese These stützende Belege mag auf die interessante Tatsache verwiesen sein, daß in der gesamten Debatte um das Für und Wider eines neuen Programms kaum jemand darauf verwies, daß allein die ersten beiden Sätze des gültigen Programms ein neues Programm erforderlich machen: Die Gegenwart ist nicht mehr durch »das Scheitern des sozialistischen Versuchs in Osteuropa« gekennzeichnet (es sei denn in der Gestalt, daß jede Gegenwart eine Vergangenheit hat), auch zeichnet sich die gesamtdeutsche Situation nicht mehr primär dadurch aus, daß »der wirtschaftliche und soziale Niedergang, die massenhafte politische Ausgrenzung in Ostdeutschland ... bedrohliches Ausmaß« annehmen.

Horst Kahrs – Jg. 1956, Sozialwissenschaftler, seit 1995 wissenschaftlicher Mitarbeiter für Arbeitsmarkt und Sozialpolitik der Bundestagsgruppe/Bundestagsfraktion der PDS. Gehört zur Beratergruppe des Fraktionsvorstandes. Erstveröffentlichung in: UTOPIE kreativ, Heft 115/116, S. 437-441.

Die Perspektive des Zusammenbruchs, des Niedergangs und der Verfolgung durchzieht das gesamte Programm, es dient der Selbstbehauptung und -verteidigung. Seine entscheidende Schwäche liegt genau darin: Es kommuniziert ostdeutsche Erfahrungen, begründet für Ostdeutsche, wozu sie eine demokratisch-sozialistische Partei gebrauchen könnten, aber eben nicht für Westdeutsche. Die PDS braucht ein neues Programm, weil – für die gesamte Gesellschaft, in der Ostdeutsche lediglich eine qualifizierte Minderheit sind – der Nutzen und die Ziele einer demokratisch-sozialistischen Partei entfaltet werden muß. Ein derart erneuertes Programm wäre Voraussetzung für und Beginn der Phase des Aufbaus einer demokratisch-sozialistischen Partei in Deutschland und brächte die Überwindung des nach Kolonialismus riechenden Schlagworts von der »Westausdehnung«. Die Gelegenheit, aus den ostdeutschen, den DDR-Erfahrungen systematisch ein gesamtdeutsches sozialistisches Projekt zu entwickeln, ist über die notwendige Verteidigung von »Ostinteressen« vertan worden.

Die Selbstinterpretation der Entwicklung der PDS durch ihre öffentlichen Meinungsführer – weniger durch die -führerinnen – als ständige Auseinandersetzung zwischen »Reformern« und »Traditionalisten«, »modernen Sozialisten« und »Altkommunisten« oder – seit jüngstem – »Dogmatikern« ist zwar medial spannend, transportiert aber nur die eher konspirativen Gefechte aus der SED der achtziger Jahre ins neue Jahrhundert. Geburtsstunde und Ziel der »Reformer« war es, die DDR durch einen »modernen Sozialismus« zu erneuern, die Existenz der DDR war Voraussetzung, 1989 bot sich – endlich – die Chance, zur Mehrheit in der SED/PDS zu werden.

Sicherlich, ein paar Jahre lang drückten die herrschende öffentliche Meinung und »die Medien« der PDS diese Auseinandersetzung auch auf, ohne sie allerdings erfunden zu haben. Es war wie bei Eltern, die ein Kind nötigen, seine guten Absichten zu bekennen. Das Krisenhafte zeigt sich aber darin, daß gerade »die Reformer« dieses Szenario in den letzten Jahren kultiviert haben, daß es unzählige Äußerungen gibt, die die Wirklichkeit und existentielle Bedeutung gerade dieser Auseinandersetzung nach außen kommunizierten als eine zwischen den Guten und den Bösen. Sicherlich, man kann die Situation der PDS so beschreiben, aber auch hier wie in allen anderen Fragen der Politik gilt: Die Problemdefinition setzt die Bedingungen für die Problemlösung. So, wie seitens der »Reformer« die Lage definiert wird, bleibt nur die entscheidende Schlacht oder der ständige faule Kompromiß.

Diese Sackgasse verhindert die Fortentwicklung zu einer demokratisch-sozialistischen Partei in Deutschland. Der Münsteraner Parteitag hat im übrigen gezeigt, daß die Mehrheit der Delegierten und der Mitglieder genau diese Sichtweise nicht für die entscheidende halten, sondern als eine durch die Parteioberen gesetzte. Darin liegt die Chance der PDS. Um die Gelegenheit beim Schopfe ergreifen zu können, müssen sich die Reformer reformieren, sich ihrer durch die Vergangenheit geprägten Haltungen entledigen. Äußerungen von einigen nach dem Parteitag sprechen allerdings für eine fehlende Bereitschaft oder Fähigkeit, sondern lassen die destruktive Fortsetzung alten Denkens befürchten.

Nicht einige »Hamburger«, die KPF oder irgendwelche Dogmatiker bedrohen die Zukunft der PDS, sondern die Politik- und Leitungsfähigkeit der »Reformer«. Wenn es denn wahr ist, was Gregor Gysi in seinem Brief an die Delegierten schrieb, daß die KPF in der praktischen Politik und Politikentwicklung der PDS in den Kommunen, Ländern und im Bund so gut wie gar nicht präsent sei, so lebt die Erkennbarkeit, die Erfahrbarkeit der PDS offenbar von einer überwiegenden Mehrheit anders geprägter, denkender und handelnder Menschen, vermutlich genau von denen, die unter den vorgefundenen politischen Bedingungen konkrete Veränderungen für eine bessere Gesellschaft umzusetzen versuchen, von denen, die das wollen und tun, obwohl sie wissen, daß damit der Kapitalismus nicht abgeschafft wird, die das tun, obwohl ihnen die von Gysi richtig bezeichneten »ideologischen Wächter« die Begrenztheit ihres Handelns immer wieder vorhalten. Diese Auseinandersetzung ist sicher nicht lustig, kann aber auch als immer wieder notwendiges Ausrufezeichen zur Reflexion des eigenen Denkens und Handelns verarbeitet werden. (Von den tatsächlich wenigen Personen, die wie auf dem Parteitag offensichtlich nicht bereit sind, die elementarsten Regeln des innerparteilichen Streits zu beachten, sollte sich die PDS zügig trennen – sofern damit nicht die Hoffnung verbunden ist, das eigentliche Problem entsorgt zu haben.)

Die Gegeneinanderstellung von »demokratisch-sozialistischem Weg« und »Verharren in althergebrachten Sicherheiten«, von »Erneuern und Verharren«, von »Einzelfallprüfung« und »Anspruch auf den Besitz ewiger Wahrheiten« negiert die Berechtigung des Ver- und Beharrens. Sie enthält darüber hinaus keinen Entscheidungsmaßstab zwischen beiden, kein Drittes, an dem sich die Zweckmäßigkeit von Erneuern und Verharren zu beweisen hätte. Das ist auch nicht möglich, weil die Gegeneinanderstellung mittlerweile genauso sinnentleert ist wie jene zwischen »Reformern« und »Traditionalisten«. Vermittelbar ist nach außen von dem, worum es dabei geht, nichts mehr, so daß die Auseinandersetzung mehr und mehr als eine persönlich-biographische Angelegenheit aus vergangenen Tagen begriffen werden muß – und so mangels Argumenten angegangen wird, wenn an Stelle der inhaltlichen Auseinandersetzung die Unterstellung persönlicher Machtambitionen tritt. Genährt, nicht verursacht, wird solche Psychologisierung, wenn der PDS eher pädagogisch daher kommende Übungen wie »Koalitionsfähigkeit«, »Regierungsfähigkeit« oder »Politikfähigkeit« abverlangt werden, ohne vorher oder zumindest gleichzeitig zu sagen, wofür und wodurch sich denn solche »Fähigkeit« auszeichnet. Wer sagt, er wolle »regierungsfähig« werden, muß deutlich machen können, daß er nicht einfach »hoffähig« meint, sondern die Durchsetzung einiger ganz bestimmter Anliegen.

Daran ist dann meßbar, was Regierungsfähigkeit und womöglich Koalition bringen. Der Anspruch, daß einem doch bitte schön keine bösen Absichten unterstellt werden dürfen, weil man doch »glaubwürdig« sei, ist in der Politik fehl am Platze. Wähler und Delegierte haben keinen Anspruch auf Glaubwürdigkeit der von ihnen Gewählten, sondern auf Überprüfbarkeit von Erfolg und Mißerfolg; eine Partei, die allein vom Charisma und der »Glaubwürdigkeit« einzelner

Personen lebt, von der Vertrauensfrage, steckt in der entscheidenden Existenzkrise.

»Reformer« und »Erneuerer« stehen unter Beweis*p*licht. Überzeugt werden will »die Partei« davon, daß es eben nicht um das geht, was uns der »flexible Kapitalismus« alltäglich vormacht: das Jagen nach kurzfristigem Erfolg, das Einreißen von Institutionen, die Aufkündigung von Sicherheiten, die Entwertung von Erfahrung und Tradition. Diese meist erlittene, weniger emanzipativ gelebte Erfahrung des ständigen Wandels begründet die Berechtigung des Verharrens. Man muß nicht jede Mode der Moderne mitmachen. Daraus erwächst die an einzelnen Punkten auch mehrheitsfähige Attraktivität der KPF-Positionen. Anstatt ihnen Dogmatismus und anderes vorzuwerfen, sollte man sie nicht aus der permanenten Beweis*not* entlassen, aus der Not zu beweisen, daß ihre Sicht der Verhältnisse Menschen motiviert, für die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse sich einzusetzen. Letztlich mißt sich hieran die Politikfähigkeit einer demokratisch-sozialistischen Partei: eine ständig steigende Zahl von Menschen zu begeistern, ihre Interessen in die eigenen Hände zu nehmen, sich zu engagieren und zu emanzipieren.

Unter diesem Gesichtspunkt offenbart die Abstimmungsniederlage des Vorstands in Münster und ihre Verarbeitung eine entscheidende Fehlinterpretation. Die klare und eindeutige, eben nicht durch eine »Einzelfallprüfung« theoretisch offene Haltung zu UN-Militäreinsätzen förderte die außerparlamentarische Politikfähigkeit der PDS. An vielen Orten entstanden anlässlich des Kosovo-Krieges Bündnisse, in denen die Stärke der PDS diese Eindeutigkeit war, das nackte Bedürfnis, »Nein!« zum Krieg zu sagen. Daß wenige Wochen später mit Osttimor eine ganz andere Herausforderung an die PDS-Parlamentarier gestellt wurde, daß generell die Gesetze des Handelns und Argumentierens auf der parlamentarischen Bühne andere sind als im außerparlamentarischen, gesellschaftlichen Feld, war demgegenüber von untergeordneter Bedeutung. Statt das Abstimmungsergebnis als Ausdruck des Kräfteverhältnisses zwischen »Reformern« und »Traditionalisten« zu begreifen und zu interpretieren (auch wenn es von manchen so aufgezo-gen wurde), bietet sich auch eine produktivere, zukunftsfähigere Interpretation an, die erst mal auf Schuldzuweisungen und -bekenntnisse verzichtet, wohl aber Verantwortlichkeit gegenüber der Zukunft des Projektes PDS von allen Beteiligten verlangt: Es war ein Sieg der Logik außerparlamentarischen Handelns gegenüber der Logik parlamentarischen Handelns. Gewißheit besteht damit darüber, daß es »die Partei« als eine gesellschaftliche Institution neben ihren Parlamentsfraktionen noch gibt, eine andere Sicht als die verengte Sicht parlamentarischer Politik und damit die Voraussetzung für den Aufbau einer demokratisch-sozialistischen Partei. Das Spannungsverhältnis zwischen Partei und außerparlamentarischer Politik einerseits und Medien- und Fraktionspolitik andererseits zu akzeptieren und systematisch zu entwickeln, zählt zudem zu den Voraussetzungen von Politikfähigkeit, die darauf aus ist, Gesellschaft zu verändern. Ein typischer Fall von Politikunfähigkeit und Disqualifikation für obere Leitungsaufgaben liegt allerdings vor, wenn die eigene Argumentation auf dem aufbaut, was man *nicht* in den Medien lesen will. Größere Anpassung

an die »Mediendemokratie« und Entpolitisierung von Politik ist kaum noch vorstellbar. Weiter weg von der Fragestellung *Was wollen wir in den Medien über die PDS lesen und wie erreichen wir das?* kann mensch sich kaum noch bewegen.

Der kommende Parteitag wird mit dieser Frage verantwortungsvoll umgehen müssen. Er wird der entscheidende Parteitag für die PDS sein. Die Personalfrage steht dabei sicherlich im Mittelpunkt des medialen Interesses, sie stellt sich gegenwärtig aber als höchst uninteressant dar, weil sie mit keinerlei inhaltlichen Fragen verbunden ist. Erfolg und Mißerfolg des Parteitages werden mittelfristig davon abhängen, ob dort eine Frage diskutiert und Richtungsentscheidungen getroffen werden, die in der Gesellschaft auch außerhalb der PDS interessant sind, weil sie oppositionelle Positionen und Interessen aus der Gesellschaft gegenüber der Regierungspolitik aufnehmen und artikulieren. Hierzu könnten zählen: Aussagen zum Verhältnis von Staat und Markt, zum Umbau staatlicher Regelungskompetenzen oder zu unverzichtbaren sozialen Grundrechten, für deren Sicherung die PDS in der Dynamik des politökonomischen Wandels eintritt.

Darüber hinaus wird der Parteitag zeigen müssen, ob zehn Jahre PDS nur die sich hinziehende Nachgeschichte der SED waren oder die Vorgeschichte einer neuen demokratisch-sozialistischen Partei. Die bisherige Selbstinszenierung der PDS-Entwicklung gibt den begründeten Anlaß anzunehmen, daß die PDS für letzteres dringend der Hilfe von außen bedarf. Die Verantwortlichen für die Vorbereitung des Parteitages sollten daher auch über ein weiteres Signal nachdenken: Wer eine demokratisch-sozialistische Partei in der Bundesrepublik will, muß die PDS jetzt mit instandbesetzen, statt weiter abzuwarten.

ROLAND CLAUS

Die PDS und die anderen. Parlamentarische Arbeit zwischen Ausgrenzung, Wettbewerb und Kooperation

Roland Claus – Jg. 1954, Diplomingenieurökonom; nach Studium an der TH Leuna-Merseburg von 1978 bis 1989 in verschiedenen FDJ-Wahlfunktionen tätig (u. a. 1. Sekretär der FDJ-Bezirksleitung Halle); von 1990 bis 1997 Landesvorsitzender der PDS Sachsen-Anhalt und bis 1998 Mitglied des Landtages; seit Okt. 1998 Mitglied des Bundestages, Parlamentarischer Geschäftsführer der PDS-Fraktion.
Erstveröffentlichung in: UTOPIE kreativ, Heft 112, S. 146-150.

Blickt man auf zehn Jahre parlamentarischer Arbeit der PDS zurück, so können Erfolge konstatiert werden, die wir uns am Beginn vielleicht auch selbst gar nicht zugetraut hätten. Diese haben natürlich viele ›Väter‹ und ›Mütter‹. Auch – und nicht zu knapp – äußere.

Zu nennen wäre da zunächst die Strategie der Sozialdemokraten von 1989/90, mit dieser SED nichts, aber auch gar nichts zu tun haben zu wollen. Seitdem ist die SPD in einer Situation, daß sie jegliche Kooperation mit der PDS immer nur in dem Maße gestaltet, wie es ihr von der CDU/CSU erlaubt wird. Das ist ein ernstes Problem. Wir waren dort bereits ein ganzes Stück weiter. Insbesondere in der Binnenkooperation – in internen Absprachen – waren wir bis zum Abgang von Lafontaine in einer qualitativ spannenden Phase, die später ziemlich jäh unterbrochen wurde. Wir arbeiten an diesen ›Background-Kontakten‹ zwar intensiv, aber mühselig und bisher weitgehend erfolglos weiter. Was die CDU im zu Ende gehenden ›System Kohl‹ gegenüber der PDS veranstaltet, läuft auf eine duale Strategie hinaus. Auf der einen Seite öffentliche Ab- und Ausgrenzung, auf der anderen Seite die Benutzung der PDS als Keule in der Hand der CDU gegenüber der SPD.

Spannend ist für mich eine (noch ziemliche neue) Erkenntnis: daß der Antikommunismus für die westdeutschen Bundesländer – also auch für die ›einfachen‹ Bürgerinnen und Bürger – ein offenbar viel größeres identitätsstiftendes Moment war, als ich bisher dachte. Bisher hielt ich immer die positive Beziehung auf das Grundgesetz und die freiheitlich-demokratische Grundordnung für das in dieser Beziehung Entscheidende. Davon mag eine Menge ausgehen, aber welche wichtige Rolle dabei der Antikommunismus spielt, das hätte ich so nicht erwartet.

Auch die Bürgerbewegung hat ihren Teil zur Stärkung der PDS beigetragen, indem sie ihre PDS-Kritik auf die Formel reduziert hat: »Jagt die SED!« Damit hat sie sich sehr schnell einen ›Anti-Ost-Bonus‹ verschafft. Infolgedessen ist sie schließlich im Osten so eingebrochen, daß selbst die Parteizentrale der Bündnisgrünen den Wahlkämpfen im Osten kaum noch Bedeutung beimißt.

Natürlich hat auch die PDS selbst etwas zum eigenen Erfolg beigetragen. Sie hat vielleicht mehr Chancen genutzt, als sie selbst hatte. Der Drang der PDS in die Parlamente war für sie mit dem Zwang verbunden, sich gegenüber der Gesellschaft zu öffnen. Es wäre mit der PDS sicherlich nichts geworden, wenn man uns mit uns selbst in Ruhe gelassen hätte. Dies allein reicht natürlich noch nicht

Dieser Text ist die nach dem Mitschnitt der freien Rede entstandene Druckfassung eines Beitrags, den der Autor auf der Konferenz der Bundesstiftung Rosa Luxemburg »Die PDS im Parteiensystem« am 4. Dezember 1999 in Berlin hielt.

für Zukunft, aber es spricht für unsere Resistenz – und auch für die Fähigkeit, die Strategien der anderen gegenüber der PDS zum eigenen Vorteil auszunutzen. Und wie die Situation sich gegenwärtig darstellt, können wir uns wohl auf unsere Konkurrenten dahingehend verlassen, daß sie auch zukünftig Strategien entwickeln werden, die der PDS eher nutzen als schaden.

Auf allen Ebenen der parlamentarischen Arbeit gibt es heute sowohl Ausgrenzung und Wettbewerb als auch – zumindest in Ansätzen – Akzeptanz und Kooperation. Aber auch hier genügt natürlich nicht »die einfache Wahrheit« (Volker Braun). Wenn man es sich einfach machen wollte, könnte man sagen: Kooperation findet vor allem in Schwerin und Magdeburg statt (wobei in der Öffentlichkeit bemerkenswerterweise kaum noch zwischen den beiden unterschiedlichen Kooperationsformen differenziert wird); Wettbewerb hätten wir dann in Dresden und Erfurt, wo die PDS nach den letzten Landtagswahlen nicht nur den Listenplatz mit der SPD getauscht hat, sondern in eine neue »Spielklasse« aufgestiegen ist; und Ausgrenzung findet in Berlin statt – auf Landes- wie auf Bundesebene.

Es lohnt aber, sich der Problematik noch etwas differenzierter zu nähern. Die PDS hat sich sicherlich seit 1989/90 häufig geirrt. Mehr als sie selbst geirrt aber haben sich ihre Kritiker, Beobachter und Begleiter. Dafür gibt es eine Reihe von Indizien. So habe ich zum Beispiel am 17. Januar 1994 – das ist das historisch exakte Datum – auf einer Landespressekonferenz in Magdeburg erklärt, daß gegen die drohende »Große Koalition« in Sachsen-Anhalt auch ein Tolerierungsmodell denkbar wäre. Darauf reagierten dann die akademischen Politikwissenschaftler aus Halle mit längeren Abhandlungen, in denen sie – bis zum Wahltag und darüber hinaus – unablässig ihre Studentinnen und Studenten belehrten, warum es völlig unmöglich sei, daß es je in Deutschland zu einer solchen Tolerierung kommen könne. Das wären lediglich Ausnahmerecheinungen in skandinavischen Ländern. Dieselben Herren Professoren lassen heute Dissertationen über das »Magdeburger Modell« schreiben. Ein anderes Beispiel ist der persönliche Phantasieverzicht von Reinhard Höppner, Ministerpräsident in Sachsen-Anhalt, der seit dem ersten Zustandekommen einer Tolerierung bei allen Gelegenheiten erklärt, daß er sich deren Wiederholung nicht vorstellen könne. Kürzlich hat er nun erklärt, daß für ihn eine Situation nicht vorstellbar ist, in der die PDS als stärkerer Partner mit einer SPD in Juniorposition koalitiert. Aber seit wann ist Mangel an Phantasie ein politisches Argument?

Die PDS hat sicherlich viele Brüche, Irrungen und Wirrungen hinter sich. Und sie hat sich dabei erheblich gewandelt. Noch größer als der Wandel der Partei selbst waren jedoch die Wandlungen in der Kritik der PDS. Man vergleiche nur die jüngste Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung über die PDS vom Oktober 1999 mit entsprechenden früheren Arbeiten (siehe Marginalien – d. Red.).

Auch die Situation im Bundestag stellt sich differenziert dar. Da ist zunächst die harte Ausgrenzung. So wurden zum Beispiel Ende 1999 vier Enquête-Kommissionen eingesetzt. Der Beschluß über deren Einsetzung wird formell durch alle anderen Fraktionen, aber nicht durch die PDS getragen – jedoch nicht, weil die PDS etwas gegen diese Kommissionen hätte, sondern weil ihr das Recht auf

Die PDS ist eine, zumindest in Teilen, extremistische und modernisierte kommunistische Partei. Eine »Erneuerung« jenseits der Anpassung der PDS ist nicht erkennbar, noch weniger ihre Demokratisierung. Auch nach der Bundestagswahl 1994 führt sie ihren Angriff auf die Demokratie in Deutschland fort. Die Tarnung ist fast perfekt: Mit peppigem Image und einem scheinbar moderaten Programm versucht die PDS, ihre wahren Absichten vor den Augen der Öffentlichkeit zu verstecken. Jürgen P. Lang, Patrick Moreau, Viola Neu: Auferstanden aus Ruinen ...? Die PDS nach dem Superwahljahr 1994. Interne Studien Nr. 111/1995, herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin, Dezember 1995 (im folgenden: KAS-Studie 1995), S. 206.

Insgesamt scheint es wahrscheinlich, daß die PDS den Höhepunkt ihrer Wählermobilisierung erreicht hat. Sie hat sich an einer fest umreißbaren politischen Konfliktlinie – Einigungsgewinner vs. -verlierer – formiert. Im Prozeß des deutsch-deutschen Zusammenwachsens wird diese Konfliktlinie auf Dauer an Bedeutung verlieren, wodurch die Wählermobilisierung entlang dieses Konfliktes schwieriger wird. Die PDS als Partei des Status quo ante wird mittelfristig ihre Stammklientel gewinnen können, daß sie den bisherigen Wählerstamm noch weiter ausbauen kann, erscheint als eher unwahrscheinlich. KAS-Studie 1995, S. 205.

Die PDS ist in den neuen Ländern zu einem unübersehbaren Machtfaktor geworden. Sie hat seit 1990 ihr Wählerpotential konstant erweitert und ihren Platz im politischen System der Bundesrepublik nicht nur behauptet, sondern auch ausgebaut. ... Auch das Wahljahr 1999 bestätigte auf der Wählerebene den beständigen sanften Aufstieg der PDS. ... In Ostberlin ist sie mit großem Abstand die stärkste politische Kraft.

Viola Neu: Die PDS 10 Jahre nach dem Fall der Mauer. Analysen und Positionen, herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin, Oktober 1999 (im folgenden: KAS-Studie 1999), S. 1.

Mitwirkung durch die andern Fraktionen verweigert wird. Ähnliches hat vor kurzem auch bezüglich eines Antrags im Bereich der Entwicklungspolitik stattgefunden, als es darum ging, einen fraktionsübergreifenden Beschluß zur Unterstützung der Opfer einer Sturmkatastrophe in Lateinamerika zu fassen. Dieser Antrag ist am Widerstand der CSU und derjenigen Ost-Bürgerrechtler, die heute in der CDU sind, gescheitert, weil diese um jeden Preis gemeinsame Beschlüsse zusammen mit der PDS vermeiden wollen. Daß dies für die CDU selbst allmählich zum Problem werden könnte, hat zumindest der Parteivorsitzende Schäuble bereits erkannt, aber bisher konnte auch er sich nicht gegen die ›hardliner‹ in den eigenen Reihen durchsetzen.

Die aggressivste Konfrontation mit der PDS betreibt allerdings die Fraktion der Bündnisgrünen. Das hängt insbesondere mit der Situation um den Kosovo-Krieg zusammen.

Inzwischen findet im Bundestag aber auch ein Wettbewerb zwischen den Parteien unter Einschluß der PDS statt. Das wäre noch vor zwei Jahren nahezu undenkbar gewesen. Die CDU analysiert zum Beispiel inzwischen ziemlich genau die Positionen der PDS, und zwar insbesondere dann, wenn es um Ost-Fragen geht. So wird die PDS in den Debatten immer öfter mit Aussagen ihrer Landtagsabgeordneten – zum Beispiel zum Braunkohleabbau – konfrontiert, weil die CDU erkannt hat, daß Braunkohle für die PDS ein ›schwieriges‹ Thema ist. Das kann durchaus als eine Form von Wettbewerb angesehen werden – die aber nicht mit einer Anerkennung der PDS verwechselt werden darf. Immer noch geht es in erster Linie darum, die PDS ›zu erledigen‹. Und dennoch darf von dieser gleichen PDS inzwischen sogar ›gelernt‹ werden. Das hat zumindest Angela Merkel in bezug auf eine bessere Verankerung ihrer Partei im öffentlichen Leben, in Institutionen und Verbänden usw. eingefordert. Und das wird auch tatsächlich gemacht.

Im Verhältnis zur SPD bezieht sich der Wettbewerb insbesondere auf alles, was im Zusammenhang mit dem Thema ›soziale Gerechtigkeit‹ steht. Hier kann die PDS sicherlich auch noch einiges erreichen. Neu ist, daß erstmals eine größere Anzahl von Anträgen im Haushaltsausschuß Berücksichtigung gefunden hat – von ca. 100 waren es bisher etwa 20. Das geschah zwar nicht immer im Alleingang, oft auch im Zusammenwirken mit ähnlichen Anträgen der SPD, aber das stellt doch einen qualitativen Sprung dar. Allerdings meiden bisher noch alle Minister der Koalition unsere Fraktion, obwohl entsprechende Einladungen bereits vor einiger Zeit intern übermittelt wurden. Das wäre zweifellos ein wichtiger Durchbruch, den wir unbedingt erreichen wollen. Wenn zum Beispiel Minister Riester die Fraktion besuchen würde, wäre bereits das Ereignis – unabhängig vom Ergebnis der Beratungen – ein Wert an sich.

Kooperation findet zumeist nur punktuell statt. Vor dem Kosovo-Krieg waren wir allerdings schon etwas weiter. Grundsätzlich halten wir bei allen parlamentarischen Initiativen die Mitte-Links-Option offen, und wir denken, daß langfristig auch die SPD an einer solchen Zusammenarbeit interessiert sein sollte. Dieses Interesse müßte sich vor allem darauf gründen, daß die SPD bisher der PDS faktisch kampflos den ›Ost-Bonus‹ überlassen hat. In bezug auf eine ganze Reihe von Fragen wäre es durchaus vorstellbar, daß einzelne Forderungen der

PDS in die Politik der SPD Eingang finden – schon weil die SPD dann darauf hoffen könnte, die PDS für bestimmte Beschlüsse, die zum Beispiel den Osten betreffen, mit haftbar zu machen. Wir würden uns einem solchen Konzept natürlich prinzipiell verweigern, aber es wäre die Basis für Verhandlungen über eine partielle Kooperation. An diesem Punkt sind wir zwar noch lange nicht, aber wir werden dahin kommen. Solche ›Durchbrüche‹ sind nicht planbar. Sie ereignen sich eher zufällig – immer dort, wo Politik gezwungen ist, Neuland zu betreten.

Unsere Strategie wird es auch weiterhin sein, inhaltlich Anschluß zum linken Rand der SPD zu halten. Wir können kein Interesse daran haben, daß sich zwischen uns und der SPD eine neue Gruppierung – etwa eine Art ›USPD‹ – formiert. Aus meiner Sicht ist es auch wenig wahrscheinlich, daß die PDS durch größeren Pragmatismus bei politischen Entscheidungen, was manche vielleicht auch als Bewegung nach ›rechts‹ interpretieren, insgesamt ihren Status verliert. Viele dieser Bewegungen sind im Falle der PDS eher Schritte vom Jenseits ins Diesseits.

Eine strategische Herausforderung erwächst uns allerdings aus der Tatsache, daß die SPD die Regierungsformen in Magdeburg und Schwerin auf Bundesebene völlig ausblendet. Am Anfang haben wir das mit einiger Nachsicht behandelt, weil wir vermeiden wollten, daß die SPD dadurch ständig der Kritik von CDU und CSU ausgesetzt wird. Aber inzwischen mußten wir einsehen, daß die unterschiedlichen Formen des Zusammenwirkens der PDS mit der SPD beim Regieren auf Landesebene von vielen SPD-Genossen als eine Art ›Sündenfall im Ausland‹ angesehen werden. Damit wird im Vergleich zu den anderen europäischen Staaten ein deutsches Spezifikum kenntlich. Die Schwelle zwischen Land und Bund ist – für die PDS als dezidiert linke Partei – übernatürlich hoch. Ansonsten läuft im Bundestag auch zwischen CDU und PDS viel mehr, als öffentlich wahrnehmbar wird. Das hat vor allem auch damit zu tun, daß sich die beiden großen Fraktionen inzwischen in einem Maße zerstritten haben, daß sie auch in Verfahrensfragen kaum noch aufeinander zugehen können. Faktisch werden 99 Prozent aller Energie darauf verwandt, die jeweils andere Seite selbst bei simpelsten Dingen möglichst zu behindern. Die Bündnisgrünen gehen in diesem Hickhack nahezu vollständig unter, so daß es oft an den kleinen Fraktionen von FDP und PDS ist, in festgefahrene Fragen des parlamentarischen Verfahrens wieder Bewegung zu bringen.

Bezüglich der von mir bereits erwähnten Mitte-Links-Option geht es der PDS nicht in erster Linie um eine Koalition auf Bundesebene etwa 2002. Eher geht es um ›Koalitionsfähigkeit‹ – was ein Unterschied ist, der allerdings im alltäglichen Medienrummel kaum vermittelbar ist. Koalitionsfähigkeit meint hier zuallererst, daß wir in der Lage sind, unsere politischen Zielstellungen – das, was demokratischer Sozialismus ist – möglichst genau umreißen zu können. Hier hat die PDS sicherlich deutliche Fortschritte gemacht. Dazu gehört auch, daß wir demnächst ein Rentenkonzept vorlegen können, das auch in bezug auf seine haushaltstechnischen Seiten den Vergleich mit anderen Vorschlägen nicht zu scheuen braucht und das im Zusammenhang mit einem Konzept für eine Wertschöpfungsabgabe

Die CDU und die PDS besetzen gegensätzliche politische Pole. Daher weist das Parteiensystem in den neuen Ländern eine Tendenz zur Bipolarität auf. FDP und Bündnis 90/Die Grünen sind in die politische Bedeutungslosigkeit gefallen, die SPD hat ihren Anspruch, linke Volkspartei im Osten zu sein, nicht umsetzen können. In der Konkurrenz mit der PDS verliert die SPD die Zustimmung der Wähler; profitieren können hiervon – aus unterschiedlichen Gründen – CDU und PDS. KAS-Studie 1999, S. 2.

präsentiert werden wird. Aber dazu gehört auch, daß die PDS zukünftig der Versuchung widerstehen muß, sich auf Parteitage eine ›Wunschrepublik‹ zusammen zu beschließen, die dann am Montag danach mit dieser Welt nichts mehr zu tun hat. Und dazu gehört, den überkommenen oder neu kultivierten geistigen ›Avantgardismus‹ zu überwinden.

Die vordringlichste Aufgabe besteht für die PDS in den Jahren bis 2000/1 sicherlich darin, einen behutsamen Imagewechsel einzuleiten. ›Behutsam‹ sollte er vor allem deshalb sein, weil sich natürlich niemand gern von dem trennt, weswegen er gewählt wird. Ferner ist es ein Glücksfall für die PDS, daß die Politikfelder ›Ost‹, ›Soziales‹ und ›Frieden‹ sich als so zentral erwiesen haben. Man stelle sich nur vor, daß die ›innere Sicherheit‹ einen derartigen Stellenwert erlangt hätte – was von einigen CDU-Strategen durchaus beabsichtigt war – , dann hätte die PDS sicherlich größere Mühe. Jetzt kommt es darauf an, die bisher bewiesene Kompetenz auf mindestens zwei Feldern zu ergänzen: bei der ›Wirtschaftsförderung‹ und auf dem Gebiet der ›Zukunftsfragen‹, wo es insbesondere um Jugend und Bildung geht.

Insgesamt ist die PDS gut beraten, das Denken in den Dimensionen eines ›Juniorpartners‹ Schritt für Schritt abzulegen. Viele unserer Konzepte gehen zu stark von der Frage aus: Wieviel politischen Spielraum können wir einnehmen, den uns andere zubilligen? Das ist natürlich eine bedenkliche Form von geistiger Selbstbeschränkung. Was nicht heißen soll, daß die PDS demnächst über Koalitionen oder die Benennung von Ministerpräsidenten nachzudenken hätte – aber auch das wird irgendwann eine Rolle spielen. Zunächst müssen wir eine Art geistiger Selbstbefreiung erreichen. Dazu brauchen wir jene gesellschaftliche Reibung, der wir viel verdanken, auch wenn sie für uns nicht immer angenehm war. Die PDS wird von außen zu Vernunft und Einsicht gebracht oder gar nicht. Nach wie vor ist die Partei nicht in der Lage, die durchaus vorhandenen Entwicklungspotentiale durch eine Form innerer Selbstmobilisierung zu erschließen. Deshalb sollten wir vor allem unseren Kritikern ›danken‹.

Verkürzt man die Wahlmotive, wird die PDS aus einer Mischung von ›Wirkgefühl‹ und Protest heraus gewählt; die CDU, weil sie die zukunftsfähigen (sach)politischen Konzepte anbietet. Daraus ergibt sich auch, daß eine pauschale Ablehnung der PDS nicht trägt und eine inhaltliche Auseinandersetzung um die besten Lösungsansätze in der politischen Realität notwendig ist.
KAS-Studie 1999, S. 7.

ELMAR ALTVATER

Schwierigkeiten mit der neoliberalen »pensée unique«.

Der Internationale

Lelio Basso Preis und die Suche nach politischen Alternativen

50 Jahre nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und anlässlich des 20. Jahrestages des Todes von Lelio Basso (1978) haben die Familie Lelio Bassos und zwei Stiftungen, die seinen Namen tragen und auf verschiedene Weise sein Projekt weiterverfolgen¹, einen (immerhin mit zwei Mal 10 000 US-Dollar dotierten) Preis ausgeschrieben, den »Internationalen Lelio Basso Preis für ökonomische und politische Alternativen«. Lelio Basso war italienischer Sozialist, europäischer Linker und engagierter Verteidiger der Rechte der Menschen und der Völker: *der Völker*, denn es gibt Rechte, die nicht nur dem Individuum zukommen, die aber auch nicht Rechte der »Staatenwelt« (internationales Recht) sind.

Auf seine Initiative wurde in Fortsetzung des »Russell-Tribunals«² Mitte der siebziger Jahre das »Permanente Tribunal für die Rechte der Völker« ins Leben gerufen, das auch heute noch ein Forum ist, um Menschen und Völkern eine Stimme gegen Unrecht, das von staatlichen und parastaatlichen Mächten begangen und durch außerkonstitutionelle, ökonomische Mächte und durch die neoliberal geprägte Weltwirtschaftsordnung verursacht wird, zu geben. Im Rahmen des »Basso-Tribunal« nehmen sich Richter und Sachverständige mit internationaler Reputation der Sache derjenigen an, deren Rechte verletzt worden sind, und die als Zeugen während des Tribunals auftreten³. Das »Basso-Tribunal« kann weder verbindliches Recht sprechen noch seine Sprüche mit Hilfe der nationalen oder internationalen Staatsgewalt durchsetzen. Es ist also machtlos, es ist ein »Meinungstribunal«. Doch als solches leistet es einen Beitrag zur Veränderung der Diskurse, und diese Funktion ist nicht zu unterschätzen.

Nicht daß jemand erwarten würde, mit einer Geldsumme (und sei sie noch so groß) politische Alternativen zum herrschenden neoliberalen Diskurs »einkaufen« zu können. Die *Preisfrage* und deren Dotierung sollten vielmehr *erstens* an einer alten europäischen, aufklärerischen Tradition anknüpfen, an die akademischen Preisfragen des 17. und 18. Jahrhunderts. Sogar bedeutende Denker wie Leibniz oder Rousseau äußerten sich zu den »Preis«-Fragen, die zu ihrer Zeit gestellt wurden. *Zweitens* wurde die Absicht verfolgt, mit der kollektiven Suche nach Alternativen Netzwerke der theoretischen Deliberation und praktisch-politischen Kooperation zu fördern. Kommunikation ist trotz elektronischer Medien nicht kostenlos zu haben. Mit dem Preis sollten also keine Meisterwerke von Individuen monetär prämiert, sondern politische Netzwerke unterstützt werden.

Elmar Altvater – Jg. 1938. Dr. oec. publ., ist Professor für Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, er war Präsident der Jury zum Internationalen Lelio Basso Preis 1998. Erstveröffentlichung in: UTOPIE kreativ, Heft 114, S. 331-341.

1 Diese beiden Stiftungen sind das Institut für das Studium der gegenwärtigen Gesellschaft (ISSOCO) und die Internationale Lelio Basso Stiftung für die Rechte und die Befreiung der Völker; beide Stiftungen haben ihren Sitz in Rom.

2 Das »Russell-Tribunal« wurde von Lord Bertrand Russell 1964 gegründet, um dem Protest gegen die US-amerikanische Aggression in Vietnam ein Forum zu geben. Es tagte zwei Mal in Stockholm und Roskilde unter der Präsidentschaft von Jean-Paul Sartre. Anfang der siebziger Jahre wurde ein »Russell-Tribunal« über die Militärdiktatur in Brasilien vorbereitet. Doch als es im Frühjahr 1974 seine Arbeit aufnehmen wollte, hatte gerade der blutige Militärputsch in Chile stattgefunden. Am Ende der drei Sitzungen des Tribunals in Rom und Brüssel schlug Lelio Basso die Einrichtung eines »Permanentes Tribunals der Völker« vor, gegründet auf einer allge-

meinen Charta über die Rechte der Völker. Dies war die Geburtsstunde der »Basso-Tribunale«. Vgl. F. Rigaux: L'Autodeterminatione nelle Sentenze del Tribunale Permanente di Popoli, in: Fondazione Internazionale Lelio Basso per il Diritto e la Liberazione di Popoli, Tribunale Permanente di Popoli, Le Sentenze 1979-1998, cura e introduzione di G. Tognoni, Lecco 1998, S. 747-760.

3 Vgl. zur Idee und Geschichte der Basso-Tribunale vgl. G. Tognoni: Alle radici del Progetto TTP und F. Rigaux: L'autodeterminatione ..., a.a.O., S. I-XII und 747-760. In diesem Sammelband finden sich sämtliche Urteile des Permanenten Tribunals der Völker und eine Liste derjenigen, die an den Tribunalen mitgewirkt haben.

4 Vgl. dazu den Beitrag von Raffaele Piria in: UTOPIE kreativ, Nr. 102 (April 1999), S. 19-21.

5 Mitglieder der Jury waren: Elmar Altvater (Berlin), Samir Amin (Dakar), Perry Anderson (London), Carlo Basso (Mailand), Linda Bimbi (Rom), Monique Chemillier-Gendreau (Paris), Luiza Erundina (São Paulo), Pierre Galand (Brüssel), Eduardo Galeano (Montevideo), Pablo Gonzalez Casanova (Ciudad de Mexico), David Harvey (Baltimore), Eric Hobsbawm (London), Corinne Kumar (Bangalore), Makoto Oda (Nishinomiya), Leo Panitch (Toronto), Adolfo Perez Esquivel (Buenos Aires), Marco Revelli (Turin), François Rigaux (Brüssel), Stefano Rodotà (Rom).

Drittens sollte mit der Preisfrage die Erinnerung an die politische Persönlichkeit Lelio Basso wachgehalten werden, nicht im Sinne einer Heldenverehrung, sondern um einen auch heute noch bedeutsamen Impuls der politischen Arbeit zu stärken: die kollektiv wachzunehmende Verpflichtung gegenüber den Rechten der Menschen und der Völker.

Die Preisfrage in der international publizierten Ausschreibung⁴ lautete: »*Obwohl das »sozialistische« Regime des ehemaligen sowjetischen Ostblocks gescheitert ist, erscheinen die Frage der Alternativen zur globalen Herrschaft des Neoliberalismus und die Härten der Strukturanpassung erneut auf der Tagesordnung: Politische Krisen, bewaffnete Konflikte, soziale Ausgrenzung und die Umweltzerstörung gefährden das Überleben der Menschheit. Ist es möglich, sich eine demokratische und sozialistische Gesellschaft für das 21. Jahrhundert basierend auf den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts vorzustellen? Der Preis wird an schriftliche Arbeiten vergeben, die sich mit grundsätzlichen Aspekten theoretischer, strategischer und politischer Natur oder Reflexionen zu praktischen Politikerfahrungen befassen.*«

Genau 150 Arbeiten aus aller Welt sind bei der international zusammengesetzten Jury⁵ eingegangen. Sie spiegeln die Schwierigkeiten wider, mit denen eine kollektive Suche nach theoretischen und politischen Alternativen zur »pensée unique« des Neoliberalismus zu rechnen hat. Einige der eingereichten Arbeiten sind in den vergangenen Monaten in *UTOPIE kreativ* publiziert worden. Viele Arbeiten, auch solche, die den Preis nicht gewonnen haben, lohnen die Publikation, weil sie dazu beitragen, die kritische Reflexion zu beleben. Dies gilt auch für die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Aufsätze von Roberto Bugliani, Benedetta Calandra, Bamba Ka, Lev Kreft, Bertell Ollman und Tim Murphy. Sie sind Teil dessen, was Lelio Basso die »ricerca collettiva«, den kollektiven Forschungsprozeß nannte.

Kollektive Forschung als linkes Projekt

Tatsächlich gibt es nach den Erfahrungen des »kurzen 20. Jahrhunderts«⁶ von 1917 bis 1989 keine forsche Antwort auf die Frage nach der Möglichkeit einer sozialistischen Alternative zum vorherrschenden Modell von Marktregulierung und formaler Demokratie. Das ist keine Qualitätsfrage der intellektuellen Beiträge der Verfasser; schon die traditionelle Klassentheorie hat gezeigt, daß das Bewußtsein für Alternativen zur bestehenden Gesellschaft immer nur durch ein »besonderes Kombinat von theoretischen Überlegungen mit systematischer Führung in steten eigenen Tageskämpfen«⁷ entsteht. Daß Alternativen immer den Nachteil haben, mit dem bestehenden und auch herrschenden Angebot erfolgreich konkurrieren zu müssen, liegt wegen der normativen Kraft des Faktischen in der Natur der Sache. Wegen der Schwierigkeiten, ökonomische und politische Alternativen in sich stimmig zu formulieren und ihnen obendrein die erforderliche Attraktivität zu vermitteln, wird auf die Suche danach häufig überhaupt verzichtet und mit dem Verzicht sogleich auch die historische Erinnerung an Idee und Praxis eines demokratischen Sozialismus verdrängt. Oder Alternativen werden ästhetisiert und

entpolitisiert⁸; in diese Richtung tendieren heutzutage nicht wenige der »postmodernen« Linken.

Wie Rosa Luxemburg, die Basso verehrte und mit der er sich in einer Reihe von Schriften auseinandergesetzt hat⁹, war er davon überzeugt, daß Sozialismus ohne Demokratie so unhaltbar sei wie eine demokratische Ordnung ohne soziale Verpflichtung¹⁰; diese wirkt »sozialisierend« und wird so zu einer Bedingung der Existenz einer sozialistischen Gesellschaft. Der Dreiklang »sozial«, »sozialisierend«, »sozialistisch« begleitet ein politisches Projekt, das Basso wie viele andere unabhängige Linke im Westen in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg zu realisieren trachtete. Einfach stellte er sich die Realisierung niemals vor. Die Entwicklung einer sozialistischen Alternative (westlicher Prägung und unter den jeweils gegebenen historischen Verhältnissen) ist nach seiner Meinung das Resultat eines langen und nicht endenden kollektiven Prozesses der forschenden Suche (»ricerca collettiva«), der politischen Aktionen und ihrer Reflexion, eine weltweite Aufgabe für einzelne und Bewegungen, für intellektuelle und politische Aktivisten. Die sozialistische Alternative wird also weder aus dem »sozialistischen Lager« in den Westen getragen, noch kann sie aus einem intellektuell ausgearbeiteten Programm deduziert werden. Alternativen entwickeln sich in einem, so würde es heute heißen, »diskursiven Prozeß«. Daran sind viele Menschen aus verschiedenen sozialen und politischen Kontexten beteiligt. Daher ist es verständlich und erklärlich, daß mehrere Teilnehmer am Basso-Wettbewerb sich mit der Zapatista-Bewegung in Chiapas auseinandersetzten, um Schlußfolgerungen für ihren jeweiligen politischen Kontext zu ziehen. Der Diskurs ist durch die Medien vermittelt und wird durch sie beeinflusst. Das Ergebnis des Diskurses steht nicht wie die Resolutionen auf einem Parteitag von vornherein fest.

Dieser Prozeß der forschenden Suche nach politischen Lösungen für anstehende Fragen findet spontan permanent statt, aber er kann auch systematisch gefördert werden. Lelio Basso versuchte ihn als »ricerca collettiva« zu organisieren, also mit Kongressen, Treffen, einer Zeitschrift (dem *International Socialist Journal*), die in den sechziger Jahren dreisprachig (italienisch, französisch, englisch) erschien und für die intellektuelle Bildung der europäischen Linken in dieser Zeit eine kaum zu überschätzende Bedeutung erlangte. Die Dreisprachigkeit war in jener Epoche bereits eine Sensation, ihre Offenheit für heterodoxe Positionen eine politische Herausforderung für die eher traditionellen Fraktionen der Linken, und dazu gehörten trotz eklatanter Unterschiede orthodoxe Kommunisten ebenso wie Troztkisten oder sozialdemokratische Parteien. Die Zeitschrift mußte freilich eingestellt werden und die Versuche, noch in den achtziger Jahren ein *Basso International Research Network* (BIRN) aufzubauen, waren nicht von Erfolg gekrönt.¹¹

Was Lelio Basso als kollektive Suche und Forschung (»ricerca« hat im Italienischen diese doppelte Bedeutung) in den sechziger und siebziger Jahren bezeichnete und mit großem Engagement und ebenso großer Kompetenz realisierte, wird heute eher als »Diskurs« und »Diskursgemeinschaft«, als »epistemic community« oder als »Netzwerk« bezeichnet. Es geht dabei weniger um politischen

6 E. Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Wien/München 1995.

7 W. Abendroth: Die Aufgabe der jungen Intelligenz im Klassenkampf, in: neue kritik 18, November 1963, S. 10f.

8 Vgl. K.M. Michel: Die sprachlose Intelligenz II, in: Kursbuch 4, Februar 1966, S. 204.

9 Vgl. L. Basso: Rosa Luxemburgs Dialektik der Revolution, Frankfurt/M. 1969; L. Basso: Gesellschaftsformation und Staatsform. Drei Aufsätze (mit einem Nachwort von Oskar Negt), Frankfurt/M. 1975.

10 Vgl. auch O. Negt: Keine Demokratie ohne Sozialismus. Über den Zusammenhang von Politik, Geschichte und Moral, Frankfurt/M. 1976.

11 Auch der von der »eurosozialistischen Linken« unternommene Versuch, die vielen theoretischen und politischen Zeitschriften der europäischen Linken zu vernetzen, mußte Anfang der neunziger Jahre aufgegeben werden. Möglicherweise bietet im neuen Jahrhundert das Internet neue Möglichkeiten der Vernetzung. Ansätze gibt es bereits – vgl. <http://www.linksnet.de>.

Machtgewinn, den traditionelle Parteien anstreben, als um die Überzeugung der anderen, um Hegemonie bei der Entwicklung von Begriffen, in der Gewißheit, daß in der langen Sicht die Macht ohne theoretische und moralische Fundierung ihre Ressourcen verzehrt und sich in Ohnmacht wandelt. Allerdings sind die Resultate der »ricerca collettiva« bisher unbefriedigend, auch weil die Netzwerke immer wieder auseinandergefallen sind. Die Schwierigkeiten, eine »ricerca collettiva« als politisches Projekt in Gang zu setzen, dürfen also nicht unterschätzt werden, schon gar nicht im neuen Jahrhundert. Denn die ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Bedingungen haben sich im Vergleich zu den sechziger und siebziger Jahren radikal gewandelt; daß dies mit der Globalisierung zu tun hat, sei hier nur angedeutet.¹² Der »Internationale Basso Preis« wurde in der Tradition der »ricerca collettiva« ausgeschrieben; er sollte also ein Projekt, das von Lelio Basso entwickelt worden ist, aufgreifen und unter neuen historischen Verhältnissen fortsetzen. Dabei zeigt es sich, daß Alternativen nicht gerade *en mode* sind.

12 Vgl. dazu E. Altvater, B. Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung, Münster 1999 (4. überarbeitete Auflage).

Die Globalisierung frißt ihre Kinder

Denn das herrschende Denken verteufelt Alternativen und verbannt sie mit dem stetigen Verweis auf externe »Sachzwänge« aus dem politischen Blickfeld, das von den Lichtgestalten der in den Medien hofierten Interpreten des Zeitgeistes ausgeleuchtet wird. Selbst die »Dritte-Weg«-Hudler in Großbritannien und hierzulande gehen auf Distanz gegen zu harsche Kritik am Fetisch Markt. Sie haben vor dem Markt kapituliert – immerhin »ehrevoll«, wie Norman Birnbaum großzügig attestiert (in seinem Kommentar in *El Pais*, Dezember 1999). Wo »die Märkte« das Sagen haben, wird dem Kritiker »silentium« verordnet. Dies mußte nicht zuletzt Oskar Lafontaine erfahren, der mit seinen Versuchen, Zielzonen für Wechselkurse festzulegen und eine koordinierte und konzertierte Zinssenkung in Europa durchzusetzen, »die Märkte« und die Öffentlichkeit derart herausgefordert hatte, daß er zum »gefährlichsten Mann Europas« in der britischen Presse avancierte.

Also ist es gar nicht so selbstverständlich, daß Alternativen zu einem Denken entwickelt werden, das sich in den letzten Jahrzehnten selbstbewußt und selbstsicher ein Monopol der Weltinterpretation anmaßt. Das Monopol entsteht durch Kontrolle der gateways internationaler Kommunikation, durch eine globalisierende Kollusion von Medien, Management und einer Operetten- oder Musicalökonomie, deren Interpreten inzwischen die nahezu unangefochtene Stellung von Hohepriestern der Ökonomie eingenommen haben. An US-amerikanischen Universitäten fließt fast ausschließlich der mainstream der neoklassischen Ökonomie vorbei. Wie wirkungsmächtig diese an das rational entscheidende und an die optimale Allokation von Faktoren durch den Markt und Wohlstandswachstum durch Freihandel glaubende ökonomische Schule ist, zeigt sich an den Studenten. Es gibt Departments of economics, wo 60 bis zu 100 Prozent der Studierenden aus dem Ausland kommen, zumeist aus Entwicklungsländern und mittel- und osteuropäischen Ländern einschließlich Chinas. Großzügige Stipendienprogramme sind bei der Ausbreitung des »common wisdom« des Neoliberalismus behilflich.

Auch Stiftungen, endowments, private und öffentliche policy institutes wirken bei der Ausbreitung und Absenkung neoliberalen Gedankenguts in der globalen Öffentlichkeit mit. Stiftungsprofessuren an Universitäten, mit den richtigen Leute besetzt, von diesen werden provokante Aufsätze in verbreitete Zeitschriften lanciert und daran eine Debatte geknüpft, die den zunächst akademischen Gedanken in die breitere und die Neugierigkeit gierig aufnehmende Öffentlichkeit hebelt – so etwa sind die Ideen vom »Ende der Geschichte«, von den »Schurkenstaaten« oder vom »Clash of Civilizations« globalisiert worden. Eindeutig ideologische Konzepte des herrschenden Diskurses werden mit der Würde akademischer Neutralität und wissenschaftlicher Innovation bedacht – und dienen doch nur der »Tina«-Botschaft Margret Thatchers: »There is no alternative«.

Weder die Schuldenkrise der achtziger Jahre mit ihren desaströsen Effekten in den meisten Ländern der Dritten Welt, noch die Mexiko-Krise 1994 oder die Asienkrise seit 1997 und die Rußlandkrise 1998 haben die Denkmuster grundsätzlich verändern und die Hohepriester des Neoliberalismus verunsichern können, auch wenn George Soros vor den Auswüchsen des globalisierten Kapitalismus warnt¹³, die er als »Obermanager« des »Quantum Fonds« (mit dem er 1993 die »Bank of England sprengte«) selbst (mit) zu verantworten hat. Diese zerknirschte Selbstkritik ist nicht mehr als ein kleines Fragezeichen hinter den tagtäglichen Husarenmeldungen über den Gang der Geschäfte. Und die laufen *in extremis*. Während die reale Weltwirtschaft 1999 um etwa zwei Prozent gewachsen ist, haben die Geldvermögen zweistellig zugenommen. Eine Manie ist am Ende des 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts im Gange, die durchaus Ähnlichkeiten zu den Luftschlössern der Südsee- und Mississippispekulation nach 1720 oder zur Tulpenkrise in Holland wenige Jahrzehnte später aufweist. Allerdings bricht die Einheitlichkeit des eindimensionalen Denkens auf. Der IWF ist von der akademischen Zunft wegen seiner desaströsen Politik in Asien heftig kritisiert worden; angesichts des Artentodes der »asiatischen Tiger« wurde einigen der Hohepriester mulmig zumute. Tatsächlich haben die traditionellen Maßnahmepakete (Reduktion des Staatsdefizits, Abwertung der Währung, Einschränkung der Massennachfrage, Privatisierung öffentlicher Werte etc.) die Krise offensichtlich und unnötig verschärft.¹⁴

Daß der Vergesellschaftungsmodus in Zeiten der Globalisierung sich immer mehr nach der Logik des Geldes und nicht nach derjenigen der Arbeit richtet, kann jeder Zeitungleser, Radiohörer und Fernsehzuschauer feststellen; er wird rund um die Uhr über Börsenkurse und Goldpreis, über Wechselkurse und Zinssätze informiert. Die Manie ist bis in die Kinderzimmer und Küchen vorgedrungen, wo der jüngere Nachwuchs sich im »day-trading« übt und beim Zubereiten von Essen mal schnell Papiere via Internet gekauft und verkauft werden. Die Wirtschaft reduziert sich in dieser Welt der herrschenden Wahrnehmungen auf das Börsengeschehen, und als Kommentatoren der ökonomischen Tendenzen tun sich abgefeymte Börsenjobber hervor, für die Wirtschaft ein Fremdwort ist, sofern es nicht mit »Kursbewegungen« übersetzt wird. Kritiker dieser »Bankokratie«¹⁵ kommen nicht zu Wort oder haben resigniert die Wortmeldung

13 Vgl. G. Soros: Die Krise des globalen Kapitalismus. Offene Gesellschaft in Gefahr, Berlin 1998; G. Soros: Hacia una sociedad abierta global, in: El País, 23. Dezember 1997.

14 Vgl. H. Dieter: Die Asienkrise. Ursachen, Konsequenzen und die Rolle des Internationalen Währungsfonds, Marburg 1998; J. Huffschild: Politische Ökonomie der Finanzen, Hamburg 1999.

15 K. Marx: Das Kapital, Erster Band, in: MEW, Bd. 23, Berlin 1970, S. 783.

zurückgezogen, da sowieso niemand zuhört oder weil sie merken, daß sie das Marktgeschrei der Börsianer nicht übertönen können. Der Fetischismus, den Marx an der einzelnen Ware festmachte, bezieht sich heute auf »die Märkte«, und dabei vor allem auf die Geld- und Finanzmärkte, die subjektiviert, von den Hohepriestern der ökonomischen Lehre ehrfurchtsvoll wie Gottheiten angesprochen und zur Verehrung durch das ordinäre Publikum bereitet werden.

Die fetischhafte Berichterstattung über Geld und Börsen gab es selbst vor zehn Jahren noch nicht. Der rasante Wandel, der sich in der Welt der Wahrnehmungen vollzogen hat, ist ohne Zweifel eine Folge der Finanzinnovationen, der Deregulierung und Globalisierung. Arbeit ist lokal gebunden, mehr oder weniger bodenständig; Geld hingegen kennt keine Heimat, es durchschweift den globalen Raum, seitdem dies nach der Aufhebung nahezu aller Beschränkungen des Kapitalverkehrs möglich wurde. Geld steuert den Vergesellschaftungsmodus mehr als die Arbeit, obwohl doch in einer kapitalistischen Gesellschaft Arbeit und Geld gleicherweise für Wert, Verwertung und Akkumulation verantwortlich sind.¹⁶ Daß Wirtschaft Arbeit und Produktion einschließt, ist nicht erst seit Luhmann, der Wirtschaft auf den Zahlungsverkehr zwischen Akteuren reduziert,¹⁷ strittig, sondern angesichts der neoliberalen Aufforderung des »*Enrichissez-vous*« bei Geldgeschäften eine veraltete und uninteressante Erzählung. Arbeit ist, sofern sie Energie- und Stoffdurchsätze intelligent gestaltet, viel zu langsam im Vergleich mit den »Arbeiten« zur Ausnutzung von Preis-, Zins- und Kursdifferenzialen, und sie belastet darüber hinaus das gute Gewissen der Börsenjobber bei ihrer Schnäppchenjagd (nach Millionen und Milliarden), da Arbeit immer und notwendig moralische Standards tradiert. Arbeit hält die Erinnerung an die moralische Ökonomie wach, der Luhmann in seinem systemtheoretischen Wahngemälde und die Börsenjobber im praktischen Umgang mit dem Zahlungsmittel den Garau machen (wollen).

Dabei wird freilich die Keynesische Botschaft vergessen, daß durch das Geld Unsicherheit und Instabilitäten begründet werden und daß diese sich zu Krisen verschärfen, die nicht auf die finanzielle Sphäre begrenzt bleiben.¹⁸ Dies ist eine bittere Erfahrung, die die Menschen in Asien, Lateinamerika, Rußland in den letzten Jahren des vergangenen Jahrhunderts haben machen müssen. Was als regionale Finanzkrise in Asien und Rußland begonnen hat, stellt sich als weltweite Überakkumulationskrise des Kapitals heraus. Die Profitraten bzw. die Rentabilitäten des Kapitals und die (realen) Wachstumsraten des Sozialprodukts reichen an die (realen) Zinssätze schon seit Jahren nicht heran. Daher findet ein extremer Umverteilungsprozeß aus der Substanz der Schuldner an die Gläubiger, vor allem an die Banken der Industrieländer und die Investmentfonds statt. Die Konsequenz ist die allenthalben beklagte wachsende Ungleichheit zwischen armen, elenden Massen in vielen Weltregionen und einem nachgerade obszönen Reichtum in den geschlossenen Clubs der Geldelite. Die Konsequenzen sind auch in den Industrieländern zu verspüren, als Preisverfall der Produkte, als Schrumpfung von Märkten und als Verschärfung der Konkurrenz, vor allem aus den von der Finanzkrise betroffenen Ländern. So wirkt sich das als spannendes Börsenspiel erscheinende und in den Medien so dargestellte

16 Dies näher begründen zu wollen, würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen – vgl. grundsätzlich zum Zusammenhang von Wert und Geld:

M. Heinrich: Die Wissenschaft vom Wert. Die Marx'sche Kritik der politischen Ökonomie zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition, Hamburg 1991; zur Frage von Arbeits- und Geldgesellschaft E. Altvater, B. Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung ..., a.a.O.; H. Ganßmann: Geld und Arbeit, Frankfurt/New York 1996.

17 Vgl. N. Luhmann: Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie, Frankfurt/M. 1987.

18 Vgl. J. M. Keynes: The General Theory of Employment, Interest and Money, London/Melbourne/Toronto 1964, vor allem das 17. Kapitel.

19 Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum '98. Bewegung in Europa, Blockade in Deutschland – Kurswechsel für Beschäftigung, Köln. Das »Memorandum« erscheint seit Mitte der siebziger Jahre jährlich.

Finanzgeschehen direkt auf die Arbeit, die Arbeitseinkommen und die Lebensbedingungen derjenigen aus, die von Arbeit abhängig sind, und das ist noch immer die große Mehrheit der Weltbevölkerung.

Von wegen »Zahlen und Nichtzahlen« (Luhmann) als Wesensbestimmung der Wirtschaft, die Globalisierung frißt ihre Kinder, die überlebensnotwendigen Mechanismen der »Beißhemmung« (Negt) sind bei den feinen Geldvermögensbesitzern ausgeschaltet.

Schon die Dramatik der kapitalistischen Krise ist Grund genug, um die Frage nach möglichen Alternativen zu einer Ordnung, die auf einen schweren Konflikt zusteuert, auf die politische Agenda zu setzen. Allerdings wird die Frage nach Alternativen dadurch kompliziert, daß im Zuge der Globalisierung der umgrenzte territoriale Raum von Solidarbeziehungen und demokratischer Partizipation aufgelöst wird. Bislang konnten etwa Vorschläge »alternativer Wirtschaftspolitik« (unter anderem von der Memorandumgruppe¹⁹) eindeutig für die je nationale Wirtschaft (West)Deutschlands entwickelt werden. Adressaten waren und sind die nationale Regierung und die sozialen Akteure (Bundesbank, Arbeitgeber, Gewerkschaften) im nationalen Raum. Diese Beschränkung (und Konzentration) des alternativen Denkens auf die »Nationalökonomie« ist heute nicht mehr möglich; Alternativen müssen die globale, nationale, regionale etc. Ebene mit höchst unterschiedlichen Akteuren einbeziehen, um Probleme zu identifizieren und Lösungsvorschläge in sich konsistent zu präsentieren. Die Übersichtlichkeit des nationalstaatlichen Raums ist in Zeiten der Globalisierung passé. Dies zeigt sich bereits, wenn ein Memorandum alternativer Wirtschaftspolitik in der und für die Europäische Union formuliert wird.²⁰ Es sind sowohl praktisch-politische als auch beträchtliche theoretische Probleme aufgeworfen. Leider haben sich mit dieser Dimension der Entwicklung alternativer Vorschläge nur wenige Arbeiten, die auf die »Preisfrage« eine Antwort suchten, auseinandergesetzt.²¹

Im herrschenden neoliberalen Denken ist der Triumph des Marktes als »Ende der Geschichte« interpretiert worden. Schon Cournot hat dieses Ende als ein allgemeines Gleichgewicht interpretiert, auf das der Markt mit seiner ausgleichenden Wirkung hintendiert.²² Eine Marktökonomie kann demnach die Entropie bis zum Stillstand des Systems (»Ende der Geschichte«) steigern.²³ Dem Entropieanstieg der realen Ökonomie entspricht auf der Ebene ökonomischer Diskurse, daß die Verschiedenheit von Interpretationen der sozio-ökonomischen Entwicklung durch die Langeweile des »eindimensionalen Denkens« (*pensée unique*) abgelöst wird. Einfalt obsiegt über Vielfalt. Dies könnte eine Angelegenheit der Ästhetik sein, die unter dem Anstieg der Entropie ganz zweifellos leidet; doch es geht dabei auch um soziale und politische Interessen. »Entropieresistenz«, von der Ernest Gellner in anderem Zusammenhang spricht²⁴, äußert sich also in der Suche nach Alternativen. Doch dagegen sind Barrieren errichtet. In der Welt der neoliberalen Geldgesellschaft ist Arbeit nicht nur aus der öffentlichen Wahrnehmung verdrängt, die Artikulation von Interessen der Arbeit stößt auf Schwierigkeiten. Auch Arbeiter sind dem verführerischen Charme des Besitzes von Geldvermögen ausgesetzt, zumal ihnen angesichts eingeschränkter Leistungen des Sozialstaats kaum eine Alternative bleibt. Dies erfahren

20 Vgl. European Economists for an Alternative Economic Policy in Europe: Full Employment, Social Cohesion and Equity for Europe – Alternative to Competitive Austerity, Manuskript Universität Bremen 1998. Die Arbeit des Netzwerks der »European Economists« ist durch einen der beiden Basso-Preise gewürdigt worden.

21 Eine Ausnahme ist die Arbeit von John Wiseman, die von der Jury prämiert worden ist: J. Wiseman: Alternatives to oppressive globalisation? Thinking and acting strategically at global, regional, local and national levels; vgl. auch J. Wiseman: Global Nation? Australia and the politics of globalisation, Cambridge/New York/Melbourne.

22 Vgl. dazu P. Anderson: A Zone of Engagement, London/New York.

23 Dem würde von Hayek zwar widersprechen, da er den Wettbewerb für das beste aller möglichen »Entdeckungsverfahren« hält (vgl. F. A. von Hayek: Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren, Vortrag im Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Kieler Vorträge, Folge 56, Kiel 1968). Aber im Gleichgewicht gibt es nichts mehr zu entdecken, da alle saturiert sind und keine Veranlassung haben, ihre Pläne zu ändern.

24 Vgl. E. Gellner: Nationalismus und Moderne, Berlin 1991.

25 Wie leicht der Versuch, Alternativen zu denken, sich der Lächerlichkeit preisgeben kann, zeigt unnachahm-

lich das »Gespräch über die Zukunft« zwischen Hans Magnus Enzensberger, Rudi Dutschke, Bernd Rabehl und Christian Semler im *Kursbuch 14* vom August 1968. Nicht nur lächerlich, sondern ärgerlich ist der Sachverhalt, daß Rabehl seinen damaligen linksradikalen Unfug gedankenlos in rechtslastigen Unfug überführt und sich wieder der publizistischen Aufmerksamkeit gewiß sein kann – vgl. das Gespräch zwischen Rabehl, Mattenklott und Schröder in: *Der Tagesspiegel*, 2. Dezember 1998.

26 Dies betrifft die Art des Zitierens, der Texterteilung, der Herstellung von Bezügen, die den Autor (die Autorin) in einer epistemic community verorten, bis hin zu formalen Standards, die durch das jeweilige Textverarbeitungsprogramm gesetzt werden. Es ist kein Zufall, daß die Texte aus Afrika diese Standards nicht beachten. Zum Teil liegt dies daran, daß die meisten eingereichten Texte nicht mit einem PC, sondern mit traditioneller Schreibmaschine verschriftlicht wurden, zum Teil aber dürfte dies mit einer spezifischen Kultur der Auseinandersetzung um Alternativen zu tun haben. Die Frage, wie in unterschiedlichen Kulturkreisen über politische Alternativen zu einer unerträglichen Lage nachgedacht und kollektiv debattiert wird und wie die Resultate dann individuell zu Papier gebracht werden, ist in der Ausschreibung zu wenig berücksichtigt worden.

27 Vgl. R. Petrella: *Wider eine Gesellschaft, in der alles privatisiert ist*, in: *Frankfurter Rundschau*, Dokumentation, 26. November 1998.

die Gewerkschaften überall in der Welt, die mit dem Dilemma der sich verändernden Grundlage von Solidarität konfrontiert sind und im politischen Diskurs marginalisiert werden. Dies kommt auch im Wettbewerb um den Basso-Preis zum Ausdruck: mit den Gewerkschaften als Akteuren in den sozialen und politischen Auseinandersetzungen beschäftigt sich unter den 150 eingegangenen Arbeiten nur eine, und zwar in traditioneller, akademischer Weise, indem anhand von Fallstudien grenzüberschreitende gewerkschaftliche Kooperation in Europa untersucht wird.

Der »globale Gesellschaftsvertrag« als Alternative zum neoliberalen Markt?

Bis zum Einsendeschluß (im Juli 1998) wurden also 150 Arbeiten aus aller Welt in den vier zugelassenen Sprachen (englisch, italienisch, spanisch, französisch) eingereicht, die eine Antwort auf die oben zitierten Fragen versuchten. Darunter waren viele Texte, die weder in kollektiven Prozessen entstanden waren noch sich dafür eigneten. Sie waren mehr oder weniger sympathisch »versponnen« oder in schlechtem, also in abstraktem Sinne utopisch und nicht im Sinne Ernst Blochs »konkret«, d. h. darum bemüht, die überschießenden Potentiale der gegenwärtigen Gesellschaft ausfindig zu machen und für emanzipatorische Zwecke zu verwenden.²⁵ Versponnenheit ist keineswegs immer ein Zeichen für Abwegigkeit, sondern Ausdruck dafür, daß die Stromlinienförmigkeit des herrschenden Denkens in manchmal hilfloser Weise nicht akzeptiert und konterkariert wird.

Und trotz dieser Unterschiede endet eine Sichtung der verbleibenden Arbeiten doch mit einer Überraschung. Die Globalisierung hat offensichtlich auch bei den Debatten über Alternativen in den Weltregionen, Ländern, Kulturkreisen, »epistemic communities«, politischen Richtungen in grotesker Weise vereinheitlichend gewirkt. Die »pensée unique« hat auch die Alternativen ergriffen. Nicht nur, daß die Gewerkschaften als Akteure im weltweiten alternativen Diskurs kaum noch präsent sind; nicht nur, daß sich die akademischen Standards in fast allen Arbeiten aus allen Weltregionen gleichen;²⁶ nicht nur, daß die Marxsche Theorie eher beiläufig erwähnt oder »postmodern« re-interpretiert oder aber trotz dem Neoliberalismus, zu meist in höchst traditioneller Ausformung (erstaunlicherweise in den Beiträgen aus Mittel- und Osteuropa), entgegengehalten wird; nicht nur, daß Umweltprobleme entweder ignoriert oder aber als bereits präsente Katastrophe aufgebaut oder romantisch verkitscht dargestellt werden – der wichtigste gemeinsame Bezug für die Debatte über Alternativen ist *Le Monde Diplomatique*. Denn diese Zeitschrift erscheint inzwischen in allen wichtigen Weltsprachen und wird folglich überall gelesen. *Le Monde Diplomatique* (LMD) hat die Auseinandersetzung mit der Ideologie des Neoliberalismus und mit der Realität der kapitalistischen Globalisierung zum zentralen Anliegen erhoben, und daher ist es nicht verwunderlich, wenn die Einschätzungen von LMD die gemeinsame Sprache liefern, mit der die Verständigung über Neoliberalismus und Globalisierung und über die notwendigen Alternativen erfolgt. LMD hat viele fakten- und gedankenreiche Analysen publiziert, die den hohen Wert der Zeitschrift bestimmen. Doch ist das ausreichend?

Auch in vielen Zuschriften zum Preisausschreiben findet sich die LMD-spezifische Spaltung in kritisch-überzeugende Analyse einzelner Aspekte und Tendenzen der Globalisierung (im weitesten Sinne) und in politische Alternativvorschläge, die sie dem ökonomischen (Welt)Markt den politischen (globalen) Gesellschaftsvertrag entgegensetzen. Dafür plädieren Riccardo Petrella,²⁷ Ignacio Ramonet,²⁸ die Gruppe von Lissabon,²⁹ der Petrella vorsteht, und viele, viele andere, zu denen sich inzwischen auch, aus dem anderen »Lager« kommend, der bereits zitierte George Soros hinzugesellt. Auch er will den globalen Gesellschaftsvertrag für eine »freie und offene« Gesellschaft, da selbst ihm seine Art von Kapitalismus inzwischen Angst bereitet.

Aber kann ein globaler Gesellschaftsvertrag überhaupt eine Lösung sein? Es ist hier weniger von Bedeutung, daß die harte Analyse der neoliberalen Zustände durch eine normative Begründung des globalen Gesellschaftsvertrags aufgeweicht werden könnte. Wichtiger ist eine Reflexion des Status des globalen Gesellschaftsvertrags im theoretischen und politischen Diskurs. Die Idee des Gesellschaftsvertrags entstand im frühen Bürgertum, das den gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht mehr durch eine göttlich »prästabilisierte« oder autoritär durch die alten feudalen Mächte oktroyierte Ordnung hergestellt wissen wollte, sondern durch selbstbewußte Aktion seiner selbst. Das war ein gewaltiger theoretischer Fortschritt, der eine politische Revolution begleitete. Adam Smith hat jedoch auf die Mängel der Vertragstheorien aufmerksam gemacht, als er zeigte, daß die moderne Vergesellschaftung nicht durch Vertrag, der immer wieder erneuert werden muß, zustandekommt, sondern durch den abstrakt-allgemeinen Mechanismus des Marktes. Die Individuen sind schon vergesellschaftet, bevor sie sich dessen bewußt werden: als Konsumenten, als Produktanbieter, als Geldvermögens- und als Arbeitskraftbesitzer.³⁰ Marx hat gezeigt, wie dieser Vergesellschaftungsmechanismus, basierend auf der Substanz der Arbeit und in Bewegung gehalten durch die Form des Geldes, funktioniert: Er löst in der Tendenz alle traditionellen Bindungen auf, führt zu der von Karl Polanyi beschriebenen »Entbettung der Marktwirtschaft« aus den gesellschaftlichen Verhältnissen,³¹ bringt aber unbedingt die später von Keynes hervorgehobenen finanziellen Instabilitäten hervor und löst »kleine« konjunkturelle und »große« strukturelle Krisen aus.

In einer »großen Krise« befinden wir uns heute, daran wird in der kritischen Literatur nirgendswo gezweifelt. LMD hat allergrößte Verdienste wegen der schonungslosen, gedankenreichen und tief-schürfenden Analyse von Einzelaspekten dieser Krise. Kann der Analyse der Krisentendenzen des marktwirtschaftlichen Vergesellschaftungsmechanismus aber eine normative Volte zur vertragstheoretischen Begründung von Vergesellschaftung als Alternative folgen? Ist dies nicht eher Reminiszenz als analytisches Ergebnis, hat hier nicht intellektuelle Verzagtheit eine Rolle gespielt, die möglicherweise in einer »ricerca collettiva« hätte vermieden werden können? Es fehlt in Zeiten der Globalisierung schon die Überschaubarkeit des Ensembles der Vertragspartner;³² und weder Netzwerke der »global governance« noch das Institutionensystem der UNO kann dieses ersetzen oder dafür ein Forum bieten. Dies verhindern

28 Vgl. I. Ramonet in vielen seiner Leitartikel auf der ersten Seite von LMD, z. B. in LMD vom 15. Januar 1999 unter dem Titel »Gesellschaftsvertrag 2000«.

29 Vgl. Die Gruppe von Lissabon: Grenzen des Wettbewerbs. Die Globalisierung der Wirtschaft und die Zukunft der Menschheit, Neuwied 1997.

30 Vgl. E. Altvater: Die prästabilisierte Harmonie, die unsichtbare Hand und die moderne Globalisierung, Festvortrag auf dem Leibniz-Tag 1998 der Leibniz-Sozietät e.V., in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Bd. 23, Jahrgang 1998, Heft 4, S. 5-38.

31 Vgl. K. Polanyi: The Great Transformation, Frankfurt/M. 1978.

32 Rousseau konnte sich das Feld, auf dem seine »volonté générale« Ausdruck findet, nur in einer überschaubaren Polis, höchstens für Korsika vorstellen; nach K.M. Michel: Die sprachlose Intelligenz I, in: Kursbuch 1, Juni 1965, S. 76.

33 Nach K.M. Michel: Die sprachlose Intelligenz ..., a.a.O., S. 77.

In UTOPIE kreativ wurden seit April 1999 folgende Arbeiten zum Wettbewerb um den Lelio Basso Preis veröffentlicht:

BENEDETTA CALANDRA:
Gemeinwirtschaftliche Organisationen in Chile (in: Nr. 102, April, S. 22-36)
– Calandra schreibt über Entstehung, Entwicklung und Grenzen von Kleinstunternehmen des informellen Sektors in Santiago de Chile.

BERTELL OLLMAN:

Dialektik – warum gerade jetzt? (in: Nr. 103/104, Mai/Juni, S. 31-43) – Ollman beschreibt, wie Dialektik die historische Dynamik zu erfassen vermag. Der Artikel verknüpft Vergangenheit mit Zukunft und präsentiert so eine historische Zeitschiene, die im herrschenden Denken allenfalls als Abstellgleis noch existiert.

LEV KREFT:

Kultur, Nationalismus, Nation – oder das Gespenst mißlingender Modernisierung in Slowenien (in: Nr. 106, August, S. 25-43) – Kreft beschreibt am Beispiel Sloweniens, wie der Nationalismus in Jugoslawien ab den siebziger Jahren zur beherrschenden Ideologie avancieren konnte. Die frustrierende Modernisierung gab dem Nationalismus einen Raum, den er sonst nicht gehabt hätte. Im Sog der Globalisierung bot der Rekurs auf nationale Ideologeme einen gewissen Halt.

BAMBA KA:

Afrika – zwischen westlichen Demokratiemodellen und demokratischer Selbstbestimmung (in: Nr. 108, Oktober, S. 67-72) – Ka weist auf die widersprüchlichen Wirkungen der von außen forcierten Durchsetzung westlich-demokratischer Strukturen auf die Gesellschaften in Afrika. Der *pensée unique* des Neoliberalismus entspricht ein ähnlich uniformer Demokratisierungsdruck, der sich allein am Modell westlicher Konkurrenzdemokratie ausrichtet. Notwendig wäre eine Demokratisierung, die international anerkannte Normen mit regionalen Traditionen schöpferisch verbindet.

schon die USA, die realpolitisch ihre »unipolare« Überlegenheit – wie im Nahen Osten oder auf dem Balkan – brutal ausnutzen und die Menschenrechte und Rechte der Völker mit Füßen treten. Das ist freilich eine extrem schlechte Voraussetzung für eine globale »deliberative« Demokratie und für Abschluß und Geltung von globalen Gesellschaftsverträgen, zumal hier mehr als 200 Jahre später eine Erkenntnis von Babeuf zu beachten ist: »Der Einfluß der Vernunft ist sehr groß, sehr mächtig auf diejenigen, die fähig sind zu denken und zu urteilen. Der Einfluß der Gewohnheit jedoch ist um vieles stärker und bei der Mehrheit viel mächtiger... Es ist unmöglich, die Massen mit Hilfe der Vernunft zu führen.«³³ Von der Aufklärung über Alternativen darf also nicht zu viel erwartet werden. Wunder gibt es nicht. Daher ist die Idee vom globalen Gesellschaftsvertrag sympathisch, aber nicht realistisch.

Wenn denn die »große« gesellschaftsvertragliche Lösung der durch Globalisierung und Neoliberalismus aufgeworfenen Probleme an der politischen und ökonomischen Realität scheitern muß, bleiben erstens abstrakte Modelle, zweitens exemplarische revolutionäre Bewegungen, drittens eher technische Lösungsvorschläge oder viertens »reformistische« Alternativen »mittlerer« Reichweite und kleiner Lebensräume. So lange die Revolution als Alternative noch denkbar ist, sollte sie auch möglich sein, lautet die emphatische These der ersten Gruppe von Alternativen.

Das ist freilich nicht sehr ernst zu nehmen, im Unterschied zu den häufigen Verweisen auf revolutionäre Bewegungen der jüngeren Zeit. Eine Reihe von Arbeiten zur »Preisfrage« beschäftigt sich mit der Bewegung der Zapatistas, analysiert deren Selbstverständnis als einer Bewegung gegen den Neoliberalismus und stellt sie daher in den globalen Kontext, so wie es Subcommandante Marcos auch getan hat. Die innermexikanische politische Bedeutung der Bewegung der Zapatistas und die Wellenschläge in anderen Weltregionen sind nicht zu unterschätzen. Doch enthüllt die nüchterne Analyse sehr bald die Schwierigkeiten einer Übertragung der Erfahrungen aus dem lakonischen Wald in die urbanen Regionen Nordamerikas oder Westeuropas – trotz des Zusammenhangs, der wegen der realen ökonomischen und ideologischen Globalisierung existiert. Die Interpretationen der Revolte von Chiapas greifen daher nicht selten zurück auf die Lehren aus der Geschichte der europäischen Arbeiterbewegung, auf die kulturalistischen Analysen von Raymond Williams, in denen nicht allein die ökonomische Lage, sondern Würde und deren Verletzung Anlaß zur Revolte gibt. Das hatte im übrigen auch B. Traven in seinen Romanen und Erzählungen aus Mexiko, »Regierung«, die »Rebellion der Gehenkten« oder »Land des Frühlings«, eindrucksvoll beschrieben – allerdings vor mehr als sechzig Jahren.

Zu den technischen Alternativen gehören die Vorschläge zur Errichtung der fahradgerechten Stadt, zur Förderung des Mikrokredits oder des »fair trade«, um im Meer des globalen Freihandels Inseln der Gerechtigkeit zu bauen, oder eine alternative Drogenpolitik auf kommunaler Ebene. Diese Vorschläge, so sinnvoll sie im einzelnen sind, haben den Mangel gemeinsam, daß eine gesamtgesellschaftliche oder gar globale Perspektive gar nicht erst versucht wird.

Davon heben sich die Alternativen mittlerer Reichweite ab. Damit beschäftigt sich auch LMD und daher rekurren einige Teilnehmer am Basso-Wettbewerb auf die dortigen Analysen. Im Prinzip geht es darum, dem globalen System Regeln zu geben, wenn es schon nicht grundlegend geändert werden kann. Soziale und ökologische Klauseln im Welthandels- und Finanzsystem könnten besser als »codes of conduct«, die aber wegen der Involviertheit von Nicht-Regierungsorganisationen von einigen präferiert werden, auf globaler Ebene den Abbau nationalstaatlicher Kontrollmöglichkeiten kompensieren. Denn international vereinbarte Klauseln hätten anders als »codes of conduct« den Vorteil, erzwingbares Recht (law enforcement mechanisms) zu sein. Die Kampagne gegen die nahezu vollständige Beseitigung nationalstaatlicher Kontrollen von transnationalen Konzernen, die das »multilateral agreement on investment« (MAI) vorsah, ist erfolgreich gewesen und zeigt, daß Verteidigungsstellungen gegen die entrechtenden Übergriffe der Globalisierung erfolgreich sein können. Auch das Scheitern der WTO-Konferenz von Seattle kann so interpretiert werden.

Der Erfolg muß aber letztlich der »ricerca collettiva«, also den vielen Organisationen und einzelnen Gruppen zugeschrieben werden, die über das Internet in allen Weltregionen gegen das MAI mobilisiert haben und zum ersten Mal offenkundig machen konnten, daß der Globalisierung soziale und politische Grenzen gesetzt werden können. Alternativen, dies ist eine Lehre, entstehen also nicht in erster Linie als Folge ingenieuser Eingebungen, sondern in einem komplexen Prozeß der Produktion von Wissen aus Erfahrungen, kollektiver Reflexion, theoretischer Arbeit. Dies ist auch die Schlußfolgerung der Preisträgerin Janet Conway, die diesen Prozeß am Beispiel eines Netzwerks von sozialen Bewegungen in Toronto, Kanada, analysierte. Auch das Netzwerk alternativer Ökonomen in Europa verweist auf die Bedeutung der kollektiven Anstrengung in der Auseinandersetzung mit dem neoliberalen Projekt. »*Affermare il proteo*«, das Ungeheuer der neoliberalen Globalisierung muß gezähmt werden – in einem sicherlich langwierigen und konfliktreichen Prozeß. Es ist nicht möglich, es aus der Welt zu schaffen. Auch wenn George Soros, der natürlich über unendlich größere Finanzmittel als die Basso-Stiftungen verfügt, einen Preis mit Millionen oder Milliarden US-Dollar dotieren würde, er könnte keine besseren Antworten auf die Preisfrage des *Internationalen Lelio Basso Preises* bekommen.

ROBERTO BUGLIANI:
Für eine neue Dialektik im Kampf gegen den Neoliberalismus (in: Nr. 109/110, November/Dezember, S. 83-91) – Er reflektiert kritisch den neoliberalen Globalisierungsdiskurs anhand der Erfahrungen und Theorien der Bewegung der Zapatistas.

TIM MURPHY:
Drogenpolitik und die Linke (in: Nr. 111, Januar 2000, S. 57-69) – Murphy betont die Notwendigkeit der »gesellschaftlichen« Regulation des Drogenkonsums. Verbote allein nutzen nichts, aber auch eine libertäre Freigabe der Drogen ist keine tragfähige Lösung.

Eine kürzere Version dieses Artikels, mit dem »UTOPIE kreativ« die Veröffentlichung von Arbeiten zum *Lelio Basso Preis 1998* abschließt, ist 1999 erschienen als »Die Preisfrage oder: Schwierigkeiten mit der neoliberalen »pensée unique««, in: W. Lenk, M. Rumpf, L. Hieber (Hg.): *Kritische Theorie und politischer Eingriff*, Festschrift für Oskar Negt, Hannover, S. 357-368.

BORIS KAGARLITZKI

Globalisierung und Marxismus

Boris Kagarlitzki – Jg. 1958, Dr., Institut für vergleichende Politologie der Russischen Akademie der Wissenschaften. Erstveröffentlichung in: UTOPIE kreativ, Heft 101, S. 30-41.

Während die Ideologen des Kapitalismus in den sechziger und siebenziger Jahren von den sozialen Errungenschaften des Kapitalismus sprachen, trat Ende des Jahrhunderts die Globalisierung als vorherrschende Idee auf und machte den Diskurs über soziale Rechte sinnlos und überflüssig. Der allgemeine Wettbewerb auf dem freien Weltmarkt verspricht den Werktätigen nichts Gutes. Wer dagegen protestiert, lege, wie die Apologeten des Marktes behaupten, nur der natürlichen Entwicklung Hindernisse in den Weg.

Unter der Losung »Globalisierung« begann die Demontage der sozialen Reformen im Westen. Der Dritten Welt wurde vorgeschlagen, die Hoffnungen auf wirtschaftliche Unabhängigkeit, umfassende Alphabetisierung und ein die gesamte Bevölkerung erfassendes System des Gesundheitswesens zu begraben. Von der Steigerung des Lebensniveaus war keine Rede mehr, den Ländern des Ostblockes wurde wiederum sehr höflich empfohlen, sich ein Beispiel an den Ländern der Dritten Welt zu nehmen.

Dieser Prozeß schien unumkehrbar, jeder Widerstand dagegen sinnlos.

Die linken Parteien verloren Anfang der neunziger Jahre an Terrain. Während ihres zeitweiligen Niedergangs verloren sie an Macht und Einfluß; einige gaben wesentliche Prinzipien preis. Der globale Triumph des Kapitalismus in der ersten Hälfte der neunziger Jahre war von einer beispiellosen Krise der linken politischen Parteien begleitet. Kommunisten verwandelten sich in Sozialdemokraten zu einem Zeitpunkt, als diese aufhörten, sich von den Liberalen zu unterscheiden. An die Stelle der sozialen Solidarität trat nationalistische Demagogie. Die Linke wurde erfolgreich als konservative nostalgische Kraft dargestellt.

Eine zentrale These der Globalisierungstheorie ist der »ohnmächtige Staat«. Gegenüber den transnationalen Konzern-Giganten wie z.B. Microsoft, Ford oder Gasprom, den internationalen Geldinstituten wie der Weltbank oder dem Internationalen Währungsfonds, oder Bündnissen wie NATO oder NAFTA seien die nationalen Regierungen machtlos.

Genaugenommen ist die Globalisierung nichts qualitativ Neues in der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft. Der Kapitalismus bildete sich als Weltsystem heraus. Erst Ende des 18. Jahrhunderts begann sich der nationale, in der Sozialstruktur der westlichen Gesellschaften verwurzelte Kapitalismus zu entwickeln. Dieser nationale Kapitalismus war, ebenso wie die modernen Nationen, Produkt

Siehe die Beiträge von B. Kagarlitzki: Der Protesttag, der nicht zum Widerstandstag wurde, in: Sklaven Nr. 36, Mai 1997, S. 32-33; Linkes Zentrum in Rußland, in: Das Blättchen. Nr. 17, 31. August 1998, S. 5-8.

der Entwicklung des Kapitalismus als Weltsystem. Zum Ende des 20. Jahrhunderts wird der Kapitalismus unmittelbar global. Aber das bedeutet nicht, daß nationale Gesellschaften und Staaten aufhören zu existieren, obwohl sie sich in einer tiefen Krise befinden. Auffällig ist, daß die internationalen Zyklen in der Entwicklung des Kapitalismus mit Perioden verbunden sind, in denen die Technologien, die Handel und Kommunikation garantieren, sich schneller entwickeln als die Produktionstechnologien. Der Handelskapitalismus vom 16. bis zum 18. Jahrhundert war eine Zeit der geographischen Entdeckungen, einer beständigen Vervollkommnung der Flotte, des Straßenbaus usw. Die industrielle Revolution ist mit dem Aufschwung des Nationalstaates verbunden. Die Herausbildung der fordistischen Technologien der Massenproduktion fällt in die Zeit der Verstärkung der Rolle des Staates im 20. Jahrhundert. Produktion ist immer lokal, sie bedarf eines konkreten Ortes, an dem die konkreten sozialen und politischen Probleme gelöst werden müssen.

Ende des 20. Jahrhunderts erwiesen sich die Tempi der Entwicklung der Kommunikationstechnologien mit anderen Technologien verglichen als wesentlich höher. Die Entwicklung des Kapitalismus ist nicht nur eine zyklische, sondern auch eine ungleichmäßige. Die Globalisierung Ende des 20. Jahrhunderts ist die dritte in der Geschichte des Kapitalismus, und sie unterscheidet sich wesentlich von allen vorangegangenen. Während vom 16. bis zum 18. Jahrhundert die Internationalisierung der Wirtschaft von einer Krise des Staates begleitet war, geht Ende des 20. Jahrhunderts die Stärkung des Staates (in den Ländern des Zentrums) einher mit der Expansion des kapitalistischen Marktes. Darin liegt das Wesen der Imperialismus genannten Erscheinung. In der Epoche der frühbürgerlichen Revolutionen war von der Unterhöhung der Grundlagen des Feudalstaates die Rede. In der Epoche des Imperialismus entsprach der Staat voll und ganz den Aufgaben der kapitalistischen Entwicklung und war durch und durch ein bürgerlicher Staat. Was wir Ende des 20. Jahrhunderts beobachten, kündigt davon, daß zwischen den gegenwärtigen Formen der Staatlichkeit und den Interessen des Kapitals ein Widerspruch aufgebrochen ist. In der Krise befindet sich nicht der Staat als solcher, sondern nur seine Struktur und jene Elemente, die in ihrer Entwicklung über den Rahmen des Kapitalismus hinausgegangen sind. (Sind die sozialen Sicherungssysteme das?) Deshalb hängt die gegenwärtige Globalisierung mit der sozialen Reaktion auf das Engste zusammen.

Die neuen Möglichkeiten auf dem Gebiet der Information und Produktion, über die die transnationalen Konzerne und Organisationen Ende des 20. Jahrhunderts verfügen, schufen die Voraussetzungen für die Globalisierung und den Erfolg des Westens im »Kalten Krieg«. Auch viele linke Ideologen fanden sich mit dem Staat als bürokratischer Maschinerie ab, die nicht in der Lage sei, irgend etwas effektiv zu steuern, und nur die Steuergelder verschlinge. Man muß zugeben, daß solche Vorstellungen nicht im luftleeren Raum reifen. Aber in den meisten Staaten waren es bei weitem nicht die Linken, die die Staatsbürokratie hervorgebracht haben. Zur gleichen Zeit profitieren die Rechten sowohl von der Enttäuschung der Bürger über ihren Staat als auch von dem Bedürfnis der Bürger nach

Siehe den Beitrag von Evelin Wittich »Wissenschaft und Technologie im 21. Jahrhundert« in UTOPIE kreativ, Heft 97/98 (November/ Dezember) 1998, S. 166-172.

Schutz vor äußerer Bedrohung. Eine derartige Bedrohung stellen nicht so sehr die Heerscharen potentieller ausländischer Eroberer dar, sondern die Berge ausländischer Waren, die halbverhungerten Emigranten und die sich kontinuierlich internationalisierende Mafia. Es handelt sich, ironischerweise, um die natürlichen Konsequenzen der von den Rechten durchgeführten globalen Wirtschaftspolitik.

Der Sinn der Eroberung der Macht durch die Linke besteht darin, die Spielregeln zu verändern und gleichzeitig die Verbindung zwischen den nationalen Regierungen und den internationalen Finanz- und Politikinstitutionen zu kappen. Für viele dieser Institutionen ist die massenhafte Verweigerung der Zusammenarbeit und die feindselige Haltung der nationalen Regierungen nur mit einer Katastrophe vergleichbar (vor allem dann, wenn die unzufriedenen Staaten versuchen, eigene, parallele internationale Strukturen zu schaffen, oder die bestehenden umzumodeln). Gerade weil viele radikale Alternativen offenliegen, ist es für die neoliberale Ideologie eine Frage auf Leben und Tod, die Möglichkeit neuer Herangehensweisen auf nationaler und internationaler Ebene gar nicht erst zuzulassen. Tonnen von Papier, unermesslich viel Sendezeit und eine Unmenge intellektueller Arbeit wird darauf verwandt, die Diskussion von Alternativen zu unterbinden. Die moderne Gesellschaft bedarf ebenso der Umgestaltung, wie die Gesellschaft zur Zeit der großen europäischen Revolutionen des 17. bis 19. Jahrhunderts. Die Rede ist nicht nur von der sozialen Umwälzung, sondern auch von einem neuen Herangehen an Staat und Gesellschaft. Heute werden radikale Herangehensweisen unter Hinweis auf die Kompliziertheit der modernen Gesellschaft als unrealistisch abgelehnt. Aber diese Kompliziertheit ist an sich schon eine der Ursachen der gegenwärtigen Krise. Eine Aufgabe der gesellschaftlichen Umgestaltung ist die radikale Vereinfachung der Verhältnisse. »Mehr Staat oder weniger Staat« – die von den Liberalen vorgegebene Alternative ist als falsch zu verwerfen. Heute geht es nicht um Ausbau oder Reduzierung der Regierungsbeileiligung, sondern um radikale Umgestaltung – um einen anderen Staat.

Siehe das von der Russischen Bewegung für einen neuen Sozialismus herausgegebene Manifest der neuen Sozialisten (Entwurf), Moskau 1997.

Demokratie und Kapitalismus trennen sich voneinander, gehen Ende des 20. Jahrhunderts eigene Wege. Die Linken befinden sich als die letzten Verteidiger der Demokratie in einer neuen Situation. Doch die Mehrheit der linken Politiker sieht ihre Mission lediglich in der Bewahrung und Verteidigung der parlamentarischen Institutionen und der verfassungsmäßigen Bürgerrechte. Aber diese Verteidigungspolitik ist zum Scheitern verurteilt. Wir können nur gewinnen, wenn wir das antikapitalistische Potential der Demokratie erkennen. Mit anderen Worten, die Strategie der Linken muß nicht in der Verteidigung des alten Staates bestehen, sondern in der Ausnutzung seiner Krise für die Verankerung neuer Institutionen auf nationaler und internationaler Ebene. Es ist eine alles durchdringende Demokratisierung gemeint, die nicht nur die Strukturen der politischen Macht, sondern auch die Institutionen der sozialen Verteidigung, der Selbstverwaltung, den gesellschaftlichen Sektor und die Wechselwirkung aller dieser Strukturen umfaßt.

Das traditionelle Argument der Radikaldemokraten ist, daß die liberalen demokratischen Institutionen gute, nützliche Institutionen

seien und es möglich und nötig sei, ihre Einflußsphäre zu erweitern. Ende des 20. Jahrhunderts hat diese Argumentation ihre ursprüngliche Kraft eingebüßt. Das Hinausgehen über die traditionellen Institutionen der formalen und bürgerlichen Demokratie ist notwendig, nicht weil wir theoretisch etwas Besseres erfinden können, sondern weil diese Institutionen nicht mehr in ihrer ursprünglichen Form handlungsfähig sind. Wenn die Linke nicht mit der radikalen Reform des Staates beginnt, dann wird das früher oder später die radikale Rechte tun. Wenn die Demokratie sich nicht als jenseits des Marktes stehende und gegen den Markt gerichtete behauptet, dann werden die Massen jenen folgen, die im Namen der Autorität, der Hierarchie, der Nation und der Disziplin zu ihrer Einschränkung aufrufen.

Man muß anerkennen, daß die Mehrheit der Linken, demoralisiert durch die eigenen Niederlagen, sich der Logik des Neoliberalismus unterordnen. Nur die Massen der Werktätigen glauben dieser Logik nicht. Marx' Beobachtung bestätigt sich wieder: Egal, wie verworren und falsch die Ideologie ist, egal, wie vernebelt das Bewußtsein der Menschen – die realen Widersprüche des Systems drängen trotzdem an die Oberfläche, kommen zum Vorschein und rufen dabei soziale Konflikte und gesellschaftliche Krisen hervor.

Auf den Vormarsch des neoliberalen Kapitalismus folgte die Zuspitzung der sozialen Widersprüche und ein erneuter Aufschwung des Kampfes der Werktätigen. Es sind weitgehend spontane Kämpfe, die sich nicht unter dem Einfluß der sozialistischen Propaganda entwickeln, ohne Beteiligung linker Politiker und Theoretiker verlaufen. In der Regel handelt es sich um nationale und lokale Protestaktionen. Aber die Ursachen, die diese Konflikte auslösen, sind globaler Natur. Ob die Zapatisten in Mexiko, die Streikenden in Frankreich 1995 oder die Bergarbeiterunruhen im Sommer 1998 in Rußland, in jedem Falle waren es Aktionen gegen die Politik des Neoliberalismus. Überall setzten die Ereignisse gerade dann ein, als es so schien, daß sich die Gesellschaft mit der Logik des »freien Marktes« als einzig möglicher abgefunden hatte und die Aktionen der Werktätigen sinn- und perspektivlos erschienen, weil sie im Widerspruch zum »natürlichen Gang der Dinge« standen. Aber einige Wochen Proteste genügten, um zu zeigen, daß der Neoliberalismus weder unbezwingbar noch eine Naturkraft ist, daß Regierungs- und Unternehmerkreise nachgaben und die »irrealen« Forderungen geprüft und – wenn auch nicht vollständig, so doch zum Teil – erfüllt wurden. An allen genannten Aktionen nahmen offizielle Vertreter der Linken nicht teil oder hinkten der Bewegung hinterher.

Das Paradoxe ist, daß der gegenwärtige Triumph des liberalen Kapitalismus dem klassischen Marxismus wieder zur Aktualität verhalf. Bereits zwanzig Jahre nach Marx' Tod behaupteten die Revisionisten, daß die Welt sich ändert und der Kapitalismus schon nicht mehr der sei, den Marx und Engels im »Manifest« beschrieben. Das entsprach der Wahrheit. Eine andere Sache ist, daß die Maßstäbe und die Bedeutung dieser Umgestaltungen hin zum Besseren von den Menschen überschätzt worden sind. Und die Welt fuhr fort, sich zu verändern. Das »kommunistische Modell« entstand und brach zusammen, es begann und es endete der »Kalte Krieg«. Auch der »Wohlfahrtsstaat« blühte auf und verblühte in Westeuropa. Die Ideologen

Siehe das Protokoll des vom Klub der Realisten, vom Klub am Arbat und von der Redaktion der Zeitschrift »Russische Provinz« organisierten Rundtischgesprächs: Die sozialistische Idee: Lehren des 20. Jahrhunderts, Moskau 1997.

des Neoliberalismus riefen auf, zu den klassischen Werten des »freien Marktes« und des unumschränkten, von staatlichen Eingriffen freien Kapitalismus zurückzukehren. Sie priesen die »Globalisierung«, die den gesamten Erdball in einen einzigen kapitalistischen Markt verwandelt. Sie forderten vom Staat, wieder bloß die Rolle des »Nachtwächters« zu übernehmen. Und sie haben ihre Ziele erreicht. Nach den Ereignissen von 1989-91 wurde der marxistische Sozialismus, der noch 15 bis 20 Jahre zuvor als reale Kraft erschien, wieder zum »Gespenst«. Doch ungeachtet der anhaltenden Versuche, Marx endgültig zu beerdigen, will der Alp aus den Träumen der Bourgeoisie nicht verschwinden.

Siehe die Beiträge in
UTOPIE kreativ, Heft 68,
(Juni) 1996.

Das Streben, Marx zu beerdigen, nimmt in dem Maße zu, in dem seine Ansichten lebendig sind. Niemand tritt an, um Hegel zu begraben oder Voltaire zu widerlegen, denn es ist jedem klar, daß sie Geschichte sind. Die Ideen der Philosophen jener Zeit sind in die modernen Theorien von heute eingegangen. Marx hat ein anderes Schicksal erfahren. Denn die Gesellschaft, die er analysierte, kritisierte und die er zu verändern hoffte, existiert weiter. In diesem Sinne kann das Ende des Marxismus nur das Ende des Kapitalismus sein.

Die kategorischen Schlußfolgerungen des bedeutenden Ökonomen sind unbequem, sie stehen einer »gemäßigten« und flexiblen Politik im Wege, und richten sich im Endeffekt als moralische Verurteilung gegen jene, die auf einen Kompromiß mit der herrschenden Ordnung aus sind. Deshalb bildet sich der Revisionismus zeitgleich mit den parlamentarischen Arbeiterparteien heraus.

Wenn der Marxismus der Vergangenheit angehört, haben seine Schlußfolgerungen die moralische Bedeutung für die Gegenwart verloren. Vom historischen Sozialismus bleiben nur die »allgemeinen« Werte, die von jedem auf seine Weise ausgelegt werden. Es ist offensichtlich, daß sich der Kapitalismus wandelt, deshalb ist es nutzlos, gegen ihn mit Zitaten aus Büchern zu kämpfen, die im vorigen Jahrhundert geschrieben wurden. Weder Kompromiß noch Mäßigung sind an und für sich eine Sünde. Unter konkreten politischen Bedingungen ist jede ernsthafte Partei zur Suche nach Kompromissen gezwungen. Die Politik muß das jeweilige Kräfteverhältnis berücksichtigen.

Schon der Terminus »Revisionismus« hat etwas Buchhalterisches an sich. Es geht nicht um Überdenken oder gar Kritik am Marxismus, sondern um ein mechanisches Aufrechnen der »Aktiva« und »Passiva« der Lehre, wobei als »Aktiva« einige Werte genutzt werden können, während die veralteten »ideologischen« Analysen abgeschrieben werden.

Diese Form des Herangehens verbindet Revisionisten und Orthodoxe. Der Unterschied besteht »nur« darin, daß die Orthodoxen, guten Hausfrauen gleich, behaupten, daß bestimmte Sachen einfach aufgehoben werden müssen, man könnte sie ja einmal noch gebrauchen. Im Unterschied zu ihnen wollen die Revisionisten sehr schnell aufräumen und alles »Überflüssige« entsorgen.

Die analytische Methode des Revisionismus läßt sich am ehesten als beschreibende Methode bezeichnen. Wenn die Revisionisten die Beschreibung gesellschaftlicher Erscheinungen durch den klassischen Marxismus mit der Gegenwart vergleichen, weisen sie völlig

zu Recht auf den Unterschied hin. Damit ist für sie die Untersuchung beendet, denn allein das Aufzeigen des Unterschiedes ist für sie der Beweis, von Marx Abstand zu nehmen. Eine Analyse findet hier genau genommen gar nicht statt, sie wird als überflüssig angesehen. Das Schlimme ist nur, daß sich die Realität auch weiterhin verändert. Auch die Ereignisse und Prozesse, die die Revisionisten beschrieben haben, werden Geschichte, und die Schlußfolgerungen damit in Zweifel gestellt. Die periodisch wiederkehrenden Debatten über die Aktualität des Marxismus und die anstehenden Revisionen sind Ausdruck eines Wendepunktes in der Geschichte der sozialistischen Bewegung und der sozialistischen Theorie. Sie sind Ausdruck der Krise des Marxismus bzw. seiner vorherrschenden Interpretationen (die revisionistische Auslegung eingeschlossen).

Die realen Veränderungen, die der Kapitalismus in den sechziger Jahren durchlief, wurden von den revisionistischen Schulen als Ende des traditionellen Kapitalismus ausgegeben. In ähnlicher Weise hatte Eduard Bernstein die Veränderungen in der Gesellschaft kommentiert. Die auf Bernsteins Theorie aufbauenden Schulen beschrieben die »neue Wirklichkeit«, ohne zu bemerken, wie sie veraltete. Der Wohlfahrtsstaat gab und gibt allerorten seine Positionen preis. Der Marktmechanismus befreite sich zusehends von jeder staatlichen und internationalen Regulierung, das Privateigentum setzte sein allgemeines und heiliges Prinzip durch.

Die technologischen Veränderungen brachten nicht die »Wirtschaft des freien Schöpfertums«, sondern die »Wirtschaft der billigen Arbeitskraft« hervor. Die Ausbeutung und die Abhängigkeit der Werktätigen von der Administration nahm zu, der Arbeitslohn sank nicht nur in den Entwicklungsländern und in den von Kommunisten regierten Ländern, sondern seit Mitte der neunziger Jahre auch im Westen. Die gemäßigten Linken unterschätzten in den achtziger/neunziger Jahren die Bedeutung und die Maßstäbe der neoliberalen Reaktion, so wie die Marxisten in den sechziger Jahren nicht willens waren, die damals vor sich gehenden Veränderungen zur Kenntnis zu nehmen. Dabei haben die Ereignisse der neunziger Jahre gezeigt, daß das Wesen des Kapitalismus sich weitaus weniger verändert hat, als es die Theoretiker des »gemäßigten« Kapitalismus behaupteten. Die neuen Erscheinungen, auf die sie hinwiesen, waren Ergebnis des Klassenkampfes und des Systemgegensatzes und wurden dem Kapitalismus »von außen« aufgezwungen.

Die revisionistischen Theoretiker zogen es vor, den Neoliberalismus zu ignorieren oder ihn als vorübergehende Erscheinung darzustellen, die nur der harmonischen Entwicklung der Gesellschaft im Wege steht. Doch der Neoliberalismus ist keine Zickzackbewegung, kein Fehler der Politiker, sondern die Grundrichtung der Evolution des Kapitalismus. Sein Wesen besteht darin, daß die bürgerliche Gesellschaft es sich nicht mehr leisten will, die sozialen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte aufrecht zu erhalten. Und obwohl die Sozialdemokraten zu Recht feststellten, daß der Umfang der Ressourcen, über die die Gesellschaft verfügt, um soziale Probleme zu lösen, beachtlich zugenommen hat, hat das mit der eigentlichen Angelegenheit wenig zu tun, denn der Kapitalismus wird in dem Maße brutaler und verschwenderischer, in dem er globaler wird.

Siehe die Beiträge in
UTOPIE kreativ, Heft 85/86
(November/Dezember) 1997
und 91/92 (Mai/Juni) 1998.

Die bürgerliche Gesellschaft Ende des 20. Jahrhunderts ist dem »wilden Kapitalismus«, den der junge Marx und Engels vorfanden und beschrieben haben, ähnlicher als der »zivilisierten Variante« zu Lebzeiten der Revisionisten. Der moderne Kapitalismus ist sogar noch »wilder« als zu Marx' Zeiten. Dieses System ist in der Tat zu einem Weltsystem geworden, seine Herrschaft ist (fast) unumschränkt und wird (fast) von niemandem bestritten. Was bei Marx im »Manifest« eine Prophezeiung war, ist im Zeitalter der Computer, des Fernsehens und des Verkehrswesens Alltag.

Marx sah den Kapitalismus als einheitliches und alles durchdringendes System, das auf seinem Weg alle Hindernisse ausräumt und Strukturen, die sich ihm nicht unterordnen wollen, überwindet. Zusammen mit der Modernisierung breitet er sich unaufhaltsam über den gesamten Erdball aus. Und dennoch gibt es einen wesentlichen Unterschied zwischen der Marxschen Weltsicht und jener Realität, in der wir leben. Die Autoren des »Manifests« sahen nicht nur die Ausbreitung des Kapitalismus, sie sahen auch das stürmische Wachstum der neuen sozialen Kräfte, die an die Stelle des Kapitalismus ihre eigene »neue Welt« setzen wollten. Sie sprachen vom Proletariat, das für sie mit der Arbeiterklasse identisch war. Die moderne Soziologie hingegen spricht bereits vom »Ingenieurproletariat«, das sich äußerlich sehr vom klassischen Proletariat unterscheidet. Das »Manifest« konstatiert, daß der Kapitalismus seinen eigenen Totengräber hervorbringt – heute ein fast banaler, aber dennoch nicht für alle verständlicher Allgemeinplatz. Für den Kapitalismus stellten nicht seine Krisen, sondern seine Erfolge die eigentliche Gefahr dar. Nicht der Rückgang, sondern das Wirtschaftswachstum, nicht der Zerfall der Industrie, sondern ihre Entwicklung birgt das Problem. Das unbeständige Wachstum ist von einem anhaltenden Verfall ganzer Regionen (Rußland ist hier kein Einzelfall) begleitet.

Die Alternativen zum Kapitalismus sind schwach ausgeprägt, weil die linken Politiker in aller Welt wegen des »Zusammenbruchs des kommunistischen Systems« demoralisiert sind und eine »maßvolle« Politik dem Risiko eines wirklichen Kampfes vorziehen. Die Schwierigkeit ist auch, daß der moderne Kapitalismus Millionen von Menschen nicht nur organisiert, sondern auch desorganisiert. Vielleicht haben einige zeitgenössische Autoren recht, wenn sie Marx und Engels vorwerfen, den Kapitalismus und seine »fortschrittliche Rolle« überbetont zu haben.

In diesem Zusammenhang ist es angebracht, an Maos Antwort auf die Frage nach seiner Einschätzung der »Großen Französischen Revolution« zu erinnern. Nach 150 Jahren ist es nicht nur für China, sondern auch für Europa zu früh, Schlußfolgerungen zu formulieren, erklärte der »Große Steuermann«. Die Beschreibung der Kraft des Proletariats in bevorstehenden Kämpfen im »Manifest« war eine Art Vorschuß. Vierzig Jahre mußten vergehen, bis die europäischen Arbeiterparteien jener mächtigen Bewegung ähnlich waren, die im »Manifest« beschrieben worden war. Das von Marx und Engels verfaßte Manifest hatte freilich zur Herausbildung des kollektiven Bewußtseins der Klasse beigetragen.

In gewissem Sinne sind wir zu dieser Situation, die Marx und Engels in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts beobachtet haben,

zurückgekehrt: Es gibt die Bewegung bereits, aber ihr mangelt es an einer Theorie, an wahren Führern und einer selbständigen Organisation. Es ist klar, daß es hier mit bloßen Hinweisen auf die »historische Wahrhaftigkeit des Marxismus« nicht getan ist. Die Vergangenheit wiederholt sich nicht; auch dann nicht, wenn wir viele interessante Parallelen zur Gegenwart erkennen können.

In der Epoche der Globalisierung, der internationalen Computernetze und transnationalen Gesellschaften durchläuft die Bewegung der Werktätigen erneut die Phase der Formierung, wobei sie gewissermaßen zum zweiten Mal Ideen und Formen des Kampfes für sich entdeckt, die eigentlich schon Geschichte sind. Diese Bewegung bedarf gleichermaßen der Neuerungen wie der Traditionen. Sie bedarf des Radikalismus, weil dies der einzige politische Realismus in einer Welt ist, in der sich die herrschenden Kreise durch nichts eingeschränkt und frei von früheren sozialen Verpflichtungen fühlen. Die Bewegung der Werktätigen wird als »proletarische« im ursprünglichen Marxschen Sinne (d.h. als eine nicht an das Privateigentum gebundene) wiedergeboren. Aber sie ist auch schon mehr als nur eine »proletarische«. Sie schließt den Bauernprotest ebenso ein wie den Unmut der Intellektuellen, berücksichtigt den Widerstand der neuen »technologischen Eliten« gegen das Kapital und die Erhebungen der Völker der »Peripherie« gegen die Willkür des »Zentrums«.

Die Massen, die 1905 und 1917 Revolution gemacht haben, waren auch nicht von den Ideen des Marxismus beseelt. Die Menschen folgten Lenin und Trotzki nicht, weil diese eine bessere Theorie des Sozialismus hatten, sondern weil die Bolschewiki mit der Losung Frieden, Land und Gerechtigkeit hervortraten. Nicht die Ideologie, sondern das konkrete Programm war entscheidend. Solange der Kampf gegen Unterdrückung nicht gleichzeitig ein Kampf für eine neue Gesellschaft ist, ist er zur Niederlage verurteilt. Und noch mehr: Die Diskreditierung der progressiven Utopie im Massenbewußtsein hat immer zur Folge, daß ihr Platz von einer reaktionären Utopie eingenommen wird.

Ohne genaue Vorstellungen über das Ziel zu haben, ist es unmöglich, Strategie und Taktik zu erarbeiten. Das eigentliche Verdienst der Sozialdemokratie Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts war die Verbindung des Marxismus mit der Arbeiterbewegung, hob Lenin hervor. Dieser Sprengstoff hat die Welt erschüttert. Lenin war als echter Aufklärer überzeugt, daß die Intellektuellen das proletarische Bewußtsein in die Massen tragen. Dabei war der Prozeß ein wechselseitiger. Die Massen können keine Theorie ausarbeiten, aber ohne Verbindung zur Massenbewegung stirbt die Theorie ab. Indem sie zur Theorie der Arbeiterbewegung wurden, erlebten die Ideen von Marx eine Transformation, wurden zum Marxismus.

Es ist völlig natürlich, daß ein Theoretiker radikaler sein muß als ein Praktiker. Bereits Marx unterschied zwischen Kompromissen in der Politik und in der Theorie. Für einen Politiker ist ein Kompromiß zulässig, ein Theoretiker muß sich vor Kompromissen hüten. Das Mögliche ist nicht das Notwendige. Die Politik ist die Kunst des Kompromisses und schon darin liegt die Trennung von Theorie und Praxis begründet. Die konkreten Handlungen von Lenin, Trotzki oder Gramsci folgten nicht zwangsläufig aus ihren theoretischen

Siehe den Beitrag von B. Kagarlitzki: Sackgassen und Wegscheiden, in: UTOPIE kreativ, Heft 71 (September) 1996, S. 43-52.

Siehe die Beiträge in UTOPIE kreativ, Heft 97/98, (November/Dezember) 1998.

Konstruktionen. Für die Vertreter des klassischen Marxismus blieb die praktische Aktion immer eng mit der theoretischen Suche verbunden. In der Nachkriegszeit riß diese Verbindung ab.

Der Marxismus hat eine historische Niederlage erlebt, aber nicht Ende der achtziger Jahre, als die Berliner Mauer fiel, sondern viel früher, als die Theorie von der Bewegung getrennt und isoliert wurde. Diese erfolgte nicht nur im Osten, wo der Stalinsche »Marxismus-Leninismus« entstand. Im Westen war der akademische Marxismus bereits in den dreißiger Jahren zur Angelegenheit von Zirkeln geworden, während die »klassischen« Formeln zu leblosen Ritualen der sozialdemokratischen oder kommunistischen Parteien gerannen.

Marx begann damit, daß er das sozialistische Projekt von der Utopie trennte. Das ist ihm nicht ganz gelungen, weil das Utopische jeder Theorie, jedem Projekt immanent ist. Marx' entscheidender Beitrag zur politischen Theorie bestand gerade darin, daß er die Notwendigkeit und Möglichkeit der Abkehr von utopischen Träumereien und die Hinwendung zu praktischen Umgestaltungen deutlich machte. Auf den »Pragmatismus« verzichtend, betonte die marxistische Tradition die Notwendigkeit der Vereinigung des »Idealismus« (als Treue zu den Zielen und Prinzipien) mit dem politischen Realismus konkreter Aktionen. Gerade die Erfahrung der praktischen Umgestaltung trägt zur Wandlung des sozialistischen Denkens zu einer Wissenschaft bei. Deshalb ist jede Theorie losgelöst von politischer Praxis einfach sinnlos.

Der akademische westliche Marxismus, der (oft nicht aus eigenem Willen) der Massenbewegung und politischen Aktion entfremdet war, büßte im Laufe der Zeit ungeachtet seiner gewaltigen intellektuellen Erfolge die Fähigkeit ein, zwischen Theorie und Utopie zu unterscheiden. Zur gleichen Zeit erfolgte der liberale Gegenangriff auf den Sozialismus unter dem Banner des »Antiutopismus«. Es ist bemerkenswert, daß die Linken in den neunziger Jahren den Utopismus-Vorwurf akzeptierten. Die einen erklärten sich zu »Realisten« und schworen, sich von der Utopie zu befreien, die anderen glaubten weiter an die Ideale und begannen, die utopische Traditionslinie im Sozialismus zu kultivieren. Das widerspiegeln sogar die Titel der linken Zeitschriften »Utopie kreativ« in Deutschland, »Utopias« in Spanien, »Utopie-critique« in Frankreich usw.

Dieser soziale Utopismus ist nicht boden- oder grundlos, er kann als Antwort auf bestimmte gesellschaftliche Bedürfnisse entstehen, kann das Denken und den Gang der Ereignisse beeinflussen. Unabhängig davon, wie groß dieser Einfluß ist und in welchem Maße das Ergebnis den ursprünglichen Intentionen entspricht, tritt die Utopie als spezifische Form von Gesellschaftskritik hervor. In der Kollision mit der Praxis wird sie zu Ideologie, oft zu einer extremen Ideologie. Ihr sind die Merkmale des falschen Bewußtseins eigen, nicht nur im Marxschen Verständnis, d. h. wenn Gruppen- oder Klasseninteressen als Interessen der Gesellschaft ausgegeben werden. Eine lineare, vereinfachende Sicht auf die Welt ist vorherrschend. Der Wunsch kommt auf, gesellschaftliche Widersprüche mittels Nivellierung und Reglementierung der Bedürfnisse und der Tätigkeit »zu lösen«. Der Utopist stützt sich dabei ungeachtet der propagierten »objektiven

Siehe die Beiträge in
UTOPIE kreativ, Heft 78,
(April) 1997.

Logik der Geschichte« und der kollektivistischen Werte auf die subjektiven Faktoren, hofft auf »kritisch denkende Persönlichkeiten«, schafft den Kult der Organisation. Der romantische Aktivismus verbindet sich hier mit einer mechanistischen Sicht auf das Alltagsleben. Die Wahl der Mittel wird auf ein Minimum reduziert und das Projekt wird zu einem maximalistischen.

Wenn im 18. und 19. Jahrhundert die Utopie des »Kasernenhofsozialismus« nur als Theorie existierte, so wurde sie im 20. Jahrhundert zur Ideologie konkreter politischer Aktionen. Die vorbürgerliche, ihrem Wesen nach gleichmacherische Utopie verband sich mit der Konzentration politischer Macht und den Mitteln technokratischer Manipulation der Gesellschaft – diesen spezifischen Errungenschaften unseres Jahrhunderts.

Dabei haben Marx und Engels im »Manifest« und in den Entwürfen dieser Programmschrift die Kritik des linken Utopismus und des mit diesem organisch verbundenen Kasernenhofkommunismus in den Mittelpunkt gestellt. Die linke Bewegung muß – wie vor hundert Jahren – den Schritt von der Utopie zur Theorie, von der Träumerei zur Wirklichkeit gehen. Das ist nicht gleichbedeutend mit einer Verurteilung oder Verdammung utopischer Traditionen, aber sie müssen auf dialektische Weise, im Marxschen Sinne, überwunden werden. Ohne auf Utopien zu verzichten, müssen Linke entschieden über sie hinausgehen. In diesem Sinne ist das antiutopische Pathos des Marxschen Sozialismus wieder aktuell.

Die Schwäche der linken Kräfte ist eine Tatsache des politischen Lebens der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts. Das Paradoxon besteht darin, das ihre Schwäche die Linken zwingt, kompromißlos zu sein. Es kann unter Bedingungen des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses keinen »neuen Kompromiß« geben. Jeder, der von Reformen träumt, muß zunächst für die Veränderung des Kräfteverhältnisses kämpfen, d.h. Revolutionär und Radikaler im traditionellen Sinne des Wortes sein.

Jedes Bewußtsein ist beschränkt, es gibt kein absolutes Wissen. Die Rückkehr vom verschwommenen postmarxistischen Theoretisieren zu den einfachen Wahrheiten des klassischen Marxismus ist eine notwendige Bedingung der effektiven politischen Praxis, auch wenn wir heute die Beschränktheit, was nicht gleichbedeutend mit Falschheit ist, vieler ursprünglicher marxistischer Prämissen erkennen.

Die Rückkehr zu den Traditionen ist eines der effektivsten Mittel der Mobilisierung. Tradition ist das, was den Massen bekannt, verständlich und zugänglich ist. Gleichzeitig ist es das, was dem geistlosen Pragmatismus und Egoismus der Eliten entgegensteht. Ohne einen Bezug zu den Traditionen werden die neuen Ideen nicht vom Bewußtsein des Volkes aufgenommen. Verschwörungen und Aufstände gegen Ungerechtigkeit stützten sich stets auf traditionelle Vorstellungen von Gerechtigkeit. Daß die Tradition selbst in diesem Kampf eine radikale Wandlung durchmachte, ist ein anderes Thema.

Der Tradition wenden sich nicht nur die aufständischen Massen zu, auch die Eliten sind bestrebt, verlorenen Boden zurückzugewinnen. Der Neoliberalismus ist auch ein Beispiel für eine neotraditionalistische Ideologie. Konfrontiert mit der Notwendigkeit, dem Sozialismus ein eigenes Projekt entgegenzusetzen, haben die Ideologen der

Finanzbourgeoisie darauf verzichtet, neue Theorien zu erfinden. Im Gegenteil, sie wandten sich ihrem traditionellen, klassischen Programm zu und fanden Anknüpfungspunkte in den Schriften der Theoretiker des »Goldenen Zeitalters« des liberalen Kapitalismus. Neoliberalismus und neoklassische Schule sind aber keinesfalls eine mechanische Wiederholung des alten Liberalismus.

Während die reaktionären Kräfte beständig Traditionen aufgreifen, sind die Linken dazu nicht in der Lage und haben ihre wichtigste Tradition, den aktiven Kampf gegen den Kapitalismus, eingebüßt.

Nicht von kultivierter Nostalgie nach dem »Goldenen Zeitalter« der Arbeiterbewegung ist hier die Rede. Dort, wo die Linken sich selbst treu sind, gelingt es ihnen auch, die Initiative zurück zu gewinnen. Die Gesellschaft bedarf neuer Ideen und stabiler Traditionen. Der Neoliberalismus kann weder das Eine noch das Andere anbieten, die Linken können es, wagen es aber nicht.

Die Rückkehr zum Marxismus bedeutet in erster Linie Rückkehr zum »klassenmäßigen Herangehen« in der Politik. Der klassische Marxismus hat nie behauptet, daß der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital der einzige und der schärfste ist. Auch haben Marx und Engels nie behauptet, daß die Gesellschaft restlos in Klassen zerfällt. Sie haben lediglich behauptet, daß der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit der Grundwiderspruch ist, und ohne seine Lösung die anderen Widersprüche und Probleme nicht gelöst werden können. Deshalb war der marxistischen theoretischen Tradition eine bestimmte Beschränktheit eigen, so z.B. das Unverständnis, Tendenzen und Widersprüche der gesellschaftlichen Entwicklung zu erkennen, die sich nicht unmittelbar aus dem Klassenkampf ableiten ließen. Da sie den zentralen Widerspruch begriffen, meinten viele marxistische Analytiker, nicht mehr über sekundäre nachdenken zu müssen. Dabei sind die »zweitrangigen« Widersprüche nicht minder real und wichtig als der »Grundwiderspruch« und das Eine ist nicht ohne das Andere zu begreifen. Hieraus erklärt sich die Inhaltslosigkeit, der Schematismus und die Primitivität der marxistischen Analyse, die im Endeffekt zur Diskreditierung der marxistischen Tradition führte.

Wenn wir den Reichtum und die Mehrdeutigkeit des gesellschaftlichen Lebens begreifen, dürfen wir nicht vergessen, daß es auf bestimmte Weise strukturiert ist. Viele Soziologen im Westen weisen darauf hin, daß die Klasse in der Gesellschaft und im Leben der Menschen nicht mehr jene Rolle spielt wie in der Vergangenheit, und daß die Menschen ihren »Wert« nicht vermittelt über die Produktion, sondern über die Konsumtion erfahren. In Osteuropa und Lateinamerika ist die Deklassierung der Werktätigen und die »Atomisierung« der Massen auf der Tagesordnung. Und dennoch ist Konsum ohne Produktion unmöglich, und Deklassierung erfolgt nicht jenseits der Klassenstrukturen. Der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital bleibt der zentrale und grundlegende, ungeachtet der zahlreichen neuen und der Zuspitzung der alten Probleme. Der Gegensatz von Arbeit und Kapital kommt nicht nur im Kampf der Interessen, sondern auch in entgegengesetzten Werten, Prinzipien und Moralvorstellungen zum Ausdruck. Nur auf diesem stabilen Fundament hat der ethische Sozialismus einen positiven Sinn.

LUTZ BRANGSCH

Soziale Sicherheit als Zivilisationsgewinn?

In den Diskussionen um die Zukunft der Gesellschaft gewinnt die Ausgestaltung der sozialen Absicherung offensichtlich einen wachsenden Stellenwert. Die Wechselwirkung zwischen sozialer Sicherheit und individuellem wie kollektivem Verhalten wird zunehmend als Triebkraft erkannt und thematisiert. Dies wird besonders im Bericht der Zukunftskommission der Länder Bayern und Sachsen deutlich, in dem zumindest für den deutschen Sprachraum erstmals der Versuch unternommen wird, neoliberale Gesellschaftsvorstellungen unter dem Schlagwort »Zukunft der Arbeit« in einen ganzheitlichen Rahmen zu stellen. Die Haltung zu den bestehenden sozialen Sicherungssystemen und die Bewertung ihrer Perspektiven spielen hier eine zentrale Rolle.

In der gesellschaftlichen Diskussion lassen sich zwei Extrempositionen unterscheiden. Die eine geht davon aus, daß die sozialen Sicherungssysteme doch vor allem integrativen, tendenziell korrumpierenden Charakter tragen und – so die Konsequenz – daher ohnehin ersetzbar und wenigstens uninteressant seien. Dies wird häufig mit dem Hinweis verbunden, daß das bundesdeutsche System sozialer Sicherung ohne die Existenz der DDR wahrscheinlich nie auf diesem Niveau ausgestaltet worden wäre.

Die andere Position weist diesen Systemen eine quasi übergesellschaftliche Funktion zu und betrachtet sie ausschließlich unter funktionalen Aspekten.

Beiden Herangehensweisen ist eine sehr begrenzte Sicht auf die Funktionsweise sozialer Sicherung gemein, die soziale Sicherung bzw. soziale Sicherheit als bloße Folge wirtschaftlicher Prozesse begreift.

Die soziale Absicherung wird als nachgeordnet oder passiv interpretiert. Interessenkonstellationen, die der historisch konkreten Ausformung sozialer Sicherungssysteme zugrunde liegen, werden nur oberflächlich oder gar nicht berücksichtigt. Ihre Bedeutung für die Produktivitätsentwicklung und für die gesellschaftliche Arbeitsteilung oder ihr historischer Charakter werden negiert. Kurz gesagt – soziale Sicherheit und das System an Institutionen, die sie »erzeugen«, werden bisher kaum als ganzheitliche Phänomene betrachtet. Ein Herangehen, das dieser Komplexität gerecht werden würde, ist aber dringend notwendig, weil mit dem Untergang der realsozialistischen Staaten gerade ein Verständnis des historischen Werdens auch der sozialen Sicherungssysteme für die Suche nach Zukunftsoptionen eine außerordentliche Bedeutung hat.

Lutz Brangsch – Jg. 1957; Diplomwirtschaftler, Dr. oec., Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Erstveröffentlichung in: UTOPIE kreativ, Heft 113, S. 232-237.

»Das Problem liegt ... nicht da, wo man es häufig vermutet. Es liegt nicht in der Schwierigkeit, eine Lebensweise akzeptabel zu machen, in der fremdbestimmte Arbeit im Leben aller viel weniger Gewicht zukommt. Es liegt nicht in dem ›dringlichsten Verlangen aller‹, eine feste Vollzeitbeschäftigung anzunehmen. Und es liegt auch nicht im Rückstand der Denkweisen gegenüber den Möglichkeiten eines entspannteren und multiaktiven Lebens. Im Gegenteil, es besteht gerade im Rückstand des Politischen gegenüber der Entwicklung der Denkweisen. Es besteht in der Tatsache, daß sämtliche ökonomischen Rechte (Anspruch auf ein volles Einkommen), sozialen Rechte (Anspruch auf soziale Absicherung) und politischen Rechte (Recht auf kollektive Handlung, Repräsentation und Organisation) einzig an die immer seltener werdenden Stellen mit regelmäßiger Vollzeitarbeit gebunden bleiben. Es besteht in der Gefahr, mit dem festen Arbeitsplatz jegliches Einkommen, jegliche Möglichkeit, sinnvollen Aktivitäten nachgehen zu können, jeglichen Kontakt zu anderen etc. zu verlieren. Es besteht folglich darin, daß *der Arbeitsplatz ein Wert an sich ist*. Und zwar nicht grundsätzlich durch die Befriedigung, die *die Arbeit* verschafft, sondern durch die Rechte und Möglichkeiten, die an den Besitz des Arbeitsplatzes und allein daran gebunden sind.«
 André Gorz: Arbeit zwischen Misere und Utopie, Frankfurt/M. 2000, S. 91 (Hervorhebungen im Original).

Ansatzpunkte für die weitere Entwicklung der menschlichen Gesellschaft überhaupt müssen ausgehend von den Tendenzen der existierenden Gesellschaft entwickelt werden. Der Rückgriff auf Erfahrungen, die in den realsozialistischen Staaten gesammelt wurden, wird mitunter hilfreich sein, kann aber letztendlich keine Antworten auf die heute und morgen anstehenden Fragen geben. Soweit zum Verständnis (und zur Bewertung) gesellschaftlicher Prozesse nicht nur bestimmte Zustände erfaßt, sondern auch die Bedingungen ihres Werdens und Vergehens Beachtung finden müssen, ist die Frage nach möglichen Zivilisationsgewinnen im Kapitalismus vor allem auch im Zusammenhang mit den Formen sozialer Sicherung nicht nur legitim, sondern sogar zwingend.

Von Linken wird die Diskussion zu Zivilisationsgewinnen im Kapitalismus meist abstrakt und letztlich unhistorisch geführt – oft finden sich auch sachfremde Unterstellungen oder gar persönliche Diffamierungen.

Daß wichtige Elemente der gesellschaftlichen Zusammenhänge im Kapitalismus als Zivilisationsgewinn begriffen werden können, kann nur auf den ersten Blick verwundern. Es geht hier nicht um eine moralisierende Wertung der kapitalistischen Gesellschaftsformation, sondern um den nüchtern zu konstatierenden Fakt, daß die Herausbildung sozialer Sicherungssysteme auf gesellschaftlicher Ebene eine Entwicklungsnotwendigkeit dieser spezifischen Produktionsweise ist. Aus ihrer Entstehung resultieren selbstverständlich widersprüchliche Wirkungen – die Sicherungssysteme integrieren in die Gesellschaft, institutionalisieren und vermitteln Werte, geben aber gleichzeitig auch den verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren, Gruppen, Klassen usw. neue Entfaltungsmöglichkeiten. Historisch gesehen ist diese Institutionalisierung sozialer Sicherung auf der Ebene der Gesellschaft notwendige Kehrseite und Voraussetzung voranschreitender Vergesellschaftung in der Produktion. Die kapitalistische Form der Produktion und der ihr gemäße Produzententyp erzwingen einen neuen Typ sozialer Absicherung. Diese neue Konfiguration sozialer Zusammenhänge wird selbst zur Voraussetzung gesellschaftlicher Entwicklung; auch wenn dies nicht die Intention maßgeblicher Akteure bei der Schaffung dieser Sicherungssysteme war bzw. ist. In diesem Sinne kommt der Sozialpolitik und dem durch sie konstituierten Typ sozialer Sicherheit *keine sekundäre Rolle* gegenüber der Wirtschaft bzw. der Wirtschafts- und Finanzpolitik zu. Sozialpolitik hat zwar ihre Basis in individueller und gesellschaftlicher Konsumtion sowie Distribution, erschöpft sich aber nicht darin, was sich zum Beispiel bei der Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen zur Verwirklichung einer komplexen Gesundheitspolitik oder einer flächendeckenden wohnortnahen Sozialarbeit zeigt.

Hier wird die These vertreten, daß in dem Maße, wie die ›Wissenschaft zu einer unmittelbaren Produktivkraft‹ wird, das Gewicht sozialer Sicherheit als aktive gesellschafts- und zukunftsgestaltende Aufgabe wächst.

Der im Zuge kapitalistischer Entwicklung stattfindende Zerfall tradiertter Sicherungsformen, insbesondere die Auflösung der Großfamilie mit ihrer Fähigkeit zur Selbstreproduktion, erzwingt

diesen Übergang. Dabei sind die historisch konkreten Formen, in denen sich dieser Zerfall vollzieht, eine wesentliche Ursache für die unterschiedliche Ausgestaltung dieser Systeme in verschiedenen Ländern. Der Kern dessen, was als Zivilisationsgewinn beschrieben werden kann, besteht vor allem in der Entwicklung von Fähigkeiten zu kooperativer Arbeit bestimmter Qualität. Wie der Kapitalismus seine weltgeschichtlich zivilisatorische Rolle dadurch exekutierte, daß er einen spezifischen Arbeitsethos hervorbringt, persönliche Abhängigkeiten durch Marktbeziehungen formaler Gleichheit ersetzt, die Arbeitsteilung (bzw. die Fähigkeit zur Realisierung arbeitsteiliger Prozesse) entwickelt und die beständige Veränderung der Gesellschaft als deren Existenzbedingung setzt, besteht seine historische Funktion im Bereich der sozialen Sicherung in der Ausbildung von gesamtgesellschaftlich organisierten Systemen sozialer Absicherung. Diese Systeme sind Ausdruck politischer Kräfteverhältnisse, und ihre Entwicklung ist abhängig von der Veränderung dieser Verhältnisse. Die systeminhärente Wechselwirkung von Gesellschaftlichkeit im Handeln auf der einen und Individualitätsanspruch auf der anderen Seite erlangt einen – im Vergleich zu allen vorhergehenden Klassengesellschaften – überragenden Stellenwert. Soziale Sicherheit ist unter diesem Gesichtspunkt ein Gegengewicht zur allgegenwärtigen konkurrenzbedingten Unsicherheit gesellschaftlicher Reproduktion. Daher stellt sich die Frage des gesellschaftlichen Zusammenhaltes in völlig neuer Dimension, und sie wird auf neue Art und Weise beantwortet – hier liegt der entscheidende Zivilisationsgewinn, der über die gesamte Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft im Zentrum gesellschaftlicher Auseinandersetzungen steht.

Natürlich kann dieses spezifische Moment der gesellschaftlichen Entwicklung nicht losgelöst von gegenläufigen Tendenzen gesehen werden. Das ist bekannt und weitgehend unstrittig, läßt aber die erstgenannte Tendenz nicht »verschwinden«. Gerade die aktuellen Diskussionen um offene oder verdeckte Formen des »Umbaus« – genauer der Auflösung – solidarischer Sicherungssysteme und der damit einhergehende Druck in Richtung auf eine Privatisierung sozialer Absicherung fordern zu neuen Überlegungen heraus.

Rücknahme bürgerlicher Freiheitsideale – die Zeit frißt ihre Kinder
Ein Verständnis, das die Entwicklung sozialer Sicherungsformen auf der Ebene der Gesellschaft als Ganzes als ein notwendiges Moment der Entwicklung des Kapitalismus – und auch als Zivilisationsgewinn – begreift, ist durchaus kein Selbstzweck. Wenn sich eine bestimmte Form der Organisation sozialer Sicherheit als wesentliche Quelle für die Bewahrung gesellschaftlichen Zusammenhaltes bewährt, hat dies (wie bereits erwähnt) zwei Ausgangspunkte: die Notwendigkeit stabiler Reproduktionsbedingungen für die (Ware) Arbeitskraft auf der einen und das politische Gewicht der Arbeiterorganisationen als Gegenpol zu Vertretern der Kapitalinteressen auf der andern Seite. Das gegenwärtige Problem besteht nun darin zu ermitteln, welche Formen der Anpassung der sozialen Sicherungssysteme sich durchsetzen, wenn sich dramatische Veränderungen im Kräfteverhältnis zwischen den beiden Lagern vollziehen. Der Ge-

»Selbst Anhänger eines freien Marktes äußern immer unverhohlener den Verdacht, daß nach dem Kollaps des Kommunismus nur *ein* Gegner der freien Marktwirtschaft übriggeblieben ist – die freie Marktwirtschaft, die ihre Verantwortung für Demokratie und Gesellschaft abgestreift hat und allein nach der Maxime kurzatmiger Gewinnmaximierung handelt.«
Ulrich Beck: *Wohin führt der Weg, der mit dem Ende der Vollbeschäftigungsgesellschaft beginnt?*, in: Ulrich Beck (Hrsg.): *Die Zukunft von Arbeit und Demokratie*, Frankfurt/M. 2000, S. 14 (Hervorhebung im Original).

danke, daß soziale Sicherheit, wie sie bisher durch die Sicherungssysteme des 20. Jahrhunderts vermittelt wurde, hinderlich sei, scheint an Akzeptanz zu gewinnen, und dies nicht nur unter der herrschenden Kapitalfraktion. Wird diese These akzeptiert, bleiben mindestens zwei Möglichkeiten der Reaktion. Entweder wird untersucht, inwieweit eine Reform der sozialen Sicherungssysteme notwendig und durchführbar ist, oder diese Systeme werden grundsätzlich in Frage gestellt. Damit würde dann die Suche nach völlig anderen Wegen zur Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes auf die Tagesordnung gesetzt.

Letzteres wurde vor allem durch die Zukunftskommission Bayern/Sachsen mit großer Konsequenz in den Mittelpunkt der Betrachtungen gestellt. Die hier getroffenen Aussagen gehen in jeder Hinsicht über die Positionen der ehemaligen Bundesregierung wie auch der Unionsparteien hinaus – sowohl, was ihren gesellschaftskonzeptionellen und intellektuellen Gehalt, als auch was die angezielte ›Radikalität‹ in der praktischen Umsetzung betrifft. Mit diesem Bericht wurde daher vor allem eine neue Runde im Kampf um die ›herrschenden Ideen‹, um einen grundlegenden Wandel im gesellschaftlichen Bewußtsein insgesamt, eingeleitet. Daß sich die Verfasser dieses Zusammenhangs sehr wohl bewußt sind, wird auch dadurch unterstrichen, daß sich die im Bericht exponierten Positionen durch eine – gemessen an der Interessenlage der Auftraggeber – bemerkenswerte Geschlossenheit auszeichnen. Das Plädoyer für ungehemmtes weltmarktkonkurrenzbestimmtes Wirtschaften wird bis zu seinen logischen gesellschaftspolitischen Konsequenzen geführt.

Kern der Darlegungen ist die Überzeugung, daß die Konkurrenz nur dann ihre Triebkraftwirkung voll entfaltet, wenn sie schrankenlos ist, d.h. wenn sie auch auf den sozialen Bereich ausgedehnt wird. Nur unter dieser Bedingung könne, so ließen sich die Auffassungen der Autoren zusammenfassen, das Lebensniveau der »Leistungsträger« und damit die Gesellschaft selbst erhalten werden. Gerade diese scheinbar zwingende innere Logik dürfte, trotz aller berechtigten, zum Teil vernichtenden Kritiken aus anderen politischen Lagern, dem Bericht eine langfristige Wirkung sichern.

Sozialpolitik hat hier zwei Funktionen. Zum einen soll sie »Anreize« zur Arbeit schaffen. Niveau und Zugangsbedingungen sozialer Absicherung sollen dazu zwingen, daß jede/r unter (fast) allen Umständen seine/ihre Arbeitskraft und finanziellen Ressourcen dem Markt zur Verfügung stellen muß. Es soll eine Situation geschaffen werden, in der für die abhängig Beschäftigten der Erfolg auf dem Markt (sowohl der eigene wie auch der des Unternehmens) zum alleinigen Bestimmungsfaktor der Lebensverhältnisse wird. Durch eine wie auch immer geartete Basisversorgung auf niedrigstem Niveau soll zum anderen gleichzeitig eine soziale Gruppe am Leben gehalten werden, die den »Leistungsträgern« stets eine bedrohliche Perspektive im Falle eigenen Versagens vor Augen hält. Parallel dazu gilt es, diese Gruppe sozial Deklassierter auf einem hinreichenden Qualifikationsniveau zu halten, so daß sie ein Reservoir zum Ersatz für verschlissene »Leistungsträger« bietet. Soziale Stabilität soll in Ergänzung zu dieser Absenkung des Niveaus sozialer Leistungen durch »Bürgerarbeit« – durch moralisch motivierte

»Ein überzeugender Gegenentwurf zur britischen, niederländischen oder amerikanischen Strategie, niedrige Arbeitslosigkeit mit niedrigen Einkommen und niedrigen Sozialstandards zu bezahlen, ist nirgendwo in Sicht.«
Ulrich Beck: Wohin führt der Weg, der mit dem Ende der Vollbeschäftigungsgesellschaft beginnt?, in: Ulrich Beck (Hrsg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt/M. 2000, S. 13.

Wohltätigkeit – gesichert werden. Eine ›Ergänzung‹, die keinesfalls eine tatsächliche Kompensation für den Wegfall von Rechtsansprüchen darstellt.

Letztlich basiert das Konzept im wesentlichen auf zwei Elementen, die gesellschaftliche Stabilität vermitteln sollen: Einmal auf der realen *Drohung mit der möglichen Vernichtung der sozialen Existenz*, also auf *Angst* und zum zweiten auf moralisch motivierter Wohltätigkeit, die gleichzeitig *moralischen Druck zur Konformität* vermittelt. Damit aber setzen derartige Konzepte eine bedrohliche Spirale von Gewalt und Gegengewalt in Gang. Die zweifache Ausgrenzung von Menschen – als »Minderleister« und »Versager« auf dem Markt auf der einen wie auch als »Objekt« von Wohltätigkeit der »Leistungs-träger« auf der anderen Seite – dürfte soziale Konflikte zwar deckeln, lösen wird sie diese jedoch nicht. Im Gegenteil, es würde sozialer Sprengstoff mit enormer Brisanz entstehen. Dies wiederum dürfte die Tendenz zu politischer Repression erhöhen. Solidarität erscheint in einer derart ›liberalisierten‹ Gesellschaft letztendlich immer als Last, als lästige Vergabe von Almosen, die bestenfalls noch gegen niedrigere Kriminalität und eine geringere Zahl von Streiktagen aufrechenbar und so wirtschaftlich optimierbar erscheint.

Die Vorstellungen von Ulrich Beck zur Bürgerarbeit oder kommunaristische Konzepte sind bereits ein Reflex dieser Umbewertung von Solidarität. Die Verteilungspolitik konzentriert sich so direkt nicht mehr nur und nicht einmal mehr vorrangig auf die Umverteilung von Geld, sondern vor allem auf die Verteilung von Lebenschancen – und damit von Macht.

Neue Widersprüche, neue Interessenkonstellationen, neue Bündnisse
Die zivilisatorische Rolle der sozialen Sicherungssysteme erschöpft sich jedoch nicht allein in seiner Fixierung auf das Verhältnis von Kapital und Arbeit – sie erstreckt sich auch auf die Verhältnisse zwischen den Lohnabhängigen, zwischen verschiedenen Fraktionen des Kapitals und zwischen verschiedenen anderen sozialen Schichten. Soziale Sicherheit zivilisiert nicht nur das Verhältnis von Kapital und Arbeit, sondern in gleichem Maße, und das ist vielleicht noch wichtiger, das Verhältnis der verschiedenen Gruppen von Lohnabhängigen. Zivilisierung bedeutet hier Regulierung der Konkurrenz unter den Lohnabhängigen um Arbeitsplätze und Gewährleistung von Möglichkeiten zur Entwicklung einer eigenen Kultur und von Solidarität. Als ausgesprochen lehrreich erweist sich unter diesem Gesichtspunkt die Darstellung der Auseinandersetzung um das englische Fabrikgesetz und um den Acht-Stunden-Tag bei Marx. Das Bild, das Marx hier vom englischen Proletariat zeichnet, ist keinesfalls heroisierend; gleiches gilt für seine Schriften über die Wirkung von Kinder- und Frauenarbeit in der kapitalistischen Produktion. Neuere neoliberale Gesellschaftsentwürfe legen Konsequenzen nahe, die diesen Verhältnissen nur der Form, nicht dem Wesen nach unähnlich sind. Die Debatten um einen Niedriglohnsektor, um Bürgerarbeit, um die Absenkung der »Erwerbsneigung« von Frauen, um Lohnverzicht usw. sind nur scheinbar zivilisiertere Formen, in denen im 20. Jahrhundert die Konkurrenz unter den Lohnabhängigen angeheizt wird.

»Ehe sie die Kosten übernehmen, ist es für die Gutsituiereten viel einfacher, Mängel im Charakter derjenigen zu finden, die zur unteren Klasse gehören, und zunehmend auch Mängel in den Einwanderungsgesetzen und ihrer Anwendung. Und eine soziale Tugend zu entdecken in einem scheinbar prinzipiellen Widerstand gegen die Steuern und den sich einmischenden Staat. Und, wenn Ärger droht, nach mehr Polizei zu rufen und schärferen Gerichtsurteilen oder in die Vororte umzuziehen.

Es liegt in der Natur der Wohlhabendengemeinde, eine auf den eigenen Schutz fixierte, kurzfristige Sicht der eigenen Position an den Tag zu legen. Es muß wiederholt werden, daß es keine wesentliche Maßnahme gibt, um Armut zu vermindern oder das Leben der Armen zu verbessern und die friedensstiftende soziale Mobilität der Unterschichten zu gewährleisten, die nicht staatliche Aktionen erfordert, obwohl es so wortgewaltige, wie scheinbar kluge Argumente für das Gegenteil gibt. Der Zweck des letzteren besteht nicht darin, Lösungen zu finden, sondern die Reichen vor einem schlechten Gewissen und Kosten zu bewahren.«
John Kenneth Galbraith:
Die Geschichte der Wirtschaft im 20. Jahrhundert, Hamburg 1995, S. 281.

Die Auflösung der in den heutigen Sicherungssystemen vergesellschafteten Formen sozialer Sicherheit und ihre Ersetzung durch marktorientierte, individuelle oder gruppenzentrierte Varianten sozialer Sicherung läuft im Kern auf die Rücknahme eines unter kapitalistischen Bedingungen bereits erreichten und erreichbaren Zivilisationsgewinns hinaus.

Dieser Verlust brutalisiert aber nicht nur schlechthin die Gesellschaft, sondern beraubt auch verschiedene soziale Gruppen ihrer Fähigkeit zur Interessenartikulation und damit ihrer politischen Handlungsfähigkeit. Diese Unmöglichkeit, politisch im Rahmen der gewachsenen gesellschaftlichen Strukturen zu handeln, befördert augenscheinlich rechtsradikale Tendenzen, irrationale Lebensmodelle (wie sie z.B. durch Sekten vermittelt werden) wie auch gleichermaßen irrationale konsumzentrierte Lebenskonzepte. Die offensichtlich massenhafte Abwendung von der Gesellschaft in einer Situation, in der eigentlich massenhaftes eingreifendes Verhalten für die Menschheit überlebenswichtig ist, ist ein fataler Widerspruch. Wird dieser Widerspruch nicht produktiv gelöst, droht der Rückfall in eine Kastengesellschaft.

Davon sind nicht nur die Marginalisierten betroffen. An ein solches Gesellschaftskonzept knüpft sich auch eine ganze Reihe von Umbewertungen gesellschaftlichen Verhaltens, kultureller Werte und nicht zuletzt auch institutionalisierter Regelungen. Davon ist natürlich vor allem auch die Tarifpolitik betroffen. Die Auflösung des Flächentarifvertrages sowie die Deregulierung (besser: die Neueregulierung) der sozialen Beziehungen im Arbeitsleben und die Privatisierung der Lebensrisiken sind spiegelbildliche Prozesse.

Dies berührt zunehmend aber auch breite Teile der von Kanzler Schröder immer wieder beschworenen Neuen Mitte. Auf dem schmalen Grat zwischen Barbarisierung, sprich der Allmacht eines letztlich doch monopolistisch vermachteten Marktes, oder Selbstverwirklichung in neuen kreativen Bereichen, die an humanistischen Werten orientiert sind, sehen sich alle gesellschaftlich-politischen Akteure vor eine konkrete Frage gestellt – die Frage nach der Wertschätzung des Zivilisationsgewinns, den der »alte« Kapitalismus zunächst hervorbringen mußte, um ihn schließlich doch wieder abzuwerfen.

Der Kampf um die Bewahrung dieses Zivilisationsgewinns, so mager er heute auch aus der Sicht der großen alternativen Gesellschaftsentwürfe und ihrer Realisierungsversuche erscheinen mag, ist jetzt zu einer entscheidenden Frage für den Entwicklungsweg der menschlichen Gesellschaft überhaupt geworden. Dies dürfte wenigstens mittelfristig zu neuen Interessenkonstellationen führen und damit auch die Möglichkeiten und die Notwendigkeit für neuartige Bündnis-konstellationen unter den abhängig Beschäftigten, aber auch weit darüber hinaus, vor allem im Bereich klein- und mittelständischer Unternehmen und der freiberuflich Tätigen eröffnen. Allerdings ist gegenwärtig noch keine politische Kraft oder Gruppierung in der Lage, auf die damit verbundenen Herausforderungen gültige Antworten zu geben.

Es mag eine der Ursachen für den Zusammenbruch des real-existierenden Sozialismus gewesen sein, daß zumindest seit den siebziger Jahren die ›Bewahrung‹ oder genauer die ›Aufhebung‹ dieses Zivilisationsgewinns praktisch nicht vollzogen werden konnte.

JOACHIM TESCH

Zur Vermögensverteilung in Deutschland und ihren Konsequenzen für die Politik

Eine Übersicht

Linke Parteien und Strömungen – dem Streben nach Gleichheit verpflichtet – thematisieren in der politischen Auseinandersetzung und bei der Werbung von Wählerstimmen gerne den Gegensatz von »arm« und »reich«. Im Kern lauten die Aussagen meistens: Wenige besitzen fast alles und die meisten besitzen fast gar nichts. So heißt es in einer Flugschrift der PDS vom November 1997, »daß das reichste Viertel der Gesellschaft 70 Prozent des Geldvermögens besitzt, während sich das ärmste Viertel mit nur 2 Prozent bescheiden muß«¹. Solche Aussagen provozieren zur Frage, welche Rolle die mittleren zwei Viertel spielen. In der genannten Flugschrift finden sich auch Formulierungen wie: »Reichtum ist teilbar« und »Armut bekämpfen – Reichtum begrenzen«². Angesichts solcher Forderungen drängen sich weitere Fragen auf: Wer ist reich, wessen Reichtum soll geteilt werden? Und: Wer ist arm?

Völlig zu Unrecht bleibt bei solchen vereinfachenden Gegenüberstellungen meist außer Betrachtung, wieviel Vermögen die Haushalte der Mittelschichten ihr eigen nennen und ob diese bereit wären, sich an der Aufteilung des Vermögens der Reichsten in der Gesellschaft zu beteiligen. Aber gerade das ist wichtig zu wissen, wenn Parteien in einer parlamentarischen Demokratie Verbündete brauchen oder gar Mehrheiten suchen.

»Statistische« Probleme

Insgesamt besteht das Vermögen der privaten Haushalte aus dem Besitz bzw. Eigentum an Geld, Immobilien, Betrieben und Gebrauchsgütern. Letzteres Vermögen – zu dem langlebige und hochwertige Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung, für Verkehrszwecke, für Bildungs- und Unterhaltungszwecke sowie für die persönliche Ausstattung gehören – wird im folgenden vernachlässigt, da es außerhalb von Umverteilungsüberlegungen steht.

Bei der Darstellung der Vermögensverteilung gibt es »statistische« Probleme, genauer gesagt: wie kaum auf einem anderen Gebiet mangelt es an Auskunftsbereitschaft der Befragten – die Reichen haben kein sonderliches Interesse, ihr Vermögen bekannt werden zu lassen. PDS und SPD hatten im Bundestag im Juni 1997 Anträge gestellt, die die Bundesregierung zur regelmäßigen Erarbeitung von Berichten über die Verteilung von Einkommen und Vermögen verpflichten sollten; diese wurden von den Regierungsparteien abgelehnt (u. a. mit der Begründung: »um eine Neiddiskussion zu vermeiden«)³.

Joachim Tesch – Jg. 1933; 1952-1961 Studium der Industrieökonomik und Promotion zum Dr. rer. oec. an der Humboldt-Universität zu Berlin; 1961-1971 leitende Funktionen in Berliner Bauunternehmen und im Ministerium für Bauwesen der DDR, 1972-1994 Professor an der TH Leipzig, zuletzt für Volkswirtschaftslehre. Erstveröffentlichung in: UTOPIE kreativ, Heft 94, S. 11-21.

1 PDS im Bundestag: Reichtum ist teilbar. Flugblatt vom 12. Dezember 1997. Ähnlich in Rheinblick, Bonn, 2/98, S. 1.

2 Ebenda.

3 Nach Neues Deutschland vom 14./15. Juni 1997.

Auf der Betrachtungsebene volkswirtschaftlicher Gesamtgrößen sind die Umfänge des Geld- und Sachvermögens – wie auch einfache Durchschnitte/Einwohner – noch ziemlich zuverlässig bestimmbar: Das Geldvermögen wird von der Bundesbank in der gesamtwirtschaftlichen Geldvermögensrechnung dargestellt. Und das reproduzierbare Sachvermögen wird vom Statistischen Bundesamt im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) ermittelt. Beide Rechnungen ergeben aber keine Aussagen über die Verteilung des Vermögens. Diese lassen sich in zwei anderen Statistiken finden, wenn auch nur mit Einschränkungen:

- Die Unterlagen der Vermögensteuer ergaben früher in Westdeutschland auch Verteilungsaussagen, aber nur für den Kreis der Steuerpflichtigen. Dabei ist zu bedenken, daß die Freigrenzen recht hoch lagen. Die letzte Statistik liegt bisher für das Jahr 1988 vor. Inzwischen ist die Vermögensteuer abgeschafft und damit entfällt auch die entsprechende Statistik.

- So bleibt im wesentlichen nur die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), die vom Statistischen Bundesamt im Abstand von fünf Jahren erhoben wird, die bisher letzte für das Jahr 1993, erstmalig auch für Ostdeutschland⁴. Da die Beantwortung der Fragen auf freiwilliger Basis erfolgt, sind nach Einschätzung der Experten die Vermögen der Superreichen nur sehr unvollständig erfaßt. Dennoch bleibt die EVS die einzige brauchbare statistische Ausgangsgrundlage zur Darstellung der Vermögensverteilung.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW) hat auf der EVS aufbauend sowie unter Berücksichtigung der VGR und der Bundesbank-Vermögensrechnung Modelle entwickelt, mit deren Hilfe hinreichend genaue Verteilungen bestimmt werden können. Die Differenzen zwischen den hochgerechneten Stichproben und den Angaben aus den gesamtwirtschaftlichen Rechnungen werden bei der Darstellung der Verteilung dazu geschätzt⁵.

Die Ergebnisse zur Vermögensverteilung im Jahre 1993 sind in zwei Publikationen aktuell aufbereitet – Zur Neuregelung von Vermögen- und Erbschaftsteuer, in: DIW-Wochenbericht 30/96 vom 25. Juli 1996, S. 497-506 und Klaus-Dietrich Bedau: Auswertung von Statistiken über die Vermögensverteilung in Deutschland, DIW, Beiträge zur Struktur-forschung Heft 173 (im folgenden kurz: DIW 1998).

Die folgenden Darstellungen stützen sich, wenn nichts anderes vermerkt, auf diese Veröffentlichungen. Gegenüber anderen bzw. früheren Aufbereitungen beziehen sie nicht nur die genannten Differenzen zu den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ein, sondern weisen die Vermögensbestände auch netto aus, d. h.:

- Nettogeldvermögen ist das um die Restschulden aus Konsumenkrediten verringerte Bruttogeldvermögen;

- Nettogrundvermögen ist das um die Restschulden aus Hypotheken und Darlehen für Haus- und Grundbesitz verringerte Bruttogrundvermögen. Die Bewertung erfolgt marktnah, möglichst zu Verkehrswerten bzw. Wiederbeschaffungspreisen.

Um die personelle Verteilung des Vermögens sichtbar zu machen, werden in den Abbildungen 1-3 und in den Tabellen die Anzahl und die Anteile der Haushalte nach Vermögensklassen dargestellt. Dabei entsprechen 360⁰ des Kreises 100 Prozent der Haushalte.

4 Vgl. u. a. Geldvermögen und Schulden privater Haushalte Ende 1993, in: Wirtschaft und Statistik, 5/1995, S. 391ff. und Grundvermögen privater Haushalte Ende 1993, ebenda, 6/1995, S. 488ff.

5 Vgl. u. a. DIW-Wochenbericht 30/96, S. 498ff.

Geldvermögen⁶

Bestandteile des Geldvermögens sind: Spareinlagen, Bausparguthaben, Versicherungsguthaben, Wertpapiere (u.a. Aktien), sonstige Geldvermögen (Geld auf Terminkonten, in Berlin-Darlehen, in Bauherren- und Reedereimodellen). Nicht dazu gezählt werden Bargeld, Guthaben auf Girokonten, Ansprüche an die betriebliche Altersversorgung und an Pensionskassen sowie auch nicht Forderungen an andere private Haushalte.

Der Gesamtbestand beträgt 3,2 Billionen (3 160 Milliarden) DM. Und – wie aus Abbildung und Tabelle 1 zu sehen ist – verfügen knapp 90 Prozent der Haushalte über Geldvermögen, allerdings bei einer sehr ungleichen Verteilung! Einerseits besitzen 150 000 Haushalte mehr als 1 000 000 DM Nettogeldvermögen; andererseits befinden sich unter den mehr als vier Millionen Haushalten mit weniger als 2 500 DM auch mehrere Millionen, die überschuldet sind.

Aus der Sicht des Themas interessiert jedoch insbesondere der Bereich mit der relativ größten Zahl von Haushalten: Über 13 Millionen Haushalte besitzen zwischen 25 000 und 100 000 DM an Nettogeldvermögen (vgl. Tabelle 1a). Das sind immerhin rund 39 Prozent der Haushalte.

Tabelle 1a:

*Private Haushalte mit einem Nettogeldvermögen von 25 000 bis unter 100 000 DM im Jahre 1993**

Gebiet	Zahl der Haushalte		Nettogeldvermögen		
	in 1000	in vH**	gesamt in Mill. DM	je Haushalt in vH** in DM	
D-West	11.500	40,7	622.318	35,2	54.000
D-Ost	1.916	29,2	86.385	60,8	45.000
insg.	13.416	38,6	708.703	37,1	53.000

* zusammengestellt nach DIW 1998, S. 77.

** der jeweiligen Haushalte insgesamt.

In Westdeutschland verfügen diese Haushalte über 35 Prozent des gesamten Nettogeldvermögens; in Ostdeutschland sind es sogar über 60 Prozent des gesamten hiesigen Nettogeldvermögens der privaten Haushalte. Zusammenfassend ergibt sich beim Geldvermögen: Der Anteil der Haushalte mit einem Nettogeldvermögen von mehr als 25 000 DM einschließlich der Superreichen beträgt über 58 Prozent! Und das mittlere Drittel der privaten Haushalte verfügt immerhin über etwa ein Drittel des gesamten Geldvermögens. Alle diese Haushalte achten sehr auf die Inflationsrate, auf die Zinssätze für Geldanlagen sowie auf die Höhe der Freibeträge für die Zinsbesteuerung⁷.

Immobilienvermögen im Privatbesitz⁸

Bestandteile des Immobilienvermögens sind: Eigentum an Grund, Haus und Wohnungen – einschließlich vermieteter Wohnungen⁹, wobei der Anteil der privaten Haushalte, die Eigentümer von Mehrfamilienhäusern sind, unter drei Prozent liegt¹⁰. Nicht dazu gehören Betriebsgrundstücke und eigengenutzte Betriebsgebäude.

6 Vgl. DIW-Wochenbericht 30/96, S. 500f. und DIW 1998, S. 48ff.

7 So würde z. B. eine im Zuge der Steuerreform angedachte Halbierung der Sparerfreibeträge Millionen von Anlegern treffen (vgl. Finanztest 4/97, S. 32).

8 Vgl. DIW 1998, S. 90ff.

9 Im Unterschied zur VGR, in der die (Miet-)Wohnungen dem Bereich Unternehmen zugeordnet werden – vgl. auch Wirtschaft und Statistik, 6/1995, S. 489 und DIW-Wochenbericht 4/96, S. 61.

10 Vgl. Grundvermögen privater Haushalte Ende 1993, in: Wirtschaft und Statistik, 6/1995, S. 489f.

Der Gesamtbestand verkörpert einen Marktwert von 5,4 Billionen (5 400 Milliarden) DM. Die Zahl der Haushalte mit Immobilienvermögen ist kleiner als die mit Geldvermögen, aber es ist unter den Besitzenden gleichmäßiger verteilt (vgl. Abb. und Tabelle 2). Zwar gibt es 770 000 Haushalte mit mehr als einer Million DM an Immobilienvermögen, wobei aber insbesondere das selbstgenutzte Wohneigentum ein großes Gewicht hat; das wiederum ist für das mittlere Drittel entscheidend (im Bereich zwischen 100 000 und 350 000 DM).

Auch in diesem Bereich sind die Unterschiede zwischen West und Ost erheblich. Unter der Grenze 100 000 DM haben von den Haus und Grund besitzenden Haushalten in Westdeutschland lediglich vier Prozent, aber in Ostdeutschland fast 35 Prozent Immobilienvermögen. Hier haben offensichtlich insbesondere die Wochenendgrundstücke ein großes Gewicht.

Zusammenfassend ist zum Immobilienvermögen festzustellen: 85 Prozent der Haushalte mit Immobilienvermögen – gleich 40 Prozent aller Haushalte – besitzen weniger als 500 000 DM; das sind aber 60 Prozent des Gesamtvermögens an Immobilien! Sie alle interessieren sich für Veränderungen in der Bewertung, in den Marktpreisen und in relevanten Steuern von Haus- und Grundbesitz sehr intensiv!

Betriebsvermögen im Privatbesitz

Bestandteile des Betriebsvermögen sind Vermögen von natürlichen Personen, Personengemeinschaften und GmbH-Anteile natürlicher Personen.

Der Gesamtumfang beträgt netto 1,4 Billionen (1 360 Milliarden) DM. Der weitaus überwiegende Teil liegt über der Grenze von einer Million DM beim einzelnen Haushalt¹¹.

Gesamtvermögen¹²

Die Zusammenfassung der Vermögen an Geld, Immobilien und Betriebsvermögen – für die Volkswirtschaft als ganzes sachlich nicht zulässig, für Gruppen von Wirtschaftssubjekten innerhalb der Volkswirtschaft jedoch möglich – ergibt für die privaten Haushalte ohne Gebrauchsvermögen ein Gesamtvermögen von rund 10 Billionen (10 000 Milliarden) DM mit den genannten Bestandteilen:

Geldvermögen	3,2 Billionen DM
Immobilien	5,4 Billionen DM
Betriebsvermögen	1,4 Billionen DM.

Zum Vergleich: Das jährliche Bruttoinlandsprodukt in Deutschland beträgt zur Zeit etwa ein Drittel dieses Gesamtwertes, nämlich 3 bis 3,5 Billionen DM.

Bei der Verteilung (vgl. Abb. und Tabelle 3) fällt zunächst die Polarisierung auf. Einerseits existiert knapp eine Million Vermögensmillionäre (2,7 Prozent der Haushalte), andererseits besitzen 16 Millionen (46 Prozent der) Haushalte weniger als 100 000 DM. Statistische Daten für die Anteile unter dieser Grenze stehen leider nicht zur Verfügung.

Aber zumindest ist ebenso wichtig, daß mehr als 51 Prozent ein Nettovermögen zwischen 100 000 und einer Million DM besitzen.

11 Vgl. DIW-Wochenbericht 30/96, S. 501f.

12 Vgl. DIW-Wochenbericht 30/96, S. 502f.

So verfügen in Deutschland insgesamt breite Schichten – bis in die Kreise der Arbeiter und Angestellten hinein – über ein respektables Vermögen, von dem die Mehrheit der früheren Generationen kaum zu träumen wagte. Das ist ein Resultat des »Goldenen Zeitalters«, das der britische Historiker Eric Hobsbawm in seinem Buch »Das Zeitalter der Extreme – Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts« (deutsch 1995)¹³ so eindrucksvoll beschreibt. Die goldenen Jahre, das sind die fünfziger und sechziger Jahre sowie bis in Mitte der siebziger. Hier entstanden in den entwickelten kapitalistischen Industriestaaten Verhältnisse, die mit Bezeichnungen wie »Wohlstandsgesellschaft« und »Zwei-Drittel-Gesellschaft« oder auch »Drei-Viertel-Gesellschaft« umschrieben werden.

Mit Blick auf die Wohnungssituation sind das auch die Jahre, in denen die berufstätigen Arbeiter und Angestellten begannen, aus den Sozialwohnungen auszuziehen, die ursprünglich für sie gebaut worden waren und in denen nun die Sozialhilfeempfänger und andere an den Rand der Gesellschaft gedrängte Familien leben¹⁴.

Die Hauptquellen des Vermögens der privaten Haushalte (abgesehen von Preisveränderungen) sind:

- primär das Einkommen¹⁵. Im Unterschied zum Zeitalter von Marx erfolgt dabei das Sparen nicht nur aus dem Mehrwert der Kapitalisten, sondern inzwischen auch aus dem Masseneinkommen der Lohnbezieher.

- sekundär Erbschaften und Schenkungen, die jedoch nur eine Umverteilung darstellen und auf Ebene der Volkswirtschaft das Vermögen nicht vermehren. Jährlich werden z. Z. auf diesem Wege rund 300 Milliarden DM übertragen.¹⁶

Zugleich führen die wachsenden Vermögen und ihre ungleiche Verteilung zu Veränderungen in der Einkommensstruktur der privaten Haushalte: Die Einkommen aus Vermögen wachsen schneller als die aus unselbständiger Arbeit. So betragen die Indizes (bezogen auf 1991 = 100) im Jahre 1996 für die Nettolohn- und -gehaltsumme 111, für Vermögenseinkommen jedoch 123.¹⁷ Dementsprechend nehmen die Anteile des Einkommens der privaten Haushalte aus Erwerbstätigkeit ab und die aus Vermögenseinkommen zu.

Da ein erheblicher Teil der Geldvermögen von den privaten Haushalten an die öffentlichen Haushalte »verliehen« wird (durch Erwerb von Bundeswertpapieren u. ä.), ist der betreffende Teil der Zinsen letztlich steuerfinanziert. Auf diesem Wege wird ein wachsender Teil des Arbeitseinkommens der Vermögenslosen bzw. -armen an die Vermögensbesitzer transferiert. Das kumuliert soziale Probleme.¹⁸

Charakteristik der Mitte aus der Sicht der Vermögensverteilung

Um die »Mitte« aus der Sicht der Vermögensverteilung zu bestimmen, ist abzugrenzen, wer ist reich und wer ist arm? Wo sind die Grenzen aus Sicht des Vermögens zu ziehen? Offensichtlich sind diese nicht absolut gegeben, sondern historisch, entwicklungsbedingt bestimmt.

Ist schon derjenige Haushalt reich, der mehr als 500 000 DM besitzt? Dann wären rund zehn Prozent als reich zu bezeichnen. Bezogen auf das Gesamtvermögen zu einer aktuellen Bewertung – zum Verkehrswert und netto – wären dann schon etliche Einfamilien-

13 Vgl. insbesondere ebenda, S. 324ff.

14 Vgl. auch Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme – Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Frankfurt/M. 1995, S. 388f.

15 Vgl. Eva Müller: Das Vermögen und seine Quelle, in: Sozialismus, Heft 9/94, S. 56ff.

16 Vgl. DIW-Wochenbericht 30/96, S. 497.

17 Berechnet nach DIW-Wochenbericht 31/1997, S. 541 und 545.

18 Vgl. Helmut Creutz: Warum stößt der Sozialstaat an seine Grenzen?, in: Sozialismus 5/98, S. 49f.

hausbesitzer sowie Klein- und Mittelunternehmer u. ä. zu den Reichen dieser Gesellschaft zu zählen. Soll ihr »Reichtum« etwa geteilt werden?

Eher wäre die Grenze für das Gesamtvermögen sicherlich bei einer Million DM anzusetzen. Zumindest beginnt ab hier die Möglichkeit, nur vom Einkommen aus Vermögen zu leben; eine Rendite von sechs Prozent ergäbe immerhin ein Jahreseinkommen von 60 000 DM. Damit könnte das Leben als Rentier beginnen. Eine Million Vermögensmillionäre, 2,7 Prozent der Haushalte – das wären dann die Privaten, deren Reichtum gegebenenfalls umzuverteilen wäre.

Aber sind alle anderen unter dieser Grenze arm? Oder ist vielleicht arm, wer nur über weniger als 100 000 DM Gesamtvermögen verfügt? Etwa an eine solche Grenze gelänge man/frau rechnerisch, wenn die für die Bestimmung von relativer Einkommensarmut übliche Methodik angewendet wird – 40 Prozent des Durchschnittswertes¹⁹.

Der Wirklichkeit näher kommt man/frau, wenn einer Feststellung von Eric Hobsbawm gefolgt wird, daß die Unterschiede zwischen dem Besitzer eines Volkswagens und dem eines Mercedes viel geringer geworden sind, als zwischen dem Besitzer eines Autos und dem, der keines hat²⁰ – zumal der Besitz eines Autos in Deutschland den Empfang von Sozialhilfe ausschließt.

Dann läge die Grenze zur Armut aus Sicht des Vermögens vergleichsweise beim Preis eines Mittelklasse-PKWs, also bei etwa 25 000 DM. Das ergäbe – der Einfachheit halber nur aus der Sicht des Geldvermögens – etwa 14,6 Millionen vermögensarme Haushalte, das wären immerhin auch 40 Prozent aller Haushalte.

Weiter brauchen die Abgrenzungen nicht getrieben zu werden, um feststellen zu können, daß die privaten Haushalte mit einem mittleren Vermögen zwischen 25 000 und 500 000 oder 1 000 000 DM wohl weder als reich noch als arm bezeichnet werden können. Diese Mitte umfaßt aber mehr als die Hälfte – 50 bis 55 Prozent – der Haushalte. Wohin sich diese große Gruppe wendet, ist politisch sehr bedeutsam und entscheidend für die Bildung und Gewinnung von parlamentarischen Mehrheiten.

Die ökonomisch-politische Elite bestimmt kraft ihres Vermögens die Geschicke im Land. Die Macht dieser Reichen beruht jedoch vor allem – wie Harry Nick mehrfach bemerkte – »auf dem Bestreben der Mehrheit, selber reich oder wenigstens reicher zu werden«²¹. Schon 1995 titelte Harry Nick einen Beitrag im »Neuen Deutschland«: »Die Reichen und die Mitte gegen die Armen«²². Die Mehrheit der Bevölkerung ist nicht für die Aufteilung des Reichtums, sondern für die Überprüfung der Sozialleistungen. Die Mehrheit der Bevölkerung stimmt für den Sozialabbau zu Lasten der Empfänger von Transfereinkommen (Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und Rentner). Sie glauben eher den Reden, nach denen die Reichen noch reicher werden müssen, damit die Armen Arbeit bekommen können²³ – das zeigt sich u.a. an den bürgerlichen »Argumenten« für die Senkung der Einkommensteuersätze. Und den Vermögensarmen, die zugleich Empfänger von Arbeitslosengeld, Sozialhilfe u. ä. Transferzahlungen sind, wird noch suggeriert, sie seien selber als Individuum schuld an ihrem Los, so daß sie in den meisten Fällen resignieren, zumindest in Deutschland.

19 Gesamtvermögen/
Anzahl der Haushalte =
285 000 DM; 40 Prozent =
114 000 DM.

20 Vgl. Eric Hobsbawm:
Das Zeitalter der Extreme –
Weltgeschichte des 20.
Jahrhunderts, Frankfurt/M.
1995, S. 387.

21 Harry Nick: Das Eigen-
tum und der Sozialismus, in:
Marxistisches Forum, Heft
1, Berlin 1995, S. 16f.;
Ders.: Über Sozialismus und
Liberalismus, in: Marxistis-
ches Forum, Heft 7,
Berlin 1996, S. 11.

22 Harry Nick: Die Rei-
chen und die Mitte gegen
die Armen, in: Neues
Deutschland vom
8. März 1995.

23 Sinngemäß in einer
Diskussion auf dem Kir-
chentag in Leipzig am
20. Juni 1997.

Aktivitäten der Regierungskoalition

Die Aktivitäten der Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP sind darauf gerichtet, auch durch ihre Vermögenspolitik die Mittlen noch stärker an die Reichen zu binden. Nach Auffassung der Herrschenden stabilisiert individuelles Eigentum die »freiheitlich-demokratische« Ordnung, d. h. das privatkapitalistische System. Im Entwurf des Dritten Vermögensbeteiligungsgesetzes, das kürzlich im parlamentarischen Verfahren war²⁴, hieß es in der Präambel: »Individuelles Eigentum ist eine wesentliche Grundlage persönlicher Freiheit und Vorsorge und damit eine tragende Säule unserer sozialen Marktwirtschaft. Eine breite Streuung des Eigentums, vorrangig beim Wohneigentum und beim Produktivvermögen, festigt unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.«²⁵

Der Abteilungsleiter im unternehmernahen Institut der Deutschen Wirtschaft Köln, Rolf Kroker, meinte bei der Kommentierung des Gesetzentwurfes anlässlich des 33. Königsteiner Gesprächs am 20. März 1998 sogar wörtlich: die Vermögensbeteiligung »... könne helfen, den Klassenkampf zurückzudrängen«²⁶!

Wichtigste Aktivitäten bzw. Instrumente dieser auf die Förderung der Eigentümerinteressen gerichteten Wirtschaftspolitik sind:

- der Vorrang der Geldwertstabilität vor Vollbeschäftigung. Nach dem Phillips-Theorem²⁷ verhalten sich beide aber tendenziell invers, denn Vermögensbesitzer fürchten sich mehr vor der Inflation als vor der Arbeitslosigkeit²⁸;
- die (vollzogene) Abschaffung der Vermögensteuer²⁹ (bei partieller Erhöhung der Erbschaftsteuer);
- die Förderung des Wohneigentums mit Bausparprämien und Eigenheimzulagen;
- die wiederholten Versuche zur Beteiligung von Arbeitern und Angestellten am Produktivkapital in verschiedenen Formen (»Arbeitnehmersparzulagen«, Vergünstigungen für »Investivlohn« und »Gewinnbeteiligung«)³⁰.

Die Regierungskoalition tritt scheinbar für gerechtere Verteilung ein, will aber tatsächlich nur ihre Machtbasis verbreitern. Sie trifft dabei keine Maßnahmen zur Umverteilung von Vermögen, sondern nur zur Umverteilung von Vermögenszuwachsen.

Alternative Positionen

Bei einem großen Teil der SPD und der Gewerkschaften hat in bezug auf das Ziel der Vermögensbeteiligung ein Paradigmenwechsel stattgefunden (vgl. Prof. Rürup anlässlich des 33. Königsteiner Gesprächs³¹): Statt Machtbeteiligung und Kontrolle (Mitbestimmung in der Wirtschaft) werden heute nur noch finanzielle Aspekte (Einkommen auch aus Vermögen, speziell zur Altersvorsorge) betont. Auf diese Weise haben sich die Standpunkte der SPD-Mehrheit der CDU angenähert. Das gilt auch für Teile der Bündnisgrünen – was z.B. in der spöttischen Bemerkung ihres Fraktionssprechers, Joschka Fischer, über Vorschläge zur Vermögensumverteilung zum Ausdruck kommt. »Davon halt ich nix, nehmt's den Reichen und gebt's den Armen. Das ist Robin Hood und die PDS nach dem Rostocker Parteitag.«³² Was will dagegen die oppositionelle Linke, verkörpert durch große Teile der PDS, linke Sozialdemokraten und linke Grüne

24 Die Abstimmung im Bundestag fand am 30. April statt.

25 Nach dem unveröffentlichten Entwurf vom 3. März 1998, S. 1.

26 Nicht veröffentlicht; Notiz des Verfassers.

27 Tendenziell existiert eine inverse Beziehung zwischen den Veränderungen in der Höhe der Inflationsrate und der Größe der Arbeitslosenquote – vgl. Vahlens Großes Wirtschaftslexikon, 1987, S. 1445f.

28 Vgl. J. K. Gailbraith: Interview, in: Sozialismus, Heft 3/95, S. 50.

29 Gestützt auf das Fehlurteil des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichtes 1995.

30 Vgl. Materialien zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Thesen – Pläne – Gesetze. Schriftenreihe des Instituts für Städtebau, Wohnungswirtschaft und Bausparwesen, Bd. 57, Siebte Folge: 1986 bis 1990, Bd. 58, Achte Folge: 1991 bis 1996, Bonn 1997.

31 Vgl. Bert Rürup: Vermögenspolitik – Ziele und Optionen, in: Neuausrichtung der Vermögenspolitik, Bonn 1998, S. 63ff.

32 Nach Neues Deutschland vom 9. April 1998.

(die u. a. in der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik – in der Öffentlichkeit bekannt als MEMO-Gruppe um Prof. Hickel, Bremen – zusammenarbeiten)?

Ihre gemeinsame Grundposition lautet im Einklang mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik: für Eigentumspluralismus, aber einschließlich gemeinwirtschaftlicher Formen! Das folgt aus grundsätzlichen, programmatischen und nicht aus bloßen taktischen Überlegungen.³³ Wie im einzelnen aus dem Wahlprogramm 1998 und dem Rostocker Manifest der PDS³⁴, aber auch dem Memorandum der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 1998³⁵ zu entnehmen ist, zielen die Vorschläge – wenn auch unterschiedlich akzentuiert – vor allem darauf,

- eine einmalige Vermögens(Sonder)abgabe bzw. Zwangsanleihe zu erheben,
- Spekulationsgewinne und Devisentransaktionen zu versteuern,
- die Vermögensteuer bei gleichzeitiger Reform der Bemessungsgrundlage wieder einzuführen sowie
- die Sätze für die Erbschaft- und Schenkungsteuer zu erhöhen.

Vermögensbesitzer befürchten bereits, daß schon bei Regierungsübernahme durch die SPD und die Bündnisgrünen eine Erhöhung dieser Steuer erfolgt: So ist in diesen Monaten hohe Zeit für Notare, die Teilschenkungen als Vorgriff auf spätere Erbschaften zu beurkunden haben. Die Erhöhung der Steuersätze ist sinnvoll, zumal sie im internationalen Vergleich gegenüber vielen Ländern verhältnismäßig niedrig liegen. Spezielle Positionen sind auch zum Wohneigentum und zur Beteiligung am Betriebsvermögen zu bestimmen.

Wie könnte es insgesamt weitergehen? Sicherlich ist es notwendig, in der Öffentlichkeit dem Thema Sozialmißbrauch die Mißachtung der Sozialpflicht des Reichtums durch die Multimillionäre entgegenzusetzen, denn aus dem Bewußtsein der Vermögenden ist der Artikel 14 Abs. 2 GG weitgehendst entschwunden. Aber das reicht nicht für eine alternative Politik, die Mehrheiten gewinnen will und muß.

Rechte und Rechts-Mitte-Parteien nutzen die Ängste der mittleren Vermögensbesitzer vor einem sozialen Abstieg aus und schüren damit die Stimmung gegen linke Parteien. Für eine Partei, die um den Wiedereinzug in den Bundestag ringt, mag es angängig sein, im Wahlprogramm an die Armen zu appellieren und den Reichtum teilen zu wollen. Mittelfristig, aus der Sicht einer eindeutigen Programmatik, erscheint eine allgemeine Polemik gegen den Reichtum unangebracht. Mehrheiten gegen die herrschenden Multimillionäre lassen sich mit einer solchen Losung nicht gewinnen. Harry Nick ist zustimmend, wenn er schreibt: »Linke Politik muß ... auf eine radikale Alternative innerhalb marktwirtschaftlicher, demokratischer Strukturen hinwirken. Sie vermag dies nur, wenn auch sie sich dem Fall der Mitte entgegenstellt, auch in die soziale Mitte einwirkt, dort auch ihre Verbündeten findet. Chancen und Dringlichkeit einer solchen Politik sind größer denn je, linke Politik ohne den Blick zur Mitte hin ist chancenärmer denn je.«³⁶

Die Positionen der oppositionellen Linken erscheinen auch in Hinsicht auf die Vermögensverteilung noch nicht ausgereift.

33 Vgl. Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, Berlin 1997, S. 131ff.

34 Vgl. DISPUT/Presse-dienst 4/1998.

35 Vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: MEMORANDUM'98: Bewegung in Europa – Blockade in Deutschland – Kurswechsel für Beschäftigung, Köln 1998.

36 Harry Nick: Wenn die Mitte wegbriecht, in: Neues Deutschland vom 9. Januar 1998.

MICHAEL CHRAPA

»Soziale Nachhaltigkeit« – ein neuer Strategiebegriff? Zur Formierung zukunftsfähiger Ideen für linke Kräfte

»Die Mechanismen, die das Leben leidvoll und oft unerträglich machen, zu Bewußtsein zu bringen, heißt noch keineswegs, sie auszu-schalten. Widersprüche sichtbar zu machen, heißt noch nicht, sie zu lösen. Aber bei aller Skepsis hinsichtlich der Wirksamkeit soziologi-scher Botschaften, kann man ihnen dennoch nicht jegliche Wirksam-keit absprechen, eröffnen sie doch jenen, die leiden, einen Weg, ihr Leiden auf gesellschaftliche Ursachen zurückzuführen und sich sol-cherart vom Gefühle eigenen Verschuldens zu befreien. ...Was die Sozialwelt hervorgebracht hat, kann die Sozialwelt mit Wissen gerü-stet auch wieder abschaffen. Eines ist jedenfalls sicher: nichts ist weniger unschuldig, als den Dingen einfach ihren Lauf zu lassen.«¹

Diese Aussage Pierre Bourdieus – gewissermaßen das Fazit seiner umfangreichen Arbeit »Das Elend der Welt« – mag für die einen hoffnungsvoll, für andere dagegen naiv erscheinen. Auf jeden Fall ist damit ein Spannungsfeld umrissen, das im gegenwärtigen Be-wußtsein sehr vieler Menschen immer wieder, wenn auch mit unter-schiedlicher Betonung, seine Spuren hinterläßt. Ist, so könnte man fragen, gesellschaftliche Veränderung »von unten« in größerem Um-fang tatsächlich einigermaßen realistisch denkbar oder werden sich im Zeitalter der Globalisierung gesellschaftliche Prozesse mit noch größerer »Unausweichlichkeit«, gleichsam naturgesetzlich und den Diktaten des Marktes unterworfen, durchsetzen? Welche alternati-ven Entwicklungspfade könnten die Form politischer Strategien an-nehmen und mehrheitsfähig werden? Gäbe es überhaupt angesichts der Pluralität und Zerspitterung von Akteursgruppen Chancen, daß sich Mehrheiten – oder wenigstens quantitativ ins Gewicht fallende größere Minderheitsgruppierungen – auf der Grundlage konsensual vertretener Ideen handlungsfähig positionieren?

Im hier vorgestellten Beitrag soll nur auf einige besondere Aspekte dieser Fragestellungen eingegangen werden. Gestützt auf empirische Untersuchungen von alltäglichen Denkformen vieler Menschen wäre insbesondere zu betrachten, inwieweit durch übergreifende Ideen oder Zielvorstellungen die Interessenlagen großer Bevölke-rungsteile eine Art »Bündelung« erfahren können. In diesem Zusam-menhang wird der Begriff »soziale Nachhaltigkeit« formuliert – wohl wissend, daß ein solcher Terminus zahlreiche Mißverständnisse, Einwände oder direkte Gegenargumente heraufbeschwören kann.

Um diesem Spannungsfeld unterschiedlicher Meinungen zu ent-sprechen, gilt es, den möglichen Strategieansatz »soziale Nachhal-tigkeit« durch mehrere Thesen in pro und contra zu beleuchten.

Michael Chrapa – Jg. 1950; freiberuflicher Soziologe, Vorsitzender der Forschungs-gemeinschaft für Konflikt- und Sozialstudien (FOKUS e.V.), Lehrbeauftragter an der Fachhochschule Merse-burg. Erstveröffentlichung in: UTOPIE kreativ, Heft 94, S. 22-28.

1 Bourdieu, P.: Das Elend der Welt, Konstanz 1997, S. 825-826.

Neue Begriffsfassung

Provozierend und verkürzt gesagt, beinhaltet das Leitbild »soziale Nachhaltigkeit« Schritte zur Lösung einer durchaus als »Primat« gesehenen »sozialen Frage« bewußt und organisch mit dem rationellen Kern der Kategorie »Nachhaltigkeit« zu verknüpfen. Beide Begriffe müssen bei diesem Herangehen gleichsam neu definiert werden. Ein solcher strategischer Ansatz – so die Behauptung – ist nicht nur dringend erforderlich, sondern auf lange Sicht auch mehrheitsfähig.

Werden die Debatten der jüngsten Vergangenheit zu dieser Thematik analysiert, so zeigt sich, daß »soziale Nachhaltigkeit« in dieser Begriffsfassung zwar Erwähnung findet, aber eher eine randständige Rolle spielt. Wenn die Rede davon ist, dann zumeist in nebengeordneter Form, als Teilaspekt der als »unklar zu operationalisierenden sozialen Dimension von Nachhaltigkeit«² oder in der recht vage anmutenden Fassung als »das Bemühen um möglichst harmonische soziale Verhältnisse in und zwischen Gesellschaften«³. Ansonsten wird diese Ebene des vorrangig sozialen Herangehens an Nachhaltigkeit im Diskurs von ökologischen oder entwicklungspolitischen Problemsetzungen fast vollständig überlagert. In aktuellen Veröffentlichungen linker Parteien, beispielsweise der PDS, die sich den Fragen nachhaltiger Entwicklung widmen, ist die soziale Komponente stärker betont, aber nicht zwingend mit dem Aspekt der Nachhaltigkeit verknüpft.⁴

»Sozial« im weiten Sinne – die »soziale Frage« heute

Der Begriff des »Sozialen« bedarf in diesem Zusammenhang in der Tat einer neuen und näheren Beleuchtung. Mit Rekurs auf die Entstehung dieser Kategorie wäre im Grunde ihre wiederentstandene Aktualität zu betonen.⁵ »Sozial«, »zwischenmenschlich« oder auch »in Gemeinschaft bindend«, diese Begrifflichkeiten drücken vor allem den Aspekt der (Möglichkeit von) Teilhabe an der Gesellschaft aus. Darin eingeschlossen, aber gewissermaßen nur eine, wenn auch wichtige, Komponente bildend, sind die »sozialpolitischen Elemente«, die den Zugriff auf soziale (Lebens- und Wohlfahrts-) Standards beinhalten.

In diesem Sinne wäre die »heutige soziale Frage« – wie linke AutorInnen betonen – in komplexer Weise sowohl in vertiefter sozialer Spaltung, die sich durch die berechenbare Kluft von Arm und Reich abzeichnet, im tendenziellen Versagen von darauf bezogenen Regulierungsmechanismen als auch, gewissermaßen übergreifend, in der systemischen »massenhaften Ausgrenzung von Menschen aus der gesellschaftlichen Produktion des Lebens«⁶ zu sehen.

Diese Ausgrenzungsvorgänge bleiben längst nicht mehr auf den Bereich der Beschäftigungs- und Ausbildungsverhältnisse oder auf die daraus resultierende materiell-finanzielle Situation vieler Bürgerinnen und Bürger beschränkt, obwohl sie hier deutlich zutage treten und häufiger thematisiert werden. Wirkungen von kaum milderer »Ausgrenzung« sind ebenso in der kulturell-symbolischen Sphäre des öffentlichen Lebens zu finden. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn in den allgegenwärtigen Botschaften der Massenmedien (vor allem Fernsehen und Rundfunk) Ziel- und Anspruchsgruppen in starkem Maße ausschließlich im zahlungsfähigen, erwerbstätigen Teil

2 Brand, K.-W.: Probleme und Potentiale einer Neubestimmung des Projektes der Moderne unter dem Leitbild »nachhaltige Entwicklung«. Zur Einführung in: Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie, Opladen 1997, S. 25.

3 Arts, B.: Nachhaltige Entwicklung. Eine begriffliche Abgrenzung, zit. in: Nachhaltigkeit und Macht, Frankfurt/M. 1996, S. 112.

4 Vgl. Nachhaltige Entwicklung. Materialien der Grundsatzkommission der PDS, Berlin 1996.

5 Soziologische Stichworte, Opladen 1992, S. 62-65.

6 Die soziale Frage. Materialien der Konferenz der PDS-Bundestagsgruppe am 20./21. September 1996, Berlin, Bonn 1996, S. 13.

der Gesellschaft markiert und andere Menschengruppen (Arbeitslose, Alleinerziehende, Menschen im Vorruhestand u. a.) für das Alltagsbewußtsein faktisch zu »Unpersonen« erklärt werden.

Die skizzierten Ausgrenzungstendenzen haben vor allem im Osten Deutschlands bereits sehr schnell tiefe politische Spuren hinterlassen. Im Jahr 1996 klang die Warnung von Ulrich Beck noch abstrakt-mahnend: »Nur Menschen, die eine Wohnung und einen sicheren Arbeitsplatz und damit eine materielle Zukunft haben, sind oder werden Bürger, die sich die Demokratie zu eigen und sie lebendig machen. Die einfache Wahrheit lautet: Ohne materielle Sicherheit keine politische Freiheit. Also keine Demokratie, also Bedrohung aller durch neue und alte totalitäre Regimes oder Ideologien.«⁷ Mit den Resultaten der Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt im April 1998, in einem Bundesland mit der seit Jahren stabil höchsten Arbeitslosigkeit und einer faktischen Unterbeschäftigungsquote von über 40 Prozent, hat sich die Realität – für viele erschreckend – zu Wort gemeldet.

Angesichts absehbarer künftiger Ausgrenzungsprozesse in einem sozial ungesicherten und von den Mechanismen der Globalisierung gesteuerten Europa erhält die hier benannte Fassung der sozialen Frage besondere Brisanz. Die von manchen als journalistische Übertreibung abgetane Vorstellung einer kommenden »20-80-Gesellschaft« kann in der Tat zu dem Menetekel des 21. Jahrhunderts werden.⁸

»Sustainable development« und »Nachhaltigkeit« – umstritten und (fast) aufgegeben?

Im Rückblick betrachtet, haben die beiden miteinander verknüpften Begriffe in sehr kurzer Zeit eine recht schillernde Karriere durchlaufen. Nach Phasen der euphorischen Überhöhung, in denen vor allem »Sustainable development« als das übergreifende Entwicklungsparadigma der achtziger und neunziger Jahre figurierte⁹, setzte nach Ernüchterungen eine bis heute anhaltende kritische Debatte ein, die mitunter bis zum radikalen Verwerfen der Kategorien führte. Gegen die Leitbilder »Nachhaltige Entwicklung« und »Nachhaltigkeit (allgemein)« werden vor allem die »Unschärfe« und scheinbar beliebige Interpretierbarkeit der Kategorien, die damit verbundene Verharmlosung bzw. Verschleierung von Interessenkonflikten und Machtverhältnissen sowie die (vorausgesetzte) »Strategiefunktion« dieser Ziele, sie würden existierende Machtstrukturen dauerhaft zu zementieren suchen, ins Feld geführt.¹⁰

Gegenwärtig hat sich der Begriff »Nachhaltigkeit« bei vielen AutorInnen – nicht zuletzt im Kontext von größeren Untersuchungen¹¹ – häufig in den Terminus »Zukunftsfähigkeit« gewandelt¹². Dominierend bleibt eine vorwiegend ökologische Sichtweise zu dieser Thematik.

Die Ansatzpunkte der hier kurz umrissenen Kritik am Nachhaltigkeits-Begriff sollen keinesweg ignoriert werden. Auch neuformulierte Leitideen haben sich einer streng prüfenden Sicht zu stellen. Dennoch erscheint eine generelle Abkehr vom Nachhaltigkeitsansatz (auch von seiner Begrifflichkeit) nicht gerechtfertigt. Im Gegenteil sprechen mehrere Argumente dafür, wichtige Grundgedanken der »Nachhaltigkeit« – aus aktueller Sicht – vertieft und neu zu betrachten.

7 Beck, U.: Kapitalismus ohne Arbeit? In: Der Spiegel, H. 20/1996, Hamburg 1996, S. 142.

8 Martin, H.P., Schumann, H.: Die Globalisierungsfalle, Reinbeck 1996, S. 9-23.

9 Vgl. Lexikon Dritte Welt, Reinbeck 1993, S. 642-648.

10 Vgl. Nachhaltigkeit und Macht, a.a.O., S. 37-57, 163-182.

11 Vgl. Zukunftsfähiges Deutschland, Wuppertal, Bonn 1995.

12 Vgl. Biermann, F., Büttner, S., Helm, C.: Zukunftsfähige Entwicklung, Berlin 1997. Die simple Verwendung einer neuen Kategorie – »Zukunftsfähigkeit« – hilft gegen die Schwierigkeiten terminologischer Unschärfe allerdings kaum weiter. Zukunft – mit welchem Inhalt und in welchem Maße für wen? Befähigt – womit? – so könnte gefragt werden.

»Nachhaltigkeit« kann bzw. sollte vertreten werden als

- Orientierung auf »Dauerhaftes« (stabil verankerte soziale Sachverhalte);
- sich gewollt »sozial Reproduzierendes«;
- für die Zukunft »Berechenbares«, d.h. auch: mit Notwendigkeit zu »Berechnendes«.

Ein beliebiges größeres Ziel (um ein ausgefallenes Beispiel zu nennen: die Integration von Menschen mit Behinderungen auf dem Arbeitsmarkt) *nachhaltig zu Ende gedacht*, schafft sofort einen neuen Blick auf die Zukunft, läßt nach Akteuren und Regelungsmechanismen fragen, zeigt aber (selbstverständlich) auch die enorme Kompliziertheit von Schritten auf einem solchen Weg.

Primat des Sozialen?

Von einem »Primat« des Sozialen gegenüber dem »Ökologischen« zu sprechen, mag für die einen überraschend, für andere altmodisch und für manche wie schiere Ketzerei klingen. Letztere unterstellen einer solchen Formulierung gern die damit angeblich verbundene Verharmlosung ökologischer Probleme und Gefährdungen oder sie sehen darin eine Rückwendung zum dogmatischen »Marxismus-Leninismus«, in dem der Begriff »Primat« in der Tat eine unselige Rolle spielte. Spätestens dann wird zumeist betont, daß die beiden benannten Komplexe (natürlich?) nur in einer engen Verknüpfung zu betrachten sind, was zweifellos zutrifft, aber in dieser Vereinfachung unproduktiv bleibt.

Mindesten drei Argumente sollen jedoch für ein real größeres Gewicht des Sozialen in der existierenden inhaltlichen Verflechtung der Kategorien sprechen.

Erstens: Soziale Fragen – vor allem in ihrer zugespitzten Form – greifen direkt und im Alltag reproduziert in die Lebenswelt vieler Menschen ein. Es existieren relativ klar bestimmbare »Betroffenheitsgruppen«, die ihre Problemlagen auch anhand von deutlichen Forderungen artikulieren können.

Zweitens: In den letzten Jahren hat sich im Massenbewußtsein beachtlicher Zündstoff gesammelt, der zunehmend unmittelbar auf soziale Probleme gerichtet ist. Dies ist durch zahlreiche empirische Untersuchungen zu belegen; und auch Linke tun gut daran, sozialwissenschaftlich konstatierte Fakten nüchtern zur Kenntnis zu nehmen, selbst wenn dies schmerzhaft Konsequenzen mit sich bringt. Studien zur politischen Struktur der Gesellschaft und zum Alltagsbewußtsein zeigen, daß die Wahrnehmung von Konflikten mit sozialem Charakter (»Arm« – »Reich«, Arbeitgeber« – »Arbeitnehmer«) zwischen 1993 und 1997 sprunghaft (von rund 60 Prozent starker Ausprägung auf 70 bis 80 Prozent) gestiegen ist, wobei dieser Prozeß in den neuen und alten Bundesländern verläuft und sich die soziale Konfliktwahrnehmung im Westens tendenziell der in Ostdeutschland annähert.¹³ Vieles spricht dafür, daß im Osten zukünftige Gefährdungen der Bundesrepublik deutlicher konturiert werden: *»Die Umweltproblematik verliert den hohen Stellenwert, den sie zu Beginn der neunziger Jahre, auch im Vergleich zu anderen Lebensbereichen hatte; der Anteil derjenigen, für die die Umwelt ›sehr wichtig‹ ist, sinkt kontinuierlich: von 79 Prozent im Jahr 1991 auf 57*

13 Vgl. Studie der Grundsatzkommision der PDS »Gesellschaftskritische Potentiale«. Hauptbericht, Berlin und Halle 1997, S. 38-41.

Prozent im Jahr 1997. An der Spitze der Werthierarchien stehen gegenwärtig, wie die jährlichen Berechnungen des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums ausweisen, Lebensbereiche wie ›Wohnung‹, ›soziale Absicherung‹ und ›Arbeit‹¹⁴. Als ein weiterer wichtiger, gerade für die Zukunft relevanter Indikator können die Einstellungen junger Menschen zu diesem Thema gelten. Die Resultate der 12. Shell-Jugendstudie (1997) unterstreichen: »Die Krisen im Erwerbstätigkeitssektor, Arbeitslosigkeit, Globalisierung, Rationalisierung und Abbau oder Verlagerung von Beschäftigung sind inzwischen nicht mehr 'bloß' eine Randbedingung des Aufwachsens. Sie sind nicht mehr 'bloß' Belastungen des Erwachsenenlebens, von denen Jugendliche in einem Schonraum entlastet ihr Jugendleben führen können. Sie haben inzwischen vielmehr das Zentrum der Jugendphase erreicht, indem sie ihren Sinn in Frage stellen. Wenn die Arbeitsgesellschaft zum Problem wird, dann muß auch die Jugendphase als Phase der biographischen Vorbereitung auf diese Gesellschaft zum Problem werden. Unsere Studie zeigt deutlich und an vielen Stellen, daß von allen Problemen am stärksten die Probleme der Arbeitswelt die Jugend beschäftigen (Hervorhebung – M.C.). (...) In der qualitativen Studie äußerten die Jugendlichen ihre Sorgen, daß die derzeit bestehenden Probleme mit Massenarbeitslosigkeit, Lehrstellenmangel, Sozialabbau, Verarmungsprozessen von der Politik nicht angegangen werden, ja daß in absehbarer Zeit Lösungen nicht erwartbar sind.«¹⁵

Drittens: Die größere Bedeutung des Sozialen im Denken vieler Menschen wird nicht zuletzt in bestimmten Handlungsformen deutlich. Dies betrifft beispielsweise auch Wahlabsichten und Wahlentscheidungen. Die gravierenden Sympathieeinbrüche, die sich gegenüber der Partei Bündnis'90/Die Grünen im Frühjahr 1998 im Kontext der »Benzinpreis-Diskussion« abzeichneten, beruhten eben nicht vorrangig auf einem »Kommunikationsfehler«, sondern waren die entschiedene Antwort auf Ignoranz bezüglich sozialer Problemlagen in breiten Kreisen der Bevölkerung (u.a. hinsichtlich notwendiger Mobilität bei der Arbeitsuche).

Pro und contra zu »sozialer Nachhaltigkeit«

Der Begriff »soziale Nachhaltigkeit« wird hier als Prinzip des Herangehens an strategische Entwürfe für das politische Handeln vorgestellt, nicht als »Ersatz« für Programmatik und auch nicht als »Zauberformel«. Nach Ansicht des Autors stehen folgende Argumente für eine vertiefte Beschäftigung mit diesem Leitbild:

- »Strategische Bündelung« – die genannte Zielstellung enthält die gezielte organische Verknüpfung von zwei entscheidenden »zukunfts-fähigen« Grundelementen der Gesellschaftsentwicklung. Die »soziale Frage« verkörpert den wahrscheinlich tiefgreifendsten Widerspruch der nächsten Jahrzehnte, das Prinzip der »Nachhaltigkeit« steht für eine Wende in der politisch-sozialen Logik der Entwicklung.

- »Große Interessenübereinstimmung« – die Zielstellung entspricht einem sehr breiten, zumindest potentiell vorhandenen Konsens im Denken vieler Menschen, der sich unter anderem auch in der Formulierung des Wunsches nach »sozialer Sicherheit« in der Alltagssprache ausdrückt. Hier fallen mentale Einstellungen und nicht

14 Sozialreport 1997. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Berlin 1997, S. 277-278.

15 Jugend '97. Zukunftsperspektiven, gesellschaftliches Engagement, politische Orientierungen. 12. Shell-Jugendstudie, Opladen 1997, S. 13-14.

zuletzt Gefühlslagen beim Umgang mit »Zukunftsängsten« spürbar ins Gewicht. Gegenwärtig scheint kaum eine größere Konsensmöglichkeit – ausgenommen vielleicht die Reaktionen bei auftretenden Katastrophen – als die zur beschriebenen Thematik ausmachbar.

- »*Gesellschaftsvertragliche Elemente*« – das Vorgehen anhand des Prinzips »sozialer Nachhaltigkeit« schließt das Zusammenwirken und die Auseinandersetzung zahlreicher, auch konfliktär positionierter Akteure ein. Im Grunde geht es dabei um das Erkämpfen eines bestimmten »Gesellschaftsvertrages«, dessen konkrete Form erstritten wird und nicht genau voraussagbar ist. Interessanterweise scheint die aktuelle Bedeutsamkeit dieses Gedankens in Führungskreisen der SPD bereits aufgegriffen zu sein. Es überrascht schon etwas – zumindest hinsichtlich der Wortwahl –, wenn Gerhard Schröder im Mai 1998 über das notwendige Zusammenwirken großer politischer Akteure spricht, damit für einen längeren Zeitraum »Planungssicherheit« geschaffen werde¹⁶.

- »*Anschluß an reale Prozesse, praktische Erfahrungen*« – gegenwärtig sind soziale Forderungen in vielfältiger Weise Bestandteil der Programmatik und Strategie linker Kräfte. In den letzten Jahren wurden beachtenswerte Vorschläge zu wirksamen Schritten bei der Eindämmung bzw. Überwindung sozialer Spaltungen in der Gesellschaft erarbeitet, die klare Nachweise über die Realisierbarkeit dieser Projekte anhand des möglichen Zugriffs auf finanzielle Ressourcen einschlossen.¹⁷ Insofern steht bei weiteren Überlegungen wertvolles Gedankenmaterial zur Verfügung. Andererseits ist das Moment der »Nachhaltigkeit« in Form zahlreicher Bürgeraktionen innerhalb der »Agenda-21-Initiativen« präsent.¹⁸ Hier werden allerdings zumeist die ökologischen Aspekte von lokaler Entwicklung thematisiert. Vorstellbar und realistisch wäre es aber durchaus, verstärkt, gezielt und innovativ über »soziale Nachhaltigkeitsschritte« auf der Ebene der Kommune nachzudenken. In praktischen Diskussionen dazu wird der Ansatz an sich (z.B. Schaffung lokaler Arbeitsplatzressourcen, Netzwerke sozialer Unterstützung u. a.) immer wieder aufgegriffen, aber oft nicht weitergeführt.

Als häufig anzutreffende *Gegenargumente* in bezug auf die Hinwendung zur Kategorie »soziale Nachhaltigkeit« figurieren vor allem die von der »visionären Abstraktheit des Prinzips« und von der »Unmöglichkeit seiner Realisierung infolge der Blockade durch die Herrschenden« sowie der Gedanke, daß damit doch eine »Zementierung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen« angestrebt würde. Hier wäre zu betonen: Selbstverständlich ist es unerlässlich, ein solches Ziel in Programme, Aktionsvereinbarungen u. a. zu »übersetzen«. Es ist aber nicht als »Appell« an die Herrschenden dieser Gesellschaft gerichtet, sondern kann seine Funktion *nur* erfüllen, wenn es sich in Form einer leicht verständlichen Grundidee über längerer Zeiträume im Bewußtsein von Mehrheiten in der Bevölkerung verankert. Am Beispiel »nachhaltiger« Bekämpfung von Massenarbeitslosigkeit wird andererseits deutlich, daß hier durchaus gesellschaftskritische und in gewisser Hinsicht systemüberschreitende Ziele erfaßt werden.

Sehr ernst zu nehmen sind die Einwände, mit einem solchen Leitbild käme es zu einer prinzipiellen Unterschätzung der ökologischen

16 Vgl. Mit aller Härte regieren. Interview mit G. Schröder, in: Der Spiegel, H. 20/1998, S. 27-28.

17 Vgl. Wahlprogramm der PDS für die Bundestagswahlen 1998, Berlin 1998; Rostocker Manifest. Für einen zukunftsfähigen Osten in einer gerechten Republik, Berlin 1998.

18 Vgl. Gemeinwesen und Gemeinwohl. Durch neue Modelle der Bürgerbeteiligung zu einem neuen gemeinsamen Nenner für nachhaltige Entwicklung. Materialien der Fachtagung der Evangelischen Akademie Mühlheim an der Ruhr, 21. bis 23. Februar 1997.

Problematik. Ein schlüssiger Gegenbeweis, daß dies nicht der Fall ist, wäre vor allem praktisch, anhand von konkret dokumentierten Zielstellungen und Handlungsoptionen anzutreten. Bezogen auf die massenhafte Mobilisierbarkeit von Menschen soll in diesem Zusammenhang aber betont werden: Zumindest aus aktueller Sicht setzt *ökologisches Handeln in großem Umfang* ein beachtliches Maß an *sozialer Sicherheit sowie Stabilität* voraus; in umgekehrter Richtung gilt diese Verknüpfung jedoch nicht unbedingt. Auch wenn dieser Zusammenhang FundamentalistInnen der Ökologie-Bewegung mißfällt, wäre er anhand empirischer Fakten kaum zu leugnen.

Ganz ohne Zweifel werfen Überlegungen zur »sozialen Nachhaltigkeit« eine Vielzahl offener Fragen auf. Ausformulierte strategische Ansätze und auch Kriteriensysteme zur Bewertbarkeit dieser Nachhaltigkeitsauffassung liegen bislang noch nicht vor.¹⁹ Die praktischen Beispiele kommunaler Initiativen, einschließlich der subjektiven Einstellungen der Beteiligten, wurden unter dem Aspekt »sozialer Nachhaltigkeit« ebenfalls kaum gesellschaftswissenschaftlich untersucht. Das Thema bietet demnach zahlreiche Felder für innovative wissenschaftlich-politische Betätigung.

»Leitbilder«, so ein Standpunkt in der aktuellen Debatte, »bündeln die Ziele, Träume, Visionen und Hoffnungen von Menschen ... (Sie) reduzieren die Komplexität von Welt und strukturieren die Aktivitäten in einzelnen Handlungsfeldern«²⁰. Zumindest, wäre hinzuzufügen, bieten sie die Möglichkeit dafür, wenn sie theoretisch aufgegriffen werden. Die »Offenheit« des Leitbildes »soziale Nachhaltigkeit« sollte daher eher als eine Herausforderung denn als Grund gesehen werden, prinzipielle Gedanken dieser Art oberflächlich abzutun. Die Bewältigung von »politischem Tagesgeschäft« birgt immer auch die Gefahr von fortschreitendem Pragmatismus in sich. Das Nachdenken und die Debatte über zukunftsfähige Ideen sind unverzichtbar, um dem entgegenzuwirken.

19 Vgl. Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie, a.a.O., S. 23-25.

20 De Haan, G.: Leitbilder im Diskurs um Ökologie, Gesundheit und Risiko, in: Ökologie – Gesundheit – Risiko. Perspektiven ökologischer Kommunikation, Berlin 1996, S. 293.

HEINZ-DIETER HAUSTEIN

Evolutionenkrise, Arbeit und technologische Innovation

Heinz-Dieter Hausteин – Jg. 1932, Prof. Dr. rer. oec. habil., Wirtschaftswissenschaftler, Publikationen zu Ökonomie des technischen Fortschritts, Wirtschaftsprognose, Prognoseverfahren, Innovation, Kreislaufökonomie, Qualitätssicherung. Lehrstuhlleiter an der Hochschule für Ökonomie 1967-1991. Projektleiter am IIASA in Laxenburg 1979-1982. Vorstandsvorsitzender des Instituts für Innovationsmanagement e.V. 1991-1997. Erstveröffentlichung in: UTOPIE kreativ, Heft 85/86, S. 62-72.

Die Menschheit hat drei, wie man sie nennt, prometheische Innovationen gebraucht, um es so »herrlich weit« zu bringen: die Nutzung des Feuers, die agrarische Umwälzung und die industrielle Revolution. Der ältere *Goethe* hat in einer Zeit, als das Maschinenwesen erst von weitem heranrollte, seinem Jugendideal Prometheus den Bruder Epimetheus zugesellt, den Nachbedenkenden, der in der Eischmiede des Fortschritts deutlich das Waffengeklirr¹ hört. So müssen wir heute sagen, daß die Menschheit wohl *drei epimethische Innovationen* braucht, um das planetarische Übel abzuwehren: die Rückkehr zum Maß, zur Selbstbescheidung, die Umsteuerung der technischen Entwicklung und den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft.

Evolutionenkrise oder Kondratieff-Umwälzung?

Im OECD-Raum ist in den letzten 25 Jahren die offizielle Arbeitslosigkeit um 26 Millionen auf 35 Millionen gestiegen und in der gleichen Zeit hat der Verbrauch an Primärenergie in der Welt um 5,1 Billionen Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE) zugenommen und 11,5 Billionen Tonnen erreicht. In der Bundesrepublik Deutschland kamen von 1960 bis 1990 auf eine Tonne (SKE) Zuwachs an Primärenergieverbrauch 93 Tonnen zusätzlicher Stoffeinsatz einschließlich Erdbewegungen. Heute ist das Verhältnis von Arbeitszeit und Stoffverbrauch auf globaler Stufenleiter in Frage gestellt. Fachleute schätzen, daß das Volumen des globalen Stoff- und Energiestroms in den sechziger Jahren den zulässigen Schwellenwert überschritt und daß es gelingen muß, in den nächsten 30 bis 50 Jahren die Stoffströme absolut zu halbieren (Carnoules Deklaration)². Es ist der Punkt erreicht, wo die jährlichen Umweltschäden den jährlichen Zuwachs des Bruttosozialprodukts überschreiten. Betrachtet man das Verhältnis von Arbeitseinsparung und Mehrverbrauch an Material und Energie, so kann man sagen, Gesellschaftlichkeit wird durch bloße Stofflichkeit substituiert, das organisch Gewachsene muß dem Anorganischen weichen, die lebendige Arbeit dem toten, erstarrten Konstrukt.

Die Evolutionenkrise des industriellen Systems wird sehr unterschiedlich diagnostiziert und bewertet. Nach den empirischen Befunden zu den langen Wellen der kapitalistischen Entwicklung befinden wir uns im letzten Abschnitt der Abschwungphase des vierten Kondratieff-Zyklus, also in einer Periode, die man historisch vergleichen kann mit den Jahren 1932 bis 1939, 1893 bis 1897, 1842 bis

1849 oder 1786 bis 1792. Manche meinen nun, wir kommen jetzt über die schöne neue Welt des Internet geradewegs in die Aufschwungphase des fünften Kondratieff und in postfordistische Gefilde, was immer das heißen mag. Es fehlen nur noch die geeigneten neuen Institutionen, um Arbeitslosigkeit der heutigen Dimensionen vergessen zu können. Man sollte sich aber hüten, aus der Theorie der langen Wellen einen Geschichtsschematismus und -automatismus zu machen. Es gibt außer den langen Wellen der Wirtschaft politisch-ökonomische Hegemoniezyklen der Weltmächte, säkulare Trends, vor allem aber in Zukunft ganz neue Zuspitzungen und Herausforderungen, die unsere Denkschablonen entwerfen können. Das betrifft besonders die absehbare globale Verschärfung des Mensch-Natur-Verhältnisses im Tandem mit dem wachsenden sozialen Zündstoff. Uns steht nach der Einschätzung von Analytikern der Weltzivilisation (*Hobsbawm, Wallerstein*) sehr wahrscheinlich eine Periode des Chaos, der verstärkten Fluktuationen bevor. Während aber die beiden *Meadows* von 1972 bis 1992 einen bemerkenswerten persönlichen Schritt zur Kritik des gesellschaftlichen Kausalnexus der globalen Krise vollzogen, zeigen die Schriften der offiziellen deutschen Vordenker eine deutliche Abstinenz auf diesem Gebiet. Sie versuchen es gar nicht erst, die Zusammenhänge zwischen der fundamentalen Störung des Kreislaufs Mensch-Natur, den Kreisläufen der Wertschöpfung, des Realkapitals und des Finanzkapitals und den gesellschaftlichen Institutionen kritisch zu hinterfragen. Dabei gibt es für eine neue Aufklärung, wenn man das einmal so sagen will, keine wichtigere Frage als den entschiedenen Zusammenhang des Ökologischen und Sozialen. So wie vor zwei Jahrhunderten das »Zurück zur Natur« des Jean-Jacques Rousseau von den Herrschenden gründlich mißverstanden wurde, geschieht es heute mit der inzwischen modisch gewordenen Formel von der Nachhaltigkeit. Sie wird ähnlich wie die Benthamische Nützlichkeit als allgemeines Prinzip, in diesem Falle als Prinzip der Naturbewirtschaftung, abgeleitet von der Forstwirtschaft, dargestellt. Nachhaltigkeit wird interpretiert im Sinne des »Weiter so«, bloß eben mit Material- und Energieeinsparung, die wiederum in wachsende Umsätze und schneller wachsende Profite verwandelt werden kann. Die militante Standortlogik fordert den Kampf um die Monopolisierung dieser Wachstumseffekte für die Gewinnerstaaten. Das alles nennt man »zukunftsfähig«. Demgegenüber muß deutlich gemacht werden, daß es ohne Neugestaltung der gesellschaftlichen Arbeit keine Zukunftsfähigkeit geben kann.

Die globale Evolutionskrise wurde zu einem Zeitpunkt als zivilisatorisches Menetekel angekündigt, als die fordistische Maschine noch voll brummte, vor allem in jenen Ländern, die diesem Modell mit der besonderen Verve der aufholenden Modernisierung nachjagten. Seither sind zweieinhalb Jahrzehnte vergangen, in denen auf dem Globus ein ganzes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem wegen galoppierender Ineffizienz zusammenbrach, auf einem Riesenterritorium eine nicht vorhergesehene wilde Akkumulation stattfindet und die herbeigewirtschafteten Sachzwänge mit ihren düsteren Prognosen erhalten müssen für gnadenlose Sparpolitik, in Deutschland in ihrer cleveren stufenweisen Verpackung (Schock durch Maximal-

»Jenseits der kleinen Krisen des konjunkturellen Zyklus, in deren Verlauf die Widersprüche bereinigt werden, die sich während des Akkumulationsprozesses zuspitzen, und den großen Krisen, die ja Katalysatoren der Transformation gesellschaftlicher Institutionen sind, gibt es offensichtlich eine Krise der natürlichen Grundlagen des menschlichen Lebens; eine Krise, die man als ›Zivilisationskrise‹ bezeichnen könnte, da die Zivilisation auf der ... ›Menschenverträglichkeit‹ der Natur beruht. In der Zivilisationskrise sind mit dem ökologischen System auch die zivilisatorischen Kernbestandteile menschlicher Vergesellschaftung gefährdet, die sich lange, über viele kleine und große Krisen hinaus und in vielen Systemen der gesellschaftlichen Regulation erhalten.«
Elmar Altvater: Die Zukunft des Marktes, Münster 1991, S. 64.

»Als allgemeines Prinzip der Arbeitsorganisation ... bezeichnet Fordismus Taylorismus plus Mechanisierung. Taylorismus bedeutet eine strikte Trennung zwischen der Konzeption des Produktionsprozesses, der Aufgabe der arbeitswissenschaftlichen Abteilung einerseits, und der Ausföhrung von standardisierten und formell vorher festgelegten Aufgaben andererseits. Als makroökonomische Struktur ... impliziert Fordismus, daß sich die Produktionszuwächse, die sich aus diesen Organisationsprinzipien ergeben, zum einen in ein durch Profite finanziertes Wachstum der Investitionen und zum anderen in einen Kaufkraftzuwachs der Arbeitslöhne umsetzen. Als System der Spielregeln ... bezeichnet Fordismus langfristige Lohnverhältnisse mit einer strikten Reglementierung von Entlassungen sowie einem programmierten Ansteigen der Löhne, das sich aus der Indexierung an den Preisen und am allgemeinen Produktivitätswachstum herleitet. Darüber hinaus sichert eine umfangreiche Sozialisierung der Einkommen durch den Sozialstaat den Lohnabhängigen ein Mindesteinkommen.«
Alain Lipietz: Die Welt des Postfordismus, in: Supplement der Zeitschrift »Sozialismus«, 7-8/97, S. 2.

drohung – Protest – Scheinbar erzwungene Rücknahme des von Anfang an ohnehin nicht wirklich geplanten Maximalpunkts – Sichtliche Erleichterung bei den Betroffenen – Faktische Realisierung des ursprünglich beabsichtigten Gesamtpakets). Aus der Sicht der realen Ökonomie ergeben sich drei Fragen:

Erstens: Wird es gelingen, mit dieser Wirtschaftspolitik die *langfristig* (seit 1970) zu beobachtende Senkung der Wachstumstempi des Bruttosozialprodukts und den Rückgang der Rentabilität des Realkapitals aufzuhalten oder umzukehren?

Zweitens: Wenn ja, ist dies eine andauernde oder nur eine kurzfristige Kompensation?

Drittens: Welche Folgen hat diese Etappe des neoliberalen Siegeszugs für die weithin als Notwendigkeit betrachtete Gesundung des Stoffwechsels Mensch-Natur und des Humansystems der Erde selbst?

Der gesellschaftliche Kompromiß zwischen oben und unten in der Periode des Fordismus beruhte auf dem enormen Wachstum der Arbeitsproduktivität, das in längeren Zeitabschnitten eine Steigerung des Realeinkommens der Lohnabhängigen und die Expansion der Nachfrage über den Massenkonsum ermöglichte. Das war über mehrere Jahrzehnte keineswegs ein schwebendes Gleichgewicht, vielmehr ein ständiges instabiles Auf und Ab mit jeweils einem etwa 15 Jahre haltenden Akkumulationsregime zum Vorteil der einen oder anderen Seite, wie Boyer gezeigt hat³. Ohne soziale Reibungen und Kämpfe hätte es nicht automatisch funktioniert. Der drastische Rückgang des Produktivitätswachstums in den siebziger Jahren löste die Krise der fordistischen Prinzipien und die Auflösung des alten Kompromisses aus. Wie kommt es aber, daß auch nach der Wiederkehr hoher Produktivitätszuwächse keine Rückbesinnung auf die alten Regularien erfolgt?

Die ökonomische Landschaft hat sich fundamental verändert. Vom Produktivitätszuwachs allein kann kein Unternehmen und keine nationale Wirtschaft leben. Es wird immer offensichtlicher, daß mit der Produktivität die Destruktivität umso schneller wächst und die Segnungen der höheren Arbeitsproduktivität konterkariert und übertrifft. Während die Produktivität in bekannter paradoxer Weise auch maßnahmebezogen gemessen wird, bleibt die ihr entgegengesetzte Destruktivität (Naturbelastung, exponentiell wachsende Risiken, Überschreitung zulässiger Grenzen, Wachsen der Sozialkosten und der sozialen Entwertung, sinkender Ertragszuwachs durch Erosion der natürlichen und gesellschaftlichen Ertragspotentiale) ohne maßnahmebezogenen Ausweis. Ähnliche Mißweisungen für die volkswirtschaftliche Effizienz finden sich in der Rendite des Realkapitals. Dort wirkt ein Steigerungsfaktor, das hohe Wachstum der Abschreibungen (5,9 Prozent jährlich von 1971-1991), der für das gigantische Wachstum des Ressourcenverbrauchs mitverantwortlich ist, aber noch nie die Aufmerksamkeit der Ökologen gefunden hat.

»Den Teufel spürt das Völkchen nie, und wenn er sie beim Kragen hätte«. Immerhin ist es nicht folgenlos, wenn das »Völkchen« in Ostdeutschland die Gelegenheit hatte, einen historischen Umbruch zu erleben. Deutliches Merkmal der Krisensituation ist das Nun-erstrecht-Syndrom der Oberen, der Rückgriff auf den alten Instrumentenkasten, die Rhetorik von Schock und Entwarnung, die Demagogie

der Ablenkung von den wirklichen Ursachen und Rückkopplungen. Ultimative monetäre Logik, wundersame Heilung durch die Arznei der Angebotsökonomie, Kostensenkung, Metzgerstrategie, Outsourcing, kaschierte Demontage der sozialen Marktwirtschaft, Liberalisierung statt demokratischer Kontrolle der Großbanken und Großkonzerne gehören zu den Rezepten. Aber es fehlen wesentliche andere Merkmale, zum Beispiel jene Stufe der tiefen gesellschaftlichen Frustration, von der ab ein breiter sozialer Lernprozeß beginnt.

Die Menschen lernen in diesem Sinne leider erst im Ergebnis von außerordentlichem Druck oder aus Katastrophen. Das hat uns das vergangene Jahrhundert gezeigt. Die soziale Geschichte ist immer die Geschichte der Individuen und deren Reaktion und Aktion treibt die Evolution voran. Ohne Gegenkräfte gibt es keine soziale Evolution und ihr Ausgang ist offen: in einem historischen Suchprozeß werden Lösungen erstritten.

Nur so können auch neue Institutionen entstehen. In einer Welt, in der die Klassen ungeachtet aller soziologischen Beschwörungen und Eiertänze der jüngsten Zeit nicht verschwunden sind, können diese Institutionen nur als jeweils temporärer Kompromiß zwischen den Interessen von oben und unten lebensfähig werden, falls überhaupt Kompromißbereitschaft auf beiden Seiten besteht. Ein zweiter Weg führt über die Anwendung von Gewalt, in der Regel und über historisch längere Perioden vor allem von oben.

Die Frage ist, welche Wirkungen die Globalisierung und Kastration der sozialökonomischen Funktionen des Nationalstaats zeitigen werden. Wer das »Oben« ist bei der Globalisierung, ist mit Namen und Adressen genau anzugeben, es ist auch hierarchisch gegliedert nach dem relativen Umsatz- oder Kapitalanteil, aber wo bleibt die Repräsentation des »Unten« auf der globalen Ebene? Die globale Verdrängungskonkurrenz führt in ihrer Logik unweigerlich dazu, daß sich die niedrigsten ökologischen und sozialen Standards durchsetzen, die mit autoritären Mitteln behauptet werden müssen. Das sieht nicht nach sozialen Innovationen in einer demokratischen Richtung aus.

Technologische Revolution und Arbeit

Die grenzenlose Entwicklung von Wissenschaft und Technik ist Glaubensartikel des Modells Neuzeit seit *Galilei, Fontenelle, Condorcet*; im staatstragenden Marxismus-Leninismus wurde sie hochstilisiert zum Hoffnungsbild der sich quasi automatisch verwirklichenden Utopie, so wie sie heute die drohenden Sachzwänge der Globalisierung ideologisch transportiert. Die Ambivalenz des technologischen Fortschritts wurde von kritischen Geistern (*Laotse, Goethe, Marx*) und von unmittelbar betroffenen Gruppen immer wieder artikuliert.

Da die Technologie von Menschen in ihrem Interesse gemacht wird, kann es sich nur darum handeln, daß sie dabei fatale Wirkungsketten in Gang setzen, die sie entweder nicht kennen, bewußt ignorieren oder direkt einkalkulieren.

– Die künstliche, technische Welt ist ein grandioser Erfolg der Formalisierung, Mathematisierung und der spezialisierten Tatsachenzissenschaften, die aber keine Antworten auf fundamentale soziale und ethische Fragen des Menschentums geben. Im Gegenteil – sie

»Die ›Antiquiertheit des Menschen‹ resultiert gerade daraus, daß seine Bedürfnisse und Bedürftigkeit nicht das Maß des Tuns sind, sondern der Imperativ von Akkumulation und Expansion grenzenlos darüber hinausstrebt und den Menschen objektiviert, also als Subjekt der Geschichte verabschiedet und die Naturschranken ignoriert.«
Elmar Altvater: Die Zukunft des Marktes, Münster 1991, S. 64.

erodieren das ganzheitliche, lebensweltliche, sinngebende, autonome Verhalten, wenn sie immer mehr der Kapitallogik folgend immer weniger in die ganzheitliche menschliche Kultur eingebunden werden.

– Das *Saysche* Theorem, der Diamant in der Krone des alten und neuen Liberalismus, wurde im Fordismus besonders wirksam durchgesetzt.⁴ Die Technik ermöglichte eine solche Verbilligung der Waren, daß mit der Manipulation der Käufermasse durch die Konsumideologie eine enorme Ausdehnung der Nachfrage erreicht werden konnte. Später folgte die Umdefinierung des *Neuen* zum *Wünschbaren*, der Exzeß der inkrementellen Produktinnovation und Scheininnovation, der seitdem hinter sich eine Spur der ökologischen Verwüstung herzieht. Mitten im Überfluß werden durch beschleunigte Innovation immer neue künstliche Knappheiten produziert und Ungleichheiten auf immer höherer Ebene reproduziert.

– Die Ausdifferenzierung und Auffächerung des arbeitsteiligen Systems ist ein Ergebnis der technologischen Evolution, das die Möglichkeiten selbstbestimmter und selbstorganisierter Tätigkeit immer mehr einschränkt.⁵ Die Unmittelbarkeit, Naturnähe, sinnliche Dichte der Arbeit geht verloren.

– Der sinkende Ertragszuwachs schien überall gebannt, wo neue technologische Lösungen verfügbar waren oder verfügbar gemacht werden konnten. Jetzt zeigt sich immer mehr eine Stufenleiter des sinkenden Ertragszuwachses, je mehr sich das Wachstum den absoluten Grenzen der menschlichen Zivilisation, der Tragfähigkeit der Erde und der Belastbarkeit des Menschen nähert.

Ein beliebtes Gesellschaftsspiel der politischen Klasse der Gegenwart heißt »Alarm und Entwarnung auf dem Arbeitsmarkt«. Entlastungsprognosen haben Hochkonjunktur, während unterdessen die Arbeitslosigkeit weiter ansteigt. Die technologischen Kompensationsversprechen der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) sind bisher nicht eingetroffen und werden auch weiterhin nicht eintreffen. Die Sockelarbeitslosigkeit ist von Konjunkturtal zu Konjunkturtal in den letzten 30 Jahren unaufhaltsam angestiegen. Geht man davon aus, daß 65 bis 70 Prozent der Beschäftigten in den Industrieländern einfache Routinetätigkeiten und weitere 15 bis 20 Prozent gehobene Routinetätigkeiten ausüben, wird das künftige Rationalisierungspotential durch die IKT sichtbar, das durch Produktinnovation nicht kompensiert wird. Die informationstechnische Revolution ist daher eine neue historische Qualität, die das Problem der Arbeitsgesellschaft auf andere Weise als bisher stellt.

Die hochqualifizierten Wissensarbeiter bringen ebenfalls keinen Ausgleich. Die Analysen (*Rifkin, Giarini* u.a.) zeigen ferner, daß Dienstleistungen, neue klein- und mittelständische Unternehmen und Investitionsschub unter den neuen Bedingungen langfristig keine Entwarnung auf dem Arbeitsmarkt garantieren werden.⁶ Alle diese Faktoren können jeweils ein partielles und temporäres Arbeitskräfteplus bringen, sie genügen jedoch nicht für eine Wende des Gesamttrends.

Freeman und *Soete* meinen, daß der fünfte Kondratieff den Arbeitsplatzschub dann auslöst, wenn wie in den bisherigen Ausbreitungsperioden der neuen Kombination der Produktivkräfte die adäquaten

»... im Unterschied zu allen früheren innovativen Basistechnologien erzeugt die Mikroelektronik keine neuen Massenindustrien mit relativer Arbeitsintensität, d.h. keine neuen Kapazitäten für das massenhafte Einsaugen lebendiger Arbeit in die kapitalistische Reproduktion. Im Gegenteil handelt es sich um eine neue geradezu ›flächendeckende‹ Rationalisierungstechnologie, deren Potenz zur Eliminierung lebendiger Arbeit aus der industriellen Produktion ihren Reifegrad noch lange nicht erreicht hat. Für die Reproduktion des Gesamtkapitals ist die Mikroelektronik daher auf Dauer eher eine Krisentechnologie, wie sich sowohl in den einzelnen Ländern als auch auf der Ebene der Weltmarktvermittlungen praktisch zeigt.«

Robert Kurz: Der Letzte macht das Licht aus, Berlin 1993, S. 27/28.

neuen Institutionen geschaffen werden und zu wirken beginnen.⁷ Aber wie werden die neuen Institutionen aussehen, die einen bisher unvergleichlichen Freisetzungsschub konterkarieren sollen? Wird das überhaupt möglich sein? Oder ist an eine Domestiken- und Tagelöhnergesellschaft gedacht? Heißt Globalisierung vielleicht Usurpation der neuen Erwerbsarbeitsplätze durch wenige Gewinner-Staaten?

Während von Soziologen und Philosophen das vermeintliche Ende der Arbeitsgesellschaft eingeläutet wird, wird zur Zeit in der betriebswirtschaftlichen und Managementliteratur die einzigartige Bedeutung des Faktors Arbeit für die Wertschöpfungskette neu entdeckt und beschworen. Das Ziel ist freilich durchsichtig. Man möchte das ganzheitliche lebensweltliche Phänomen der menschlichen Kreativität als »Ressource« besser für das Kapital erschließen und gleichzeitig die Mitarbeiter voll im Griff haben. Microsoft bietet seine neue Intranet-Software mit dem Versprechen an, daß sie in der Lage sei, die »Mitarbeiter zu steuern, ... wie nie etwas zuvor«. Man könnte die Autoren, die so von der exklusiven Rolle der Arbeit überzeugt sind, an die Arbeitswerttheorie erinnern, die eben dies axiomatisch voraussetzt.

Nun ist Arbeit aber nicht gleich Arbeit. Wir können die Arbeit mit dem Geld vergleichen. Das Geld ist die »absolut gesellschaftliche Form des Reichtums« (*Marx*), es kann einer Totalität möglicher Zwecke dienen. Eine ähnliche Totalität hat nur die menschliche Arbeit in ihrer innovativen Form aufzuweisen, die die möglichen Zwecke in neuen Gebrauchswerten erfüllen kann. *Schumpeter* sieht übrigens nur den dynamischen Unternehmer, nicht aber die innovative Gesamtarbeit, die notwendig ist, um eine Neuerung durchzusetzen.

Die innovative Arbeit, *Marx* nennt sie »Arbeit von ausnahmsweiser Produktivkraft«, hat vier Eigenschaften:

Erstens umfaßt sie in den verschiedenen Funktionen der Arbeit (technische, wissensverarbeitende und -generierende, soziale Funktion) jeweils kreative und Routinekomponenten, die in der innovativen Arbeit wechselseitig verflochten sind. Die kreative Komponente ist nicht formalisierbar und algorithmierbar, während die Routinetätigkeiten in ihrer einfachen Ausprägung technisch substituierbar sind. Es gibt aber auch wiederholbare Routinetätigkeiten, die implizites Erfahrungswissen und -können erfordern, das an seinen Träger gebunden ist, und die auf längere Sicht nicht automatisiert werden können. Der Anteil der technischen Funktionen wird sich in Deutschland zwischen 1980 und 2010 schätzungsweise von 60 auf 35, der wissensverarbeitenden Funktionen von 21 auf 34 und der sozialen Funktionen von 19 auf 31 Prozent verändern. Dies bietet nur dann größere Möglichkeiten der selbstbestimmten, selbstorganisierten Arbeit, wenn es zu wesentlichen institutionellen Veränderungen in dieser Richtung kommt.

Zweitens ist die innovative Arbeit die Quelle zusätzlicher Wertschöpfung. Das ist ablesbar etwa an der Kostenstruktur eines Halbleiterchips: drei Prozent für Rohstoffe und Energie, fünf Prozent für Abschreibungen, sechs Prozent für Routinearbeiten in der Produktion, 86 Prozent für Entwurf, Konstruktion, Patente und Copyrights.

Aber zusätzliche Wertschöpfung funktioniert auch dort, wo es sich um Scheininnovationen und um neue Produkte handelt, die den öko-

»... der wirkliche Reichtum ist die entwickelte Produktivkraft aller Individuen. Es ist dann keineswegs mehr die Arbeitszeit, sondern die disposable time das Maß des Reichtums. Die Arbeitszeit als Maß des Reichtums setzt den Reichtum selbst als auf der Armut begründet und die disposable time nur existierend im und im Gegensatz zur Surplusarbeit oder Setzen der ganzen Zeit des Individuums als Arbeitszeit und Degeneration desselben daher zum bloßen Arbeiter ...«

Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 42, S. 604.

logischen Kriterien der Suffizienz und Ressourcenschonung in keiner Weise entsprechen. Der marktradikale Fanatismus will alle irgendwie erreichbaren Wünsche und Bedürfnisillusionen valorisieren, dem Verwertungsstreben unterordnen, er zerstört die naturnahe Subsistenzwirtschaft und Subsistenzkultur.

Drittens transportiert die innovative Arbeit mit der höheren Produktivkraft zugleich die Möglichkeit der höheren Destruktivkraft. *Schumpeters* »schöpferische Zerstörung« kann auch als sybillinische Aussage verstanden werden, die die schwankende Waage von Erschaffen und Abschaffen, Erzeugen und Vernichten ausdrückt. Das wird zur Zeit von vielen Menschen unmittelbar erfahren. Je intensiver gearbeitet wird, desto mehr Arbeitsplätze werden vernichtet und vice versa.

Viertens ist die Frage zu stellen, ob die innovative Arbeit von heute die Zukunft der gesellschaftlichen Durchschnittsarbeit repräsentiert. Dies war immer Bestandteil der sozialistischen Vision: Der allseitig entwickelte Produzent, der in der Lage ist, sich eine Totalität von Produktivkräften anzueignen. Es deutet gegenwärtig nichts darauf hin, daß diese Vision der massenhaften Reprofessionalisierung der Arbeit und ihrer autonomen Gestaltung je Wirklichkeit werden kann. In den USA haben die »Symbolanalytiker« (hochqualifizierte Wissensverarbeiter) mit 3,8 Millionen oder vier Prozent der Beschäftigten das gleiche Volumen des Einkommens wie die 49,2 Millionen Menschen, die zu den unteren 51 Prozent der Einkommenspyramide zählen.

Eine ganz andere Frage ist, daß die Menschen Institutionen suchen und entwickeln sollten, die zunehmend mehr selbstbestimmte und selbstorganisierte Arbeit auf ganz verschiedenen Stufen der Verbindung von Wissen und Erfahrung, Kreativität und Routine ermöglichen. *Fleißner*, *Hofkirchner* und andere haben dazu Strukturen von Kleingruppen (Entrepreneurgruppen, Sozialbetreuungsgruppen, Studienzirkel, Arbeitsgesundheitsgruppen) vorgeschlagen.⁸

Das System der Arbeitsteilung und die Gesellschaft insgesamt werden immer komplexer und komplizierter, immer weniger faßbar und durchschaubar durch das Individuum. Die Angst wächst und führt zur Flucht in Drogen, Esoterik, Sekten und Heilslehren unterschiedlicher Provenienz und Gefährlichkeit. Der mediale Zeitgeist und digitale Brei der Kommunikation tun das ihrige, um den Menschen zu verunsichern, ihn seiner lebensweltlichen realen Erfahrung und seiner freien Entscheidung zu berauben. Das Ende der Tabus und der Kult des Individuums markieren den Sieg der Entgrenzung. Dies kann nicht unbegrenzt so weitergehen ohne gravierenden Verlust an Gesellschaftlichkeit und damit Lebensfähigkeit der menschlichen Spezies. In der Vergangenheit waren es Kriege, andere Formen der Anwendung von Gewalt, Naturkatastrophen und Epidemien, die die Reduktion übersteigerter Komplexität, die Rückkehr zur Einfachheit auf Kosten von vielen Menschenleben brachten. Wenn dieser Weg vermieden werden soll, ist eine große kreative Anspannung des gemeinschaftlichen Intellekts notwendig. Eine neue Aufklärung müßte genau diese Besinnung auf die Einfachheit bringen, freilich unter ganz anderen Bedingungen als sie *Rousseau* vor mehr als zwei Jahrhunderten vorfand.

Arbeit und Naturressourcen

Wie brisant das Verhältnis und die Interdependenz der sozialen und der ökologischen Frage ist, wird im politischen und wirtschaftlichen Alltag immer wieder sichtbar. Arbeit ist Stoffwechsel des Menschen mit der Natur, der in der industriellen Zivilisation bisher einseitig auf Kosten der natürlichen Kreisläufe realisiert wurde. Die Produktivitätserhöhung war der Schlüssel zur Lösung der sozialen Probleme insbesondere im vierten Kondratieff zwischen 1930 und 1980.

Der technische Fortschritt war im Industriezeitalter in erster Linie darauf gerichtet, Arbeit einzusparen: von 1800 bis 1980 im Weltmaßstab um 1,6 Prozent pro Jahr bei einem Wachstum der Industrieproduktion um 3,4 Prozent pro Jahr. In der gleichen Zeit aber stieg der Verbrauch von mineralischen Rohstoffen und Primärenergie jährlich um 3,2 bis 3,5 Prozent.

Die *Arbeitshaltigkeit des Stoffstroms*, hier als Verhältnis von Arbeitsaufwand und Verbrauch an mineralischen Rohstoffen, ist in dieser Periode jährlich um 1,4 Prozent gesunken. Wir wissen heute, daß bei dieser Entwicklung seit etwa drei Jahrzehnten die Grenzlinie der globalen Verträglichkeit überschritten wurde. In der Dynamik der Arbeitshaltigkeit des Stoffstrominputs kreuzen sich beide Seiten der Zukunftsfähigkeit, ihre soziale und ökologische Komponente. In der Tat muß die technologische Innovation und die sie umlenkende institutionelle Veränderung darauf gerichtet sein, die Tendenz der Arbeitshaltigkeit umzukehren! Die Erhöhung der Arbeitshaltigkeit ist der Indikator für die Gesundung des Stoffwechsels Mensch-Natur.

Von 1960 bis 1990 ist die Arbeitshaltigkeit, gemessen als Verhältnis der gesamten Erwerbsarbeitszeit in Milliarden Arbeitsstunden zum gesamten Stoffstrominput (biotische und abiotische Rohstoffe, Brennstoffe, Wasser, Luft, Erdbewegung, einschließlich Importe) in Milliarden Tonnen, in den alten Bundesländern um jährlich 2,9 Prozent gesunken.⁹ Die Umkehr dieses beschleunigten Absturzes durch absolute Verringerung der Stoffströme steht auf der Tagesordnung.

Die Arbeitshaltigkeit des Stoffstroms ist sehr niedrig in allen Formen der naturzerstörenden Arbeit, von der Brandrodung und Kriegsarbeit bis zu den Großtechnologien vom nachsorgenden Typ. Sie ist sehr hoch in vielen Formen der traditionellen Subsistenzwirtschaft, der Eigenarbeit und der besonders stoffsparenden modernen Technologien.

Als Beispiel kann man die Verpackungswirtschaft nennen. Das direkte Materialeinsparungspotential der Mehrwegverpackung im Vergleich zur Einwegverpackung wird auf 4,8 bis 6 Mill. t jährlich geschätzt. Bei einem Rucksackkoeffizienten von 97 (97 t Stoffstrom auf 1 t Verpackungsmaterial) sind das 470 bis 580 Mill. t Stoffstromreduzierung. Hinzu kommt ein zusätzlicher Bedarf an Handarbeit für die Mehrwegsysteme. Damit würde sich für die Verpackungswirtschaft eine bedeutende Erhöhung der Arbeitshaltigkeit, eine geringe Senkung der Arbeitsproduktivität und damit eine beachtliche Steigerung der Ressourcenproduktivität ergeben. Die andere Alternative heißt Müllverbrennung und damit Weitermachen bei der Arbeitseinsparung und Naturzerstörung. Ein weiteres Beispiel ist die kommunale Verkehrssanierung. Man rechnet dafür mit 480.000 Arbeitsplätzen, das heißt das Siebenfache dessen, was die

»Tatsächlich ist seit der industriellen Revolution in den Industrieländern die Ressourcenproduktivität (verfügbares Realeinkommen bezogen auf den dafür notwendigen Stoffdurchsatz) gesunken und die Energieproduktivität nur um 50 Prozent gestiegen, während die Arbeitsproduktivität in der verarbeitenden Industrie sich um das 25fache erhöhte.«
Reinhard Grienig: Prima Klima auf der Titanic? In: UTOPIE kreativ, Nr 54, (April 1995), S. 15.

gleiche Investitionssumme in Großprojekten des Verkehrswesens bringt, bei gleichzeitiger Stoffstromökonomie. Schließlich sei der ökologische Landbau genannt, der bei geringerem Stoffstromverbrauch etwa 20 Prozent mehr Arbeitszeit pro Hektar benötigt als konventionelle Landwirtschaft.

Zum ökologisch-sozialen Umbau der Wirtschaft muß auch die Förderung der Arbeitsarten und Produktionen beitragen, die sich durch überdurchschnittliche Arbeitshaltigkeit auszeichnen: Gewinnung nachwachsender Rohstoffe, Verringerung verpackungsintensiver Produkte, Rücksammeln von Altstoffen, reparierfreundliche Geräte u.a.m.

Die Regelgröße, die die Arbeitshaltigkeit (Dimension Stunden je Tonne) in ihrer Dynamik in der Marktwirtschaft bestimmt, ist das Verhältnis von Personalkosten zu Material- und Energiekosten. Diese Relation ist in der Industrie Westdeutschlands in den Jahren von 1976 bis 1993 von 0,60 auf 0,73 gestiegen¹⁰, während sie in der vorangegangenen Periode gesunken ist. Im Ergebnis wächst der falsche Druck in Richtung auf eine Technologie und Organisation, die Arbeit spart und die Natur unerträglich belastet. Daraus folgt zwingend die Notwendigkeit einer ökonomischen Steuerreform, die das Preisverhältnis beider Produktionsfaktoren den ökologischen Notwendigkeiten anpaßt.

Der Wirkungsgrad des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur, seine »Fruchtbarkeit« hängt von vier Größen ab: von der *produktiven Wertschöpfung* je Arbeitsstunde, von Grad der *Suffizienz*, von der *Erwerbsquote* und von der *Arbeitshaltigkeit* des Stoffstroms. Die Wirtschaftswissenschaft, auf deren Versagen gegenüber den Herausforderungen der Evolutionskrise immer wieder hingewiesen wird, hat bisher kein Maß der Suffizienz, des »Genug« vorschlagen können. Die Grenzenlosigkeit der Bedürfnisse und damit die ständige Reproduktion von Knappheiten auf immer höherer Stufe inmitten des Überflusses ist ein Axiom des mainstreams der Ökonomie. Als Beispiel kann man den Varietätsexzeß der Pharmaindustrie nennen. Bei etwa 20.000 pharmazeutischen Grundsubstanzen wäre ein Angebot von 30.000 Medikamenten völlig ausreichend, das Marktsortiment erreicht jedoch eine Größenordnung von 80.000. Die Lobby der Pharmaindustrie hat es bisher verstanden, jegliche Versuche der suffizienten Arzneimittelversorgung (Positivliste) zu hintertreiben.

Wie kann es überhaupt gelingen, die ökologisch unhaltbare Spirale der Verbrauchsexpansion zu durchbrechen? Bürokratische Kontrolle würde die Menschen nur zu mehr Konsum anstacheln. Zu rationalen Bedürfnissen kann es nur kommen, wenn immer mehr Menschen ihr Konsumverhalten und ihren Lebensstil ändern wollen. Ein Programm der sozialen und kulturellen Bedürfnisforschung wäre notwendig, um für die Gesellschaft neue Einsichten in die Möglichkeiten suffizienter Produktions- und Lebensformen zu gewinnen.

Die Ergebnisse einer solchen Grundlagenforschung könnten für konkrete Vorschläge von institutionellen Veränderungen und neuen Dienstleistungen und Produkten eingesetzt werden. Die ökologische Wirksamkeit von Verbraucherorganisationen kann um Größenordnungen erhöht werden.

Die neue alte Richtung der Kapitalakkumulation

Eine Umlenkung des technologischen Fortschritts auf die dringenden ökologisch-sozialen Zwecke ist vom herrschenden Marktradikalismus nicht zu erwarten. Die ultimative monetäre Logik geht davon aus, daß Marktprozesse und Konkurrenz automatisch das erforderliche Gleichgewicht herstellen, je weniger sie durch Staatsintervention dabei gestört werden. Die breitestmögliche Privatisierung stößt in soziale und kulturelle Bereiche vor, deren Reproduktion auf diese Weise langfristig ruiniert wird. Alle nichtmonetären Tätigkeiten dieser Welt, die einen potentiellen Marktwert haben, sollen in den Geldkreislauf einbezogen werden. Sie werden auf 16 Trillionen Dollar geschätzt bei einem Volumen der vorhandenen monetären Wirtschaft von 23 Trillionen Dollar (*Giarini*).¹¹ Damit geht die Zurückdrängung und Zerstörung der Subsistenzwirtschaft einher. Es wird alles in Bewegung gesetzt, um freie Zeit in warenförmige Freizeit, das heißt in Warenkonsumtion ohne ökonomische Rationalität und ohne Unabhängigkeit des Individuums zu verwandeln. Die totalitäre Tendenz der Geldwirtschaft wird institutionell nicht abgemildert, sondern verstärkt, wie die Aktionen der Behörden gegen Tauschringe und lokales Arbeitsgeld zeigen. Das Credo der Deregulierung macht auch nicht Halt vor jenem Punkt, von dem ab die betriebswirtschaftlichen Vorteile durch wachsende externe volkswirtschaftliche Verluste aufgehoben werden.

Das Kapital hat entdeckt, daß man unter den Bedingungen der Globalisierung die Akkumulation viel effektiver als im klassischen Industriesystem, das Marx analysiert hat, organisieren kann. Das heißt Akkumulation unter systematischer Rücknahme der zivilisatorischen Zählungen des Systems durch die Institutionen des Sozialstaats und mittels von keinen Kompromißformeln gehemmter privatwirtschaftlicher Nutzung der technologischen Revolution. Immer mehr Existenzen werden eingebunden in die globalen Wertschöpfungs- und Kreditketten, in denen sie abhängig sind von den Schwankungen der Weltmarktpreise und des Zinsniveaus. Das klassische Lohnarbeitsverhältnis in den reichen Ländern, das schon immer im Weltvergleich privilegiert war und auf der Ausbeutung von Naturressourcen und nichtentlohnter Arbeit der Subsistenzwirtschaft beruhte, löst sich allmählich auf in Formen der Teilzeitarbeit, Kontraktarbeit, Scheinselbständigkeit, Saisonarbeit, Leiharbeit, illegalen Arbeit. Das Privateigentum, das auf eigener Arbeit beruht, wird im Ergebnis der Folgen dieser Prozesse massenhaft expropriert. Die Formen der mit direkter Gewaltausübung verbundenen Akkumulation sind keine verschwundene Formation, sie begegnen uns in den lokalen Kriegen, den Vertreibungen, dem Aufschwung der mafiosen Strukturen, der modernen Sklavenwirtschaft, wo Kinder, Frauen, Sektenmitglieder, Drogenabhängige die Zielgruppe sind, der Gewalt auf der Straße, gegenüber Minderheiten, in Familien, beim Militär, bei Polizeieinsätzen und im Strafvollzug. Rosa *Luxemburg* hat diese Tendenzen in ihren frühen Formen am besten erkannt, weil sie das Realisierungsproblem der kapitalistischen Akkumulation als historischen Prozeß analysierte.¹² Der unermüdliche Jürgen *Kuczynski* spricht vom Rückfall in die Barbarei als wahr werdende Alternative.¹³ Abschied von der Zivilgesellschaft wäre eine zu höfliche Umschreibung.

»Die Ökonomie mit ihrem Knappheitsprinzip funktioniert angesichts des Mangels ökologischer Tragfähigkeit nur noch als eine gesellschaftliche Veranstaltung, reguliert durch Normen, die nicht aus dem ökonomischen Rationalsystem selbst generiert werden können. Die Marktwirtschaft entstand im Zuge des ›disembedding‹ ökonomischer Rationalität aus gesellschaftlichen Bindungen; angesichts der Überlastung der Ökosysteme des Planeten Erde ist gesellschaftliche Evolution nur noch möglich, wenn die ökonomische Rationalität in ein komplexes System der gesellschaftlichen Regulation des Umgangs mit der Natur ›embedded‹ wird.«
Elmar Altvater: *Die Zukunft des Marktes*, Münster 1991, S. 367.

Unter diesen Bedingungen sind die »Füchse im Weinberg« gefragt, die geistigen Vorbereiter einer Wende, die es zu allen Zeiten gegeben hat. Noch mehr aber geht es um das Entstehen und Zusammenwirken vieler praktischer sozialer Bewegungen und Initiativen in engem Kontakt mit neuen geistigen Strömungen und um »eingreifende Forschung«. Für die Umlenkung des technologischen Fortschritts durch neue soziale und wirtschaftliche Regularien und Maßnahmen gibt es bereits viele Ideen und Vorschläge, die zu einem ganzheitlichen Konzept ausgebaut werden können. Dazu gehören die ökologische Steuerreform als Herzstück alternativer Wirtschaftspolitik, Vereinbarungen zur Arbeitsplätze-schaffung durch Arbeitszeitreduzierungen, stärkere Förderung des gemeinwirtschaftlichen Sektors, Finanzierung sozialer und kultureller Dienstleistungen statt Finanzierung von Arbeitslosigkeit, Einführung von EU-weiten Arbeitsplatzgarantien für Jugendliche unter 18 Jahren, Überprüfung der steuerlichen und finanzrechtlichen Abschreibungsregeln unter der Zielstellung einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik, Initiativen zur Nutzung eines lokalen Arbeitsgelds für gegenseitige Hilfe, Verschlankung der Förderbürokratie, soziale Grundsicherung bei Garantie einer Arbeit von 20 Wochenstunden in der Privatwirtschaft, in der Gemeinwirtschaft oder in öffentlichen Einrichtungen, flexible Gestaltung der Lebensarbeitszeit im Wechsel von bezahlter Arbeit im garantierten Bereich, Fortbildung, bezahlter Arbeit im nichtgarantierten Bereich, gemeinnütziger Arbeit und Eigenarbeit sowie hauswirtschaftlicher und familiärer Tätigkeiten. Aber es ist noch ein langer Weg bis zu einem Wechsel der Grundeinstellungen und bis zu einer neuen Politik.

- 1 Goethe, J. W. von: Pandora. Ein Festspiel, in: Goethe, Berliner Ausgabe, Berlin 1964, S. 409.
- 2 Factor 10 Club. Carnoules Declaration, 1994.
- 3 Boyer, R.: Technical change and the theory of regulation, in: Technical Change and Economic Theory, London 1988.
- 4 J. B. Say (1767-1832) hat behauptet, daß jede Produktion ihre eigene Nachfrage schafft.
- 5 Vgl. Gorz, A.: Kritik der ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft, Hamburg 1994, S. 67.
- 6 Giarini, O., Liedtke, P. M.: The Employment dilemma. The future of work, Report to the Club of Rome, 1996; Rifkin, J.: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt/M. 1996.
- 7 Freeman, C., Soete, L.: Work for all or mass unemployment, London 1994.
- 8 Fleißner, P. et al.: human's work tomorrow, Vienna 1995.
- 9 Die Arbeitshaltigkeit des Stoffstroms wurde zuerst dargestellt und berechnet in: Hausteин, H.-D.: Vier Kreisläufe, Ressourcenproduktivität, Kilopreis und Ökopreis – Ökonomische Bewertung des MIPS-Konzepts des Wuppertal-Instituts, Bericht Nr. 10.08.1990/2000 für das Wuppertal-Institut 1995.
- 10 Berechnung des Verfassers.
- 11 Giarini, Liedtke, a.a.O.
- 12 Luxemburg, R.: Die Akkumulation des Kapitals. Gesammelte Werke Bd. 5, Berlin 1975, S. 518f.
- 13 Kuczynski, J.: Vom Zickzack der Geschichte, Berlin 1996, S. 103.

ANDREAS REICHSTEIN

Die Zukunft der Arbeitswelt

Steigende Arbeitslosenzahlen in der BRD, Wegfall von Arbeitsplätzen durch Rationalisierung aufgrund der Automation von Arbeitsprozessen und eine Globalisierung des Arbeitsmarktes mit verstärkter Ausbeutung der sogenannten Dritten Welt haben die Debatte über die Zukunft der Arbeit in den vergangenen Jahren angeheizt, wie schon lange zuvor nicht mehr. Nicht von ungefähr hat der Journalist Jeremy Rifkin seiner 1996 veröffentlichten Studie den provozierenden Titel: *The End of Work* gegeben. Und Arno Heises erster Satz der Zusammenfassung seiner Studie *Arbeit für Alle – Vision oder Illusion?* faßt die Situation folgendermaßen zusammen: »Seit nunmehr über zwei Jahrzehnten wird in der Bundesrepublik das Ziel der Vollbeschäftigung – hier verstanden im Sinne Beveridges – beständig und mit steigender Dramatik verfehlt.«¹ Wenn nun gleichzeitig Michael Brie im Kommentar *Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus*² unter der Überschrift: »Arbeit ist nicht alles. Aber ohne Arbeit ist Alles nichts« (S. 59) schreibt: »Lohnarbeit ist eine absolut unverzichtbare, wenn auch keinesfalls hinreichende Bedingung von Freiheit und elementarer Gleichheit geworden« (S. 61), sowie: »Das Ende der Arbeitsgesellschaft wäre das Ende der Demokratie« (S. 61), dann scheint darin ein Widerspruch zu liegen, beziehungsweise könnte »bestenfalls« bedeuten, daß wir uns möglicherweise dem Ende der Demokratie nähern. Gibt es noch Arbeit für alle und ist Lohnarbeit wirklich unverzichtbar für eine Demokratie?

In dem Versuch, für diese Fragen eine Antwort zu finden, ist es zuallererst notwendig, den Begriff »Arbeit« zu untersuchen. Eine Definition des Wortes »Arbeit« findet sich in jedem Lexikon und nennt neben der physikalischen Bedeutung die volkswirtschaftliche: »jede meist zweckgerichtete Tätigkeit zur Befriedigung materieller oder geistiger Bedürfnisse des einzelnen oder der Allgemeinheit. Aus der Notwendigkeit der menschl. A. für die Erhaltung der Gesellschaft wird die Pflicht zur A., aus der Notwendigkeit zur Erhaltung des eigenen Lebens u. der Befriedigung der eigenen Bedürfnisse das Recht auf A. abgeleitet« (Bertelsmann-Lexikon 1997). Die eingangs angesprochene Debatte bezieht sich jedoch zuerst nur auf die Lohnarbeit, d.h. die Arbeit, die gegen Entgelt – den Arbeitslohn – für einen Arbeitgeber verrichtet wird. Dabei entspricht der Arbeitslohn nicht einem Teil der vom Arbeiter produzierten Ware, sondern »ist der Teil schon vorhandener Ware, womit der Kapitalist eine bestimmte Summe produktiver Arbeitskraft an sich kauft«³. Mit dieser Aussage fußt Karl Marx auf dem Philosophen Thomas Hobbes, der

Andreas Reichstein – Jg. 1953, Amerikahistoriker, Universität Hamburg, Landesfachgruppen-Vorsitzender der IG Medien, Mitglied der AG Politische Bildung der PDS Hamburg. Erstveröffentlichung in: UTOPIE kreativ, Heft 85/86, S. 74-85.

1 Arne Heise: *Arbeit für Alle – Vision oder Illusion?*, Marburg 1996, S. 309.

2 *Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus*, Ein Kommentar, herausgegeben von: Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V., Berlin 1997.

3 Karl Marx, *Lohnarbeit und Kapital*, Separat-Ausdruck aus der »Neuen Rheinischen Zeitung« vom Jahre 1849, Berlin 1891, abgedruckt in: Karl Marx: *Lohnarbeit und Kapital*, Berlin 1971, S. 25. Eine weitergehende Diskussion des Begriffes »Arbeit« würde den Rahmen dieses Papiers sprengen. Siehe hierzu näher zum einen: Wolfgang Fritz Haug (Hrsg.): *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd 1, Hamburg/Berlin 1994, S. 402-422 und Keith Grint: *The Sociology of Work*, Cambridge 1991, S. 7-47.

4 Zitiert nach Karl Marx: Lohn, Preis und Profit, Berlin 1971, S. 40.

5 Karl Marx in seinen Notizen zu List (1841), zitiert nach F. List: Das nationale System der politischen Ökonomie, Berlin/W 1982, S. 459f.

6 Vgl. Ernesto Che Guevara: Ökonomie und neues Bewußtsein, Schriften zur politischen Ökonomie, 2 Bde., Berlin 1969, Bd.1, S. 44ff.

7 So Michael Brie in: Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus, Ein Kommentar, herausgegeben von: Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V., Berlin 1997, S. 61.

8 Karl Marx: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin 1974, S. 591f.

9 Wladimir. I. Lenin: Zur sogenannten Frage der Märkte, in: W.I.Lenin, Werke in 3 Bänden., Berlin 1972, Bd. 1, S. 69-116 (hier S. 79).

in seinem Werk *Leviathan* bereits 1651 schrieb: »Der Wert eines Menschen ist wie der aller anderen Dinge sein Preis: das heißt soviel als für die Benutzung seiner Kraft gegeben würde.«⁴ Lohnarbeit ist für Marx daher entfremdete Arbeit – nicht nur im Sinne von Adam Smith als Prozeß der Veräußerung von Eigentum, sondern wie bei Hegel als Entäußerung des Wesens, nicht nur des Habens –, die zur Zwangsarbeit wird, weil sie nicht freiwillig geleistet wird. »Die Arbeit [im Sinne von Lohnarbeit] ist ihrem Wesen nach die unfreie, unmenschliche, ungesellschaftliche, vom Privateigentum bedingte und das Privateigentum schaffende Tätigkeit.«⁵ Als Einheit von Lohnarbeitsprozeß und Wertbildungsprozeß ist der Produktionsprozeß ein Prozeß von Waren. Arbeit ist Wertschöpfung und der Wert der Arbeitskraft bestimmt sich nach dem Wert der Lebensmittel im weitesten Sinne, die zu ihrer erweiterten Reproduktion notwendig sind. Alle Diskussionen um Profite, Wertgesetz und Geld kreisen um die Existenz einer Waren produzierenden und konsumierenden Gesellschaft.⁶ Faßt man den Begriff der zu konsumierenden Ware weiter als den ursprünglich rein dinglichen, materiellen, so sind auch die heute als Dienstleistungen ausgewiesenen Tätigkeiten produzierte Waren, wonach eine Unterscheidung im klassischen Sinne zwischen Arbeiter und Angestellten hinfällig wird, da beide ihre Arbeitskraft einem Arbeitgeber für einen Arbeitslohn zur Verfügung stellen, um eine Ware – ob materiell als Produkt oder immateriell als Dienstleistung – zu produzieren. In diesen Zusammenhängen ist Arbeitswelt und Arbeitsgesellschaft heute als Lohnarbeitswelt und Lohnarbeitsgesellschaft zu verstehen.

Wenn man davon ausginge, daß das Ende der Arbeitsgesellschaft das Ende der Demokratie bedeutete, da nur Lohnarbeit »das Eintrittsticket in alle anderen Formen der Teilhabe an den Chancen moderner Gesellschaften«⁷ darstellt, dann stellt sich die Frage, welchen Wert eine Demokratie hat, die Lohnarbeit als entfremdete Arbeit benötigt, eine Arbeitsform also, die Marx ja gerade abgeschafft wissen wollte? Gleichzeitig beobachten wir eine drastische und rapide zunehmende Veränderung der Arbeitswelt durch die zunehmende Automatisierung von Produktionsvorgängen, die die menschliche Arbeitskraft überflüssig macht. Als Prozeß in verschiedenen Etappen wurde dieser Wandel in der Produktion bereits von Marx erkannt, der die These aufstellte, daß die Unternehmer immer bestrebt seien, die Lohnkosten zu senken und die Produktionsmittel soweit wie möglich in ihre Verfügungsgewalt zu bekommen; »durch Teilung der Arbeit, die die Operationen der Arbeiter schon mehr und mehr in mechanische verwandelt, so daß auf einem gewissen Punkt der Mechanismus an ihre Stelle treten kann. ... Was Tätigkeit des lebendigen Arbeiters war, wird Tätigkeit der Maschine.«⁸ In Ansätzen, wenn auch in seinen Schlußfolgerungen unzureichend, hat auch Lenin diese Gefahr als Möglichkeit einer von der menschlichen Arbeitskraft unabhängigen Entwicklung zur Steigerung des Mehrwerts erkannt.⁹ Die Automation, die bereits in den zwanziger Jahren in den US-Fabriken Einzug hielt und die zweite industrielle Revolution begründete, bestätigte diese Thesen, die schon bei Marx' Ausführungen zum »relativen Mehrwert« ausführlich dargestellt wurden. Zwischen 1919 und 1929 wurden in den USA 2,5 Millionen

Arbeitsplätze vernichtet.¹⁰ Um der Massenarbeitslosigkeit und dem gesunkenen Durchschnittseinkommen als Gefahr für den Konsum zu begegnen, führte man den Kundenkredit und Ratenkauf ein, der aus hart arbeitenden, genügsamen Menschen Hedonisten auf der Suche nach den allerneuesten Befriedigungen machte, wie Marchand es beschrieb¹¹, und gleichzeitig zu einer Überhitzung der Wirtschaft führte – eine Entwicklung (Massenproduktion zur Befriedigung eines künstlich erzeugten Konsumverhaltens), die insgesamt mit den Begriffen Fordismus und Taylorismus gekennzeichnet wurde.¹² Gleichzeitig senkte man damals bereits in unterschiedlichem Maße die wöchentliche Arbeitszeit, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Kellogg's, Sears Roebuck, Standard Oil und Hudson Motors zum Beispiel führten in den dreißiger Jahren die 30-Stunden-Woche ein.¹³ Trotzdem ging der Arbeitsplatzabbau weiter. So wurden allein in den USA zwischen 1956 und 1962 über anderthalb Millionen Menschen durch die Automatisierung in der Industrie arbeitslos.¹⁴

Heute erahnen wir bereits die Folgen einer weiteren Entwicklung, die unter dem Schlagwort »Dritte Industrielle Revolution« in das Schrifttum Eingang gefunden hat und die dabei ist, die Situation nicht nur des Arbeitsmarktes, sondern auch der gesamten zukünftigen Arbeitswelt zu verändern. Nach der Automatisierung ist dies die Digitalisierung. Für sie gelten noch in viel stärkerem Maße jene heute beinahe prophetisch klingenden Sätze des britischen Ökonomen John M. Keynes, die er 1930 schrieb: »Wir sind von einer neuen Krankheit befallen, deren Namen einige Leser noch nicht gehört haben mögen, von der sie aber in den nächsten Jahren noch recht viel hören werden, nämlich technologischer Arbeitslosigkeit. Das bedeutet Arbeitslosigkeit, weil unsere Entdeckung von Mitteln zur Ersparung von Arbeit schneller voranschreitet als unsere Fähigkeit, neue Verwendung für die Arbeit zu finden.«¹⁵ Auch wenn nicht in einer direkten Kausal-Statistik zusammenfaßbar, sind sich die Arbeitsmarktanalysen und Forscher darüber einig, daß der Einsatz moderner Technologien bereits heute zu tiefgreifenden organisatorischen Veränderungen, das heißt, Arbeitsplatzabbau zur Verschlingung der Unternehmen, geführt hat. So haben die 14 größten Arbeitgeber in der BRD zwischen 1992 und 1995 per Saldo bereits eine Viertel Million Arbeitsplätze abgebaut – Tendenz: steigend.¹⁶

Die Veränderung des Arbeitsmarktes spiegelt sich aber nicht allein im Abbau von Arbeitsplätzen wider. Auch die Struktur des Arbeitsmarktes verändert sich immer stärker. Waren 1905 noch ca. 28 Prozent im Dienstleistungsbereich, 36 Prozent in der Landwirtschaft und 40 Prozent der Arbeitskräfte in der Industrie beschäftigt, so waren es 1990 59 Prozent im Dienstleistungsbereich, 39 Prozent in der Industrie und nur noch 4 Prozent in der Landwirtschaft. Prognosen zufolge wird im Jahre 2010 diese Schere noch stärker auseinanderklaffen: dann sollen nur noch etwa 2 Prozent in der Landwirtschaft, 20 Prozent in der Industrie, ca. 24 Prozent im Bereich allgemeine Dienstleistungen und ca. 58 Prozent im Bereich Information tätig sein. Diese Zahlen allein zu betrachten, genügt jedoch nicht. Deutlich wird, daß mit dem Niedergang der klassischen Industrie- und Agrararbeit der Dienstleistungssektor einen überproportionalen Aufschwung nimmt, wobei dieser Sektor vor allem in England, den

10 Vgl. Technology and Culture, April 1991, S. 274f.; zitiert nach: Jeremy Rifkin: Das Ende der Arbeit, Frankfurt/New York 1996, S. 29.

11 Roland Marchand: Advertising the American Dream: Making Way for Modernity, Berkeley 1985, S. 4f.

12 Vgl. D. Gartman: Origins of the Assembly Line and Capitalist Control of Work at Ford, in: A. Zimbalist (ed.): Case Studies on the Labour Process, Monthly Review, 1979; D. Harvey: The Conditions of Postmodernity, Oxford 1989; J.H. Goldthorpe: The End of Convergence: Corporatist and Dualist Tendencies in Modern Western Societies, in: J.H. Goldthorpe (ed.): Order and Conflict in Contemporary Capitalism, Oxford 1984 und C.F. Sabel: Work and Politics: The Division of Labour in Industry, Cambridge 1982.

13 Vgl. Benjamin Hunnicutt: Work without End: Abandoning Shorter Hours for the Right to Work, Philadelphia 1988, S. 148.

14 Vgl. Jeremy Rifkin: Das Ende der Arbeit, Frankfurt/New York 1996, S. 55.

15 John Maynard Keynes: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, in: Ders.: Politik und Wirtschaft, Männer und Probleme, Tübingen 1956, S. 267.

16 Zu dieser Angabe sowie einer genaueren Analyse des sich verändernden Arbeitsmarktes vgl. Johann Welsch: Arbeiten in der Informationsgesellschaft, Studie für den Arbeitskreis Arbeit-Betrieb-Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1997, S. 17.

USA und Frankreich ein überdurchschnittliches Wachstum zeigt, während dies in Deutschland noch schwächer ausfällt. Gleichzeitig wird aber auch noch zwischen primären Dienstleistungen (Bürotätigkeit, Handeln/Verkaufen, allgemeine Dienstleistungen) und sekundären Dienstleistungen (Ausbilden/ Beraten/Informieren, Sichern/Recht anwenden, Organisation/Management und Forschen/Entwickeln) unterschieden. Nach Tätigkeitsgruppen unterschieden, ergeben Prognosen, daß sich im Bereich der produktionsorientierten Tätigkeiten die Anteile im Sektor »Produzieren/Herstellen/Gewinnen« von 19,2 Prozent (1991) auf 12,6 Prozent (2010), im »Maschinen/Anlagen steuern« von 8,2 Prozent (1991) auf 10,7 Prozent (2010) und im »Reparieren« von 6,1 Prozent (1991) auf 6,3 Prozent (2010) verändern werden. Im Bereich Primäre Dienstleistungen wird der Anteil von »Handeln/Verkaufen von 10,7 Prozent (1991) auf 11,1 Prozent (2010) steigen, der der »Bürotätigkeit« jedoch von 17,0 Prozent (1991) auf 16,8 Prozent (2010) und der Anteil der »allgemeinen Dienstleistungen« von 11,9 Prozent (1991) auf 11,0 Prozent (2010) sinken. Neben dem drastischen Rückgang im klassischen industriellen Sektor »Herstellen und Produzieren« werden die höchsten Steigerungen im sekundären Dienstleistungsbereich zu finden sein: der Bereich »Organisation/Management« soll von 6,3 Prozent (1991) auf 9,1 Prozent (2010) und der Sektor »Ausbilden/Beraten/Informieren« von 11,8 Prozent (1991) auf 14,6 Prozent (2010) anwachsen.¹⁷

17 Vgl. Johann Welsch: Arbeiten in der Informationsgesellschaft, Studie für den Arbeitskreis Arbeit-Betrieb-Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1997, S. 30.

Weitere Veränderung der zukünftigen Arbeitswelt, bedingt durch Digitalisierung und Vernetzung sowie der Reduzierung vieler Betriebe auf eine kleine Kernbelegschaft am Produktionsstandort, werden das Umsichgreifen von Teleheimarbeit und eine allgemeine Globalisierung des Arbeitsmarktes sein. Neben diesen Veränderungen zeigen jedoch alle Analysen an, daß die Menge der verfügbaren Lohnarbeit weit hinter der Masse der Anbieter von menschlicher Arbeitskraft zurückfallen wird. Marx hat darin die Grundlage für die Möglichkeit einer anderen gesellschaftlichen Stellung von Arbeit gesehen, in der der Gegensatz zwischen geistiger und körperlicher Arbeit verschwindet, da sich die Lohnarbeit mit der Regulation durch den Wert auflöst, indem der Mensch durch seine Tätigkeit zur Überwachung und Disposition eines Produktionsprozesses »Dinge« (Maschinen, etc.) für sich arbeiten läßt.¹⁸ Das Ende von Lohnarbeit im klassischen Sinne der entfremdeten Arbeit ist daher anstrebenwert und kann niemals das Ende der Demokratie bedeuten. Für mögliche Lösungen der Probleme in unserer Arbeitswelt ist daher die überkommene Definition der Arbeitskraft als Ware, die der Kapitalist kauft, nicht mehr hinreichend. Wenn der Kapitalist die angebotene Ware menschliche Arbeitskraft nicht mehr kaufen muß, weil er seine Wertschöpfung aus automatisierter Produktion erzielt, wird entweder im bisherigen Gesellschaftssystem das weitere Anwachsen der Arbeitslosigkeit zum sozialen Sprengstoff, der eine Gesellschaft, die eine solche Entwicklung zuläßt, auf längere Sicht zerstören muß (destruktiver Ansatz mit der Konsequenz, die dann entstehende Gesellschaft möglicherweise nicht entscheidend mitgestalten zu können), oder es wird ein neues Gesellschaftssystem geschaffen (konstruktiv), das auf einem Wert der Arbeit jenseits von Lohnarbeit

18 Siehe dazu Karl Marx: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 592f.; Karl Marx, Friedrich Engels: Werke, Berlin 1959, Bd. 19, S. 21.; Bd. 42, S. 244.

beruht. Grundlage hierfür ist, wie unter anderem Robert Kurz auch schon vielfach betont hat: »Das System der ›Arbeitsplätze‹, d. h. der Verwandlung von ›Arbeit‹ in Geld ist grundsätzlich anzugreifen, statt zu der steinerweichenden Elendsdebatte um die ›Schaffung von Arbeitsplätzen‹ ein jämmerliches Konzept-Scherlein beizutragen«. ¹⁹

Von daher ist auch die Entwicklung gefährlich, die in den USA, den Niederlanden und Großbritannien in den vergangenen Jahren zu einem statistisch absoluten Anwachsen der Arbeitsplätze und des Bruttoinlandsproduktes geführt haben. Diese Form der Schaffung von Arbeitsplätzen wurde in den genannten Ländern erkaufte durch drastischen Sozialabbau, Erhöhung der wöchentlich möglichen Arbeitszeiten und einen stärkeren Anteil von Teilzeitarbeit. Ein großer Teil der neu eingerichteten »Jobs« (und mehr sind es auch nicht) sind Niedrigstlohtätigkeiten in der freien Verfügbarkeit des Arbeitgebers. So kann heute ein Mittelständler in den USA bei Verlust seines Arbeitsplatzes zwar damit rechnen, innerhalb eines halben Jahres eine Stelle zu bekommen, aber nur zu fünfzig Prozent seiner bisherigen Bezüge. Dies führt dort zum deutlichen Anstieg von Haushalten mit bis zu fünf Jobs, um die notwendigen Lebenshaltungskosten überhaupt noch bestreiten zu können. Hier zeigt sich drastisch der Zynismus des Kapitals: die Arbeit (die objektiv schrumpft) auf mehr Köpfe verteilen, aber zu den Bedingungen des ausgehenden 18. Jahrhunderts, des reinen, unverfälschten Manchester-Liberalismus. ²⁰ Dies darf im Ernst noch nicht einmal das Ziel einer Politik sein, die mehr Lohnarbeitsplätze im klassischen Sinne fordert.

Es ist vielmehr zuerst wichtig, Arbeit als selbstbestimmte, freie, schöpferische Tätigkeit zu begreifen – losgelöst von der Produktion von Waren und von dem klassischen Bild der produzierenden Lohnarbeit. Die entscheidenden Felder, die aufgrund der traditionellen Definition von Arbeit als Lohnarbeit in der kapitalistischen, materialistischen und patriarchalischen Gesellschaft bislang nicht als Arbeit gewertet wurden, sind: Reproduktion von Arbeitskraft, »Hausarbeit«, »gemeinnützige« Tätigkeiten und künstlerische Aktivitäten (soweit der »Künstler« nicht aufgrund eines bereits erreichten Marktwertes seiner/ihrer Produkte seine Ware verkaufen kann). Die Reproduktion von Arbeit wie Kinder aufziehen, einen Haushalt versorgen, häusliche Kranken- und Altenpflege, die Bewahrung der Umwelt durch Einzel- oder Gruppenaktivitäten und die kreative Schöpfung nicht auf dem Markt verwertbarer Kunst findet im Bereich der überkommenen Lohnarbeit kaum oder gar keine Einordnung im Wertschöpfungsgefüge. Ohne diese »Arbeit« wäre unsere Gesellschaft jedoch nicht überlebensfähig. Von daher muß als erster Schritt das Wertschöpfungsgefüge geändert werden. ²¹

Ansätze hierfür wurden bereits in den sechziger Jahren in den USA unter Präsident Johnson deutlich, der eine Einkommenshilfe für Bedürftige forderte. Überraschenderweise haben sogar konservative Ökonomen wie Milton Friedman zur Stabilisierung der Gesellschaft vorgeschlagen, der Staat solle den Bürgern ein Mindesteinkommen garantieren, das jedoch durch seine geringe Höhe dazu ermuntern solle, etwas hinzu zu verdienen, »um den Anreiz, sich weitere Arbeit zu suchen, zu erhalten.« ²² Folgt man diesen Gedanken,

19 Robert Kurz: Die letzten Gefechte, in: *Krisis*, Nr. 18, 1996, S. 49.

20 Eindrucksvoll wird dies durch den tendenziellen Artikel: »Arbeit, Arbeit, Arbeit« im *Spiegel*, Nr. 17, 1997, S. 24-36 belegt. Zu der ökonomischen Entwicklung in den USA mit all ihren Aspekten wie Arbeitslosigkeit, Armut und Rassismus siehe Donald Sassoon: *One Hundred Years of Socialism*, London 1997, S. 763ff.

21 Auch die christlichen Kirchen in Deutschland sehen, daß »die Verengung des Arbeitsbegriffes auf Erwerbsarbeit« fragwürdig ist. Karl Marx folgend, betonen sie aber gleichzeitig, daß »der Mensch für ein tätiges Leben geschaffen« ist und sagen: »Aus christlicher Sicht ist das Menschenrecht auf Arbeit unmittelbarer Ausdruck der Menschenwürde.« Nur muß der Begriff der Arbeit weiter gefaßt werden. Vgl. Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit, hrsg. vom Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland und vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, *Gemeinsame Texte 9*, Hannover – Bonn 1997, S. 62.

22 Milton Friedman, in: *International Labour Review*, Mai/Juni 1987, S. 263.

23 Siehe hierzu die entsprechende Konzeption von Jeremy Rifkin: *Das Ende der Arbeit*, Frankfurt/New York 1996, S. 182.

24 Vgl. Christina Schenk: *Die PDS und der Feminismus – ein noch ungeklärtes Verhältnis*, in: Frigga Haug, Ursula Schröter, Christina Schenk: *Links und feministisch*, Controvers, Berlin 1996, S. 42.

25 Zum Problem von farbigen Frauen auf dem Arbeitsmarkt generell vgl. Keith Grint: *The Sociology of Work*, Cambridge 1991, S. 259-265; Patricia Hill Collins: *The Social Construction of Black Feminist Thought*, in: *Signs*, Nr. 14, 1989, S. 745-773; Bell Hooks: *Black Looks. Popkultur – Medien – Rassismus*, Berlin 1994 sowie Elke Amberg: *Wir setzen dem Rassismus unseren Mut entgegen*, in: *Frankfurter Rundschau* vom 14. Juni 1997.

dann müssen neben einem Mindesteinkommen aber gleichzeitig die heute sogenannten gemeinnützigen Tätigkeiten als Alternative bzw. Ergänzung zu den traditionellen Arbeitsverhältnissen gesehen werden.²³ Diese »dritte Säule« – wie Rifkin sie nennt – der zu vergüteten Tätigkeiten und die Idee des Mindesteinkommens sind schon länger in der Diskussion. An möglichen Modellen fehlt es demnach nicht. Das Problem liegt weniger im Entwerfen von Utopien als in der Realisierung solcher Vorstellungen. Hierbei ist ein nicht zu unterschätzendes Hauptproblem, daß die allermeisten Menschen seit Jahrtausenden gewohnt sind, für ihren Lebensunterhalt arbeiten zu müssen und ihr Selbstwertgefühl von daher heute meist aus bezahlter Arbeit beziehen. Arbeitslosigkeit als Verlust von Lohnarbeit wird somit generell als Makel, als Schande empfunden. Ein Umdenken wird hier nicht leicht sein. Mindestens ebenso schwer, aber genauso wichtig für die Umgestaltung der Arbeitswelt ist die Abschaffung des Patriarchats. In unserer patriarchalischen Gesellschaft erscheint vielen – nicht nur, aber vor allem Männern – angesichts der zunehmenden sozialen Probleme die Geschlechterfrage eine »Luxusdiskussion« zu sein.²⁴ Jedoch: das Geschlechterverhältnis ist zwar nicht alles, aber ohne eine Lösung dieser Frage ist alles andere nichts – auf Sand gebaut. Und Frauen sind – nicht nur bei uns – im Berufsleben immer noch extrem benachteiligt.

Weltweit gesehen sind 62 Prozent aller Arbeitsplätze von Männern besetzt, die dabei auch noch 74 Prozent aller Arbeitseinkommen verdienen. Für die 38 Prozent aller Frauen in Lohnarbeitsverhältnissen bleiben so nur 26 Prozent des gesamten Arbeitseinkommens übrig. 90 Prozent aller Parlamentssitze werden von Männern gehalten und 94 Prozent aller Regierungsposten werden weltweit von Männern bekleidet. Bei diesen allgemeinen Betrachtungen darf man das besondere Problem von Frauen als Angehörige einer ethnischen Minorität in einer Gesellschaft nicht außer Acht lassen, da sich diese Frauen auch ihren Geschlechtsgenossinnen der Majorität gegenüber in einem besonders kritischen Verhältnis befinden. So haben es zum Beispiel schwarze Frauen in der Bundesrepublik noch ungleich schwerer als weiße Frauen, zu ihrem Recht und zu einer freigewählten und gleich bezahlten Arbeit zu kommen.²⁵ Mitte der neunziger Jahre sind in der Bundesrepublik mehr als 40 Prozent aller Beschäftigten (im Alter zwischen 15 und 65 Jahren) weiblich. Zwei Drittel der Frauen arbeiten in nur zehn Berufsgruppen, wobei in den alten Bundesländern 73 Prozent in den Bereichen Büro- und Dienstleistungsberufen tätig sind. 65 Prozent verfügen nur über eine Lehr- und Anlernausbildung, während nur 15 Prozent ein Fachschul-, Fachhochschul- oder Hochschulstudium absolviert haben. Gleichzeitig verdienen vollerbstätige Arbeitnehmerinnen im Durchschnitt 25 bis 30 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen, was dem seit längerem juristisch festgeschriebenen Grundsatz »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« immer noch auf grausame Art Hohn spricht. Trotz aller Bemühungen liegt der Anteil der Studentinnen an den Hochschulen der alten Bundesländer immer noch bei nur 40 Prozent, der in den neuen Bundesländern bei 46 Prozent. »Die negativen Auswirkungen tradiertter Rollenmuster beschränken sich nicht auf die Aufstiegsmöglichkeiten, sondern berühren den gesamten Bereich

von Ausbildung und Beruf.«²⁶ Gleichzeitig sind Frauen am stärksten durch die Flexibilisierung der Arbeitswelt, der Kürzung von Sozialleistungen und von Rationalisierungsmaßnahmen betroffen. Von daher stellen sie auch den größten Anteil der sogenannten Neuen Armen in der westlichen Welt.²⁷

Dies ist von den allermeisten Männern – bewußt und unbewußt – so gewollt. Denn der von Elizabeth Janeway detailliert untersuchte, jahrtausende alte Mythos der Sinnhaftigkeit einer Welt der »starken« Männer, die den »schwachen« Frauen ihren Platz zugewiesen haben, führt zu der Konsequenz: »Die männliche Normalbiographie ist der Standard, sie ist die Norm für die Berufsarbeit. Frauen weichen ab; ihre Andersheit ist nicht Verschiedenheit, sie ist Devianz.«²⁸ Wollen Männer die Norm erfüllen, müssen sie sich die Arbeitswelt als Domäne erhalten und die Frau im Haus lassen. Von daher ist auch der »berufstätige Mann« ein sinnloser Begriff: »Männer im erwerbsfähigen Alter gehen immer einer bezahlten Beschäftigung nach, oder sie sind arbeitslos. Nur für Frauen ist eine Lebenssituation ohne Beruf vorstellbar und gesellschaftlich akzeptiert: die Rolle der Mutter.«²⁹ So hat sich in der patriarchalischen Gesellschaft die Erwerbsarbeit für die meisten Männer als Selbstwertmaßstab herausgebildet, was sie damit in der Rolle des Arbeiten-Müssenden gefangen hält. Sucht mensch nach einer Gesellschaftsordnung, in der Männer und Frauen die gleichen Möglichkeiten zur Entfaltung ihres Selbst und Realisierung ihrer Vorstellungen für ein erfülltes Leben haben sollen, so ist jeder Ansatz, Frauen einen besseren Zugang zur patriarchalischen Arbeitswelt zu schaffen oder Frauen in der existierenden Gesellschaftsordnung mit Männern gleichstellen zu wollen, bereits zum Scheitern verurteilt. Soll es zu einem gleichwertigen Neben- und Miteinander von Frauen und Männern kommen, dann darf die Männerwelt und der Mann nicht mehr die Norm und der Bezugspunkt bleiben.

Da das patriarchalische System sich über tausende von Jahren verfestigt hat, ist mit einer tiefgreifenden Änderung erst zu rechnen, wenn neben den gesetzgeberischen und gesellschaftspolitischen Maßnahmen gleichzeitig auch durch vorbildhaftes Verhalten der Erziehungsberechtigten bzw. Bezugspersonen den Kindern eine Alternative – soweit es nur irgend möglich ist – vorgelebt wird, damit alle anderen Maßnahmen einen Nährboden finden und wir aus unseren anerzogenen Rollenklischees herausfinden. In logischer Folge muß auch in Kindergärten, Horten und Schulen den tradierten Rollenbildern entgegen gewirkt werden, was zum einen in modellhaften Versuchen an einzelnen Schulen bereits praktiziert wird³⁰, zum anderen aber durch eine dahinführende, spezifische pädagogische Ausbildung der Betreuerinnen und Betreuer und von Lehrerinnen und Lehrern auf eine allgemein gültige Basis gestellt werden muß. (Da Bildungspolitik immer noch Angelegenheit der Bundesländer ist, könnte z.B. die PDS auf entsprechende Änderungen hinwirken.) Nur so können dann auch als Konsequenz die immer noch vielfach existierenden starren, geschlechtsfixierten Berufsbilder, vor allem im Handwerk, korrigiert werden.

Im Artikel 3 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948 heißt es unter anderem:

26 Gisela Helwig: Ausgestaltung des Gleichberechtigungsggebots, in: Frauen in Deutschland, Informationen zur politischen Bildung, 1. Quartal 1997, Heft Nr. 254, S. 16-26 (Zitat S. 26).

27 Vgl. Maria Mies: Patriarchat und Kapital – Frauen in der internationalen Arbeitsteilung, Zürich 1992, S. 28.

28 Zitat aus: Sieglinde Rosenberger: Geschlechter, Gleichheiten, Differenzen, Wien 1996, S. 85. Zum Mythos der Frauenrolle siehe Elizabeth Janeway: Man's World, Woman's Place, New York 1971.

29 Dieter Schnack und Thomas Gesterkamp: Hauptsache Arbeit, Reinbek bei Hamburg 1996, S. 189. Die Autoren stellen gleichzeitig beispielhaft dar, wie schwer es auch oft Männern durch ihre Umwelt gemacht wird, aus diesem Rollenklischee auszubrechen. Siehe dazu auch Ulrich Beck: Risikogesellschaft - Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt 1986, S. 161-204.

30 Siehe zum Beispiel die Beschreibung von Karl Gebauer: Turbulenzen im Klassenzimmer - Emotionales Lernen in der Schule, Stuttgart 1997, S. 37-46. Auch wenn Gebauer keine »revolutionär linken« Modellversuche beschreibt, so zeigen seine Beispiele bereits heute bestehende Möglichkeiten auf, tradiertes Verhalten abzubauen.

»Jeder Mensch hat das Recht auf Leben.« Was gehört aber zum Leben? Auf der Fachtagung »Multimedia und Arbeitswelt«, veranstaltet von der Industriegewerkschaft Medien und der Deutschen Postgewerkschaft am 3. und 4. Februar 1997 in Bonn, meinte der amerikanische Professor Joseph Weizenbaum, daß zum Grundrecht auf Leben auch das Recht auf Nahrung und Wohnung gehöre. Das wirkt auf den ersten Blick selbstverständlich. Denn ohne Nahrung und (zumeist) ein Dach über dem Kopf können die meisten Menschen nicht leben. Wie sieht es aber in der Realität aus? Für beides müssen sie arbeiten, wenn sie denn Arbeit finden. Das ist ein massiver Widerspruch. Für Nahrung und Wohnung dürften sie gar nicht arbeiten *müssen*, wenn sie wirklich ein Recht auf Leben haben sollen. Dies klingt zuerst einmal utopisch, aber nur, weil wir es seit Jahrtausenden gewohnt sind, uns abzuschuften, um uns und unsere Kinder zu ernähren. Nur heißt das nicht, daß das richtig ist. Der erste Ansatz ist die Abschaffung der auf Warenproduktion ausgerichteten Gesellschaft, auch wenn dies ebenfalls reichlich utopisch klingt, wie zum Beispiel Ernst Lohoff erst kürzlich vermerkt hat.³¹ Am deutlichsten hat diese Forderung bislang Robert Kurz ausgeführt: »Der jetzt geforderte ›dritte Weg‹ kann kein Mittelweg mehr sein. Er muß in eine Gesellschaft jenseits von Markt und Staat führen, d.h. in die Aufhebung des modernen warenproduzierenden Systems. ... Damit fällt auch der ›Arbeitsplatz‹-Fetischismus, weil die individuelle Reproduktion in einer entmonetarisierten, inhaltlich vernetzten Gesellschaft nicht mehr von der Verausgabung abstrakter Arbeitskraft in ebenso abstrakten betriebswirtschaftlichen Vernutzungsprozessen abhängig gemacht werden kann.«³² Was zuerst wie eine Kritik an Marx wirkt und mit der These des Demokratieverlustes bei Fortfall der Lohnarbeit unvereinbar ist, bedeutet in Wahrheit nur eine konsequente Fortentwicklung Marxscher Ideen, wie auch der Rezensent des Kurzschen Buches *Der Kollaps der Modernisierung*, Rudolf Hickel, am 4. Januar 1992 in der *Frankfurter Rundschau* dem Autor attestierte.

Jede Analyse sowie Kritik der Situation und jedwedes Entwickeln von Utopien muß jedoch eines Tages an der Umsetzbarkeit dieser Gedanken meßbar sein. Vom »müssen« und »sollen« weitergehend, kommt es nunmehr darauf an, Umsetzungsschritte zu entwickeln und die Kräfte und Prozesse zu benennen, die die Veränderung unserer Gesellschaft herbeiführen hilft. Auch wenn sich die unterschiedlichsten Kräfte und Personen diverser politischer Couleure in der westlichen Welt einig sind, daß Veränderungen nötig sind und wir unsere Gesellschaft verändern müssen, so sind wir doch in großen Teilen noch weit von einer neuen sozialistischen Gesellschaft entfernt und müssen sehen, wie wir im Bereich des Möglichen Veränderungen dahingehend herbeiführen, ohne nur plakativ nach der Abschaffung der Warengesellschaft zu rufen. Hier kommen den Einzelnen, den Parteien, Gewerkschaften und der Regierung unterschiedliche Aufgaben zu, die wiederum alle ineinandergreifen müssen.

Erstens: Der erste Schritt auf dem Weg zu einer neuen Gesellschaft ist die Willensbildung der Menschen. Über die politische Diskussion im kleinsten Kreis, das vorbildhafte Verhalten der Individuen, der Erziehung von Hort bis Hochschule, bis hin zu den Medien

31 Ernst Lohoff: editorial, in: *Krisis* Nr. 18. März 1996, S. 5.

32 Robert Kurz: *Der Kollaps der Modernisierung*, Leipzig 1994, S. 310f.

und den Diskussions-Kreisen, Veröffentlichungen, bzw. Veranstaltungen von Parteien kann eine breite, allgemeine Akzeptanz für die Umgestaltung wachsen. Dies mündet in den nächsten Schritt, in dem die Legislative durch geeignete Strukturmaßnahmen die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen hat, damit sich das, was die einzelnen erkannt haben, auch umsetzen läßt.

Zweitens: Ein weiterer, kleiner (wenn auch wichtiger) Schritt auf dem langen Weg in eine neue Arbeitswelt, in der Arbeit ganz allgemein als selbstbestimmter, freiwilliger, kreativer Gestaltungsprozeß zwischen Mensch und Natur definiert wird, ist sodann zum Beispiel die Schaffung eines neuen Steuermodells, das weit über die »Reformansätze« der SPD mit ihrer geforderten Senkung der Lohnnebenkosten, der Entlastung des konsumintensiven Einkommens und der Unternehmenssteuerreform hinauszuweisen hat, da die von der SPD geforderten Veränderungen letztendlich nur systemstabilisierend wirken. Nicht mehr die menschliche Arbeit, sondern der Produktionsausstoß von Betrieben ist zu besteuern (gerade wenn sie mehr und mehr vollautomatisch produzieren!). Eine Umweltsteuer muß eingeführt werden, in der Betriebe dazu angehalten werden, nicht nur schadstoffarm zu produzieren, sondern ihren Abfall auch entsprechend zu entsorgen. Je höher die Gefahr für die Allgemeinheit aus den Abfallprodukten sein könnte, desto höher müssen nicht nur die Auflagen, sondern auch die Steuern für diese Unternehmen ausfallen. Als entscheidender Schritt muß eine hohe Kapitalertragsteuer für all die Unternehmen eingeführt werden, die nicht in Form von Kooperativen mehrheitlich den Beschäftigten gehören. Dies knüpft an Überlegungen an, die z. B. der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler David Miller in seinem Buch *Market, State, and Community* und der Ökonom John Roemer entwickelt haben. Nach Millers Modell »sind Kooperativen die dominante Unternehmensform« in dem von ihm propagierten Marktsozialismus. »Jede Kooperative entscheidet selbst über ihre Produkte, Produktionsmethoden, Preise, usw. und konkurriert auf dem Markt mit anderen Kooperativen. ... Die erwirtschafteten Nettogewinne fließen in eine Gemeinschaftskasse, aus der dann Einkommen gezahlt, Rücklagen gebildet werden usw.«³³ Dies geht weit über die zu Recht kritisierte Arbeitnehmerbeteiligung als sogenannter »Königsweg« zur Sicherung von Arbeitsverhältnissen hinaus.³⁴ Auch die Quotierung ist in neuer Form einzurichten. So sehr sie in ihrem Bezug auf die patriarchalische Gesellschaftsordnung für Feministinnen ein Paradoxon darstellt, so ist eine Form denkbar, in der zum einen auch Männer der Quotierung dergestalt unterliegen, daß kein Arbeitsplatz für sie ohne gleichzeitig bezahlte Zeit für Arbeit im Reproduktionsbereich, im Sozialen und Ökologischen garantiert wird³⁵ und zum anderen jede erziehende Frau und alleinerziehende Männer eine um mindestens 25 Prozent erhöhte Entlohnung (die Erhöhung müßte möglicherweise in der ersten Stufe vom Staat subventioniert werden) erhalten. Der Gesetzgeber hat auch – als ersten »kleinen« Schritt – für die notwendige legislative Basis für Übergänge zwischen Kurz- und Vollzeitbeschäftigung (z. B. Flexibilisierung der Arbeitszeit, Kurzarbeitergeld auch im öffentlichen Dienst, etc.), zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung (ABM, Strukturpolitische Lohnsubventionen,

33 Zitiert nach Thomas Bonschab: Marktsozialismus als neues Gesicht, in: Frankfurter Rundschau vom 18. März 1997.

34 Zur Kritik an diesem Modell vgl. zum Beispiel Thomas Enke: Arbeitnehmerbeteiligung – kein Königsweg für sichere Jobs, in: Disput, Nr. 7, 1997, S. 7f.

35 Zu dem komplizierten Thema der Quotierung vgl. z. B. Frigga Haug: Frauenpolitiken, Hamburg – Berlin 1996, S. 35-45.

36 Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus, Ein Kommentar, herausgegeben von: Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V., Berlin 1997, S. 171.

37 Vgl. Arne Heise: Arbeit für Alle – Vision oder Illusion?, Marburg 1996, S. 290ff.

etc.), zwischen Bildung und Beschäftigung (Umschulung, Fort- und Weiterbildung), zwischen privater Tätigkeit und Erwerbstätigkeit (Elternurlaub, Sabbatical) und zwischen Beschäftigung und Rente oder Pension (Teilzeitrente, Lohnsubventionen für Ältere) zu sorgen, wie zum Beispiel Dieter Klein im *Kommentar Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus*³⁶ hervorgehoben hat. All diese Maßnahmen wie auch radikalere Arbeitszeitverkürzungen werden zunehmend auch von führenden Wirtschaftswissenschaftlern dringend empfohlen, wie zum Beispiel von Arne Heise vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut in Düsseldorf.³⁷

Drittens: Um all diese Maßnahmen finanzieren zu können, bedarf es zusätzlich zum normalen Gesetzgebungsverfahren auch einer Verfassungsänderung, um die Aufteilung der Staatseinnahmen neu zu regeln und damit das Steueraufkommen anders zu verteilen. Dann kann der Bundeshaushalt der BRD neu strukturiert und alleine der Verteidigungshaushalt drastisch reduziert werden, um Mittel in die Kommunen zurückfließen zu lassen, die diese verstärkt für die Entlohnung sogenannter gemeinnütziger Aufgaben wie Alten- und Krankenpflege, Betreuung und Umweltpflege und -schutz auszugeben haben. So ist eine spezielle Pflege- und Bildungssteuer für größere Betriebe denkbar, die direkt für Pflege, Betreue und Bildung bzw. Ausbildung gedacht ist. Auch die Errichtung von Prestigebauwerken bestimmter Unternehmensgruppen wie Banken, Versicherungen und Autohersteller muß so hoch besteuert werden, daß die entsprechenden Rückflüsse den Kommunen zugute kommen. Bei der ebenfalls denkbaren Einführung eines Mindesteinkommens sind vor allem Menschen (ob Mann oder Frau), die Kinder aufziehen, durch besondere Zulagen wirtschaftlich zu kompensieren bzw. dem Arbeitslohneempfänger gleichzustellen. In Verbindung mit der Entwicklung von Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen, der zu erwartenden deutlichen Zunahme von Teleheimarbeitsplätzen und dem durch Outsourcing bedingten Anwachsen von abhängigen Selbständigen wird sich dann nicht nur das Wirtschafts-, sondern auch das Gesellschaftsgefüge verändern. Die community im Sinne einer engen, überschaubaren Nachbarschaft wird das Industrieballungszentrum und die Stadt als Mittelpunkt des Erwerbslebens ablösen. Hausarbeit und Erwerbstätigkeit werden untrennbar miteinander verbunden sein.

Viertens: Hier sind als weiterer Schritt dann die Gewerkschaften und Arbeitgeber gefragt, als Partner nicht nur die in vielen Bereichen sich bereits entwickelnde Willensbildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer umzusetzen, sondern gemeinsam Wege zu finden, zum einen die bereits vorhandenen Regelungen auszuschöpfen und zum anderen durch neue Vereinbarungen den Gesetzgeber zum Handeln zu zwingen, wie z.B. VW mit seinen Arbeitszeitkonten-Regelungen die Regierung zum Erarbeiten von entsprechenden Gesetzentwürfen genötigt hat. In den Bereich der bereits heute tarifierbaren Regelungen gehören das Verankern von mehr Teilzeitarbeitsplätzen mit garantiertem Rückkehrrecht, die Arbeitszeitverkürzung mit integrierter Fort- und Weiterbildungsverpflichtung (Modell: z.B. 36-Stunden-Woche, davon gehen 2 Stunden fest für entsprechende Bildungsveranstaltungen weg, bleiben 34 Stunden als disponierbare Arbeitszeit bei einer vertraglichen Arbeitszeit von 32 Stunden, was

bedeutet, daß pro Woche automatisch zwei Stunden als Mehrarbeit dem Langzeitarbeitskonto für z. B. ein Sabbatical oder Verkürzung der Lebensarbeitszeit gutgeschrieben werden), Altersteilzeit-, Zeitkonten- und Teleheimarbeit. Allerdings setzt dies nicht nur bei den Arbeitgebern, sondern auch bei vielen Gewerkschaften Umdenkprozesse voraus, z. B. was das Verhältnis zu neuen Technologien anbelangt. Historisch begründbar und verständlich haben sich Gewerkschaften ganz allgemein gegen neue Technologien gewandt, wenn diese sich als Job-Killer erwiesen haben. In der IG Druck und Papier (später IG Medien) waren die Setzer die ersten, die diesen Prozeß mitgemacht haben. Das Beispiel der Setzer zeigt aber gerade auch, daß man mit der klassischen Abwehrhaltung die neuen Technologien weder verhindern, noch alte Berufsbilder retten kann und man gleichzeitig das Vertrauen der jungen Kolleginnen und Kollegen verliert, die mit diesen Technologien gut zu leben und umzugehen wissen, ein positives Verhältnis dazu haben und Gewerkschaften daher nicht als Partner sehen, sondern für einen aussterbenden Dinosaurier halten. Von daher haben die Gewerkschaften die Informations- und Kommunikationstechnologien als Chance demokratischen Lernens und eines allgemeinen Informationszugangs zu begreifen. Sie müssen sich im Bereich audiovisuelle Medien mit den heutigen und vor allem den Zukunftsmöglichkeiten der neuen Techniken auseinandersetzen, dürfen sie nicht a priori ablehnen, sondern kritisch betrachten und Szenarien entwickeln, wie sie in Zukunft damit umzugehen denken und wo sie Entwicklungen begrüßen, wo ablehnen, neue Arbeitsorganisationen und Berufsbilder mitgestalten (wie teilweise bereits geschehen) und Schutz vor radikaler Selbstausbeutung bzw. absoluter Abhängigkeit fordern bzw. anbieten können. Der Sachverstand hierzu ist in vielen Betrieben bereits vorhanden, was auch die Betriebs- und Personalräte in die Pflicht nimmt.

Fünftens: Darüber hinaus ist es mehr denn je – nicht nur auf Grund der Internationalisierung des Kapitals, sondern speziell auch wegen des engeren Zusammenwachsens von Europa – dringend notwendig, daß sich systemkritische Parteien und die Gewerkschaften über den bis dato klassischen Austausch von Grußadressen hinaus in internationaler Zusammenarbeit verbinden, um gemeinsam Strategien zu entwickeln, die man dem bereits sehr gut international zusammenarbeitenden Kapital entgegensetzen kann.

Da kaum von einer »Einsicht« der Kapitalisten in die Abschaffung der Warengesellschaft ausgegangen werden kann und schlagartige revolutionäre Veränderungen nicht zu erwarten sein dürften, sind die erwähnten »kleinen« Schritte die ersten notwendigen Maßnahmen, um eine grundlegende Veränderung unserer kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu erreichen und die Menschen mit den Möglichkeiten der Veränderung und einer sozialistischen Gesellschaft vertraut zu machen. Die angestellten Überlegungen sollen daher nur als kurzer Abriss Handlungsnotwendigkeiten und Chancen in einer sich verändernden Arbeitswelt skizzieren, wobei der Überschaubarkeit wegen bewußt auf eine detaillierte Darstellung des Komplexes der Internationalisierung von Arbeit und der globalen Arbeitswelt mit den verschiedenen Entwicklungsphasen in den Schwellen- und Dritte-Welt-Ländern verzichtet wurde. Nur am Rande sei noch erwähnt,

38 Die Unternehmensberatungsfirma Arthur D. Little kam in diesem Zusammenhang zu dem Schluß, daß in Europa im Laufe der nächsten zehn Jahre 4 Millionen neuer Multimedia-Arbeitsplätze entstehen werden. FAZ vom 28. April 1994 und vom 19. Januar 1995.

daß die Hoffnung vieler, die neuen Technologien auf der Basis der Digitalisierung schüfen neue Arbeitsplätze, zur Zeit wenig begründbar erscheint.³⁸ Durch die Digitalisierung und die Verbreitung von Daten-Netzen kommt es gerade in den Bereichen wie Reisen/Transport, Finanzdienstleistungen, Verarbeitung und Softwareentwicklung zu einem globalen Outsourcing. So verdienen Software-Programmierer und Ingenieure in Indien zum Beispiel zwischen einem Fünftel und einem Achtel des Monatsgehalts ihrer Kollegen in den USA, Westeuropa und Japan, wobei Programmierer in Rußland und China noch weniger erhalten und von daher stark auf den internationalen Markt drängen. Der Arbeitslosigkeit jedenfalls läßt sich heute aufgrund des Abbaus der klassischen Industriearbeitsplätze und des Übergangs der Unternehmen vom traditionellen Großbetrieb über die Aufspaltung in kleinere Kernbetriebe hin zum »virtuellen Unternehmen« jedoch nur begegnen, indem man entweder radikal zum Manchester-Liberalismus zurückkehrt wie zur Zeit in Ländern wie den USA, England oder den Niederlanden oder mit einem neuen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem.

HERMANN KLENNER

Demokratie, Rechtsstaat und Gesellschaft

Wenn ich die in den letzten dreißig Jahren zu diesem Themen komplex verfaßte Literatur vorlesen würde – in Gestalt der Titel aneinandergereiht –, wäre ich mit meinem Vortrag jetzt zum Ende gekommen. Mit anderen Worten: Ich muß mich in der Kunst des Weglassens üben. Ich hoffe, daß ich die Kunst so beherrsche, daß diejenigen, die gegen akademische Vorträge Vorurteile haben, am Ende in genügender Lautstärke protestieren, denn ich bin ein Akademiker und spreche akademisch. Ich bin auch der Meinung, daß die PDS vermutlich die intelligenzintensivste Partei in der deutschen Landschaft ist und demzufolge das gute Recht hat, daß sie sich auch – und sei es nur, um die Narrenfreiheitszonen zu dokumentieren – akademische Redner leisten kann.

Im handschriftlichen Nachlaß von Karl Marx gibt es eine Bemerkung, die lautet: »Das Recht des Stärkeren lebt auch in ihrem Rechtsstaat in anderer Form fort.« Das Wort Rechtsstaat ist von Marx in Anführungsstriche gesetzt worden. Ich warne diejenigen, die diesen Satz von Marx zitieren, anzunehmen, daß Marx der Auffassung war, daß »Rechtsstaat« nur eine Verschönerungsvokabel von »Machtstaat« ist. Er meinte zweifellos – das drückte sich schon in den Anführungsstrichen aus – die Rechtsstaatstheorien, die unter diesem Namen auch in Deutschland im vorigen Jahrhundert gang und gäbe waren. Das waren Theorien von Leuten, badischen Liberalen, die sich selbst als »dritten Weg« verstanden. Rechtsstaat als dritter Weg anders als Volkssouveränität, anders als Monarchensouveränität, Rechtsstaat der dritte Weg zwischen Demokratie – dem einen Extrem – und der Autokratie – dem anderen Extrem. Das war eine Position, die Marx nicht teilte. Marx war kein Spezialist für dritte Wege. Sehr ausgewogen waren seine Urteile über die badischen Liberalen auch nicht, obwohl die beiden hauptsächlichen Autoren nach heutiger Terminologie »abgewickelte« Professoren waren. Als sie das veröffentlichten, schrieb Marx vom »Professorengewäch« ...

Marx ist auf den Rechtsstaat eigentlich nicht wieder in der Form der liberalen Rechtsstaatstheorie zurückgekommen. Das war nicht seine Position. Auch nicht die Alternative, über die er zu sprechen bereit war. Im Jahre 1881 ist in Innsbruck von Ludwig Gumplowicz ein Buch unter dem Titel »Rechtsstaat und Sozialismus« veröffentlicht worden. Marx hat dieses Buch besessen. Wir kennen alle Randbemerkungen von Marx, die er zu diesem Buch gemacht hat. Gumplowicz hat sich keineswegs auf die Rechtsstaatstheorie des deutschen 19. Jahrhunderts allein beschränkt, sondern die Rechtsstaatsproble-

Hermann Klenner – Jg. 1926, Prof. Dr. jur. habil.; Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR; jetzt: Leibniz-Sozietät; Monographien: Marxismus und Menschenrechte (1982); Vom Recht der Natur zur Natur des Rechts (1984); Deutsche Rechtsphilosophie im 19. Jahrhundert (1991); Editionen von: Hobbes, Locke, Spinoza, Kant, Hegel, Ihering, Paschukanis, Radbruch. Erstveröffentlichung in: UTOPIE kreativ, Heft 91/92, S. 90-95.

Der vollständige Titel des Vortrages lautet: Demokratie, Rechtsstaat und Gesellschaft. Kontinuität und Diskontinuität in der historischen Entwicklung der marxistisch orientierten politischen und Rechtstheorie. Der Text folgt der Tonbandmitschrift – Die Redaktion.

matik vom Begriff des Rechtsstaats her aufgegriffen. Er griff die Rechtsstaatstheorien der europäischen Aufklärung – von Grozjus über Hopes, Spinoza bis hin zu Kant und noch weiter – auf und hat sie analysiert. Das hat Marx mitnichten interessiert. Marx hat vor allem interessiert, was der Mann zum Sozialismus schrieb. Dann interessierte ihn noch, was Gumplovic zu seinen eigenen Theorien sagte. Das, was Gumplovic über Marx geschrieben hat, hat Marx mit entsprechend bissigen Randbemerkungen versehen.

Aus dem bisher Gesagten die Schlußfolgerung zu ziehen, daß Marx sich für die Rechtsstaatsbegrifflichkeit nicht interessiert habe, geht daneben. Von Marx gibt es eine Demokratietheorie und eine Menschenrechtstheorie. Diese haben sich in der Substanz nicht geändert, von dem Moment an, von dem man Marx mit Fug und Recht als Marxisten bezeichnen kann. Er hatte ja Schwierigkeiten, Engels später noch mehr, das überhaupt für sich gelten zu lassen. Er hat unter Demokratie Selbstbestimmung des Volkes verstanden. Vom Beginn seiner produktiven Periode an, nachdem er sich insbesondere von Hegel abgenabelt hatte, verstand er unter Menschenrechten die Weiterentwicklung der Menschenrechtserklärung der Französischen Revolution, für ihn partielle Emanzipation, in Richtung zur universalen Emanzipation, eben zum Selbstbestimmungsrecht des Menschen. Für Marx stimmten überein das Selbstbestimmungsrecht des Volkes und das Selbstbestimmungsrecht der Individuen. Allerdings: Er war sich im klaren darüber, nach Studium der Schriften von Hegel, nach Studium der Schriften der großen Politökonomen, insbesondere der englischen, nach dem Studium der Schriften der Sozialisten, daß ein Selbstbestimmungsrecht des Volkes und ein Selbstbestimmungsrecht des Menschen in einem umfassenden universalen Umfang unter kapitalistischen Verhältnissen nicht möglich ist. Insofern war für ihn eine Demokratietheorie, eine Menschenrechtstheorie, immer in dem Maße interessant, in dem er feststellen konnte, daß sie dazu beitrug, diejenigen gesellschaftlichen Verhältnisse fundamental zu ändern, die verhindern, daß das Selbstbestimmungsrecht des Volkes ausgeübt wird, daß das Selbstbestimmungsrecht der Individuen ausgeübt werden kann.

Es gibt von Marx – das ist ein weiterer Punkt – eine ganz klare Erkenntnis des Normativcharakters des Rechts. Marx hatte eine Normativkonzeption des Rechts und keine Tatsächlichkeitskonzeption des Rechts. Anders als Lassalle, der ja Verfassung als tatsächliche Machtverhältnisse definiert, hat Marx Verfassung definiert als Gesetz für die Gesetzgebende Gewalt. Er hat das Gesetz definiert als Einschränkung der Regierungsmacht, und er hat das Recht definiert als Maßstab, nicht als Willkür der herrschenden Klasse, wohl als Wille der herrschenden Klasse, widerspiegelnd die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Aber insofern das Recht Recht ist, hat es Maßstabsfunktion. Das sind Grundpositionen, die Marx von Anfang bis Ende durchgehalten hat. Es ist kein Fortschritt in der intellektuellen Aneignung der Erfordernisse der bürgerlichen Gesellschaft, die nicht die Interessen des Volkes zu repräsentieren in der Lage sein kann, die es anzueignen gilt, um diese Erkenntnis dann auch fortzusetzen. Marx hat – obwohl er wie auch später Lenin Jurist war, das Schwergewicht nicht in der Kritik der Theologie, der Kritik der

Religion, nicht in der Kritik des Rechts gesehen, sondern in der Kritik der politischen Ökonomie ...

Es gibt eine Reihe Äußerungen von Marx, die nach den Erfahrungen der Geschichte nicht aufrechtzuerhalten sind. Beispielsweise seine Charakterisierung der Gewaltentrennung. Er sagte korrekterweise Gewaltentrennung und nie Gewaltenteilung, was eine miserable und falsche, eine illusionserzeugende Übersetzung ist (Marx hatte Montesquieu im Original gelesen), hat allerdings davon nicht viel gehalten. Er hat sie erkannt als die Übertragung des Prinzips der Arbeitsteilung. Aber daß das Individualsichernde zusätzlich Staatsgewalt in der Machtausübung limitierende Potenzen in sich tragen kann, das wird sich bei Marx nicht finden. Das nicht nur, um nicht die Illusion zu erwecken, daß man sich heute sinnvollerweise mit Marx dadurch beschäftigen kann, daß man seine Sätze gebetsmühlenartig wiederholt. Es gilt, die Substanz zu erfassen und sich zum Wesen zu bekennen. Das gilt für jede Linke in der Welt von heute, in der wir wissen, daß der Sozialismus nicht so war, wie die Sozialisten dachten, daß er war – oder gedacht haben sollten, daß er war –, aber der Kapitalismus so ist, wie gesagt worden ist, daß er ist; weil eine Linke, die das Wesen des Kapitalismus nicht zu erkennen vermag und sich zurückzieht auf eine ledigliche Wundpflasterverteilung, aufhört, das zu sein, was eine Linke zu sein hat, die im Kapitalismus wieder angekommen ist.

Zur Oktoberrevolution

Eine Oktoberrevolution, deren Aufgaben waren: den Frieden herzustellen, den Landhunger der Bauern zu stillen, die Arroganz der Banken zu beseitigen und die Nationalitätenfrage zu lösen – diese Revolution wäre nicht durchzuführen gewesen ohne Bruch des existenten Rechts. Keine Revolution in der Welt, die englische nicht im 17., die französische nicht im 18. Jahrhundert, ist ohne Bruch des Rechts vonstatten gegangen. Diese Revolutionen sind auch nicht mit dem Strafgesetzbuch unter dem Arm von den jeweiligen Revolutionären durchgeführt worden. Aber, als der Bürgerkrieg vorbei war, Ende 1920, muß der Betrachter von heute feststellen, daß Lenin nach wie vor der Meinung war, Diktatur des Proletariats ist eine durch keine Gesetze beschränkte Macht. Ein weiteres Aber: In der Revolution und nach der Revolution ist der Normativcharakter des Rechts sträflich vernachlässigt worden in seiner Bedeutung für die Herstellung demokratischer menschenrechtswürdiger Verhältnisse. Die Auflösung des Rechtsbegriffs, indem man vorübergehend das Recht definierte als Instruktion, das die Massen zum Handeln aufruft, d. h. also das Recht auf das Niveau eines Propagandainstruments denaturiert. Wenn man das weiter betreibt, heißt das, daß man die emanzipatorischen, die demokratiesichernden, die menschenrechtssichernden Funktionen des Rechts nicht erkannt hatte, nicht durchschaute und nicht anwendete. In den Rechtstheorien, die nach dem Bürgerkrieg entwickelt wurden in Rußland – mit den Äußerungen von Lenin, den Äußerungen gleicherweise von Bucharin, den Äußerungen von Paschukanis, von Stutschka, den Äußerungen von Goichbarg – gehen zwei Richtungen auseinander, und beide verfehlen das Wesen der Sache. Einmal, indem das Recht als identisch gesehen wurde mit

tatsächlichen Verhältnissen, das Recht direkt definiert als Verhältnis. Das heißt, die Normativfunktion des Rechts ist damit auf ein Nullum reduziert. Die andere Seite ist die Reduktion des Rechts auf technische Regeln. Bei Bucharin heißt das: Das Recht ist eine technische Regel, deren Anwendung so wichtig ist wie das Reglement für einen Handwerker, damit er weiß, er muß das so oder so machen. Ein gleiches läßt sich auch bei Lukács nachlesen, wo die Frage Legalität/Illegalität eine reine Frage der Taktik ist. Das hat verheerende intellektuelle Konsequenzen. Diese Konsequenzen gilt es zu sehen. Kein Sozialist, der sich mit Stolz von den Wendehälsen des Jahres 1989 abzugrenzen weiß, ist davor gefeit, Erkenntnisgewinn aus dem zu ziehen, was er persönlich erlebt hat, er ist sogar dazu verpflichtet.

Das ist eine ganz ernste Frage, weil sie auch vor der Entwicklung in Ostdeutschland gestanden hat, und zwar auf eine Weise, die intellektuell nicht bewältigt worden ist. Bis zum Jahr 1948 war der Rechtsstaat bei uns – im wesentlichen deshalb, weil unter den Blockparteien eine liberal-demokratische Partei war und Eugen Schiffer, ein gestandener Liberaldemokrat, in dieser Partei was zu sagen hatte (er war Chef der Justizverwaltung) – eine legitime Begrifflichkeit. Diese Begrifflichkeit war dann auch noch mal en vogue zwischen 1963 und 1968 und noch einmal im Jahre 1988, da war es aber zu spät. Wenn man sich aber überlegt, was tatsächlich mit dem, was da in diesen kurzen Perioden unter Rechtsstaat verstanden worden ist und verstanden werden sollte, gemacht worden ist, dann war es im Grunde genommen das, was ganz am Anfang dieser Ausführungen steht. Da war der Rechtsstaat eine Verschönerungsvokabel, nicht geeignet, irgendwelche Verhältnisse zu ändern, sondern Verhältnisse zu apologisieren, zu rechtfertigen. Das war die klare Konzeption, die auch ausgesprochen worden ist und von der wir einzugestehen haben, daß sie das herrschende Rechtsverständnis in der DDR von Anfang bis Ende war. Und sie war insbesondere herrschend in den sensiblen Bereichen der Berührung der Beziehung des Bürgers zum Staat, im Bereich also des Staats- und des Strafrechts, wo eben galt, daß das Recht Instrument der Macht ist und nicht Maß von Macht. Das heißt in bezug auf die Maßstabskonzeption des Rechts bei Marx und zu dem, was in der Oktoberrevolution passierte – das ist jetzt die Theorieebene, es geht jetzt nicht um die Brutalitäten und Realitäten des Lebens, sondern um die Idealitäten –: Wenn man sagt, Recht ist nur Instrument und nicht auch Maß von Macht, dann hat der Bürger gegenüber der Staatsgewalt keine von einem unabhängigen Gericht zu überprüfenden durchsetzbaren Rechte. In der Tat waren die subjektiven Rechte zu einer bürgerlichen Vokabel erklärt worden.

Die Betonung liegt dabei auf diesem Gebiet. Auf anderen Gebieten ging es ganz anders zu. Wir haben in der jetzigen Bundesrepublik, dieser Seitenhieb sei gestattet, bestimmte Partien, in denen es entschieden wesentlich weniger subjektive Rechte gibt, als es in der DDR je gegeben hat. Wir haben eine Meinungsfreiheit, von der jeder, der die Verhältnisse in Ostdeutschland betrachtet, sagen muß, daß sie zu einem nicht unerheblichen Teil in der DDR größer waren als heute. Heute ist der ökonomische Zwang viel durchschlagender – existentiell durchschlagender – als in der DDR. Dort bekam letzt-

lich jeder irgendeine Nische, von gewissen Ausnahmen abgesehen. Ein Recht im Sinne des Wortes kann es ohne subjektive Rechte nicht geben, denn wenn Recht die Maßstabsfunktion, das Verhaltensregelnde nicht hat, dann hat es in der Tat in der Substanz ein zerstörtes Wesen.

Es kam noch ein weiteres hinzu. Es wurde ja auch zum Bestandteil des herrschenden Rechtsverständnisses, daß es auf juristischem Terrain nichts zu erben gab, wie die offiziellen Formulierungen lauteten. Im Grunde gab es vor der Machtergreifung des Proletariats keinen Erkenntnisfortschritt auf juristischem Gebiet, den es zu überliefern, auszunutzen und zu verwerten gilt. Juristen haben immer die Historiker beneidet, die sich auf ein Erbe berufen konnten, sogar Luther und sogar Friedrich den II. in Berlin hinstellen durften. Die Theologen durften auch Luther und nicht nur Müntzer feiern.

Wir haben in der DDR eine institutionalisierte führende Rolle der Partei gehabt – das heißt eine Dominanz des demokratischen Zentralismus durch Artikel 47 der Verfassung gegenüber der Volkssouveränität – und die Institutionalisierung dann in den Eingangsparagraphen in der Verfassung selber. Das ist in der Tat eine Demokratiekonzeption, deren Gipfel – viele werden sich auch noch an die Wortlaute erinnern – immer so charakterisiert wurde: Einbeziehung des Volkes in die Entscheidung. Einbeziehung des Volkes heißt aber, daß letztlich woanders entschieden wird, zu bestimmten Fragen, zu bestimmten Bereichen. Diese Einsicht ist notwendig deshalb, weil wir nicht mit dem gegenwärtigen Jahrhundert das Ende der menschlichen Entwicklung nach vorn eingestehen oder auch nur zulassen wollen.

Es gibt in den letzten sechzig, siebzig und auch achtzig Jahren hervorragende Theoretiker, deren Werke auch juristisch auszuwerten, juristische Konsequenzen daraus zu ziehen, dringend erforderlich ist. Ich nenne nicht nur Karl Korsch, Herman Heller, Gustav Radbruch – die beiden Letztgenannten waren Sozialdemokraten –, nicht nur Arthur Baumgarten, der als Liberaler 1933 Deutschland verließ, um als Mitbegründer der Schweizer Partei der Arbeit nach Deutschland, nach Ostdeutschland zurückzukehren, die Frankfurter Universität (Frankfurt am Main) hat ihm keinen Lehrstuhl mehr angeboten, obwohl er dort weggegangen war. Wir haben auf diesem Gebiet ein großes Lernbedürfnis und sind hoffentlich noch nicht zu alt, um auch die Lernfähigkeit nachweisen zu können.

Der wichtigste Punkt ist der Rechtsstaat heute. Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, also in unser aller provisorischen Verfassung – ich beharre auf provisorisch, Artikel 146 gilt ja immer noch –, wird der Rechtsstaat verbal abgehandelt, in Artikel 28, in dem die Länder rechtsstaatlich verpflichtet sind, Artikel 23 – auch die Union hat gefälligst rechtsstaatlich zu sein, und Artikel 20, da steht dann wirklich drin, was Rechtsstaat ist: eben die Bindung des Gesetzgebers an die verfassungsmäßige Ordnung, die Bindung von Exekutive und Judikative an die Gesetze und schließlich die Weisungsungebundenheit des Richters. Als die PDS/Linke Liste vor vier oder fünf Jahren noch in der Euphoriezeit, daß man nach der Wende an Deutschland als Deutschland noch etwas ändern können, einen eigenen Verfassungsentwurf vorgelegt hat, da waren genau diese

Punkte auch enthalten. Das heißt, auch das Bekenntnis zu den rechtsstaatlichen Grundmomenten. Das heißt: zugleich die Absage an eine Substitution von Grundrechten durch Grundwerte, wo man etwa das christliche Abendland als verbindlichen Grundwert festlegen will, und damit der Gesetzlichkeit letztlich zuwiderläuft. Und die klare Erkenntnis, daß Rechtsstaat – so wie Marx es in diesem handschriftlichen Nachlaß auch sagte – besondere Form des Machtstaates ist, aber eine Form von außerordentlicher Wichtigkeit. Denn diese Form beschreibt nicht den Inhalt des Hauses, in dem wir leben, den Inhalt des Landes, in dem wir leben, sondern beschreibt die Möglichkeiten der Anteilnahme, die legalen Möglichkeiten der Einflußnahme von uns auf die gesellschaftliche Entwicklung. Nicht sehr viel mehr, aber auch nicht viel weniger ist das, was Rechtsstaatlichkeit von Demokratie überhaupt sein kann.

Ich lege sehr großen Wert darauf und verweise auf das, was andere aus der 68er Generation, die nicht wie Schily beim Lauschangriff landeten oder wie Schröder als Volkswagenkonzerngeneral, sondern die wissen, wofür sie angetreten sind und sich nicht – obwohl zum Teil hochbezahlte Professoren – zu schade sind, sich zu den Idealen ihrer Jugend zu bekennen, zum Thema äußerten. Das ist in der Tat die Generation, die von Wolfgang Abendroth und Ernst Bloch beeinflusst und erzogen ist. Das ist die Generation, die dazu beigetragen hat, daß das Ansehen der Bundesrepublik unter demokratischen Juristen nicht nur bestimmt wird von jenen, deren Glaubensbekenntnis mit dem Satz beginnt, weniger Demokratie zu wagen.

Das Grundgesetz ist keine Widerspiegelung von dem, was ist. Es ist keine Aussage von dem, was ist, es ist eine Norm, es ist Recht, es ist Verhaltensregel, es soll so sein. Auf die Frage, ob wir ein Rechtsstaat sind, ob wir eine Demokratie sind – wir haben ungeheure Demokratiedefizite, die schlagen beim Rechtsstaat sofort durch – kann ich nur sagen, wir sollen es sein. Das ist eine große Differenz.

Ostdeutschland ist gegenwärtig eine juristische Sonderzone. Hier gilt nicht die Dominanz des Eigentums, hier gilt nicht das Rückwirkungsverbot, es gilt nicht die Gesetzlichkeit. Insofern haben wir nicht das, was man unter Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen versteht. Ich finde, das ist etwas, was es zu erstreben gilt.

Ob die Konzeption des Rechtsstaats ernsthaft hätte etwas dazu beitragen können, wenn sie rechtzeitig vertreten worden wäre, an bestimmten Fehlentwicklungen zu rütteln ...? Die Gulag-Verbrechen werden nicht gerechtfertigt werden durch den Sieg der Sowjetunion über Hitler. Sie werden auch nicht nachträglich gerechtfertigt durch Hiroshima oder Vietnam. Aber was ich auch sagen möchte: Die Implosion des Sozialismus rechtfertigt mit Sicherheit eines nicht: den Kapitalismus, wie er in der Welt von heute ist.

UWE-JENS HEUER

Die Sozialisten und das Grundgesetz

Das Grundgesetz als verbindliche Rahmenregelung der gesamtgesellschaftlichen, vor allem der politischen Auseinandersetzungen
Michael Schumann hat sich in seinem Referat für die Akzeptanz der Rolle von Ideologie, für die Notwendigkeit ideologischer Auseinandersetzungen ausgesprochen. Die Behandlung meines Themas ist ohne solche Auseinandersetzungen mit unseren Gegnern, aber auch in den eigenen Reihen kaum möglich.

Die Einstellung zur Verfassung – und das Grundgesetz ist ja die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland – ist eng mit der Einstellung zum Recht überhaupt verbunden. In der DDR war die verbreitete Geringschätzung institutioneller Formen von Demokratie mit einer Geringschätzung des Rechts, sogar mit Rechtsnihilismus verknüpft. Hierauf sind sowohl Hermann Klenner wie auch Volkmar Schöneburg eingegangen. Heute treffen wir in starkem Umfang auf eine Mystifizierung des Rechts. Es kommt nach meiner Auffassung darauf an, zwei Gefahren zu vermeiden:

Entweder das Recht als bloßes Instrument der Politik anzusehen, statt seine Rolle auch als Maß von Politik zu akzeptieren, wie es bis zum Schluß von der marxistisch-leninistischen Orthodoxie geschah;

oder aber die dem Recht und seinen Regeln zugrunde liegenden gesellschaftlichen vor allem ökonomischen Widersprüche und Konflikte zu übersehen. »Die Menschen vergessen die Abstammung ihres Rechts aus den ökonomischen Lebensbedingungen, wie sie ihre eigene Abstammung aus dem Tierreich vergessen haben«.¹

Gestaltung und Durchsetzung des Rechts ergibt sich aus Interessenkämpfen, sie sind der Inhalt, für den allerdings die Rechtsform unabdingbar notwendig ist. Um ein Beispiel aus einer anderen gesellschaftlichen Sphäre zu wählen: Die Fußballspieler brauchen Regeln, weil sonst ein Spiel nicht stattfinden kann. Aber sie kämpfen nicht um der Regeln willen, für ihre Verwirklichung, sondern um zu siegen. Wenn die Regeln ihnen nachteilig sind, dann müssen sie auch um die Änderung der Regeln kämpfen.

Das, was hier für das Recht gesagt wurde, auch für seine Unterschätzung durch die Linke, gilt natürlich in besonderem Maße für die Verfassung, die ja gleichsam die Krone der Rechtsordnung bildet:

Auch für die DDR war es richtig, daß die Verfassung wie jedes Recht nicht außerhalb von Interessen und damit von Politik entsteht und wirkt. Das Problem der DDR-Verfassung bestand allerdings darin, daß die Normativität der Verfassung von der Dynamik der Politik und sogenannter jähher Wendungen aufgehoben wurde. In dieser

Uwe-Jens Heuer – Jg. 1927, Prof. Dr. jur. habil., Jurist, Mitglied des Deutschen Bundestages/PDS.

Studium der Rechtswissenschaft, Fernstudium der Ökonomie; Lehrtätigkeit an der Humboldt-Universität zu Berlin 1951-58, 1961-67, am Zentralinstitut für sozialistische Wirtschaftsführung 1967-82; Forschung an der Akademie der Wissenschaften der DDR 1982-90.

1959-60 zur »Erziehung in der Praxis« am Staatlichen Vertragsgericht. Seit 1990 Mitglied der Volkskammer und dann des Deutschen Bundestages – jeweils im Rechtsausschuß.

Wissenschaftliche Hauptgebiete: Wirtschaftsrecht, Staatsrecht, Politische Wissenschaft.

Veröffentlichungen u.a.: Allgemeines Landrecht und Klassenkampf (1960); Demokratie und Recht im neuen ökonomischen System (1965); Marxismus und Demokratie (1989); Der Rechtsstaat – eine Legende? (zusammen mit Gerhard Riege, 1992); Rechtsordnung der DDR. Anspruch und Wirklichkeit, 1995. Erstveröffentlichung in: UTOPIE kreativ, Heft 91/92, S. 109-120.

Richtung wirkten auch die Ausgestaltung der Verfassung als mehr politisches Dokument und der durch das Fehlen eines Verfassungsgerichts erleichterte leichtfertige Umgang mit der Verfassung. Charakteristisch für die Haltung der DDR-Rechtswissenschaft zur Verfassung war die Tatsache, daß ein beachtlicher Teil der Staatsrechtslehrer der DDR die Verfassung ausdrücklich als nur politisches, nicht aber als in erster Linie juristisches Dokument anzusehen bereit war. Auf der letzten rechtswissenschaftlichen Konferenz, die im September 1989 in Babelsberg stattfand, erklärte Karl-Heinz Schöneburg offen, daß in der DDR der Verstoß gegen die Verfassung ein Kavaliersdelikt geworden sei. Offensichtlich schloß die führende Rolle der Partei ein tatsächlich wirksames Verfassungsrecht – hier ging es schließlich um die rechtliche Regulierung gesellschaftlicher Grundkonflikte – aus.

Das ist beim Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland selbstverständlich ganz anders. Über seinen Charakter als juristisches Dokument kann es gar keinen Zweifel geben. Allein der Vergleich des kläglichen Kommentars zur DDR-Verfassung aus dem Jahre 1969 mit den 95 Bänden von Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts sowie zahlreichen umfassenden Grundgesetzkommentaren und Lehr- und Handbüchern macht das mehr als deutlich.

Wie aber ist die Rolle des Grundgesetzes, wie ist seine Wirkung zu beurteilen, wie ist sein Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Widersprüchen und Konflikten zu bestimmen, wo liegt hier die relative Selbständigkeit des Rechts begründet?

Mir scheint es bei der Beantwortung dieser Frage der beste Weg, an die Arbeiten derjenigen linken Rechtswissenschaftler anzuknüpfen, die in der alten Bundesrepublik jahrzehntelang meist innerhalb der Arbeiterbewegung den Kampf gegen Verfassungsmystizismus einerseits und Verfassungsnihilismus andererseits mit einer meines Erachtens nach wie vor überzeugenden Argumentation und großer Hartnäckigkeit führten. Ich möchte hier nur die Namen von Wolfgang Abendroth, Norman Paech, Joachim Perels, Helmut Ridder, Peter Römer und Jürgen Seifert hervorheben.

Wolfgang Abendroth schrieb 1955, die Verfassung stünde in einem unvermeidlichen Streit, »solange widersprüchliche große soziale Interessen in der Gesellschaft miteinander ringen.«²

Jürgen Seifert knüpfte 1966 hier an. Er zitierte den amerikanischen Soziologen Earl Latham: »Gesetzgebung entsteht im Widerstand der Kräftegruppen, besiegelt die Siege erfolgreicher Koalitionen und legt die Bedingungen der Niederlage, der Kompromisse und der Eroberungen in Paragraphen nieder. Allen Gesetzesvorschriften wohnt die Tendenz inne, die Form eines Kompromisses anzunehmen, denn der Konflikt widerstreitender Gruppeninteressen wird nur geschlichtet auf dem Weg des Verhandeln und des Nachgebens«. Er baut dann diese Überlegung zum Kompromiß weiter aus und charakterisiert, sich auf Marx beziehend, die Verfassung als Waffenstillstandsurkunde, mittels derer offene Feindseligkeiten durch einen Zustand beendet werden, »in dem die kämpfenden Parteien die Auseinandersetzung mit anderen Mitteln im Rahmen bestimmter Regeln führen«.³

Diese Sichtweise steht jeder Mystifizierung der Verfassung entgegen. Bei Waffenstillstandsbedingungen erwartet niemand, daß sie

sich von selbst realisieren. Es ist vorausgesetzt, »daß die Gegenspieler ihre Interessen selbst wahrnehmen, die markierte Grenzlinie selbst überwachen, jede Verletzung selbst registrieren und zur Sprache bringen«. Daraus ergibt sich auch, daß es nicht um ein »Bekenntnis« zum Grundgesetz geht⁴, sondern um den Kampf innerhalb der hier gesetzten Regeln.

Zu ihnen gehören sowohl ausdrückliche Organisations- und Verfahrensregeln wie auch die Grundrechte und die festgelegten Pflichten.

Ein kurzer Blick auf die Geschichte bestätigt diese Sicht – sei es auf die Verfassung von 1871, die das Resultat der Reichseinigung von oben festhielt, auf die Verfassung von 1919, die im Ergebnis des verlorenen Krieges und der unvollendeten Novemberrevolution entstanden war, oder auch auf die beiden deutschen Verfassungen von 1949. Sie erklärt auch, warum es trotz des Artikels 146 des Grundgesetzes nach 1989/90 keine neue Verfassung gegeben hat, die Verfassungsentwürfe allesamt vom Tisch gefegt wurden. Es hat eben keine wirkliche Revolution im Osten gegeben und keine Veränderungen des Kräfteverhältnisses in Gesamtdeutschland, deren Ergebnisse zu fixieren gewesen wären.

Was das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland angeht, ist hier der Grundsatzkompromiß ganz deutlich. Wolfgang Abendroth charakterisierte ihn als »Minimalübereinstimmung von Parteien (und in Parteien), die damals zum Teil die gegenwärtige, zum Teil aber eine planwirtschaftlich-sozialistische Lösung wollten, die »ohne beider Zustimmung unmöglich gewesen« wäre. Die BRD sei deshalb »verfassungsrechtlich nicht an die existente monopolkapitalistische Struktur ihrer Wirtschaftsgesellschaft und an deren herrschende ideologische Spiegelung in der Lehre von der »sozialen Marktwirtschaft« gebunden«. Die Formel vom sozialen und demokratischen Rechtsstaat (Art. 20 Abs. 1, Art. 28 GG) erlaube die Umgestaltung in eine sozialistische Wirtschaftsgesellschaft.⁵

In einem Hearing zum KPD-Verbot sah Axel Azolla im Grundgesetz weder eine Negierung noch eine verfassungsrechtliche Garantie der bestehenden bürgerlichen Verhältnisse. Der Art. 15 des Grundgesetzes sei nichts anderes als die »verfassungsrechtliche Legalisierung einer echten gesellschaftspolitischen Alternative gegenüber der bestehenden bürgerlichen Gesellschaft«.⁶

Die »wirtschaftspolitische Neutralität« des Grundgesetzes ist wohl allgemeiner Konsens der Verfassungsrechtler und kann sich auch auf das Mitbestimmungsurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 1. März 1977 berufen.⁷ Das ist natürlich für eine »Partei des demokratischen Sozialismus« von besonderem Gewicht. In unserem Zusammenhang ist es aber darüber hinaus von grundsätzlicher Bedeutung, daß das Grundgesetz von anerkannten unterschiedlichen Grundpositionen in der Gesellschaft ausgeht. Es kann sich also nicht um einen sich immer mehr erweiternden »Grundkonsens der Demokraten« handeln, der angebliche Verfassungsfeinde ausklammert, sondern um die gemeinsame Einsicht, daß es tiefe soziale Konflikte in der Gesellschaft gibt, die im Rahmen des Grundgesetzes ausgetragen werden müssen.

Joachim Perels spricht von zwei gegensätzlichen Konsensprinzipien: Ob nämlich »der Begriff des verfassungsrechtlichen Konsens

mit der Einhaltung demokratischer Rahmenregelung zusammenfällt oder ob er in der Weise zu materialisieren ist, daß er die Ausgliederung gesellschaftlicher und politischer Machtlagen aus dem Kompetenzbereich der demokratischen Willensbildung bezeichnet«. Soweit Sperrmarken gesetzt sind – insbesondere mit dem Art. 79 Abs. 3 des Grundgesetzes, in dem die Art. 1 und 20 für unauflösbar auch für verfassungsändernde Mehrheiten erklärt werden – soll dies den prinzipiellen Wertrelativismus des Grundgesetzes nicht aufheben, sondern sichern.⁸

Aus dieser Sicht auf die Verfassung ergibt sich zwangsläufig die beständige Notwendigkeit des Kampfes um Verfassungspositionen. Liegen der Verfassung soziale Konflikte prinzipieller Art zu Grunde, so müssen sich diese Konflikte auch in der Interpretation der Verfassung selbst ausdrücken. Es ist sinnlos, auf eine allen gemeinsame Interpretation des Grundgesetzes zu hoffen.

Eine zentrale Rolle in der Auseinandersetzung um diese Interpretation spielt das Bundesverfassungsgericht. Es hat sich im Verlauf der Jahrzehnte eine geradezu einmalige Stellung geschaffen. Die Existenz eines Verfassungsgerichts ist, wie die Erfahrungen der DDR beweisen, für die reale Wirksamkeit der Verfassungsnormen von großer Bedeutung.

Andererseits ist die Machtfülle des Bundesverfassungsgerichts für jemanden, der Volkssouveränität für die Achse hält, um die sich ein Staatswesen drehen sollte, problematisch. Indem der Raum der Rechtsprechung so ungeheuer erweitert wird, besteht die Gefahr, daß die politische Auseinandersetzung scheinbar durch eine juristische Auseinandersetzung ersetzt wird.

Es wird die Illusion erweckt, daß »das Recht« die Politik bestimmt, »eine Mystifikation kraft juristischer Weltanschauung, die Politik ausnahmslos als Vollzug von Aufträgen der Verfassung als Verfassungsgesetz begreift«.⁹ Die Verfassung wird immer mehr inhaltlich aufgeladen, der Rahmen für »zulässige« Auseinandersetzung eingeengt.

Ein entscheidender Schritt war dabei der Rekurs des Bundesverfassungsgerichts von Rechtsnormen auf Werte, die es in die Verfassung hineinliest. Das Recht sei nicht mit der Gesamtheit der geschriebenen Gesetze identisch. Gegenüber den positiven Satzungen der Staatsgewalt könne unter Umständen ein »Mehr von Recht bestehen, das seine Quelle in der verfassungsmäßigen Rechtsordnung als einem Sinnganzen besitzt und dem geschriebenen Gesetz gegenüber als Korrektiv zu wirken vermag; es zu finden und in Entscheidungen zu verwirklichen, ist Aufgabe der Rechtsprechung«, vor allem wohl des BVerfG selbst. Es ginge dabei um Wertvorstellungen, »die der verfassungsmäßigen Rechtsordnung immanent, aber in den Texten der geschriebenen Gesetze nicht oder nur unvollkommen zum Ausdruck gelangt sind«¹⁰.

Indem von Normen – also Regeln – zu Werten übergegangen wird, ist der Weg zur Aufdeckung der der Verfassung zugrundeliegenden Widersprüche versperrt. Statt widerstreitender Konfliktgegner gibt es Wert und Unwert, Verfassungsanhänger und Verfassungsfeinde – einen Begriff, den übrigens das Grundgesetz gar nicht kennt, dafür aber der Verfassungsschutz und seine Berichte.

Den Weg hierzu hatte das Bundesverfassungsgericht mit dem KPD-Urteil vom 17.08.1956 eröffnet. Es hatte damals aus dem ersten Absatz des Artikels 21 des Grundgesetzes – »Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes« – unter Bezugnahme auf ein früheres Urteil abgeleitet, daß die Parteien »notwendige Bestandteile des Verfassungsaufbaus«, ja mehr noch »mit ihrer Erhebung in den Rang verfassungsrechtlicher Institutionen ... zugleich in die Reihe der ›Integrationsfaktoren‹ im Staate« eingerückt seien. Damit gibt es gute, »verstaatlichte«, vom Staat auch zu finanzierende Parteien, und es gibt böse Parteien, die an dieser Integration nicht mitzuwirken bereit sind und die deshalb durch Verbot aus dem politischen Leben ausgeschlossen werden. Peter Römer sieht im Parteienverbot »ein Stück Selbstaufgabe der Demokratie«, die Ausrufung des permanenten Demokratienotstandes in der demokratischen Normallage.¹¹

Mit der Figur des Verfassungsfeindes, der sich legal verhält, einer nicht verbotenen Partei angehört, werden Wertvorstellungen für feindlich erklärt, ohne daß das Bundesverfassungsgericht überhaupt tätig werden muß.

Hier liegt die Grundlage für Berufsverbote und für die Diskriminierung durch den Verfassungsschutzbericht. Dabei verzichten die Berichte des Verfassungsschutzes auf jeglichen Bezug auf Normen des Grundgesetzes. Im Verfassungsschutzbericht von 1995 werden in diesem Zusammenhang in bezug auf die PDS Ausführungen von Lothar Bisky und André Brie zur Überwindung der Kapitalvorherrschaft ebenso herangezogen wie eine Erklärung von Klaus Höpke und anderen, in der die Spaltung der Gesellschaft und Welt in herrschende Schicht und ausgebeutete Bevölkerungsmehrheit in Frage gestellt wird. Das 5-Punkte-Papier der ersten Sitzung des 4. Parteitages der PDS gehört ebenso dazu wie eine mir als Sprecher des marxistischen Forums zugerechnete Formulierung, in der die kritische Annahme des Sozialismusversuchs in der DDR gefordert wird. Es wird die Formulierung moniert, »daß unter den Trümmern des DDR-Staates ... bewahrenswerte Bestandteile einer DDR-Gesellschaft sichtbar geworden« seien. Im Jahre 1996 wird dann u. a. gerügt, daß Bisky am Parteiprogramm festhält: »Wenn wir so werden wie sie, sind wir zahnlos, bald eingemeindet und überflüssig. Auch deshalb: Verteidigen wir unser Programm!« Gregor Gysi schließlich habe den »Ankommenswunsch« von André Brie so interpretiert, daß damit nicht gemeint sei, »daß wir uns unterzuordnen, den herrschenden Strukturen anzupassen haben«. Dem Marxistischen Forum wird u. a. die Zielstellung vorgeworfen, »eine sozialistische Alternative ... theoretisch abzuleiten und sie theoretisch zu rekonstruieren«. Gregor Gysi hat darauf zu Recht im ND geantwortet, daß das Bundesamt für Verfassungsschutz seinerseits das Grundgesetz negiere.¹²

Der Verfassungsrechtler Erhard Denninger sieht die Gefahr, daß dieses Konzept der »streitbaren Demokratie« dazu führt, daß nicht mehr die Meinungs- und Willensbeiträge aller Bürger, sondern »nur noch diejenigen einer politischen Elite«, derjenigen mit den einflußreichen Positionen, die Interpretationsherrschaft hat.¹³ Der Kampf um die Interpretation des Grundgesetzes ist und bleibt eine Aufgabe auch der PDS.

Zur Geschichte des Grundgesetzverständnisses der PDS

Die PDS mußte sehr rasch Positionen zum Rechtsstaat und zum Grundgesetz gewinnen. Diejenigen, die aus der DDR kamen, mußten einerseits Illusionen über die Möglichkeit im Rechtsstaat an der Wirklichkeit überprüfen, andererseits aber es lernen, die neugewonnenen Chancen und Möglichkeiten mit ihren vielfältigen Instrumenten zu nutzen. Dabei wurden sie mit verfassungskritischen Positionen radikaler Art aus Westdeutschland konfrontiert. Das führte zum Beispiel in der Bundestagsgruppe der PDS zu heftigen Auseinandersetzungen.

Im zweiten Staatsvertrag war den gesetzgebenden Körperschaften des vereinten Deutschland empfohlen worden, »sich innerhalb von zwei Jahren mit den im Zusammenhang mit der deutschen Einigung aufgeworfenen Fragen zur Änderung oder Ergänzung des Grundgesetzes zu befassen«. Das Ergebnis dieses dürftigen Auftrages war dann die Gemeinsame Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat mit Empfehlungsrecht.

Vor der Bundestagsgruppe der PDS stand damit die Frage, ob sie in diesen Diskussionen mit einem eigenen Verfassungsentwurf auftreten sollte. Das wurde von einigen Mitgliedern der Gruppe aus der alten BRD entschieden abgelehnt. In einem Artikel von Ulla Jelpke und anderen im »Neuen Deutschland« vom 17.07.1991 wurde auf das bekannte Lassalle-Zitat Bezug genommen, daß Verfassungsfragen Machtfragen seien. Lassalle hatte mit seiner Berliner Verfassungsrede vom 16. April 1862 erklärt, daß die wirkliche Verfassung die tatsächlichen Machtverhältnisse seien, an ihrer Spitze Militär und die übrige Exekutive.¹⁴ Je besser wir die Möglichkeiten des bestehenden Systems nutzen, schrieben die Autorinnen und Autoren, desto schneller würden wir zum Staatsfeind erklärt werden, »egal, wie intensiv wir uns auf dem Grundgesetz oder einer neuen Verfassung tummeln«. Deshalb schlugen sie vor, daß – statt einen Verfassungsentwurf auszuarbeiten – die 300 hochkarätigen Mitglieder des Kuratoriums für eine neue Verfassung lieber ein Komitee bilden sollten, das Ausländerämter besetzt und die Polizei bei Abschiebungen behindert. In ähnlicher Richtung ging eine längere Debatte in der Bundestagsgruppe um eine Stellungnahme zu Rechtsstaatlichkeit und Verfassungsfeindlichkeit. Neun der sechzehn Mitglieder der Gruppe bekannten sich dann unter entschiedener Kritik der Rechtspraxis vor allem in Ostdeutschland zum Verfassungsprinzip der Rechtsstaatlichkeit und lehnten eine verfassungsfeindliche Haltung ohne Einschränkung ab.¹⁵

Niemand kann die Aussage bestreiten, daß Verfassungsfragen Machtfragen sind. Sie sind zugleich aber auch Rechtsfragen. Der juristische Kampf ist auch und gerade auf dem Gebiet der Verfassung ein eigenständiger Kampf. Deshalb hat die Bundestagsgruppe einen eigenen Verfassungsentwurf ausgearbeitet und nach vielstündigen anstrengenden und komplizierten Sitzungen verabschiedet und am 12.01.1994 eingereicht. Der Entwurf war radikaldemokratisch, nicht sozialistisch. Er reichte von der Festlegung des Friedensprinzips (einschließlich des Verbots von Rüstungsexporten) über das Bürgerrecht aller länger als fünf Jahre in Deutschland Lebenden, die Ergänzung der politischen durch soziale Grundrechte, das Staatsziel

der Vollbeschäftigung, die Bildung eines Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrates und eines Frauenrates, die Einführung der dreistufigen Volksgesetzgebung, die Fixierung eines Staatszieles »Vollendung der Einheit Deutschlands«, die Einrichtung einer ostdeutschen Kammer bis zum verfassungsrechtlichen Verbot einer Diskriminierung wegen der Haltung zur DDR. Dieser letzte Punkt war übrigens der einzige, der in der Verfassungskommission zu einem Eklat führte, obwohl er fast wörtlich der entsprechenden Regelung im Zusammenhang mit dem Beitritt des Saarlandes zur BRD im Jahre 1955 entsprach.

Wir bezogen uns in unserem Entwurf auf die Festlegung des Artikel 146 des Grundgesetzes, wonach es seine Gültigkeit an dem Tage verliert, »an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen wird«. Diesen Verfassungsauftrag wollten wir mit unserem Entwurf erfüllen. Dabei war vorgesehen, daß der Entwurf dem Deutschen Volk am Tag der Wahl zum 13. Deutschen Bundestag zum Volksentscheid vorgelegt werden sollte. Es gab eine Reihe bössartiger und entstellender Zeitungsartikel zu unserem Entwurf, aber Verfassungsfeindlichkeit konnte uns niemand vorwerfen. Wir waren genau den Weg gegangen, den einst die Väter und wenigen Mütter des Grundgesetzes vorgesehen hatten.

Mit der Diskussion und Entscheidung über diesen Entwurf hatte sich die Bundestagsgruppe eine Position zum Grundgesetz erarbeitet, die vom Bundesvorstand der PDS unterstützt wurde und von der wir annehmen durften, daß sie die breite Zustimmung der Basis der Partei fand. Das Grundgesetz bildet den notwendigen Rahmen für unsere Bestrebungen, die den parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampf sowohl gegen Verschlechterung des Grundgesetzes als auch für demokratische Veränderungen – auch für eine neue Verfassung – umfassen.

Es war für mich deshalb völlig unverständlich, daß André Brie im August 1996 in einer Reihe von Artikeln die Haltung der PDS zum Grundgesetz für diskussionswürdig, ja für fragwürdig erklärte. In seinem programmatischen »Stern«-Interview vom 1.08.1996 schrieb er kurz und apodiktisch: »Wir müssen endlich in der Bundesrepublik ankommen. Wir müssen ein positives Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie und zum Grundgesetz finden«. Damit war – und zwar nicht vom Verfassungsschutz, sondern vom »Vordenker« der PDS – ohne jeden ersichtlichen Grund die Frage der verfassungsmäßigen Zuverlässigkeit der PDS aufgeworfen, jedenfalls eines Großteils ihrer Mitglieder. Anders kann die folgende Erläuterung nicht interpretiert werden, daß »sich viele in der Partei an den alten Glaubensartikeln festklammern«. Wie man mit den Kritikern umgehen soll, wird gleichfalls deutlich: »Wenn wir Reformer uns durchsetzen, ist die »Plattform« politisch am Ende. Parteiausschlüsse halte ich dagegen für unrealistisch. Die PDS muß für Poststalinisten unerträglich gemacht werden«.

In der Süddeutschen Zeitung wurde wenig später noch einmal nachgewaschen. Um eine moderne Partei zu werden, die in der Bundesrepublik ankommt, ginge es um mehr als Verfassungstreue. »Es geht um ein wirklich positives Verhältnis zum Grundgesetz und zur

parlamentarischen Demokratie«. Die Verklärung der DDR erschwere die Hinwendung zur Moderne. André Brie hielt auch nicht mit der Zielstellung seiner »Provokation« hinter dem Berge. Bis zum Wahlparteitag 1998 müsse die Koalitionsfähigkeit für die SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegeben sein. »Da gilt es, überzeugend unsere Koalitionsfähigkeit und demokratische Verlässlichkeit zeigen zu können«. Und auf die Frage: Die Regierungsfähigkeit der PDS hängt von der Trennung von dem poststalinistischen Kern ab? antwortete er: »Zugespitzt, ja.« In der taz vom 16.08. 1996 wird noch einmal erklärt: »Wir müssen die Kritik an der DDR fortsetzen, sonst kommen wir in der Bundesrepublik nicht an«.

Die Ursache für die scharfe Reaktion im Bundesvorstand und in der Partei war nicht die Frage eines Bündnisses mit SPD und Grünen, nicht die Regierungsbeteiligung, nicht einmal das Ankommen in der Bundesrepublik, es war die Verknüpfung aller dieser Dinge mit dem Zweifel an der verfassungsmäßigen und demokratischen Zuverlässigkeit der PDS verknüpft mit Ausgrenzungsforderungen gegenüber »Stalinisten« und »Poststalinisten«, die vor allem an ihrer Verweigerung einer Totalabsage an die DDR zu erkennen sind. Mit einer solchen Position wird die Ausgrenzungsmechanik, die gegenüber der PDS durch die Herrschenden erfolgt, gewissermaßen PDS-intern wiederholt.

Ich wäre auf diese Frage nicht so ausführlich eingegangen, wenn nicht in jüngster Zeit – offenbar wird der äußere Druck noch drängender – diese Thesen wieder aufgenommen würden. Gabi Zimmer, PDS-Vorsitzende in Thüringen, erklärte in ihrem im übrigen überzeugenden Referat auf dem Landesparteitag am 25. Oktober, daß die klare Antwort auf die an uns gerichtete Frage zur demokratischen Zuverlässigkeit der PDS noch ausstünde. Vor allem reiche eine globale Absage an den Stalinismus als System nicht aus. Es ginge um eine ehrliche Auseinandersetzung mit unserer Geschichte.¹⁶ Am 6. Dezember warfen die Kreisvorsitzenden der PDS des Landes Sachsen-Anhalt einem ehemaligen Major der Staatssicherheit, der in der Paßkontrolle gearbeitet hatte und erklärte, niemandem geschadet zu haben, vor, nicht offen die Positionen der PDS zur kritischen Auseinandersetzung mit der SED-Vergangenheit und auch nicht den antistalinistischen Grundkonsens zu vertreten. Der stellvertretende Landesvorsitzende forderte: »Soll er doch auf einer SED-Liste antreten, da gehört er hin«. Als nach dem Rücktritt Dieter Kollwigs ein früherer Landtagsabgeordneter der PDS und ehemaliger IM im Nachbarwahlkreis Schönebeck als Kandidat bestätigt wurde, gab es wieder kritische Erklärungen der Landesvorsitzenden Rosemarie Hein und gleich als Hintergrund den Kommentar des CDU-Landesvorsitzenden: »Die Kandidatur Rabes zeigt erneut, daß die PDS trotz aller Beteuerung nach wie vor tief in der Vergangenheit verwurzelt ist und nicht auf dem Boden der Verfassung der Bundesrepublik steht«. Ende Dezember war von Rosemarie Hein dann eine Absage an Parteisäuberung zu lesen. Sie forderte allerdings eine forcierte Vergangenheitsdebatte. Man müsse es bestimmten Leuten in der Partei schwer machen.¹⁷

In der Zeitschrift »UTOPIE kreativ« schließlich erklärten Eva Sturm und Eberhard Schmidt unter Bezugnahme auf einen Artikel

im Deutschland-Archiv unter der Überschrift ›Antagonismen in der PDS‹ apodiktisch: ›Einem Wähler, für den das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu einer *conditio sine qua non* für seine Wahlentscheidung gehört, ist es nicht zuzumuten, eine Partei zu wählen, deren Pluralismus stalinistische Positionen einschließt«, wobei unter Stalinismus wiederum die Verweigerung einer Totalabsage an die DDR zu verstehen ist.¹⁸

Die PDS hat in ihrem Parteiprogramm, auf vielen Konferenzen und in zahlreichen schmerzhaften Basisgruppendifkussionen sich mit ihrer Vergangenheit kritisch auseinandergesetzt. Hier kann und muß weitergearbeitet werden, aber an den grundsätzlichen Positionen gibt es keinen Zweifel. Daß dasselbe hinsichtlich des Grundgesetzes gilt, habe ich wohl deutlich gemacht.

Worum es hier geht, ist etwas ganz anderes. Manche glauben, daß wir dem Ausgrenzungsdruck der Herrschenden leichter entgehen, wenn wir ihn gleichsam in der Partei weitergeben, den Begriff Verfassungsfeind innerparteilich durch den Begriff des Stalinisten oder Poststalinisten untersetzen. Aber die PDS ist als Ganzes und nur als Ganzes ein Problem für die Herrschenden. Nicht nur nebenbei gesagt: Innerparteiliche Demokratie ist eine Forderung des Grundgesetzes (Art. 21). Manche Genossen sehen offenbar im endlich erreichten Pluralismus im Rahmen des Parteiprogramms eher eine Schwäche als eine Stärke der Partei. Was die Erfolgsaussichten einer solchen Weitertagetaktik betrifft, so möchte ich hier einen Kommentar der ›Blätter für deutsche und internationale Politik‹ zitieren: ›Überhaupt sind Ausgrenzungsprozesse erst dann wirklich wirkungsvoll, wenn sie sich die ausgegrenzte Gruppe bei ihren Abwehrversuchen selbst zu eigen macht und sie abzuarbeiten beginnt. Das Lehrstück haben hier die Grünen geschrieben ... Als ob es die Erfahrungen der Grünen nie gegeben hätte, beginnt gegenwärtig auch die PDS sich auf das Spiel mit importierten Grenzziehungen einzulassen, ein Spiel, von dem nur feststeht, daß man es nicht gewinnen kann.«.¹⁹ Vielleicht sollten wir im Wahlkampf unsere möglichen Bündnispartner SPD und Grüne fragen, ob sie bereit sind, sich so vor unsere Vertreter zu stellen, wie es Lionel Jospin am 12. November gegenüber seinen kommunistischen Ministern tat und übrigens auch speziell die SPD-Vertreter, wie sie den Umgang ihrer Partei mit dem Grundgesetz in den Jahren seit 1990 beurteilen und was sie uns angesichts der Zustimmung zum großen Lauschangriff zu ihrer ›demokratischen Verlässlichkeit‹ zu sagen haben?

Zum Umgang der Herrschenden mit dem Grundgesetz seit 1990

In der Verfassungsdebatte nach der Vereinigung, vor allem in den Diskussionen der Verfassungskommission, war von seiten der Regierungskoalition wieder und wieder erklärt worden, daß sich das Grundgesetz in vierzig Jahren bewährt habe, daß größere Veränderungen absolut überflüssig seien.

Fast alle derartigen Versuche der Opposition wurden in der Kommission zurückgewiesen, und – soweit sie dort die Mehrheit erhalten hatten – dann in der Bundestagsdebatte abgeschmettert.

Seitdem aber findet ein kontinuierlicher Prozeß des Abbaus von Rechtsstaatlichkeit, der Demontage wichtiger Positionen des im

Grundgesetz verankerten »historischen Kompromisses« statt. Wir müssen diesen Vorgang in einem größeren Zusammenhang sehen, den Michael Schumann heute früh auch behandelt hat. In den siebziger Jahren hatte das Ende jener Periode des weltpolitischen Gleichgewichts und eines auf ungewöhnlichen Wirtschaftswachstums und sozialen Kämpfen beruhenden »Klassenkompromisses« begonnen, die Eric Hobsbawm in seinem Buch »Das Zeitalter der Extreme« als goldenes Zeitalter bezeichnete.

Die Ursachen dieses Epochenbruchs reichen von Veränderungen in den Produktivkräften – charakterisiert vor allem durch die Kommunikationsrevolution – über Umwälzungen in der Sozialstruktur bis hin zum Zusammenbruch des konkurrierenden sozialistischen Weltsystems. Trotz der immer offensichtlicher werdenden existentiellen Gefährdung der Menschheit setzt sich der »naturgesetzliche« (Marx) Prozeß des Kapitalismus mit wachsender Geschwindigkeit gewaltsam durch. Innen- und Außenpolitik sollen der »Globalisierung« immer rigoros untergeordnet werden, durch Sparprogramme, Ausbau von Krisenreaktionsstreitkräften für den Einsatz in aller Welt, verschärfte Repression im Innern und eben auch durch Abbau der Rechtsstaatlichkeit.

Der Abbau des Sozialstaates – eines zentralen Bestandteils des grundgesetzlichen Gebäudes, wie wir gesehen haben – wird mit unheimlicher Konsequenz fortgesetzt, sekundiert von Grundsatzreden der Politiker. Allen voran Bundespräsident Roman Herzog in seiner Berliner Ansprache: »Durch Deutschland muß ein Ruck gehen. Wir müssen Abschied nehmen von liebgewordenen Besitzständen«. Es müsse eine Gesellschaft von Selbständigen geben.²⁰

Eine solche Gesellschaft braucht, wie es jetzt im Abschlußbericht der sächsisch-bayerischen Zukunftskommission heißt, nicht mehr das Leitbild des Arbeitnehmers, sondern des Menschen als Unternehmer seiner Arbeitskraft und Daseinsvorsorge. Die Verbesserung der Beschäftigungslage verlange, daß »für begrenzte Zeit größere Unterschiede der individuellen Einkommen hingenommen werden«. Dann sinkt »in der Regel auch der materielle Lebensstandard mehr oder minder großer Bevölkerungsgruppen, woraus soziale Probleme erwachsen können«. Die lebensstandardsichernde staatliche Vorsorge für breiteste Bevölkerungskreise entspricht nicht den Strukturen einer unternehmerischen Wissensgesellschaft.²¹

Je mehr der Sozialstaat abgebaut wird, desto stärker mehren sich auch die Angriffe auf die durch das Grundgesetz verbürgten Freiheitsrechte und andere Bestandteile des Verfassungskompromisses von 1949. Der schlanke Staat läßt innen- und außenpolitisch seine Muskeln spielen. Schäuble erklärte am 13.09.1996 unter dem viel-sagenden Titel »Weniger Demokratie wagen?«, daß »die Verfassung ... immer weniger das Gehege (sei), in dem sich demokratisch legitimierte Politik frei entfalten« könne, sondern immer stärker die Kette, die den Bewegungsspielraum der Politik lahm lege. Schuld sei vor allem das einst hochgelobte Bundesverfassungsgericht.²²

Der Prozeß der Verschlechterung des grundgesetzlichen Standards nahm seinen Ausgangspunkt in der Behandlung des angegliederten Ostdeutschland. Joschka Fischer schrieb 1992: »Übertrüge man konsequent die moralischen, rechtlichen und politischen Maßstäbe der

Aufarbeitung der Stasivergangenheit in Ostdeutschland auf unser Rechtssystem, so bliebe vom Rechtsstaat Deutschland nur noch ein schauriges Zerrbild«. Aber es müsse sein: »Man verschanze sich nicht hinter dem positiven Recht und dem Rechtsstaat«.²³

Der Prozeß machte an der Elbgrenze nicht halt. 1993 wurde das Grundrecht auf Asyl (Art. 16) in seinem Kerngehalt beseitigt. Im folgenden Jahr, am 12.07.1994, entschied das Bundesverfassungsgericht, daß entgegen dem Wortlaut des Art. 87a des Grundgesetzes, der Truppeneinsätze grundsätzlich auf den Bereich der Verteidigung beschränkt und bis 1990 auch immer so interpretiert wurde, der Einsatz deutscher Streitkräfte im Rahmen kollektiver Sicherheitssysteme unter Zustimmung des Parlaments zulässig sei. Wieder zwei Jahre später, am 24.10.1996, wurde das rechtsstaatliche Prinzip »nulla poena sine lege« – keine Strafe ohne Gesetz – aus Art. 103 des Grundgesetzes in bezug auf die Grenzordnung der DDR aufgehoben, weil es der politischen Strafverfolgung führender DDR-Politiker im Wege stand. In der letzten Woche schließlich tastete der Bundestag mit der Sanktionierung des Großen Lauschangriffs den Wesensgehalt des in Art. 13 fixierten Grundrechts auf Unverletzlichkeit der Wohnung an.

Man kann diesen Prozeß nicht besser charakterisieren, als Heribert Prantl es in der Süddeutschen Zeitung getan hat: »1992/94 wurde das Grundgesetz quasi unter Denkmalschutz gestellt. Heute bedauern die Denkmalschützer von gestern die Schwierigkeiten, die sich jetzt beim Umbau des Hauses ergeben. Deshalb kommen sie nun mit der Abrißbirne. Ist das jetzt die große Wende, die Helmut Kohl 1982 angekündigt hat?«²⁴

Ich muß offen sagen, daß ich mehr rechtsstaatliches Bewußtsein bei meinen Kollegen im Bundestag erwartet hatte. Es sind gute Juristen dabei, aber ihre Bereitschaft, vor der Politik, vor dem Bundeskanzleramt zurückzuweichen, auch wenn es um rechtsstaatliche Grundprinzipien geht, hat mich erschreckt. Als ich in der Haushaltsdebatte am 27.11.1996 das Bundesverfassungsurteil zum Rückwirkungsverbot von der Position des Grundgesetzes her kritisierte und erklärte: »Man muß bereit sein, sich der juristischen Argumentation zu beugen und kann nicht einfach sagen, man wolle das politisch so oder so«, rief Frau Albowitz (F.D.P.) »Wir diskutieren miteinander! Wir sind im Parlament und nicht im Verfassungsgericht«. Die Juristen sowohl der Koalition wie der Opposition hatten erhebliche Schwierigkeiten mit der Verlängerung der Verjährung für vor 1992 in Ostdeutschland begangene Straftaten und der damit fortgesetzten Teilung Deutschlands in zwei Strafrechtzonen. Aber als der politische Wille aus dem Bundeskanzleramt deutlich wurde, knickten die meisten ein, einschließlich der SPD-Abgeordneten. Mir hat ein CDU-Abgeordneter erklärt, am schlimmsten sei es für ihn, wenn ausgerechnet ich Rechtsstaatlichkeit und Verfassungsmäßigkeit einklage. Aber ich meine, es steht uns gut zu Gesicht, nicht zuletzt auf Grund der Erfahrungen, die wir in der DDR mit der radikalen Unterordnung des Rechts unter die Politik gemacht haben.

»Der Kampf um Verfassungspositionen ist ein Kampf um die eigenen Interessen« schrieb Jürgen Seifert.²⁵ Der Einsatz der PDS für eine gerechte Republik, für ostdeutsche Interessen, gegen Mas-

senarbeitslosigkeit, Sozialabbau und Raubbau an der Natur ist zugleich ein Kampf für Verfassungspositionen und kann sich auf das Grundgesetz stützen. Es gibt nur so viel demokratische Verfassungswirklichkeit und Rechtsstaatlichkeit, wie ihre Verteidiger erkämpfen.

- 1 MEW, Bd. 21, Berlin 1981, S. 165, S. 164.
- 2 W. Abendroth in: H. Sultan und W. Abendroth: Bürokratische Verwaltung und soziale Demokratie, Hannover, Frankfurt/M. 1955, S. 93.
- 3 J. Seifert: Der Kampf um Verfassungspositionen, in: Festschrift für Wolfgang Abendroth 1967, S. 114-116.
- 4 Ebenda, S. 116, 112.
- 5 W. Abendroth: Über den Zusammenhang von Grundrechtssystem und Demokratie, in: J. Perels: Grundrechte als Fundament der Demokratie, Frankfurt/M. 1979
- 6 Urteil: KPD-Verbot aufheben, Köln 1971, S. 63, 61.
- 7 H.-J. Puppier, in: Handbuch des Verfassungsrechts, Hrsg. E. Benda, W. Maihofer, H.-J. Vogel, Berlin, New York 1994, S. 800-802.
- 8 J. Perels: Demokratie und soziale Emanzipation, Hamburg 1988, S. 21-22.
- 9 H. Ridder: Die neuere Entwicklung des »Rechtsstaats«, in: Wahrheit und Wahrhaftigkeit in der Rechtsphilosophie, hrsg. von K.-H. Schöneburg, Berlin 1987, S. 123.
- 10 BVerfGE, Bd. 34, S. 269.
- 11 P. Römer: Im Namen des Grundgesetzes, Hamburg 1989, S. 61.
- 12 Gregor Gysi: Unterschiedliches Verständnis des Grundgesetzes, Neues Deutschland vom 25.04.1997.
- 13 Handbuch, a.a.O., S. 716.
- 14 F. Lassalle: Reden und Schriften, Leipzig 1987, S. 125 ff.
- 15 Positionen von Bundestagsabgeordneten der PDS/LL zur Rechtsstaatlichkeit, ND vom 09.12.1991, Beilage.
- 16 G. Zimmer: Wir werden die begonnene Debatte um einen politischen Wechsel in Deutschland befördern, PID der PDS, Nr. 45, 1997, S. 6.
- 17 Von Kollwig-Kandidatur Abstand nehmen, PID der PDS Nr. 50 1997, S. 7; Soll er doch für die SED kandidieren, Neues Deutschland vom 12.12.1997; Nach Kollwig nun Direktkandidat Rabe, Neues Deutschland vom 19.12.1997; Hein: PDS wird keine »Säuberung« veranstalten, Neues Deutschland vom 29.12. 1997.
- 18 F. Sturm, E. Schmidt: Ein Kommentar zur Programmatik der PDS oder das Problem der Diskursunfähigkeit, UTOPIE kreativ, Heft 84 (Oktober 1997), S. 86.
- 19 Clemens Knobloch: ... und raus bist du! Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 7/1995, S. 788-789.
- 20 R. Herzog, Eine Gesellschaft von Selbständigen, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.04.1997.
- 21 Wie die Deutschen zu unternehmerischen Kräften kommen ..., Frankfurter Rundschau vom 02.12.1997.
- 22 W. Schäuble: Weniger Demokratie wagen? Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13.09.1996.
- 23 J. Fischer: Kleine und große Schufte, Der Spiegel, Nr. 9/1992.
- 24 H. Prantl: Süddeutsche Zeitung vom 09.08.1997.
- 25 J. Seifert: a.a.O. S. 124.

THOMAS GENSICKE

Bürgerschaftliches Engagement im Osten und im Westen Deutschlands

Im Moment erleben wir in Deutschland eine starke Aufwertung des bürgerschaftlichen Engagements¹. Diese steht im Zusammenhang mit drei Tendenzen: im Zeichen der allgemeinen *Gesellschaftsdebatte* (vgl. Thesen des »Werteverlustes«, der »Ego-Gesellschaft« usw.; Kommunitarismus als neue Leitideologie); unter dem Einfluß der Krise des *Sozialstaats* und der durch sie erzwungenen Zurücknahme von Staatszielen und politischen Garantieerklärungen und schließlich im Gefolge des durch die *Globalisierung* bedingten strukturellen Umbruchs im ökonomischen Bereich. Das Interesse an bürgerschaftlichem Engagement und die Bereitschaft dazu sind also in ein breites Beziehungsfeld gesellschaftlicher Entwicklungs- und Veränderungstrends eingebettet, die sich zunehmend auf die Lebensführung großer Teile der Bevölkerung auszuwirken beginnen und sie in einem zunehmenden Druck in Richtung Subsidiarität aussetzen.

Unser allgemeines Forschungsinteresse zum bürgerschaftlichen Engagement konzentriert sich erstens auf die Klärung der kontroversen Frage, inwieweit dem wachsenden Bedarf an bürgerschaftlichem Engagement die *Bereitschaft* dazu entspricht; zweitens darauf, bisher nur oberflächlich bekannte *Hemmnisse* zu entschlüsseln, die zunächst noch verhindern, daß sich das in der Bevölkerung weit verbreitete grundsätzliche Interesse an einem Einstieg in bürgerschaftliches Engagement nur begrenzt realisiert und somit umfangreiche Möglichkeiten ungenutzt bleiben. Wir verstehen unter bürgerschaftlichem Engagement vielfältige, über die Erwerbstätigkeit hinausgehende, *freiwillige* und *unentgeltliche* oder nur mit geringer Aufwandsentschädigung verbundene Tätigkeiten, die ihren Schwerpunkt nicht im *privat-familiären* Raum haben und die nicht hauptsächlich dem *Spaß* und der *Erholung* gewidmet sind. Besondere Aufmerksamkeit legen wir auf den Vergleich zwischen den alten und neuen Bundesländern. Stellt sich das bürgerschaftliche Engagement in Ost und West in verschiedener Quantität und Qualität dar? Gehen eventuell vorhandene Unterschiede auf ein anderes Verständnis und eine andere Funktion bürgerschaftlichen Engagements in Ost und West zurück, die sich aus der Erfahrung früherer Systemunterschiede zwischen der DDR und BRD oder aus der besonderen Transformations-situation in den neuen Ländern erklären?

Eine Bestandsaufnahme in Ost und West

Bei unserer Analyse greifen wir auf Daten des repräsentativen *Speyerer Wertesurveys*² zurück, dessen 60minütige Interviews im

Thomas Gensicke – Jg. 1962. 1984-89 Studium der Philosophie in Leipzig; 1990-91 Mitarbeiter am Berliner Institut für sozialwissenschaftliche Studien (BISS); seit Oktober 1991 Forschungsreferent am Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung bei der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer; Bearbeitung des Rahmenprojektes »Wertewandel in Deutschland«. Erstveröffentlichung in: UTOPIE kreativ, Heft 93, S. 34-47.

1 Statistisches Bundesamt, Wo bleibt die Zeit? Die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland, Wiesbaden 1994; Konrad Hummel, Bürgerengagement. Seniorengenossenschaften, Bürgerbüros und Gemeinschaftsinitiativen, Freiburg 1995; Bernd Meier, Sozialkapital in Deutschland. Eine empirische Skizze. Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik 231 (IW Köln), Köln 1996; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit für unsere Gesellschaft, Antwort der Bundesregierung auf die große Anfrage der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP, Bundesdrucksache 123/5674, Bonn 1996; Katharine Gaskin, Justin

Davis Smith, Ein neues bürgerschaftliches Europa, Eine Untersuchung zur Verbreitung und Rolle von Volunteering in zehn Ländern (EUROVOL-Studie), Freiberg 1996; Joachim Braun, Selbsthilfe und Selbsthilfeunterstützung in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart, Berlin, Köln 1997.

2 Wertesurvey 1997, Wertewandel in den neunziger Jahren. Pretestbericht und Methodenbericht von Infratest/Burke München, Daten und Datenbände, Speyer 1997.

3 Ein umfassender Überblick über die Ergebnisse befindet sich in Thomas Gensicke, Deutschland am Ausgang der neunziger Jahre, Lebensgefühl und Werte, in: Deutschland Archiv 1, 31. Jahrgang, S. 19-36.

Mai, Juni und Juli 1997 in West- und Ostdeutschland bei etwa 2 000 Personen ab 18 Jahren in den alten Ländern und Westberlin bzw. bei etwa 1 000 Personen in den neuen Ländern und Ostberlin (jeweils deutsch sprechende Personen) von Infratest/Burke München geführt wurden. Der Survey wurde innerhalb des Projektes »Wertewandel in den neunziger Jahren« am Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften realisiert, das von der Fritz Thyssen Stiftung und der Robert Bosch Stiftung finanziert wird.

Empirisch ist die Abgrenzung bürgerschaftlichen Engagements, wie wir es verstehen, von anderen freiwilligen und unentgeltlichen Tätigkeiten sicher nicht immer exakt durchzuhalten, es spricht jedoch einiges dafür, daß unser Fragemodell ein recht brauchbares Meßinstrument darstellt. Es beruht auf Vorarbeiten im Speyerer Forschungsinstitut und Erfahrungen verschiedener Projekte des Instituts für sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung (ISAB Köln/Leipzig) und wurde aufgrund der Ergebnisse eines Pretests weiter optimiert.³

Die Bürger wurden gefragt, ob sie sich ehrenamtlich in einer Organisation, einer Selbsthilfegruppe, in einem Verein, einer anderen Gruppe oder einem Projekt aktiv betätigen. Sie wurden darauf hingewiesen, daß es dabei um freiwillige Tätigkeiten geht, die *unentgeltlich* oder nur mit geringer Aufwandsentschädigung geleistet werden. Es darf sich dabei auch nicht um reine *Spaß- und Erholungsaktivitäten* oder um *passive* Vereins- oder Organisationsmitgliedschaft handeln. Als Vorgaben wählten wir aus:

Öffentliche Ehrenämter (z. B. Mitarbeit im Gemeinde- oder Stadtrat oder in Selbstverwaltungsgremien, Schiedsmann, Schöffe)

Kirche (z. B. Tätigkeit in der Kirchengemeinde, in einer kirchlichen Gruppe)

Sport und Bewegung (z. B. Sportwart im Sportverein, Organisator, Vorstandsmitglied, Träger einer Sport- oder Bewegungsgruppe)

Kultur (z. B. Tätigkeit in einem Kultur- oder Kunstverein, Organisator oder Leiter eines Chores, einer Musik- oder Theatergruppe, einer Mal- oder Bastelgruppe)

Politisches Engagement und Interessenvertretung (z. B. Engagement in einer Partei, einer Gewerkschaft, einer Bürgerinitiative, einer Gruppenvertretung, in Beiräten, Verbänden, Stadtteilgruppen und Initiativen)

Schule und Jugend (z. B. Betätigung im schulischen Bereich, in der Kinder- und Jugendarbeit)

Umwelt, Wohnen, Wohnumfeld (z. B. Mitarbeit in einer Natur- oder Umweltgruppe, Einsatz für Dorf- und Stadtteilverschönerung, generationsübergreifende, innovative Wohnprojekte)

Soziale Selbsthilfe und Hilfen im Alltag (z. B. Betreuung von Kranken, alten Menschen, von Benachteiligten (Obdachlose, Asylbewerber), Beratung und Hilfe für Menschen in Problemsituationen)

Gesundheitliche Selbsthilfe (z. B. Tätigkeit in einer Behinderten- oder Versehrtenselbsthilfegruppe, in einer psychosozialen Sucht- oder Drogenselbsthilfegruppe)

Dritte Welt, Menschenrechte (z. B. Mitarbeit in Dritte-Welt-Läden, bei Amnesty International)

Tierschutz (z. B. Engagement in einem Tierschutzverein, Tierheim oder einer entsprechenden Initiative)

Freiwillige Feuerwehr, Unfall- und Rettungsdienst (z. B. unentgeltliche Betätigung bei Feuerwehr, Rotem Kreuz oder anderen Rettungsdiensten)

Andere

Nichts davon

Wir gelangten über mehrere Schritte zu einer dreistufigen Variable, die verschiedenes Verhalten der Bürger zum bürgerschaftlichen Engagement ausdrückt. Zunächst selektierten wir über die Eingangsfrage die Personen, die sich mindestens einem der abgefragten Bereiche zugeordnet hatten oder etwas »anderes« angeben konnten (Variablenwert 1 der dreistufigen Variable »Engagierte«). Dann ermittelten wir diejenigen, die zwar nach unserem Fragemodell aktuell nicht engagiert (»Nichts davon«), aber zu einem Engagement bereit waren. Dies geschah mit Hilfe einer weiteren Frage, bei der man angeben sollte, ob man Interesse an einer der im Fragebogen beschriebenen Tätigkeiten hätte (Variablenwert 2: »Nicht engagierte, aber Engagementbereite«). In einem dritten Schritt wurden diejenigen bestimmt, die nicht engagiert (Frage 1: »Nichts davon«) und anhand der eben zitierten Frage auch nicht zu einem Engagement bereit waren (Variablenwert 3: »Nicht engagiert und nicht Engagementbereite«).

Wir interpretieren den Variablenwert 2 als eine Art *Übergangskategorie*, die sich etwa zwischen Engagement und Nicht-Engagement bewegt. Diese Übergangskategorie soll uns ein größeres Maß an Differenzierung ermöglichen als eine nur zweistufige (ja/nein) Erfassung des Engagements. Die folgende Tabelle zeigt die gesamtdeutsche Verteilung der drei Kategorien, die sich zu 100 Prozent addieren, also der aktuell *Engagierten* (1), der Nicht Engagierten, aber *Engagementbereiten* (2) und der Nichtengagierten und *nicht Engagementbereiten* (3).

Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland

Verteilung	Engagierte	Engagementbereite	Nicht Engagementbereite
Alle	100	38	32
West	80	39	31
Ost	20	35	34

Quelle: Wertesurvey 1997, alle Angaben in Prozent

Zunächst kann festgestellt werden, daß die vorliegenden Untersuchungsergebnisse Anlaß geben, das mehrfach behauptete nationale Defizit an Engagement in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern in Frage zu stellen. Gegenüber den 17 Prozent Engagierten, welche – aufgrund einer unseres Erachtens zu eng gefassten Definition des bürgerschaftlichen Engagements – z. B. die Zeitbudgetstudie des Statistischen Bundesamtes ermittelt hat, stellen wir für Westdeutsch-

land einen Anteil von 39 Prozent und für die neuen Länder einen Anteil von 35 Prozent fest.

Interessanterweise sind die Ost-West-Unterschiede, die unsere Engagement-Variable produziert, nicht signifikant. Allerdings ist auffällig, daß den höheren Anteilen Westdeutscher, die bereits engagiert sind, höhere Anteile Ostdeutscher gegenüberstehen, die zu einem Engagement bereit sind. Nur etwa 30 Prozent der Befragten in Ost und West haben kein Interesse am Engagement. Diese Differenzierung wäre verloren gegangen, wenn wir uns mit einer zweistufigen Variable begnügt hätten.

Wir haben die Engagierten innerhalb des Wertesurveys weiter gefragt, wieviele *Stunden pro Monat* und in welcher *zeitlichen Frequenz* sie ihr Engagement ausüben. Auch hier erhielten wir keine signifikanten Unterschiede zwischen Ost und West, dennoch bleiben auch bei diesen Variablen die Werte im Osten hinter denen im Westen zurück. Im Westen investiert man im Durchschnitt 15,8 Stunden pro Monat, im Osten 14,9 Stunden, wobei entsprechend unseres »weiten« Erfassungsmodus, der auch spontanes und weniger intensives Engagement einschloß, die Streuung hoch ist (Standardabweichung: West 17.5, Ost 18.8). Eine beträchtliche Streubreite weist auch die Engagementfrequenz auf. Einer größeren Gruppe, die sich täglich bzw. mehrmals wöchentlich betätigt (West 30 Prozent, Ost 27 Prozent), steht eine Gruppe gegenüber, die sich nur einmal im Monat oder noch seltener engagiert (West 23 Prozent, Ost 27 Prozent). Sehr sporadisches Engagement (»seltener als einmal pro Monat«) kommt allerdings mit etwa 13 Prozent nicht sehr oft vor.

Befragt man die in Ost und West zum Engagement Bereiten, wieviele Stunden sie im Monat aufwenden und wie oft sie sich betätigen würden, dann sind die Ost-West-Unterschiede ebenfalls nicht erheblich. Im Schnitt würden Westdeutsche 11,5 Stunden investieren, Ostdeutsche etwas mehr, nämlich 12,3 Stunden. Auch die mögliche Frequenz der Betätigung ergibt keinen deutlichen Unterschied zwischen Ost und West, die Schwerpunkte liegen beiderseits bei möglichen einem Mal pro Woche und mehreren Malen im Monat. Alle Variablen weisen demnach darauf hin, daß das Engagement im Westen etwas intensiver und die Potentiale im Osten etwas höher sind.

Als nächster Schritt war für uns von Interesse, ob das bürgerschaftliche Engagement in Ost wie in West einer ähnlichen »sozialen Logik« folgt, was wir zunächst mit Hilfe der Kreuztabellierung der Engagement-Variable mit einer Vielzahl verschiedener sozialstatistischer Größen analysierten. In vielen Punkten stießen wir auf ähnliche Zusammenhänge. Eine kleine Auswahl findet sich in der Tabelle auf S. 196.

Zum Beispiel ist das Verhältnis zum bürgerschaftlichen Engagement in ganz Deutschland in den jüngeren Altersgruppen günstiger, wobei die Gruppe der 31-45jährigen besonders *aktiv* und die Gruppe der 18-30jährigen eine besonders hohe *Bereitschaft* bekundet. In beiden Teilen Deutschlands wächst das Engagement mit höherer Bildung und höherem Schichtstatus deutlich an. Männer sind etwas aktiver als Frauen. Für Ost und West kann man sagen: Wer von der *modernisierenden* Gesellschaftsentwicklung (Bildung, Schichtung, öffentlicher Dienst) profitiert hat oder dieser aufgeschlossen gegenübersteht (junge

*Bürgerschaftliches Engagement nach Altersgruppen,
Berufsausbildung und subjektiver Schichtzuordnung*

	(Verteilung in Prozent)		Engagierte		Engagement- bereite		Nicht Engage- mentbereite	
	W	O	W	O	W	O	W	O
<i>Altersgruppe</i>								
18-30 Jahre	20	22	38	35	40	45	22	20
31-45 Jahre	28	29	46	43	34	40	20	17
46-65 Jahre	33	32	40	30	32	31	28	39
66 Jahre und älter	19	17	28	31	16	56	12	57
<i>Berufsabschluß</i>								
Keinen	15	8	24	18	22	17	54	65
Lehre	55	54	37	27	31	35	32	38
Fachschule	13	17	45	50	35	30	20	20
Fachhochschule	7	7	46	56	35	29	20	15
Hochschule/Universität	10	14	57	49	32	37	11	14
<i>Selbsteinstufung</i>								
Oberschicht/ Obere Mittelschicht	14	3	56	53	29	26	15	21
Mittlere Mittelschicht	63	52	40	39	34	37	26	24
Untere Mittelschicht	19	37	33	34	30	30	37	36
Unterschicht	4	8	14	17	27	20	59	63

Quelle: Wertesurvey 1997, alle Angaben in Prozent, W=West, O=Ost

Leute), ist auch engagierter oder hat zumindest eine positive Einstellung zum bürgerschaftlichen Engagement, so wie wir es erfaßt haben. Dazu kommt ein zweiter Faktor, der das Engagement stärkt. Wer in der Lebensphase der Familiengründung ist und Kinder hat oder wer selber noch bei den Eltern lebt, engagiert sich ebenfalls überdurchschnittlich oder ist wenigstens interessiert. Ein dritter Faktor ist der *Kirchgang* (weniger die Religiosität oder die Konfession). Wer sich ohnehin am öffentlichen (hier: kirchlichen Leben) beteiligt, ist auch ganz allgemein stärker bürgerschaftlich engagiert.

Es gibt interessante Ost-West-Unterschiede: Menschen im Alter zwischen 46-65 Jahren, Befragte ohne Berufsabschluß (zum Teil auch mit Lehrabschluß) oder mit primärem Bildungsabschluß sind im Osten deutlich weniger engagiert als im Westen. Das *Land* und die *Kleinstadt*, die im Westen traditionelle Bastionen des bürgerschaftlichen Engagements sind, spielen diese Rolle in den neuen Ländern nicht. Manche »Problemgruppen«, beispielsweise Arbeitslose und Geschiedene, sind im Osten aktiver als im Westen.

Um darüber hinaus den Einfluß anderer Variablen auf bürgerschaftliches Engagement zu testen, haben wir multiple Regressionen

mit Hilfe von drei verschiedenen Modellen durchgeführt. Einbezogen wurden auf der *strukturellen Seite* die West-Ost-Zugehörigkeit der Befragten, das Geschlecht, das Alter, der Berufsabschluß, die Gemeindegröße, die Haushaltsgröße und die Selbsteinstufung nach Schichten.

Vom *Verhalten* und der *Befindlichkeit* her wurde zurückgegriffen auf den Kirchgang und die Religiosität, den Zufriedenheits-Glücks-Index und die ökonomische Zufriedenheit. In die Analyse einbezogen wurden drittens die Wertedimensionen »Konventionalismus« (Index aus der Wichtigkeit von »Gesetz & Ordnung«, »Fleiß & Ehrgeiz«, »Sicherheitsstreben«), »Hedonismus-Materialismus« (Index aus der Wichtigkeit von »Hohem Lebensstandard«, »Macht und Einfluß«, »Lebensgenuß«, »Sich durchsetzen«) und »Selbstentfaltung & Engagement« (Wichtigkeit von »Phantasie und Kreativität«, »Sozialer Hilfsbereitschaft«, »Politischem Engagement«, »Toleranz anderer Meinungen«). Die genannten Wertedimensionen beruhen auf Faktorenanalysen und wurden von uns auch in anderen Zusammenhängen bereits als erklärungskräftige Größen verwendet; so sind sie Ausgangspunkte für von uns gebildete Wertetypen, von denen weiter unten die Rede sein wird.

Dabei zeigte es sich, daß vor allem zwei Variablen in einem deutlich positiven Zusammenhang mit bürgerschaftlichem Engagement stehen: die Wertedimension »*Selbstentfaltung & Engagement*« und der *Kirchgang*. Sehr stark – und zwar negativ – wirkt sich auch das Alter aus. Schon weniger, aber noch deutlich erklärungskräftig sind die Schichtzuordnung und der Berufsabschluß. Relativ schwache negative – aber noch erkennbare – Wirkungen senden die Wertedimensionen »Konventionalismus« und »Hedonismus-Materialismus« aus, ähnlich auch die Ortsgröße und die Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht. Positiv wirkt auch der Zufriedenheits-Glücks-Index. Verblüffenderweise sagt unser breit angelegtes Modell, das eine ganze Reihe verschiedener Größen kontrolliert, für Ostdeutsche nunmehr sogar ein (immerhin noch im 5-Prozent-Bereich signifikantes) *leicht positiveres Verhältnis* zum bürgerschaftlichen Engagement aus als für Westdeutsche! Keine Wirkung hat die ökonomische Zufriedenheit. Religiosität wirkt im Gegensatz zum Kirchgang sogar leicht negativ.

Berechnet man das Modell für die alten und die neuen Länder getrennt, dann verblaßt in den neuen Ländern der Einfluß der Variable Kirchgang – bleibt aber noch erkennbar; der Einfluß der Religiosität verschwindet. Dafür nimmt der Zusammenhang mit verschiedenen Strukturvariablen deutlich zu und zwar vor allem mit dem Berufsabschluß, dem Alter und dem Geschlecht. Im Westen setzt sich die Schichteinstufung deutlicher gegenüber dem Berufsabschluß durch, und es verstärkt sich der Einfluß der Ortsgröße, der im Osten keine Rolle spielt.

Der Zufriedenheits-Glücks-Index wirkt nur im Westen. Im Osten verstärkt sich der Einfluß der WertevARIABLE »Selbstentfaltung & Engagement« noch einmal, die WertevARIABLE »Hedonismus und Materialismus« hat auf das Engagement keinen negativen Einfluß wie im Westen, dafür aber in stärkerem Maße die WertevARIABLE »Konventionalismus«.

Sieht man sich den Einfluß der Wertedimensionen auf das Engagement genauer an, dann zeigt sich, daß sich diejenigen, die *politisches Engagement* als wichtig ansehen und die bereit sind, *sozial Benachteiligten* zu helfen, auch bürgerschaftlich engagieren oder dazu bereit wären.

An zweiter Stelle hat in West und Ost die Wichtigkeit der Entwicklung eigener *Phantasie und Kreativität* eine positive Wirkung auf das Engagement und umgekehrt die Betonung des Festhaltens am »*Althergebrachten*« eine negative. Neben dem Lebensziel *Bereitschaft zum Engagement* spielt beim bürgerschaftlichen Engagement in Ost und West also auch eine *innovative* Wertekonstellation eine Rolle. Für den Umfang und das Potential bürgerschaftlichen Engagements ist diese sogar insofern besonders wichtig, als das Lebensziel »Phantasie und Kreativität« in Ost und West im Mittelwert viel höher ausgeprägt ist als z. B. das Lebensziel »Politisches Engagement«⁴.

Um die Wertesituation in Ost und West noch spezifischer zu erfassen und auf das bürgerschaftliche Engagement zu beziehen, benutzen wir unsere *Wertetypologie* als Kontrollvariable. Die Wertetypen sollen anhand der Art und Weise, wie die Befragten ihre Lebensziele *gewichten*, verschiedene Verhältnisse von Individuum und Gesellschaft widerspiegeln und damit innerhalb des *Wertewandels*⁵ in modernen Gesellschaften unterschiedliche Positionen anzeigen. Wir unterscheiden fünf Wertetypen:

Nonkonforme Idealisten geben sich individualistisch, indem sie Lebensziele betonen, welche die Verwirklichung der eigenen Person betreffen und gesellschaftliche Konventionen nur gedämpft akzeptieren. Sie wollen sich allerdings im »höheren«, eher intellektuell-ästhetischen Sinne verwirklichen, und das scheint mit »idealistischen« Engagementwerten gut vereinbar zu sein. Ihre Ablehnung von Konventionen hat ihre Ursache oft darin, daß sie dem »System« kritisch gegenüberstehen.

Bei den *Hedonistischen Materialisten*, die ebenfalls individualistische Positionen einnehmen, dreht sich dagegen alles darum, daß sie auf einer entsprechenden materiellen Grundlage ein lustorientiertes Leben führen wollen und ihnen die Akzeptanz von Konventionen unter Umständen dabei hinderlich sein kann.

Ordnungsliebende Konventionalisten gewichten dagegen die gesellschaftlichen Konventionen deutlich höher als ihre individuelle Selbstentfaltung und nehmen somit im Wertewandel die traditionelle Position ein.

Zwischen diesen Extremen bewegen sich *Aktive Realisten*, welche die Akzeptanz von Konventionen und sozialen Standards als Voraussetzung ihres individuellen Lebenserfolgs betrachten, den sie sozial gut integriert im Kreise ihrer Familie und Freunde genießen wollen.

Perspektivenlos Resignierte schließlich haben weder zu den Konventionen ein Verhältnis, noch verfolgen sie ein gesellschaftskritisches, lustorientiertes oder erfolgsbetontes Lebensideal. Es ist sicher schwer zu unterscheiden, ob ihre Passivität und Kontaktscheu sie zu Verlierern in einer modernen Leistungs- und Kommunikationsgesellschaft gemacht hat bzw. ob das Scheitern in dieser Gesellschaft sie erst passiv und unkommunikativ hat werden lassen.

4 Thomas Gensicke, Deutschland am Ausgang der neunziger Jahre. Lebensgefühl und Werte. In: Deutschland Archiv 1, 31. Jahrgang, S. 19-36; Thomas Gensicke, Sind die Deutschen reformscheu? Potentiale der Eigenverantwortung in Deutschland, in: »Aus Politik und Zeitgeschichte«, Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament« B18, S. 3-14.

5 Helmut Klages, Werte und Wertewandel, in: Bernhard Schäfers, Wolfgang Zapf, Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Opladen 1998.

Bürgerschaftliches Engagement nach Wertetypen

Wertetyp (Verteilung in Prozent)	Engagierte		Engagement- bereite		Nicht Engagement- bereite			
	W	O	W	O	W	O		
Ordnungsliebende Konventionalisten	16	19	31	25	22	29	47	46
Perspektivenlos Resignierte	19	20	32	27	30	29	38	44
Aktive Realisten	30	35	42	41	36	42	22	17
Hedonistische Materialisten	14	14	33	30	32	30	35	40
Nonkonforme Idealisten	21	12	57	54	33	34	10	12

Quelle: Wertesurvey 1997, alle Angaben in Prozent, W=West, O=Ost

Für unser Thema ist von Bedeutung, daß Nonkonforme Idealisten und auch Aktive Realisten als Träger der Wertedimension »Selbstentfaltung & Engagement« auch eine besonders positive Einstellung zum bürgerschaftlichen Engagement entwickeln. Bei Realisten wirkt sich das gleichzeitige starke Vorhandensein der Dimensionen »Konventionalismus« und »Hedonismus-Materialismus«, die bei Idealisten deutlich schwächer ausgeprägt sind, dämpfend auf die direkte Umsetzung der Engagementwerte aus, weil hier die *Differenziertheit* der Interessenlage, die sich besonders stark auch auf die berufliche Karriere, die Familie und den Erlebnissbereich richtet, die für das Engagement verfügbare Zeit verknappt.

Bei Nonkonformen Idealisten *bündeln* sich die für das Engagement günstigen Faktoren geradezu: hohe Kreativitäts- und Engagementwerte und ein skeptisches Verhältnis zur Tradition, hohes Bildungsniveau und höhere Schichtestufung, sowie der erhöhte Anteil 31-45-jähriger. Idealisten leben auch in größeren Haushalten und weisen – trotz einer ambivalenten Haltung zur kirchlichen und religiösen Tradition – neben den Konventionalisten den höchsten Kirchgang auf. Bei Realisten wirken viele strukturelle Effekte ähnlich, allerdings deutlich schwächer. Bei aktiven Realisten gehört das freiwillige Engagement *»auch zum Leben«*, bei Idealisten kann es zu einem prägenden Element des *Lebensstils* werden.

Besonders ungünstig ist die Einstellung zum bürgerschaftlichen Engagement bei den Ordnungsliebenden Konventionalisten, weil die Wertedimension »Konvention« die eher entfaltungsorientierten Wertedimensionen dominiert und auch die Variable Alter und das eher niedrige Bildungsniveau sehr mindernd wirken. Damit entsteht eine »umgekehrte« Konstellation im Vergleich zu den Idealisten, was folgerichtig eine stark ablehnende Haltung zum bürgerschaftlichen Engagement bedeutet.

Nicht besonders günstig für die Neigung, sich zu engagieren, sind auch die Konfigurationen »Perspektivenlos Resignierte« und »Hedonistische Materialisten«. Im ersten Falle ist ein eher passiver

Lebenszuschnitt vorhanden, im zweiten Falle führt die einseitige Lustorientierung oft zu einer egozentrischen Tendenz des Lebenszuschnitts, die auch von deutlicher Kirchenferne und geringer Religiosität begleitet wird. Da bürgerschaftliches Engagement ein gewisses Maß an *Sozialität* und auch eine gewisse *Aktivität* erfordert, trägt die Neigung der oft jugendlichen und männlichen Hedonistischen Materialisten, sich zum Zwecke der Partizipation an den Genüssen des Lebens auf die Wirkung der eigenen Ellenbogen zu verlassen, und die »ziellose« und wenig kommunikative Apathie der eher älteren und vom Leben nicht gerade begünstigten Resignierten nicht zu besonders hohem freiwilligem Engagement bei. Dennoch ist es überraschend, daß man auch in diesen Gruppen zwischen 27-33 Prozent Engagierte findet.

Interessanterweise neigen die Bürger im Osten und im Westen auch unterschiedlich zu unseren fünf aus den Wertorientierungen konstruierten Wertetypen. Auffällig ist die größere Nähe der Ostdeutschen, vor allem auch der jüngeren, zum Typus des Aktiven Realisten und der Westdeutschen zum Typus des Nonkonformen Idealisten, worin offensichtlich verschiedene kulturelle Einfärbungen ost- und westdeutscher Modernität zum Vorschein kommen. Diesen *stabilen* Unterschied haben wir bereits mehrmals zu verschiedenen Zeitpunkten gemessen. Neben diesem interessanten Ost-West-Unterschied wollen wir jedoch die Gemeinsamkeit hervorheben, daß sich die Wertesituation in Ost und West ähnlich plural und auch ähnlich strukturiert darstellt.

Die Auswirkungen der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Wertetyp auf die Bereitschaft zum Engagement sind in den alten und neuen Länder recht ähnlich. Allerdings bewirkt der geringere Anteil an Idealisten im Osten, daß zum einen unter den Engagierten der neuen Länder mehr Aktive Realisten vertreten sind (und diesem Bereich damit möglicherweise eine andere Färbung geben) und daß sich im Osten die Werte etwas in Richtung des potentiellen Engagements verschieben.

Die Diagnose geringer Unterschiede beim bürgerschaftlichen Engagement zwischen West- und Ostdeutschen läßt sich durch eine weitergehende Feststellung ergänzen, wenn man die Profile des von uns erfragten faktischen und des potentiellen Engagements in einzelnen Bereichen gegenüberstellt. Es ist erkennbar, daß sich die Relationen zwischen den Profilen umkehren, sobald man das faktische mit dem potentiellen Engagement vergleicht.

Während das *faktische* Engagement der Ostdeutschen hinter den Prioritäten der Westdeutschen eher zurückbleibt, decken sich beim *potentiellen* Engagement die beiderseitigen Stärken und Schwächen sehr viel weitgehender. Von Interesse sind in Ost und West besonders die »modernen« Bereiche Umwelt/Wohnen, Tierschutz, Dritte Welt/Menschenrechte und Gesundheitliche Selbsthilfe. Dazu gesellt sich – zumindest absolut gesehen – der bereits am stärksten besetzte Sport- und Bewegungsbereich (vor allem im Osten), interessanterweise jedoch auch der soziale Bereich. In den neuen Ländern ist auch das Interesse am Bereich »Kinder/Schule/Jugend« besonders ausgeprägt. Eher schwach ist dagegen die »Nachfrage« nach den klassischen Feldern des Engagements. Vor allem der im Westen stark

besetzte Kirchenbereich hat im Osten ein ziemlich geringes Potential, das betrifft jedoch auch den Bereich des politischen Engagements und zum Teil auch des öffentlichen Ehrenamtes. (Dahinter können allerdings auch negative Imageeffekte stecken.)

Es muß auffallen, daß die Ostdeutschen die Westdeutschen dort, wo diese »Stärken« haben, sie oft noch übertrumpfen, und auf der anderen Seite auch die westdeutschen »Schwächen« tendenziell deutlicher zum Ausdruck bringen. Wenn man die langfristig gesehen unbezweifelbare Rückläufigkeit der *Kirchenorientierung* in Westdeutschland ins Auge faßt, dann mag man versucht sein, dies auch mit der extrem niedrigen Bereitschaft der Ostdeutschen zum Engagement im kirchlichen Bereich in Zusammenhang zu bringen.

Motive und Hindernisse des bürgerschaftlichen Engagements

Bei den Ergebnissen der direkten Frage nach den *Motiven* des Engagements fällt sofort der hohe Anteil ins Auge, den in beiden Teilen Deutschlands die auf den Wertewandel zurückführbaren *Selbstentfaltungsmotive* spielen. Das betrifft unter anderem das Motiv, in seinem Engagement »Spaß zu haben« oder »seine Fähigkeiten und Kenntnisse einzubringen und weiterzuentwickeln«, »interessante Leute kennenzulernen« oder einfach »interessanter zu leben«. Die traditionelle Bürgerrolle (»Bürgerpflicht« und »soziales Ansehen erwerben«) spielt in Ost und West keine besondere Rolle bei der Motivation, sich zu engagieren.

Einzelne Tätigkeitsbereiche und Interessen am Engagement

Engagements	Vorhanden		Interesse	
	West	Ost	West	Ost
Sport und Bewegung	13.3	12.2	6.9	8.6
Kirchlicher Bereich	9.0	3.1	3.6	0.8
Schule/Kinder/Jugend	8.2	6.6	6.8	8.8
Kultur/Kunst	5.4	4.6	4.2	3.5
Politik /				
Interessenvertretung	4.9	3.4	3.5	2.1
Soziale Hilfen	4.4	4.3	7.3	5.5
Feuerwehr/				
Rettungsdienste	3.8	3.1	2.7	2.5
Öffentliche Ehrenämter	3.4	1.4	2.7	1.7
Tierschutz	3.2	3.3	7.0	8.2
Gesundheitliche				
Selbsthilfe	1.9	2.1	6	5
Dritte Welt/				
Menschenrechte	1.4	0.7	4.4	4.6
Anderes	4.6	3.1	0.8	0.7

Quelle: Wertesurvey 1997, alle Angaben in Prozent von allen Befragten, jeweils Mehrfachnennungen, sortiert nach den westdeutschen Werten

»Was bedeutet es für Sie, sich bürgerschaftlich zu engagieren?«

Engagementmotive	West	Ost
Daß es mir Spaß macht	5.6	5.9
Damit anderen Menschen zu helfen	5.5	5.4
Damit etwas Nützliches für das Gemeinwohl zu tun	5.4	5.2
Damit mehr für den Zusammenhalt der Menschen zu tun	5.0	5.2
Damit meinem Leben mehr Sinn zu geben	4.9	5.2
Meine eigenen Fähigkeiten und Kenntnisse einzubringen und weiterzuentwickeln	4.9	5.1
Sich dadurch aktiv zu halten	4.8	5.1
Dringende Probleme in meine eigenen Hände zu nehmen	4.7	4.6
Praktische Nächstenliebe zu üben	4.6	4.4
Interessante Leute kennenzulernen	4.6	4.9
Mich als Bürger selbst um etwas zu kümmern	4.5	4.5
Interessanter zu leben	4.0	4.4
Aus den eigenen vier Wänden herauszukommen	3.7	4.3
Meine eigenen Interessen besser durchzusetzen	3.6	3.7
Meiner Bürgerpflicht nachzukommen	3.6	3.4
Meine eigenen Probleme besser zu lösen	3.2	3.7
Mich neben Beruf und Freizeit mehr auszulasten	2.9	3.0
Mir soziales Ansehen zu erwerben	2.7	2.8
Dem Staat und den Gemeinden zu helfen, Geld zu sparen	2.6	2.3

Quelle: Wertesurvey 1997, Mittelwerte einer 7er-Skala von 1 »ganz unwichtig« bis 7 »sehr wichtig«, sortiert nach den westdeutschen Mittelwerten

Im Westen ist der *religiös-caritative* Aspekt stärker ausgeprägt (»Nächstenliebe«) und auch die *traditionell gemeinwohlbezogenen* Aspekte (»Gemeinwohl«, »Bürgerpflicht«, »Staat und Gemeinden helfen, Geld zu sparen«) spielen eine größere Rolle als im Osten. Dagegen ist im Osten der *hedonistische* Aspekt stärker vertreten (»Spaß«, »interessante Leute«, »interessanter leben«). Auch das Einbringen und Weiterentwickeln eigener Fähigkeiten und Kenntnisse wird im Osten etwas mehr betont. Neben dieser »modernerer« Motivation im Osten Deutschlands ist dort indirekt auch eine offensichtlich transformationsbedingte *Kompensationsfunktion* des Engagements zu erkennen. Wenn Ostdeutsche zum Engagement stärker als Westdeutsche dadurch bewegt werden, daß sie »eigene Probleme besser lösen«, »aus den eigenen vier Wänden herauskommen«, »sich aktiv halten« und ihrem Leben »mehr Sinn« geben wollen, dann scheint bei ihnen bürgerschaftliches Engagement im Verbund mit sozial-humanen und Selbstentfaltungsmotiven auch eine ganz praktische Funktion der eigenen *aktiven Teilnahme am sozialen Leben* zu haben, wenn z. B. der Arbeitsmarkt, die schwache Freizeitinfrastruktur oder einfach knappe finanzielle Ressourcen das auf »normalem« Wege nur unzureichend erlauben.

Was die Angabe von Gründen dafür betrifft, *sich nicht zu engagieren*, so wurden wir über unsere breit angelegte und in Anlehnung an vorangehende Untersuchungen entwickelte Liste eigentlich nur an wenigen Punkten fündig. Meistens gab man an, zu wenig Zeit, keine Lust zu haben oder bisher nicht angesprochen worden zu sein. Alle anderen Hinderungsgründe sind nicht besonders relevant.

Der Ost-West-Vergleich bringt jedoch eine ganze Reihe von Unterschieden zu Tage und zwar deutlichere als bei den Motiven des Engagements. Ostdeutsche haben überhaupt mehr Gründe, sich nicht zu engagieren, was sich ja mit einem geringeren faktischen Engagement deckt. Im einzelnen sehen sie sich eher als Westdeutsche nicht engagiert, weil sie bisher »nicht gefragt« wurden und weniger, weil ihre Zeit zu knapp ist. Sie haben auch etwas weniger Lust als westdeutsche Befragte. Man kann unter dem Etikett »Anstoßmangel in einer Anfangssituation« eine erste Gruppe von Hindernissen festhalten, die Westdeutsche und Ostdeutsche unterscheidet: Ostdeutsche geben öfter an, »nicht gefragt« worden zu sein oder daß sie »keinen kennen, an den sie sich wenden könnten«. Dazu kommt eine zweite Gruppe von unterscheidenden Hinderungsgründen, die man »Vorurteile und Staatsattribution« nennen kann: Zum einen glaubt man in den neuen Ländern stärker, eventuell »rechtliche Probleme« bekommen zu können, »als Laie nicht ernst genommen zu werden«, zu alt oder nicht kompetent genug zu sein; andererseits geht man eher als im Westen davon aus, daß eigentlich der Staat »zuständig« sei, er jedoch »Stellen einsparen« will (was ja in den neuen Ländern, besonders in den Kommunen, wirklich ein Problem ist).

»Welche Gründe haben Sie, sich nicht zu engagieren?«

Hindernisse für Engagement	West	Ost
Ich habe keine Zeit dafür übrig	4.6	4.3
Ich habe eigentlich keine Lust dazu	4.3	4.6
Es hat mich niemand danach gefragt	3.9	4.7
Man bekommt nicht einmal seinen Aufwand entschädigt	3.4	3.6
Ich weiß zuwenig darüber	3.4	3.6
Ich fühle mich dafür nicht kompetent	3.3	3.6
Dafür sind der Staat und professionelle Organisationen zuständig	3.3	3.6
Es macht keinen Spaß	3.2	3.5
Man wird ja am Ende doch nur ausgenutzt	3.2	3.5
Durch ehrenamtliche Tätigkeit sollen nur professionelle Stellen beim Staat eingespart werden	3.2	3.8
Man wird als Laie nicht ernst genommen	3.1	3.7
Dafür bin ich zu alt	3.0	3.4
Ich kenne niemanden, an den ich mich wenden könnte	2.9	3.3
Jeder sollte sich nur um seine eigenen Angelegenheiten kümmern	2.8	2.8
Meine berufliche Karriere ist mir wichtiger	2.8	3.1

Man bekommt vielleicht sogar noch rechtliche Schwierigkeiten	2.8	3.5
Ich will nichts mit wildfremden Menschen zu tun haben	2.6	2.8
Ohne ordentliche Bezahlung engagiere ich mich für gar nichts	2.2	2.5
Das ist nichts für junge Leute wie mich	2.1	2.2

Quelle: Wertesurvey 1997, Mittelwerte einer 7er-Skala von 1 »trifft überhaupt nicht zu« bis 7 »trifft voll und ganz zu«, sortiert nach den westdeutschen Mittelwerten

Wir können an dieser Stelle nicht endgültig klären, ob sich in den stärkeren Unlustgefühlen, Vorurteilen und in der höheren Staatsattribution in den neuen Ländern in erster Linie ein größeres Mißtrauen gegenüber dem in den neuen Ländern eingeführten westdeutschen »System« ausdrückt oder eher Reste von Erfahrungen aus dem alten System, das ja einerseits stets seine potentielle *Allzuständigkeit* proklamierte und dennoch seine Bürger intensiv in die *Pflicht* des »freiwilligen« Engagements nahm. (Man erinnere sich an den in der DDR gängigen Ausdruck des »freiwilligen Zwangs« zu unentgeltlichen Arbeitseinsätzen und anderen Aktivitäten in der Freizeit.)

In Ost und West werden die (absolut gesehen nicht besonders hoch ausgeprägten) Vorurteile gegenüber bürgerschaftlichem Engagement auch gerne zur »Bemäntelung« von Unlust, sich an etwas zu beteiligen, verwendet und sind beiderseits relativ unabhängig vom beklagten »Zeitmangel«, der sich in unserer Liste der Hinderungsgründe eher mit der Konzentration auf die eigene *berufliche Karriere* verknüpft.

Die Sondierung und vergleichende Analyse des Einstellungs- und Verhaltensbereiches des *bürgerschaftlichen Engagements* sollten einen Beitrag zum mentalen Ost-West-Vergleich liefern. Es wurden dabei sogar Modernitätsvorsprünge der neuen Länder erkennbar. So ist das Engagement in den neuen Ländern sporadischer und weniger stark institutionalisiert (in Großverbänden, im kirchlichen Bereich). Die Motivation ist weniger klassisch-caritativ und weniger klassisch-gemeinwohlorientiert, dafür hedonistischer. Dabei spielt auch der Abbau des religiösen Elementes in der DDR eine Rolle. Die Entwicklung in der DDR, deren schließlicher wirtschaftlicher und staatlicher Zusammenbruch und die rasante Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse in den neuen Ländern seit der Wende schufen mit einer gewissen Brutalität »Offenheiten«, die in den alten Ländern aufgrund der »sanfter« verlaufenen Säkularisierung, des noch immer geringer wahrgenommenen Umstrukturierungsdrucks und aufgrund von institutionell eingefahrenen Verhaltensroutinen noch nicht so deutlich vorhanden sind.

FRANK BERG

Politikwechsel und Reformpolitik: Der Fall Mecklenburg-Vorpommern

Frank Berg – Jg. 1951, Prof. Dr. phil. habil., Sozialwissenschaftler/Politikwissenschaftler am BISS e.V. – Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien. Erstveröffentlichung in: UTOPIE kreativ, Heft 115/116, S. 442-453.

Nach den Landtagswahlen vom 27. September 1998 gelangte in Mecklenburg-Vorpommern eine SPD-PDS-Koalition an die Regierungsmacht. Von vielen Akteuren und Beobachtern mit Hoffnungen bedacht, wurde sie von anderen als Tabubruch und Grenzüberschreitung der bisher in Deutschland üblichen Koalitionsmuster beklagt. Von Anfang an trat die neue Regierung mit dem Anspruch auf, einen »Politikwechsel« im Lande durchzusetzen. Diesem Gedanken gehen wir in einer Studie¹ nach, stellt sich doch die Frage, inwieweit auf der Ebene eines Bundeslandes überhaupt die Möglichkeit besteht, einen Politikwechsel durchzusetzen und wenn »ja«, in welche Richtung ein solcher Politikwechsel von den Voraussetzungen einer »rot-roten« Koalition her angestrebt wird bzw. realisierbar erscheint. Zieht man die Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und PDS sowie die Regierungserklärung von Ministerpräsident Ringstorff zu Rate, so wurde ein Politikwechsel angestrebt, der auf mehr Arbeit, soziale Gerechtigkeit und Demokratie sowie auf eine Versöhnung im Lande abzielt.

Jeder Anspruch auf einen »Politikwechsel« ist heute unweigerlich in die Frage eingebunden, wie der in Deutschland von allen Seiten deklarierte »Reformstau« aufzulösen ist, welche Rolle hierbei marktliberale bzw. sozialstaatliche, wertkonservative bzw. wertoffene Orientierungen spielen sollen. Es geht mithin nicht nur um Veränderungen von Akzenten oder Prioritäten in der Politik, sondern um die Suche nach neuen Wegen in einem gesellschaftlichen Umfeld, das tiefgreifender und komplexer Reformen bedarf. In keiner der großen politischen Parteien Deutschlands gibt es gegenwärtig hierfür klare oder gar einheitliche Orientierungen: Im christdemokratischen Lager Deutschlands gruppieren sich marktliberale, wertkonservative und christlich-sozialstaatliche Vertreter neu. Im sozialdemokratischen Lager steht die Auseinandersetzung um eine Neuaustarierung neoliberaler und sozialstaatlicher Werteorientierungen noch in den Anfangsschritten. Auch bei den »Bündnisgrünen« und im Lager der Sozialisten ringt man um Neuorientierungen – denn sowohl traditionell ökologische als auch traditionell »linke« bzw. »linkssozialistische« Positionen greifen nicht mehr, wenn sie mit den veränderten Realitäten konfrontiert werden.

Bedingungen moderner Reformpolitik

Was nun die Landesebene betrifft, so hat sich auch hier eine Reihe neuer Bedingungen für die Etablierung von Reformen herausgebildet.

Diese Bedingungen gelten unabhängig von den konkreten Inhalten der jeweiligen Reformpolitiken, stellen also für linksdemokratische Ansätze nicht weniger neue Herausforderungen dar als für andere:

Erstens: Reformpolitik in den Bundesländern, sofern sie auf Finanzierungen angewiesen ist,² kann heute in der Regel nicht mehr als Verteilungspolitik überschüssiger Finanzen oder zusätzlicher Neuverschuldung angegangen werden, sondern in der Tendenz nur noch auf Grundlage einer Politik zur Herstellung konsolidierter Staatsfinanzen. Wenngleich diese These im linksdemokratischen Umfeld nicht unumstritten ist,³ sind doch die Töne hörbarer, daß Reformprojekte nicht durch die perspektivische Einschränkung staatlicher Handlungsspielräume erkaufte werden dürfen. Neuverschuldungen (bzw. ihre Erhöhung) sind, wenn überhaupt noch akzeptabel, an strikte Kriterien zu binden, nämlich: a) an die Ausschöpfung aller Möglichkeiten zur nachhaltigen Neuorientierung der Landesfinanzen (Einnahmen, Ausgaben, Transparenz, ressourcenübergreifende Bündelungen, Schwerpunktbildungen etc.) und b) an die Erwartung nachhaltiger Effekte der Landesentwicklung, darunter auch im Bereich der Staatsfinanzen selbst. Die Ursachen hierfür liegen nicht allein in der komplizierten Haushaltslage der öffentlichen Finanzen, sondern – prinzipieller – in den Grenzen des fordistischen Reproduktionsmodells, in tiefgreifenden Veränderungen der Moderne-Entwicklung. Die einstige Koppelung zwischen Wirtschaftswachstum und Wohlfahrt, Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätzen, aber auch zwischen Wirtschaftswachstum und Wachstum der Staatsfinanzen ist zwar nicht völlig aufgehoben, aber brüchiger geworden.

Zweitens: Wenn dies so ist, dann werden Reformvorschläge – aus welcher Richtung sie auch kommen – intensiver denn je mit Verteilungskonflikten und organisierten Interessenkonflikten verbunden sein. Erfolgreiche Reformprozesse, die über das politisch-administrative System angestoßen werden, müssen dabei einerseits danach suchen, die internen Antriebs- und Motivations- sowie die Kooperationskräfte der betroffenen gesellschaftlichen Teilsysteme bzw. Teilspektoren zu stärken – nicht durch ihre traditionelle Verfestigung, sondern durch Anregungen zu Öffnungen, Richtungsänderungen, Interessentransformationen – und gleichzeitig die Möglichkeiten beschneiden, sich auf Kosten anderer Nutzen zu verschaffen.⁴ Werden einerseits bestimmte Entwicklungsrichtungen beschnitten (z.B. Interessen der Wirtschaft bei den FFH-Gebieten; Sozialbürokratien bei freien Trägern), müssen nach Möglichkeit für diese Bereiche neue Entwicklungschancen eröffnet werden (z.B. ökologisch orientierte Wirtschaftsförderung; projektgebundene statt infrastrukturegebundene Sozialförderung).

Drittens: Der Haupthebel (und im Sinne von Punkt 1 ein weitgehend »kostenloser«) für das Anstreben von Reformprozessen ist die Herstellung einer neuen demokratischen Öffentlichkeit. Darunter sind sowohl Prozesse zu verstehen, die die beabsichtigten Reformprojekte öffentlich diskutieren, zugleich der Versuch, auf diese Weise längerfristig Werteorientierungen zu verändern (Stichworte: Lebensweisen, Konsum, regionale Wirtschaft, Ökologie, Nachhaltigkeit) und insgesamt neue Formen der Demokratie, der Bürgergesellschaft und der Öffentlichkeit zu unterstützen. Prinzipiell können

»Der Übergang von der
 »Interessensicherung« zur
 »Interessentransformation«
 ist ein gesellschaftlicher
 Vorgang, der durch Politik
 nur dann beschränkt werden
 kann, wenn es ein öffentliches
 Bewußtsein über die
 Notwendigkeit und die
 Möglichkeit solcher Trans-
 formationen gibt. Dazu
 gehören die Einsicht, dass
 man aussteigen muß, und
 die begründete Hoffnung,
 auf einem neuen Weg nicht
 nur Altes zu verlieren,
 sondern auch Neues zu
 gewinnen.«
 Rainer Land: Reformpolitik
 in Zeiten der Depression,
 Berliner Debatte INITIAL,
 H. 4/5, 1999, S. 13.

die traditionellen Interessenstrukturen und ihre Blockierungstendenzen nur transformiert werden, wenn eine neue demokratische Öffentlichkeit entsteht, vor allem öffentliche Diskurse über Reform- und Entwicklungsperspektiven des Landes.

Viertens: Das politisch-administrative System kann in mittelfristiger Perspektive die anderen Teilbereiche der Gesellschaft nur dann steuern und auf Reformen hin neu orientieren, wenn es sich selbst neu orientiert. Dies betrifft sowohl die Erschließung finanzieller Mittel für Reformpolitik als auch deren Legitimität (öffentliche Unterstützung) und Handlungsfähigkeit. Sie muß also ihre finanziellen Quellen und ihre Legitimität tendenziell zu einem Gutteil aus der Umorganisation der öffentlichen Hand selbst speisen, vor allem aus der Neuorientierung der öffentlichen Förderpolitik und aus der Verwaltungsreform.

Fünftens: Eine auf nachhaltige Reformen zielende politische Steuerung, will sie erfolgreich sein, kann nur noch über Politiknetzwerke erfolgen, nicht über »Top-Down-Umsetzungen« politisch-administrativer Politikentwürfe. In Politiknetzwerken geht es nicht einfach um Verwaltungskontrolle, sondern um die Herausbildung von Handlungsorientierungen, Überzeugungen, Normen, Regeln, Leitideen, um Überzeugungsgemeinschaften (advocacy coalitions), um die Suche nach Kompromissen, Interessenausgleich, Wettbewerb um geistige Hegemonie. Das alles erfordert einen diskursiven, transparenten, sachorientierten Politikstil, der auch in der Öffentlichkeit Akzeptanz finden kann. Hier müssen sich die jeweiligen Politikentwürfe, wenn sie eine Durchsetzungschance haben wollen, einbringen, einen Platz erobern.

Sechstens: So sehr heute die Notwendigkeit wie auch die Inhalte und Instrumentarien in nationale, europäische und globale Zusammenhänge eingebunden sind, spielt doch der Ansatz des Regionalen bei der Etablierung von Reformschritten eine entscheidende Rolle. Hier sind – gerade in Ostdeutschland – die strukturellen Blockierungen der Interessengruppen wie auch festgefahrene Besitzstände in der Regel noch weniger als auf der Bundesebene ausgeprägt, ergeben sich daraus spezifische Handlungs- und Innovationschancen. Besonders die Chance zur Bildung innovativer, offener, dynamischer Akteursnetzwerke – auch quer zu traditionellen politischen und Interessengruppen – ist auf der regionalen Ebene größer, und gerade hierin liegt das entscheidende Akteursproblem des Zugangs zu Reformen. Andererseits sind die Handlungsbedingungen regionaler Akteure heute viel stärker in die Europäisierungs- und Globalisierungsprozesse eingebunden (nicht schlechthin dadurch »eingeschränkt«).

Neue Politikansätze und reformerische Herausforderungen in Mecklenburg-Vorpommern

Da sich in Mecklenburg-Vorpommern – bislang einmalig in Deutschland – eine »rot-rote« Regierungsform etabliert hat, stellen sich die folgenden drei Fragen, und zwar mit eskalierender Dimension von Frage zu Frage:

Vollzieht sich dort ein Politikwechsel und wenn ja, in welche Richtung (werden spezifische Inhalte »rot-roter« Politik erkennbar)?

Ostdeutschland kann durchaus eine Vorreiterrolle spielen, und zwar nicht – wie dies schon beinahe die Regel ist – in bezug auf die Abkopplung von den Tarifregulierungen, sondern bei der Anbahnung struktureller und institutioneller Reformen hin zu einem neuen Modernisierungspfad.

Sind Reformansätze im Sinne der o. g. allgemeinen Erfordernisse erkennbar?

Inwiefern kann sich eine SPD-PDS-Regierung von anderen Bundesländern und anderen Modernisierungs- bzw. Reformansätzen unterscheiden, bildet sich ein veränderter Politiktyp heraus, der perspektivisch eine spezifische Variante ostdeutscher Modernisierungspolitik sein könnte – neben beispielsweise der konservativ geführten sächsischen Modernisierungsvariante.

Während bei der erstgenannten Frage (Politikwechsel) doch zumindest eine Reihe klarer Signale erkennbar ist, verweist die zweitgenannte (Reformansätze) weitgehend noch ins Hypothetische bzw. Konzeptionelle und die letztgenannte (spezifische Modernisierungsvariante) bleibt derzeit gänzlich offen.

In den folgenden fünf Punkten sollen die hervorstechendsten Neuansätze politischen Handelns, aber auch die hiermit verbundenen neuen Herausforderungen für die SPD-PDS-Regierungskoalition in Mecklenburg-Vorpommern dargestellt werden:

Erstens: Als Zeichen einer gravierenden Veränderung im Lande, einer Wende bzw. eines Politikwechsels wurde deutschlandweit an sich schon die Tatsache reflektiert, daß SPD und PDS die erste rot-rote Koalition in Deutschland bildeten. Zwar ist es zweifelhaft, daß eine bestimmte Koalition schon ein Wert »an sich« sein kann. Nimmt man aber die deutschlandweiten Reaktionen in den Medien auf die Bildung der rot-roten Koalition, ist es eine Tatsache, daß diese Reaktionen nicht wegen irgendwelcher konkreter politischer Vorhaben erfolgten, sondern »an sich« schon auf die Bildung dieser Koalition. Nicht nur von der Koalitionsarchitektur her war dieser Schritt in Deutschland neu, sondern auch gemessen an den bisherigen Erfahrungen und politischen Orientierungen der beiden beteiligten Parteien. Bei der rot-roten Koalition handelt es sich um die Bewältigung eines gravierenden Umbruchs politischer Akteurskonstellationen, wie er beispielweise nur vergleichbar wäre mit den ersten rot-grünen Koalitionen in anderen Bundesländern. Bemerkenswert an der Veränderung der Akteurskonstellationen ist zunächst die Tatsache, daß beide Partner der Regierungskoalition von den gesellschaftlichen Akteuren im Lande als Adressat ihrer Interessenartikulation und überwiegend auch als kompetente Partner oder kompetente Kontrahenten akzeptiert werden. Man könnte sagen, das ist Normalität. Neu ist, daß für die PDS-Seite der Kreis der Ansprechpartner und somit auch ihre Einflußmöglichkeiten wesentlich größer und differenzierter als während der Oppositionszeit geworden sind,⁵ ohne daß der Wirkungskreis von SPD und CDU kleiner geworden wäre oder sich daraus direkte Verschiebungen der Wählerpotentiale ergeben würden. Freilich hat die CDU bei den Kommunalwahlen im Juni 1999 und in den Umfragewerten des Jahres 1999 deutlich zulegen können.

Zweitens: Das Land kam durch die Bildung einer handlungsfähigen Regierung aus einer mehrjährigen innenpolitischen Blockadesituation heraus. Seit langer Zeit gibt es wieder eine kooperative, sachorientierte, beiderseits kompromißbereite, aber nicht konfliktfreie Zusammenarbeit innerhalb der Regierung und zwischen den regierungstragenden Koalitionsfraktionen im Landtag. Dadurch sind

Am 15. März 2000 beschloß der Landtag einstimmig (!) die Verankerung des Konnexitätsprinzips in der Landesverfassung. Konnexität bedeutet, daß das Land verpflichtet ist, den Kreisen und Gemeinden Mehrkosten auszugleichen, wenn vom Land durch Gesetz oder Verordnung Aufgaben an die Kreise und Gemeinden übertragen werden.

Koalitionsvertrag zwischen SPD und PDS, Punkt 127: »Um den pädagogischen, demographischen und flächenland-spezifischen Anforderungen gerechter zu werden, wird die schulartenunabhängige Orientierungsstufe eingeführt. Ihre Anlagerung an die Grundschule oder eine weiterführende Schule wird nach den jeweiligen Gegebenheiten vor Ort entschieden. In der Legislaturperiode werden die notwendigen Maßnahmen für den langfristigen Übergang zur sechsjährigen Grundschule eingeleitet.«
 Punkt 208: »Die Obergrenze für die Nettokreditaufnahme wird im Jahr ... 2000 auf 650 Mio. DM, im Jahr 2001 auf 550 Mio. DM, im Jahr 2002 auf 450 Mio. DM festgesetzt. In begrenztem Umfang kann einvernehmlich eine Verschiebung der Kreditaufnahme innerhalb des Vierteljahreszeitraumes vorgenommen werden.«
 Punkt 217: »Beide Fraktionen verpflichten sich, nicht mit wechselnden Mehrheiten abzustimmen. Die freie Gewissensentscheidung des einzelnen Abgeordneten bleibt hiervon unberührt.«

prinzipiell neue Grundlagen für die landespolitische Gestaltungskraft von Regierungspolitik geschaffen worden. Das ist keine Frage von »links«, »Mitte« oder »rechts«, macht auch noch keine Reformpolitik, ermöglicht aber politische Handlungsfähigkeit. Vernetzungen und Bündelungen von Förderungen werden eher möglich und wurden – wenngleich erst in Anfängen – realisiert. Weiterhin konnte die Regierung auf dieser Grundlage eine Reihe von Problemen lösen, die teils schon unter der Vorgängerregierung thematisiert worden waren, jedoch nicht zum Ergebnis gebracht werden konnten (kurzfristige Planung des Airbus-Projekts Rostock-Laage, allerdings ohne Ansiedlungserfolg für die Endfertigung; Einführung des strikten Konnexitätsprinzips für die Kommunalfinanzierung; neue Abfallwirtschaftsordnung; Regulierung von Konflikten zwischen Tourismuswirtschaft, Landwirtschaft und Umwelt). Neue Initiativen wurden bei der Ausgestaltung und Akzentuierung von EU-Richtlinien und Bundesgesetzen, in von MV ausgehenden Bundesratsinitiativen (z.B. Verbandsklagerecht), beim Übernehmen, Aufnehmen politischer und sozialer Innovationen aus anderen Bundesländern und dem Ausland (z.B. Arbeitsmarktpolitik) ergriffen.

Trotz aller Belastungen der Koalitionsatmosphäre (z.B. durch den Kosovo-Krieg; durch die Haushaltskürzungen im Sozialbereich; durch den Streit um die schulartenunabhängige Orientierungsstufe) gelangte die Koalition bislang nicht in eine ernsthafte Krise. Die Kooperationsmechanismen beider Parteien (regelmäßige Absprachen beider Fraktionsvorsitzenden und Parlamentarischen Geschäftsführer; Kooperation der Fraktions-Arbeitskreise; Minister- und Staatssekretärsrunden mit Teilnahme von Fraktionsvertretern; Koalitionsausschuß) hatten eine koordinierende und konfliktregulierende Wirkung. Mit dem Streit um die schulartenunabhängige Orientierungsstufe entstand jedoch eine neue Konfliktdimension. Zum ersten Mal konnte ein »hausgemachtes« Problem zwischen den beiden Koalitionspartnern nicht gelöst werden. Nachdem die SPD durch eine Abkehr von dieser Orientierungsstufe⁶ faktisch auch vom Koalitionsvertrag (Punkt 127) abrückte und somit eine für die Koalition stark belastende Situation herstellte, sah sich die PDS ihrerseits veranlaßt, in den Punkten 208 (Obergrenze der Nettokreditaufnahme) und 217 (Verbot wechselnder Mehrheiten) ein Abgehen von der Koalitionsvereinbarung zu erwägen. Die PDS stellt damit eine politische Reaktion in Aussicht, die einerseits ihre Eigenständigkeit unterstreichen soll, im Ergebnis aber den Reiß für die Koalition vertiefen könnte. Letzteres muß allerdings nicht zwangsläufig der Fall sein. Wenn beiderseits am Fortbestand der Koalition festgehalten wird – und dies ist derzeit der Fall –, kann auch eine neue, konflikthafte, aber nicht unproduktive Art des Umgangs der Koalitionspartner miteinander entstehen. Die PDS hat angekündigt, gegebenenfalls auch eigene Anträge in den Landtag einzubringen, beispielsweise für ein Bleiberecht ausländischer Minderjähriger, für das Schulsozialarbeiterprogramm bei gleichzeitiger Entlastung der kommunalen Beteiligung, für ein Schulbauprogramm oder ein spezielles Vorpommern-Programm.

Drittens: Auf dauerhafte, stabile und neue Grundlagen wurde der bereits 1997 eingeleitete Kurs der Haushaltssanierung gestellt. Die

Politik ging zu einer langfristigen Konzeption und Praxis nachhaltiger Haushaltssanierung über und beginnt in ersten Schritten, auf dieser Grundlage das Land zu gestalten. Während sich das Land in den Jahren 1995 und 1996 noch jeweils mit über 2 Md. DM jährlich neu verschuldete, wurde seitdem der Kreditbedarf konsequent zurückgefahren: 1997 auf knapp 1,5 Md. DM, 1998 auf knapp 1,3 Md. DM, 1999 auf 924 Mio. und im Jahr 2000 auf ca. 650 Mio. DM. Im Jahre 2002 soll die Kreditaufnahme höchstens noch 450 Mio. DM betragen. Die Verschuldung des Landes war in den neunziger Jahren steil angestiegen und hatte bis zum Jahre 1998 die Summe von 13,7 Md. DM erreicht. Im Jahre 2000 sind es etwa 15,2 Md. DM Schulden. Dafür müssen im Jahre 2000 ca. 880 Mio. DM (!) an Zinsausgaben zur Verfügung gestellt werden; in den nächsten Jahren wird diese Ausgabenlast noch nicht sinken können. Eine sukzessive Absenkung der Nettokreditaufnahme – vorerst geplant bis zum Jahre 2002 – stoppt noch nicht das Anwachsen des Schuldenberges (im Jahre 2003 voraussichtlich 16,6 Md. DM ⁷⁾, jedoch wird ein Weg in diese Richtung, zur Bewahrung bzw. Wiedererlangung politischer Gestaltungsfähigkeit, beschritten. Konsequenter orientiert man damit auf eine nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik. Eine Absenkung der absoluten Verschuldung und eine Absenkung der jährlichen Zinslasten können wahrscheinlich erst nach einer Senkung der Neuverschuldung auf »Null« in Angriff genommen werden; erst dann kann der Schuldenberg abgebaut werden.

Neu ist an dieser Politik insbesondere auch die Tatsache, daß die PDS diesen Kurs von Beginn der Koalition an mittrug und trotz mancher »Bauchschmerzen« mitgestaltete. Nun wird – wie dargestellt – dieses Mittragen wieder in Frage gestellt. Dabei ist absehbar, will man die Sanierung vorantreiben, daß die Einnahmen des Haushaltes perspektivisch deutlich enger werden. Allein auf Grund des prognostizierten Bevölkerungsrückganges⁸ ergeben sich bei der Umsatzsteuerverteilung, beim Länderfinanzausgleich und den Fehlbeitrags-Bundesergänzungszuweisungen gegenüber 1999 Mindereinnahmen von 40 (im Jahre 2000), 71 (2001), 95 (2002) und 116 (2003) Mio. DM.⁹ Ein zusätzlicher Einnahmeausfall in Höhe von 199 Mio. DM (bereits saldiert durch erwartete Mehreinnahmen) entsteht infolge steuerrechtlicher Änderungen des Bundes. Weiterhin ist zu berücksichtigen, daß der Solidarpakt I im Jahre 2004 ausläuft und die Konditionen für einen Solidarpakt II ab 2005 für das Land gewiß härter werden.

Natürlich wäre ein Politikwechsel, der gerade darin besteht, die Haushaltssanierung an sich in den Mittelpunkt zu stellen, genauso perspektivlos für das Land wie ein Politikwechsel, der neue politische Ziele an den Herausforderungen der Haushaltssanierung vorbei entwickelt. Für linksdemokratische Politik ist es die schwierigste, aber letztlich unumgehbare Herausforderung, die Haushaltssanierung als Mittel und Chance zu nutzen, politische Ziele für eine sozial gerechtere und zukunftsfähige Entwicklung des Landes zu entwickeln bzw. neu zu definieren. Sie läßt sich m.E. nur angehen, wenn von den oben allgemein genannten sechs Reformfordernissen ausgegangen wird; sie erfordert in vielem die Transformation von Interessen (einschließlich potentieller Wählergruppen) statt ihrer

einfachen Verteidigung und Bewahrung. Hierfür sind Innovationsgeist und politische Initiative, Öffentlichkeit und parteienübergreifendes Handeln notwendig, sind Ideen und Öffentlichkeitsarbeit gefragt, nicht jedoch eine enge Sicht auf Parteiinteressen oder das Ausprobieren politischer Mittel des Drucks. Hier stellen sich Risiken für die Bewahrung des bisherigen Einflusses der Parteien, weil traditionelle Interessen nicht mehr auf traditionelle Weise bedient werden können. Andererseits kann man annehmen, daß (nur) die Parteien, die solche Reformorientierungen zu bewältigen suchen, sich auf diesem Wege langfristig neue Chancen für die Erlangung geistiger Hegemonie und neue Wählerpotentiale erarbeiten. Denn einen anderen Weg als die Verbindung von Haushaltskonsolidierungspolitik und Modernisierungspolitik gibt es ohnehin auf Dauer nicht; die Frage ist nur, wie und mit welchen Inhalten dies durchgesetzt wird und wer hierbei die Initiative in der Hand hält.

Viertens: Der Politikstil der Regierung und der sie tragenden Koalitionsparteien ist merklich kommunikativer geworden. Politische Prozesse werden deutlich mehr in einem diskursiven Kontext und als Verhandlungsprozesse mit den Organisationsträgern von Interessengruppen geführt. Exemplarische Beispiele dafür waren/sind die Verhandlungsprozesse um die FFH-Gebiete, die Krankenhausplanung und das Bündnis für Arbeit. Es besteht die Möglichkeit (aber nicht die Gewähr), daß die Akzeptanz bei den verschiedensten Interessverbänden weniger von ideologischen Dispositionen oder traditionellen Bindungen ausgeht, sondern sich eher auf Kooperation und Einbeziehung in Entscheidungsprozesse stützen kann. Dadurch würden tendenziell die Akteurskonstellationen im Lande auf neue Grundlagen gestellt, würden natürlich daraus auch neue Ansprüche an die Politik erwachsen.

Eine damit verbundene Herausforderung wird darin bestehen, die kooperativen Beziehungen zwischen den beiden Koalitionspartnern weiterzuentwickeln. Dazu gehört sowohl die Profilierung der eigenständigen Positionen innerhalb beider Parteien als auch die gezielte Suche nach den gemeinsamen Schnittmengen. Kompromißfähigkeit und gemeinsames Konfliktmanagement zwischen den Koalitionspartnern, so wichtig und so kompliziert das auch ist, reichen aber für moderne Politik nicht aus. Die o.g. Kooperationsmechanismen sind derzeit noch zu sehr auf Fehlervermeidung und zu wenig auf die Etablierung neuer Politikansätze gerichtet, sie bringen zu wenig Ideen, Anregungen, Motivationen hervor. Der Wettbewerb der beiden Koalitionspartner um realistische, innovative Politikangebote wird zunehmen. Den Schwierigkeiten, die sich in den Beziehungen der beiden Koalitionspartner in der letzten Zeit anbahnten, liegen sowohl unterschiedliche Gesellschafts- und Politikvorstellungen als auch eine unterschiedliche Bereitschaft zu reformerischen Veränderungen zugrunde. Gesellschaftsvorstellungen und Reformbereitschaften sind auch innerhalb der beiden Parteien selbst sehr inhomogen, werden nach außen hin noch zu wenig nachvollziehbar vermittelt und erscheinen daher zum Teil nur als Konflikte. Der externe Maßstab für die Bewertung der Koalitionspolitik geht mehr in die Richtung, ob pragmatisch und allgemein nachvollziehbar Fortschritte bei der Lösung von Problemen des Landes erzielt werden oder nicht, ob hierfür

»Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Positionen der PDS hat die CDU nicht zum ersten Mal angekündigt. Worte sind das eine, Taten das andere. Und selbige haben wir im Landtag noch nicht zur Kenntnis nehmen können.«
Angelika Gramkow,
Fraktionsvorsitzende der PDS, Presseinformation vom 25. April 2000.

die Handlungsmöglichkeiten für die kommunale und subregionale Ebene erweitert werden oder nicht.

Die CDU profitierte im letzten Jahr von der Enttäuschung über Rot-Grün und Rot-Rot in der Bevölkerung. Sie vermochte, ihren Einfluß in Verbänden zu stabilisieren oder zu halten (Unternehmerverbände, Feuerwehrverband, THW, Landessportbund, Tourismusverband, Landkreistag). Sie nimmt direkt oder über die Verbände Einfluß auf die Landespolitik und Landesverwaltung. Man kann aber auch davon ausgehen, daß die CDU Mecklenburg-Vorpommerns vor einer neuen Herausforderung steht: Sie wird durch die Umkehrung des Bundestrends und die inneren Veränderungsprozesse in der Bundes-CDU tendenziell dazu veranlaßt, von der gegenwärtig vorherrschenden Fundamental-Opposition zu einer Sachopposition überzugehen und bestehende Differenzen zwischen den Koalitionspartnern SPD und PDS zu nutzen. Dies würde die rot-rote Variante vor völlig neue Herausforderungen stellen, auf lange Sicht möglicherweise die Koalitionskarten neu mischen. Hinzu kommt, daß schon jetzt die CDU-nahen Verbände Rot-Rot nicht boykottieren, sondern in konstruktiver Sacharbeit ihre definierten Interessen durchzusetzen suchen. Und während die CDU-Fraktion im Landtag derzeit noch geschlossen und frontal gegen Rot-Rot agiert, tendieren die CDU-Wähler im Lande wie überhaupt immer die Wählerschaft eher dahin, sich an dem zu orientieren, was sie für das Landeswohl halten. Schließlich hat die neue Koalition gerade auf dem Felde der politischen Kultur Akzente gesetzt, die normalerweise einer Blockbildung entgegenstehen. Schon jetzt scheint deshalb klar, daß bestimmte landespolitische Ziele (wie vor kurzem gerade die Verankerung des Konnexitätsprinzips) in der Perspektive auch einen Dialogzugang zur Opposition erfordern und insgesamt noch mehr als bisher ein dialogischer, innovativer und pragmatisch lösungsorientierter Politikstil entwickelt werden muß.

Nicht zuletzt geht es um den schrittweisen, aber gezielten Aufbau einer demokratischen Öffentlichkeit im Lande und besonders auch in den Kommunen, ohne die die Einleitung von zukunftsfähigen Reformen kaum vorstellbar ist. Heute kann man noch nicht oder bestenfalls nur marginal feststellen, daß es medial vermittelte öffentliche Diskurse über grundlegende Fragen der Entwicklung des Landes gäbe. Die Medien bedienen eher die Lust auf Sensation und Konflikt als die Mühen des inhaltlichen Diskurses. Interessanter sind hingegen regionale und politikfeldspezifische Foren, so zu Fragen der Perspektive der Jugend. Die demokratische Bürgergesellschaft, die sich von »unten« her in die politischen Prozesse einbringt, ist dennoch zu wenig entwickelt. Oder – auch darüber wäre nachzudenken – sie ist von den kulturellen Eigenheiten der Menschen im Lande auf besondere Weise geprägt. Die demokratische Bürgergesellschaft oder »Zivilgesellschaft« in Mecklenburg-Vorpommern wird ohne Zweifel andere kulturelle Merkmale aufweisen als jene in Nordrhein-Westfalen oder Sachsen. Hiervon wäre auch in der Politik auszugehen. Wissenschaftliche Erkenntnisse fehlen indes hierzu noch.

Ein damit verbundenes, von den Parteien noch zu wenig aufgegriffenes Thema der Entwicklung politischer Kultur besteht in der Förderung bürgerschaftlichen Engagements, in der Vereinfach-

chung oder Beseitigung von Hürden für Bürgeranfragen, demokratischer Bürgerinitiativen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide. Einiges ist in Richtung von Demokratieverbesserungen zweifellos im Verlaufe des letzten Jahres eingeleitet worden, ohne damit jedoch auf besondere Resonanz in der Bevölkerung zu stoßen. Zu hoffen ist, daß der aus der Bundes-SPD hervorgebrachte Vorstoß zur Weiterentwicklung der Bürgerdemokratie auch neue Impulse für die Landesentwicklung bringt. Der in der Bevölkerung vorherrschende politische Frust kann nur aufgelöst werden, wenn sich nicht nur in der Koalition, sondern auch im Lande selbst, in der Öffentlichkeit ein neuer Stil des Dialogs und der sachorientierten Auseinandersetzung entwickelt. Moderne, reformorientierte Politik hat nun mal – anders als strukturkonservative Politik – nur eine Chance, wenn sie auf öffentliche demokratische Debatten und öffentliche demokratische Lernprozesse setzt. Dies scheint eine der wichtigsten Herausforderungen und Voraussetzungen für progressive Reformprozesse zu sein.

Fünftens: In einer Reihe von Projekten und Handlungsmustern finden Politikinhalt der Demokratie, der Versöhnung und der Gerechtigkeit einen größeren Niederschlag als zuvor. Hierin besteht gerade für die Linken die eigentliche Kernfrage der Bewertung dieser Regierungskoalition: Kann eine rot-rote Regierung mehr Demokratie und soziale Gerechtigkeit erreichen als andere Regierungsformen? Wenn diese Frage auf Mecklenburg-Vorpommern bezogen wird, zeigt sich gegenüber den CDU-geführten Vorgängerregierungen eine Reihe neuer Akzente in dieser Richtung: Für Demokratieverbesserungen sprechen die Einführung des Wahlrechts ab 16 Jahre (kommunale Ebene), Verbesserung der demokratischen Rechte in den Schulen, Stärkung von Mitspracherechten beim öffentlichen Rundfunk. Für die Umsetzung des Versöhnungsgedankens spricht seitens der Koalition der Verzicht auf eine Art der Auseinandersetzung, die dem politischen Gegner die Würde nimmt; daneben könnte es der Verzicht auf die »Regelanfrage« beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit sein, wenn dies – was bislang zu wenig der Fall ist – mit einer differenzierteren öffentlichen Vergangenheitsbewältigung einherginge. Und für mehr Gerechtigkeit sprechen die Bestrebungen, Arbeitslosen eine Chance über die Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungssektors zu geben, den Zukunftschancen junger Menschen größere Aufmerksamkeit zu widmen (Mobilitätshilfen, »Jugend baut«, Etablierung von Jugendfirmen, Projekt DUO usw.), Gleichstellungsfragen zwischen Mann und Frau als ressortübergreifendes politisches Anliegen zu entwickeln, das soziale Beratungs- und gesundheitliche Betreuungszentrum aus- und Dispensaireketten aufzubauen oder die umstrittene Förderung des privaten Erwerbs von Plattenbauwohnungen.

Von besonderem Interesse ist in diesem Zusammenhang eine Arbeitsmarktpolitik, die auf einen intelligenteren Einsatz der vorhandenen arbeitsmarktpolitischen Instrumente und Mittel setzt. Der Einstieg in einen öffentlichen Beschäftigungssektor (ÖBS), der hierbei nur einen neben anderen Politikinhalt darstellt (mit bisher über 300 Beschäftigten in gemeinwohlorientierten Arbeitsprojekten), zielt auf eine Verbesserung der »weichen« soziokulturellen Standortfaktoren, auf die Etablierung regionaler Netze zwischenbetrieblicher

und institutioneller Strukturen, auf die Selbstorganisation und -koordination lokaler/regionaler Akteure. Es geht also nicht einfach um eine staatliche Alimentierung von Arbeitsplätzen, sondern um den Aufbau gemeinwohlorientierter, aber wettbewerbsfördernder sozio-ökonomischer regionaler Infrastrukturen.

Wahrnehmungsmuster der Akteure

Diese genannten fünf Punkte, die gleichsam reformorientierte Ansätze wie auch neue Herausforderungen zum Ausdruck bringen, ändern noch nichts daran, daß von den durch uns befragten Akteuren in Parteien, Verbänden, Verwaltungen und anderen Institutionen keine neue Gesamtqualität des Regierungshandelns wahrgenommen wird. Wenn sie nicht wahrgenommen wird, kann folglich von ihr auch kein Motivations- oder Innovationsschub ausgehen. Auch innerhalb des Regierungslagers, besonders in der PDS, wird auf die kritischen Punkte der bisherigen Koalitionszeit aufmerksam gemacht, ohne die beachtlichen Neuansätze, die die Koalition erbracht hat, gering zu schätzen. Es gibt – so stimmen die meisten der von uns befragten Akteure überein – Ansätze eines Politikwechsels, aber keinen Politikwechsel, keine neue Gesamtqualität der Politik auf Landesebene. Es wird mehr diskutiert im Lande – das ist der Ansatz einer Veränderung der politischen Kultur –, aber es gibt noch keine neue politische Kultur und kein neues politisches Klima im Land. Von einer neuen geistig-moralischen Führerschaft bzw. Hegemonie im Lande durch die Koalition kann man nicht sprechen. Im Gesamtbild überwiegt die Kontinuität – manche Gesprächspartner drücken es kritischer aus: Es gibt nicht viel Neues. Sie drücken dabei vor allem auch aus, was mehrheitlich in der Bevölkerung empfunden wird. Der Regierungswechsel wurde nur ansatzweise zu einem tatsächlichen Politikwechsel fortgeführt. Positiv gewendet, betonen vor allem Führungskräfte in der Ministerialverwaltung, daß es eine sinnvolle Kontinuität des Regierungshandelns gäbe. Möglicherweise wäre es nach eineinhalb Jahren auch nicht realistisch, einen tatsächlichen »Politikwechsel« oder gar eine neue Reformpolitik zu erwarten. Die Frage ist jedoch, ob diese Ansätze erweitert und vertieft werden können, so daß sie im Lande mit wachsender Zustimmung wahrgenommen werden. Auch diese Frage ist heute noch offen.

Am kritischsten wird unter den befragten Akteuren – sei es innerhalb des Koalitionslagers oder außerhalb – eine gewisse Entscheidungsschwäche wahrgenommen. Zwar wird zugestanden, daß die Spielräume relativ gering sind, andererseits wird angemahnt, daß die Möglichkeiten nicht konsequent genutzt werden, daß es an Beweglichkeit und Weitsicht fehle. Schwerer noch wiegt, daß der Koalition seit dem Streit um die schulartenunabhängige Orientierungsstufe das Merkmal zugeschrieben wird, möglicherweise nicht einmal solche Beschlüsse verwirklichen zu können, die klar in der Koalitionsvereinbarung festgelegt waren und zudem nicht zu den schwierigsten Problemen des Landes gehören.

Perspektiven

Auch wenn regionale Reformansätze in starkem Maße in nationale, europäische und globale Zusammenhänge gestellt sind, stellen sie

zunehmend ein relativ selbständiges politisches Aktionsfeld dar, können sich in unterschiedlichen Varianten entwickeln und sogar eigenständige Anstöße hervorbringen. In Mecklenburg-Vorpommern bleiben die Herausforderungen, einen solchen Reformkurs einzuleiten, der das Land nicht überfordert, aber neue Perspektiven zeigt: In öffentlichen Diskursen zukunftsorientierte Leitideen für die Entwicklung des Landes und seiner Sub-Regionen erarbeiten; Haushaltskonsolidierung mit Reformperspektiven und Interessentransformation verbinden; Prioritäten, Mechanismen und Effizienzen der Landesförderpolitik überprüfen nach Gesichtspunkten der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit und nach der Verbesserung sozialer Gerechtigkeit; hierbei die Zusammenarbeit zwischen den Ressorts zu verbessern und nach Synergieeffekten zu suchen; Wirtschafts- und Arbeitsförderung integrativ nach Schwerpunkten voranbringen; ÖBS zu einem modernen gemeinwohlorientierten Dienstleistungsbereich entwickeln, der zur Entwicklung regionaler sozioökonomischer Infrastrukturen beiträgt und sich neben einer öffentlichen Grundförderung auch eigenfinanzieren kann und leistungsorientiert stimuliert wird; moderne, bürger- und dienstleistungsorientierte Verwaltungsreform, die weniger mit neuen Zentralisierungen bei der Ministerialverwaltung einhergeht als vielmehr mit Subsidiarität, Eigenverantwortung, Stimulierung regionaler innovativer Akteursnetzwerke.

In diesen Herausforderungen – wie sie hier skizziert sind – verbinden sich allgemeine Reformfordernisse mit solchen, die eher auf einen modernen linksdemokratischen Ansatz zielen. Diese Verbindung wäre mit dem gegenwärtig bestehenden Koalitionsgefüge in Mecklenburg-Vorpommern prinzipiell kompatibel, wenn sich beide Parteien entschiedener auf einen modernen Reformkurs einließen. Die Frage nach der Möglichkeit einer linksdemokratisch mitgestalteten und beeinflussten regionalen Reformalternative ist heute noch nicht ausreichend diskutiert und erst recht noch nicht praktisch entschieden, auch mit der rot-roten Regierungsform in Mecklenburg-Vorpommern nicht. Eine günstige Voraussetzung (»Voraussetzung« ist noch keine hinreichende Bedingung!) hierfür besteht jedoch in diesem Lande: Regierungsmacht. Denn solche weitreichenden reformerischen Veränderungen und derart komplexe gesellschaftliche Steuerungsprozesse können zwar auch aus der Opposition heraus beeinflusst werden, dürften ihr aber ohne die entsprechenden Steuerungs- und Entscheidungskompetenzen letztlich kaum den »Stempel« aufdrücken können.

- 1 Frank Berg, Thomas Koch: Politikwechsel in Mecklenburg-Vorpommern? Studie, März 2000, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 99 Seiten, im Erscheinen.
- 2 Weniger auf eine Finanzierung angewiesen sind z.B. solche wichtigen Reformbereiche wie Demokratie und politische Kultur. Die Reformmöglichkeiten in anderen Bereichen, so zum Beispiel bei der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, Umwelt-, Verkehrs-, Sozial- und Bildungspolitik sowie bei der Regionalentwicklung insgesamt hängen zu einem großen Teil von den Finanzierungsmöglichkeiten ab.
- 3 Vgl. hierzu u.a. die Diskussion im Neuen Deutschland vom 25. Februar und 16. März 2000.
- 4 Vgl. Rainer Land: Reformpolitik in Zeiten der Depression, in: Berliner Debatte Initial, 1999, Heft 4/5, S. 5-19; vgl. auch Renate Mayntz, Fritz W. Scharf: Steuerung und Selbstorganisation in staatsnahen Sektoren, in: dieselben (Hg.): Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung, Frankfurt/Main, New York 1995, S. 9-38.
- 5 Die Vergrößerung des Wirkungskreises bezieht sich vor allem auf die drei PDS-Minister, bedingt auch auf die PDS-Fraktion im Landtag (kaum jedoch auf den Landesverband der PDS).

- Seitens der verschiedensten Interessenorganisationen, darunter der Unternehmerverbände, werden sie heute kraft ihrer Regierungsposition wesentlich mehr als in den zuvor liegenden »Oppositionszeiten« als Adressat, Ansprech- und Verhandlungspartner ihrer Interessenpolitik akzeptiert.
- 6 Nach den Vorstellungen der SPD sollen zwar in allen Schulformen gemeinsame Rahmenlehrpläne bis einschließlich 6. Klasse gelten (bei zusätzlichen Förder- und Teilungsstunden im Hauptschulbereich), die Eltern behalten jedoch das Entscheidungsrecht darüber, in welcher Schulform die 5. und 6. Klasse absolviert wird.
 - 7 Vgl. Mittelfristige Finanzplanung 1999-2003 des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 1999.
 - 8 Nach einer Prognose der Bevölkerungsentwicklung verliert das Land Mecklenburg-Vorpommern zwischen 1998 und 2010 etwa 4,7% seiner Einwohner (84.075 Personen). Vgl. Klaus-Peter Möller, Matthias Günther (Eduard Pestel Institut für Systemforschung e.V.): Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern bis zum Jahr 2010, hrsg. vom Wirtschaftsministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern und LBS Ostdeutsche Landesbausparkasse, Hannover 1998.
 - 9 Vgl. Mittelfristige Finanzplanung 1999-2003 des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 1999, S. 27f.
 - 10 Franz Müntefering: Demokratie braucht Partei. Die Chance der SPD, Beitrag vom 2. April 2000. Hier wird u.a. eine Einführung von Vorwahlen bei den Kandidatenaufstellungen ab Bundestagswahl 2006, die Einführung des Kumulierens bei Kommunalwahlen sowie die Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene vorgeschlagen.
 - 11 Diese Einschätzung vertreten vor allem Akteure, die aus dem Umfeld der ehemaligen Bürgerbewegungen in der DDR kommen. Bemerkenswerte, wenngleich umstrittene Ergebnisse für eine Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit erbrachte Mitte der neunziger Jahre die Enquetekommission »Leben in der DDR, Leben nach 1989 – Aufarbeitung und Versöhnung« des Landtages.
 - 12 Vgl. Helmut Müntefering: Der Einstieg in den öffentlich-geförderten Beschäftigungssektor in Mecklenburg-Vorpommern, in: Harald Werner (Hg.): Zwischen Staat und Markt. Der öffentliche Beschäftigungssektor, Hamburg / Schwerin 1999, S. 132-144.

ERIC HOBSBAWM

Das Jahrhundert der Arbeiterbewegung

Eric Hobsbawm – Jg. 1917, geboren in Alexandria, Schulzeit in Wien und Berlin; seit 1933 in London; emeritierter Professor für Geschichte an der New School for Social Research in New York. Erstveröffentlichung in: UTOPIE kreativ, Heft 109/110, S. 7-18.

»Das Jahrhundert der Arbeiterbewegung« heißt der Titel, der mir schon vor Jahren vom Vorstand der Linzer Konferenz vorgeschlagen wurde. Jahrhunderte sind natürlich kein historischer Begriff. Sie sind mit der Geschichte nur durch die Chronologie und durch eine unserer Kultur spezifische Magie der Zahlen verbunden. Hundert Jahre sind eine rein zufällige Zahl in der Geschichte; und die Tatsache, daß wir die Jahrhunderte mit zwei Nullen beginnen, ist noch zufälliger. Übrigens ist es reiner Eurozentrismus, daß die Welt dieses Jahresende, das Ende eines Jahrhunderts und eines Jahrtausends, feiert, denn nur in der christlichen Zeitrechnung ist das so. Wir haben uns aber an die Jahrhunderte gewöhnt, und sie sind eine nützliche Zeitspanne für Leute, die beruflich Ideen vermitteln wie Lehrer, Journalisten und auch Historiker. Ich spreche zu Ihnen also über »das Jahrhundert der Arbeiterbewegung«, mit oder ohne Fragezeichen, obwohl jeder Leser des Kommunistischen Manifests weiß, daß die Arbeiterbewegung bedeutend älter ist als hundert Jahre. Allerdings, die Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung ist kaum mehr als ein Jahrhundert alt. Die ersten bedeutenden Werke der britischen Arbeitergeschichte gehören in die 1880er und 1890er Jahre – ich denke vor allem an die großen Werke des Ehepaars Webb über die britischen Gewerkschaften. Der erste allgemeine Überblick ist wohl W. Kulemanns »Die Gewerkschaftsbewegung. Darstellung der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter und Arbeitgeber aller Länder«, die vor fast hundert Jahren erschien (Jena 1900). Um diese Zeit erschienen auch die ersten innerhalb der Arbeiterparteien geschriebenen Geschichten der Sozialdemokratie, z.B. die erste Version von Mehring 1898.

Was aber bedeutet mein Titel? Mindestens zweierlei. Einerseits wirft er die Frage auf: Was ist in diesem Jahrhundert mit der Arbeiterbewegung geschehen? Wie hat sie sich entwickelt? Andererseits die Frage: Was für eine Rolle hat die Arbeiterbewegung in der Geschichte dieses Jahrhunderts gespielt? Wie hat sie diese Geschichte auch außerhalb der Arbeiterklasse beeinflusst? Über beides möchte ich sprechen.

Zufällig hat die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert (wenn wir die Daten nicht zu pedantisch auffassen) Bedeutung für beide Fragen. Lassen Sie mich ein paar Daten zitieren: In den damaligen neunziger Jahren gab die britische Regierung zum ersten Mal eine »Abstract of Labour Statistics« heraus; 1896 das betreffende belgische Ministerium die erste Nummer einer »Revue du Travail«. Mit

Der vorliegende Beitrag basiert auf einem Referat, das der Autor auf der 35. Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung (ITH) in Linz am 15. September 1999 hielt.

anderen Worten: In den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts mußten die Regierungen Europas zum ersten Mal bewußt mit einer fest etablierten Arbeiterbewegung rechnen. 1894 griff ein britischer Ministerpräsident – Lord Rosebery – zum ersten Mal als Schlichter in einen Kampf zwischen Unternehmern und Arbeitern ein; fünf Jahre später, 1899, tat es der französische Ministerpräsident Waldeck-Rousseau – aufgefördert diesmal von der streikenden Arbeiterschaft der Schneider-Creusot-Werke. Und im gleichen Jahr 1899 machte die französische Regierung einen Schritt, der die politischen Parteien der Arbeiterbewegung, d.h. hauptsächlich die sozialistischen, in eine tiefe Krise stürzte: Sie ernannte einen Sozialisten, den vierzigjährigen Alexandre Millerand, zum Handelsminister. Bis dahin – und noch viel später – stand es für die Sozialisten fest, daß sie erst mit der Niederlage des Kapitalismus, d.h. mit der Revolution, dem erfolgreichen Generalstreik oder dem Wahlsieg einer kompromißlosen sozialdemokratischen Partei, Regierungen bilden oder an diesen teilnehmen sollten. Diese Krise, d.h. der 1900er Kongreß der Zweiten Internationale, der sich dazu äußern mußte, eröffnet das »Jahrhundert der Arbeiterbewegung« im Sinne dieses Vortrags. Diese Arbeiterbewegung war damals allerdings fast gänzlich auf Europa und die Länder der europäischen Emigration beschränkt.

Warum glaubten die Regierungen Europas, sie müßten sich mit der organisierten Arbeiterbewegung auseinandersetzen? Kaum aus wirtschaftlichen Gründen, obwohl schon damals Unternehmer behaupteten, die Gewerkschaften brächten sie an den Rand des Untergangs. Der Prozentsatz der gewerkschaftlich Organisierten war wohl dem heutigen in Ländern wie den Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich vergleichbar (gegen 15 – 20 Prozent in England und Frankreich, etwas weniger in Deutschland). Auch politisch war die Bewegung noch verhältnismäßig schwach, außer in Deutschland, wo die SPD schon mit gegen 30 Prozent der Stimmen bei weitem die größte Wählerpartei war. Allerdings gab es nur in wenigen Staaten schon das allgemeine (männliche) Wahlrecht, aber es war doch vorzusehen, daß in den Ländern, in denen es eine Arbeiterpartei gab, sie nach Einführung der Wahldemokratie bald zu einer Wahlmacht werden würde. Das geschah im Laufe der Jahre vor 1914 in Skandinavien und anderswo. Was auf die Regierungen einwirkte, war das neue Klassenbewußtsein der Arbeiter, das seinen Ausdruck in den neuen, fast durchweg rotgefärbten Klassenparteien fand. Winston Churchill, als liberaler Handelsminister im reformistischen Ministerium nach 1906, hat das einmal klar formuliert: Wenn das liberal-konservative Zweiparteiensystem einmal zusammenbrechen sollte, dann käme es in Großbritannien zur reinen Klassenpolitik. Und das war natürlich ungünstig, da die meisten Briten zur Arbeiterklasse gehörten. Das war allerdings damals und später ein Ausnahmefall, denn die Arbeiterklasse war eine Minderheit in fast allen anderen Ländern.

Die Millerandkrise zwang die neuen Arbeiterparteien zum ersten Mal zur Untersuchung ihrer Beziehung zum System, in dem sie ihre Tätigkeit ausübten. Offensichtlich stand eine solche Untersuchung auf der Tagesordnung. Im gleichen Jahr – ja, vor fast genau hundert Jahren, im Herbst 1899 – veröffentlichte Eduard Bernstein sein Ma-

Gibt es eine oder mehrere Arbeiterbewegungen? Es gibt eine Arbeiterbewegung im engsten Sinne, nämlich die Bewegung zur Verbesserung und zur Verteidigung der tatsächlichen Lage der Lohnempfänger, der Arbeitnehmer, die überall in ähnlicher Art existiert – mit Streiks, Gewerkschaftsaktionen usw. –, wo es politisch erlaubt ist. Wie sich das dann mit Ideologien und Politik verbindet, ist eine ganz andere Frage. Da gehen die Ansichten auseinander. Z. B. war in England schon im 19. Jahrhundert die Gewerkschaftsbewegung genügend stark, so daß die Unternehmer mit ihr verhandeln mußten. In anderen Ländern war es nicht so. Es gibt Länder, wie z. B. Frankreich, wo diese Art der Arbeiterbewegung schon immer, von Anfang an, mit wenigen Ausnahmen, ziemlich schwach und nicht stabil war.

Eric Hobsbawm:

Erwiderung auf Fragen zum Referat vom 15. September 1999 in Linz, nach dem Tonbandmitschnitt.

Es stimmt, daß der Sozialismus nicht mit Marx angefangen hat und vielleicht auch nicht mit Marx aufhören wird – als Ideal. Ich habe ja bemerkt, daß es sozialistische Bewegungen gibt, die nicht direkt mit der Arbeiterbewegung zusammenhängen. Früher und heute. Ich glaube aber, daß das Problem des Sozialismus umzudenken ist, oder besser gesagt, daß wir es in zwei Teile teilen müssen. Das ursprüngliche Projekt war eigentlich nur als die Negierung des Kapitalismus, der bestehenden aufsteigenden Gesellschaftsordnung gedacht. Wenn man sich einmal die tatsächliche Politik, auch die tatsächliche Theorie der Begründer des Sozialismus anschaut, sieht man, daß sehr wenig über den Sozialismus nachgedacht worden ist. Sozialismus ist, wie wir es heute wissen, nicht (so gewesen), wie er sein sollte. Marx selbst hat ganz bewußt Abstand davon genommen, darüber nachzudenken, wie ein Sozialismus sein sollte, hat bloß allgemein von Sozialismus gesprochen. Und Sie wissen ja auch, daß die Wirtschaftstheorie (Planung und ähnliche Dinge) nicht ursprünglich aus dem Sozialismus kam. Als es nach dem ersten Weltkrieg zu Sozialisierungsdebatten kam, da waren es bürgerliche Volkswirtschaftler, die den Sozialdemokraten vorwarfen: Ihr habt ja nicht darüber nachgedacht, was nun eigentlich geschehen soll; das müßt ihr noch tun. Die einzigen Modelle, auch die, die die Bolschewiki wirklich hatten, waren die deutsche Kriegswirtschaft und ähnliche. Was den Leuten vorschwebte, war irgendeine Gesellschaft

nifest des Revisionismus »Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie«, das zur erbitterten internationalen Diskussion über seine Thesen führte. Wir leben auch heute wieder in einem ähnlichen historischen Augenblick, allerdings nicht unter dem optimistischen Vorzeichen der Arbeiterbewegung des alten fin-de-siècle, sondern unter dem pessimistischen des heutigen. Darf ich Sie daran erinnern, daß im gleichen Jahr 1899, auch zum ersten Mal, Bücher mit dem Titel »Krise des Marxismus« (Masaryk), ja sogar »Ende des Marxismus« (Weisengruen 1899) erschienen.

»Reformismus oder Revolution?« war die Grundfrage sowohl der Millerandkrise wie der Revisionismusdebatte. Wenn der Zusammenbruch des Kapitalismus nicht zu erwarten war – und damals wie heute konnte man nicht mehr an das unmittelbar bevorstehende Ende des Kapitalismus glauben, wenigstens in der sogenannten entwickelten Welt –, dann hieß die Frage: Was gab es eigentlich unter solchen Umständen für die Arbeiterbewegung zu tun? Oder mit anderen Worten, da die meisten dieser Arbeiterparteien sozialistisch waren: Gab es einen anderen Weg zum Sozialismus als die Revolution? Die Fälle Millerand und Bernstein waren skandalös, weil sie diese Frage in einer Form stellten, die sich nicht umgehen ließ. Bernstein formulierte sie sogar als offene Revision des Marxismus und wurde daher von allen Seiten entrüstet abgelehnt. Da es politisch um einen Einzelfall ging und die Theorie nicht angegriffen wurde, behandelte die Internationale die Millerand-Affäre viel behutsamer und schlug eine Kompromißlösung vor, die praktisch die Teilnahme an bürgerlichen Regierungen ermöglichte und daher auch den Weg zu einer neuen Politik öffnete. Auch in der Revisionismusfrage paßte sich die Sozialdemokratie in der Praxis, wenn auch nicht in der Theorie, an die Wirklichkeit des Kampfes um Besserung der Lage der Arbeiter innerhalb des Kapitalismus an, auch wenn sie Bernsteins theoretische Begründung des Reformismus kategorisch abwies. Kurz: Von 1900 an lebte auch die marxistische Arbeiterbewegung in den Hauptländern des Kapitalismus in einer faktischen Symbiose mit dem System und nicht im Kriegszustand mit ihm.

Ich sage bewußt: die sozialistische Arbeiterbewegung und nicht einfach die Arbeiterbewegung. Denn die Krise des Revisionismus war eine Krise des Sozialismus und nicht der Bewegung selbst. Gestern abend diskutierten wir das Thema: »Die Arbeiterbewegung – ein gescheitertes Projekt der Moderne?«¹ Doch dieser Titel ist falsch. Die Arbeiterbewegung (wie das Klassenbewußtsein) ist kein »Projekt«, sondern ein in einem bestimmten Stadium der gesellschaftlichen Produktion logisch notwendiges und praktisch unvermeidliches Charakteristikum einer Klasse der Lohnarbeiter. Der Sozialismus dagegen ist ein Projekt, das heißt die Absicht und der Versuch, den Kapitalismus zu stürzen und durch ein neues wirtschaftliches System und eine neue Gesellschaft zu ersetzen. Obwohl dieses Projekt fast von Anfang an mit der Arbeiterbewegung eng verflochten ist, sind die beiden nicht identisch. Arbeiterbewegungen finden wir in allen Gesellschaften, in denen eine Arbeiterklasse existiert, außer dort, wo sie durch Zwang und Terror verhindert wird. Allerdings finden wir sie besonders klar entwickelt in Ländern, in denen es durch politische Demokratie oder anderswie möglich ist,

daß sie ihre Tätigkeit entfalten kann. Sie spielte z.B. in der Geschichte der Vereinigten Staaten eine bedeutende Rolle, zum Unterschied vom Sozialismus als Ideologie oder als politische Bewegung, deren Abwesenheit dort schon seit hundert Jahren oft bemerkt wurde. Sie spielt sie dort übrigens noch immer, z.B. als eine der wichtigsten Geldgeberinnen für die Demokratische Partei. Auch in Großbritannien gab es vor der Labour Party eine mit der Liberalen Partei verbundene Arbeiterbewegung, und daß die Bewegung sich gänzlich von den Liberalen trennte, wurde erst nach dem Ersten Weltkrieg unvermeidlich. Es erstaunt noch heute manchen Sozialisten und Kommunisten, daß sich in den vierziger Jahren unseres Jahrhunderts in Argentinien eine politisch eigenständige und radikale Massenarbeiter- und Gewerkschaftsbewegung entwickelte, die ideologisch nicht sozialistisch war und auch nicht liberal, sondern rein durch Treue zu einem demagogischen Führer mobilisiert wurde, nämlich den Peronismus. Ja, es gibt nicht nur nichtsozialistische, sondern auch antisozialistische Arbeiterbewegungen, so zum Beispiel die polnische *Solidarność*, ebenso wie es nationalistisch oder konfessionell gefärbte Arbeiterbewegungen gab und gibt, ob ohne oder mit Verbindung zu anderen Ideologien. Erinnern wir uns daran, daß der Versuch, die Katholiken in die Regierung Nordirlands zu bringen, vor fünfundzwanzig Jahren durch einen Generalstreik der protestantischen Arbeiterschaft sabotiert wurde.

Ich behaupte natürlich nicht, daß die lange geschichtliche Verbindung zwischen Arbeiterbewegung, den Sozialisten, deren Ideologien und den sozialistischen Parteien ein historischer Zufall ist. Ich will nur feststellen, daß Arbeiterbewegung und Sozialismus nicht notwendigerweise notorisch kongruent waren und sind. Es gibt übrigens in der Geschichte auch Sozialismus und Kommunismus ohne Arbeiterbewegung – vorkapitalistische, wie z.B. christliche und ketzerische, und dann den utopischen Sozialismus vor Marx, der ja an keine Klassenbasis gebunden war, jedenfalls theoretisch nicht, obwohl er praktisch sehr an Elemente aus der jungen Arbeiterbewegung anknüpfte. Ja, mehr noch: Marxistische Theoretiker von Kautsky bis Lenin behaupteten, daß der Sozialismus nicht spontan aus der Arbeiterbewegung entsprang, sondern von außen in sie hineingetragen werden mußte. Das ist meiner Ansicht nach übertrieben. Ich glaube, daß mindestens seit dem Zeitalter der Revolution – besonders der Großen Französischen Revolution, aber auch der gesellschaftlichen Umwälzung der industriellen Revolution – die Möglichkeit eines Umsturzes, einer ganz anderen Gesellschaft als der heutigen, zum Erfahrungsgut der Menschen aller Klassen in den von diesen Revolutionen betroffenen Gebieten wurde. Der kollektive Kampf um die Verbesserung der Bedingungen der Arbeiter schloß also die Möglichkeit und daher für arme Leute den Wunsch nach einer neuen und besseren, d.h. einer sozial gerechteren, Gesellschaft ein. Ja, ich glaube sogar, daß die Idee einer auf Gemeinschaft und nicht auf Konkurrenz gebauten Gesellschaft spontan in der frühen Arbeiterbewegung enthalten war. Was von außen in die Bewegung hineingetragen werden mußte, war etwas anderes: nämlich der spezifische Name und Inhalt dieser neuen Gesellschaft – Sozialismus als Programm der Bewegung, die Strategie des Übergangs vom Ka-

ohne Konkurrenz, ohne Geld, ohne Markt, gänzlich sozial organisiert. Das hat fehlgeschlagen. Entweder hat man Abstand davon genommen, es überhaupt zu realisieren – das war bei den meisten sozialdemokratischen Parteien so, auch wenn sie vor und nach Godesberg weiterhin sagten, sie wollten am Ende doch irgendeine voll sozialistische Gesellschaft. Aber niemand hat es wirklich versucht. Oder man hat versucht, es auf bolschewistische Art zu realisieren, und das hat nicht geklappt. Eric Hobsbawm: Erwiderung auf Fragen zum Referat vom 15. September 1999 in Linz, nach dem Tonbandmitschnitt.

Der andere Teil des Sozialismus ist die Kritik der Tendenzen des Kapitalismus, die es immer mehr notwendig machen, daß die Struktur der Wirtschaft (sich) in einer Art wendet, daß soziale Kontrolle stattfindet, Wirtschaftsfunktionen sozial geregelt werden und nicht nur durch private Initiative und Imperative der Akkumulation des Kapitals. Diese Kritik besteht weiter, gerade angesichts der Tatsache, daß wir heute in einem Augenblick sind, in dem der Neoliberalismus – der Ultraneoliberalismus – seine Schwächen bewiesen hat, nämlich in der großen Krise des Vorjahres, 1998, deren Tiefe uns im »glücklichen Europa« nicht bewußt war – was sie für die Weltgesellschaft bedeutet, für die dritte Welt und ganz besonders für die exsozialistische Welt. Ich glaube, der Sieg des Neoliberalismus geht vorbei. Die Kritik, die Notwendigkeit einer sozialen Regelung der Wirtschaft beweist sich immer wieder als immer notwendiger. Und in diesem Sinne, glaube ich, ist der Sozialismus nicht nur nicht tot, sondern die Notwendigkeit dieser Dinge wird immer klarer.

Eric Hobsbawm:

Erwiderung auf Fragen zum Referat vom 15. September 1999 in Linz, nach dem Tonbandmitschnitt.

pitalismus zum Sozialismus, und ganz besonders der Begriff der auf gesamtstaatlicher Ebene organisierten und politisch tätigen Klassenparteien und deren Programm. Gewerkschaften, Streiks, Genossenschaften, kollektive, gemeinsame Hilfe ergeben sich sozusagen spontan aus der Lage, aus der Lebenserfahrung der Proletarier. Aber eine politische Partei in einem modernen Staat und noch weniger auf internationaler Ebene kommt nicht automatisch.

Der grundlegende Beitrag von Karl Marx und Friedrich Engels war die Feststellung, schon im Kommunistischen Manifest, daß die Organisation der Arbeiter als Klasse logisch ihren Ausdruck in einer gesamtstaatlichen politischen Partei finden mußte. Allerdings konnte das nur unter Bedingungen der liberalen oder bürgerlich-demokratischen Verfassungsstaaten stattfinden, denn nur diese erlaubten sozusagen eine offizielle legale Organisation der Massen. Das war eine Erkenntnis von ungeheurer historischer Reichweite sowohl für die Arbeiterbewegung, die es ohne politischen Druck auf die Unternehmer durch den Staat nicht sehr weit bringen konnte, wie auch für die Struktur der modernen Politik im allgemeinen. Das beweist schon die Tatsache, daß ja noch heute fast alle Staaten der europäischen Union ganz oder zum Teil von diesen von Marx und Engels vorhergesagten und vor etwa hundert Jahren in der Zweiten Internationale zusammengefaßten Arbeiterparteien regiert werden. Andererseits bestand und besteht kein zwingender Grund anzunehmen, die Arbeiterklasse (und daher die Arbeiterbewegung) könnte es unter keinen Umständen im Kapitalismus zu etwas bringen und müßte daher revolutionär werden oder bleiben, und es gibt überhaupt keinen Grund anzunehmen, sie wäre unter allen Umständen die eigentliche, die »wirklich revolutionäre Klasse«. Das haben Intellektuelle und andere Menschen, die sich der Arbeiterbewegung anschlossen, in sie hineingelesen, weil sie wollten, daß es so wäre.

Wir wissen aber heute leider, daß es nicht notwendigerweise so war oder ist. Wir wissen übrigens auch, daß Revolutionen viel zu komplizierte Ereignisse sind, als daß man sie einfach von der Klassenstruktur ablesen könnte. Die linken Historiker und Theoretiker der Arbeiterbewegung, besonders die Marxisten, die erklären wollten, warum die meisten Arbeiterparteien sich meist hartnäckig weigerten, ihre revolutionäre Rolle zu spielen, hätten sich viel Zeit, Mühe und Scharfsinn ersparen können.

In Ländern des entwickelten Kapitalismus, in denen eine Revolution nicht aus anderen Gründen auf der Tagesordnung stand, gab es wohl Revolutionäre innerhalb und außerhalb der Arbeiterbewegung; aber die Mitglieder dieser Arbeiterbewegung selbst waren nur ausnahmsweise revolutionär, auch wenn ihre Parteien sich sozialistisch nannten. Die Rolle dieser Minderheiten der Revolutionäre war andererseits von Zeit zu Zeit eine bedeutende. Ich werde darauf noch kurz zurückkommen.

Am Anfang dieses Jahrhunderts schien also in den Staaten des entwickelten Kapitalismus der Symbiose der Arbeiterbewegung mit einem funktionsfähigen Kapitalismus nichts entgegenzustehen; und ein Zusammenbruch des Kapitalismus war ebensowenig zu erwarten wie der der bürgerlich-liberalen und sich demokratisierenden Verfassungen, die seine typische Staatsform darstellten. Kaum etwas

schien das bürgerlich-kapitalistische Entwicklungsmodell und die imperialistische Struktur der Welt zu gefährden, d.h. die wirtschaftliche, kulturelle und nicht zuletzt politisch-militärische Überlegenheit der »entwickelten« bürgerlichen Welt und die Abhängigkeit der »rückständigen« Welt. Ja, sogar in den meisten rückständigen Ländern, in denen die Revolution wirklich und nicht nur rhetorisch auf der Tagesordnung stand, schien es für die Marxisten klar, daß es nur durch die bürgerlich-kapitalistische Entwicklung vorwärts ging. Für die sogenannten Legalmarxisten in Rußland wurde daher der Marxismus eine Ideologie der kapitalistischen Industrialisierung und nicht mehr, und sogar die Bolschewiki waren bis 1917 überzeugt, daß die kommende Revolution in erster Linie zu einer bürgerlichen Gesellschaft führen mußte, da erst durch diese die geschichtlichen Bedingungen für den weiteren Fortschritt zur proletarischen Revolution und damit zum Sozialismus geschaffen würden.

Der Erste Weltkrieg schien alle diese Prognosen wegzufegen. Was ich als das »Katastrophenzeitalter« genannt habe, von 1914 bis Ende der vierziger Jahre², stand im Zeichen der Worte: Krieg, Zusammenbruch und Revolution, d.h. vor allem der russischen Oktoberrevolution. Für die alte Welt ging alles schief: Weltkriege mündeten in Revolutionen und Zusammenbrüchen der Kolonialreiche, die bürgerlich-liberalen und demokratischen Rechts- und Verfassungsstaaten wichen in Blitzesschnelle, innerhalb von zwanzig Jahren, politischen Regimes, die man sich vor 1914 kaum hätte vorstellen können, wie Hitlers Deutschland und Stalins UdSSR.

Der liberale Marktkapitalismus selbst schien in der Krise der frühen dreißiger Jahre zusammenzubrechen. Die Frage stellte sich, selbst für viele Bürgerliche: Konnte er überhaupt überleben, außer in einer Form, die Demokratie und Arbeiterbewegung abschaffte, d.h. als autoritäres oder faschistisches System? (An die Verbindung von Diktatur und uneingeschränkter Marktwirtschaft, wie sie in Chile oder Indonesien bekannt wurde, dachte noch niemand).

Daß man außerhalb Moskaus die primitive Wirtschaft der Stalinischen Sowjetunion ernstlich als ein dynamischeres Wirtschaftssystem als das westliche betrachten konnte, als mögliche Alternative zum Kapitalismus im Weltmaßstab, läßt sich nur durch die große Krise der beginnenden dreißiger Jahre erklären. Ja, bis in die frühen sechziger Jahre gab es bürgerliche Politiker (wie den englischen Ministerpräsidenten Macmillan), die (wie Chruschtschow) glaubten, die sozialistischen Wirtschaften könnten die westlichen überholen. Aber auch wenn man das wirtschaftliche Potential des kommunistischen Staates skeptischer einschätzte, so konnte niemand die weltpolitische Bedeutung und die militärische Macht der Sowjetunion übersehen. Der Erste Weltkrieg hatte dem Zarismus das Genick gebrochen. Der zweite bewies die Überlegenheit des neuen Rußland gegenüber dem alten, es war der wichtigste Faktor für den Sieg über den Faschismus. Der Zweite Weltkrieg machte die UdSSR zur Supermacht. Und für die neu befreiten Kolonien und andere Staaten der Dritten Welt wurde sie, und durch sie der Sozialismus, tatsächlich ein wirtschaftliches Entwicklungsmodell.

Der Sturz des Kapitalismus und nicht die Symbiose mit ihm schien also im Katastrophenzeitalter an der Tagesordnung; der revo-

lutionäre Aufbau einer neuen Gesellschaft und nicht der langsame Vormarsch durch Reformen auf ein praktisch kaum mehr angestrebtes Endziel. Ja, das Ehepaar Webb z.B., die Gründer der englischen Fabier-Gesellschaft, von denen seinerzeit Bernstein den Revisionismus gelernt hatte, sagten sich in den dreißiger Jahren vom Reformismus ab und wurden Bewunderer der Sowjetunion. Das ist heute schwer zu verstehen, Historiker müssen aber wissen, daß es damals so war.

Doch – obwohl es nach 1918 und in den dreißiger Jahren weiß Gott nicht so aussah – drohten dem Kapitalismus in seinen Hauptländern weder der endgültige Zusammenbruch noch die soziale Revolution. Die blieb auf die Länder an der Peripherie des Systems beschränkt, und die Hoffnung, sie könnte von Moskau nach Berlin überspringen, war nie realistisch. Daher blieb die Basis der reformistischen Symbiose bestehen. Ja, die russische Revolution und das Gespenst eines kommunistischen Weltumsturzes machten sie für die bürgerliche Politik und die Unternehmer noch reizvoller, besonders da sich nach 1917 die reformistischen und die revolutionären Parteien ganz scharf voneinander abgrenzten. Bloß: Zwischen den Kriegen fehlte zeitweise die wirtschaftliche Konjunktur, welche die Mittel für die dafür notwendigen Konzessionen an die Arbeiterbewegung hätte liefern können. Übrigens blieb die Arbeiterbewegung in diesen Ländern auch in den ärgsten Krisenzeiten mehrheitlich bei reformistischen und nicht bei revolutionären Parteien. Nur während des Krieges änderte sich das in einigen Ländern.

Zwischen den Kriegen gab es nur drei Staaten, in denen legale kommunistische Parteien Massenanhänger hatten, und auch dort blieben sie bis zum Ende der Legalität schwächer als die Sozialdemokratie: Deutschland, Frankreich und die Tschechoslowakei; wäre die kommunistische Partei in Finnland legal gewesen, dann hätte es wohl vier gegeben. Anderswo hatten die revolutionären Parteien maximal gegen 6 Prozent (Belgien, Norwegen, Schweden) und auch das nur flüchtig.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kehrte die Symbiose wieder, diesmal im Rahmen einer systematischen wirtschaftspolitischen Reform des westlichen Kapitalismus, gestützt sowohl auf eine bewußte Politik der Integration der Arbeiterbewegung durch Vollbeschäftigung und Sozialstaat, wie auch auf das Wirtschaftswunder des »goldenen Zeitalters« (1947-1973). Wäre diese neue Symbiose auf diese Art zustande gekommen ohne die traumatische Erfahrung der großen Krise und des deutschen Nationalsozialismus? Auch ohne die Furcht vor dem Vormarsch des Kommunismus, hinter dem jetzt eine Supermacht stand? Hätte Bernstein ohne Hitler und Stalin siegen können? Wahrscheinlich nicht.

In den Kernländern des Kapitalismus siegte also das revisionistische Modell der Arbeiterbewegung, allerdings offiziell erst nach Ende des Katastrophenzeitalters, so z.B. mit der Absage der SPD an den Marxismus im Godesberger Programm (1959). Doch den Marxismus konnte man als sozialdemokratische Partei ruhig aufgeben. Wer brauchte den Sozialismus, wenn in der Praxis – d.h. gegen Ende des »goldenen Zeitalters« 1947-1973 – die Ziele des Reformismus fast hundertprozentig erreicht waren und es den Arbeitern besser

Ich habe nicht behauptet, daß das Wachstum der Arbeiterbewegung durch die Angst vor dem Kommunismus oder auch die Angst vor Hitler, vor der Radikalisierung der Arbeiter nach rechts, begründet wurde. Die Arbeiterbewegung mußte – in den Augen der Bourgeoisie – integriert werden, weil sie schon stark war. Was aber zum großen Teil, meiner Ansicht nach,

ging, als es sich die optimistischsten Vertreter der Symbiose vor 1914 hätten vorstellen können! Die revisionistischen Parteien blieben trotz Absage an den Sozialismus von Marx weiter in der Arbeiterbewegung verankert und wurden – nicht zuletzt von ihrem Wählerstamm – als Vertreter der Arbeiterklasse behandelt.

Die Abkehr der Arbeiterparteien von ihrer Klasse kam erst später – in den achtziger und besonders den neunziger Jahren. Denn bis Ende der siebziger Jahre erforderte der beispiellose Aufschwung der Industrie – trotz der hohen und steigenden Technologien – noch immer eine riesige Masse der Industriearbeiter, deren Anteil an der Bevölkerung, und daher als Wähler, trotz allem nicht fiel und in vielen Ländern sogar noch anwuchs. In den siebziger Jahren gab es wohl im kapitalistischen Europa absolut und relativ mehr Proletarier als in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, als das neue Klassenbewußtsein plötzlich proletarische Massenparteien aus der Erde gestampft hatte. Allerdings stellte sich heraus, daß die Arbeiterparteien es (auch zusammen mit der antireformistischen Linken) bestenfalls auf ungefähr die Hälfte der Stimmen bringen konnten, und auch das erst nach dem Zweiten Weltkrieg und besonders in den siebziger Jahren, kurz vor ihrer Krise.

Wenn wir die Zwischenkriegszeit beiseite lassen, können wir also die Entwicklung der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Kernländern bis zum neuen Krisenzeitalter seit den siebziger Jahren wie folgt zusammenfassen:

Schon vor dem Ersten Weltkrieg begann die Politik der herrschenden Klassen sich im Zuge der Demokratisierung auf sozialen Reformismus umzustellen. Die Zwischenkriegszeit beschleunigte diesen Prozeß in den nichtfaschistischen Ländern, obwohl er sich erst in der zweiten Nachkriegszeit unter der Devise »Wohlfahrtsstaat« systematisch durchsetzte. Es gab im Zuge der Demokratisierung der Politik und des wirtschaftlichen Wachstums schon vor 1914 eine wachsende Anerkennung der Rolle gemäßigter Arbeiterbewegungen (Deutschland, mit seinem Sonderweg, war noch immer eine Ausnahme). In bürgerlich-demokratischen Ländern war deren Integrierung in den normalen Prozeß der Politik nur eine Zeitfrage. Und das bedeutete weiter, in der Praxis, die Identifizierung der Arbeiterbewegungen und -parteien mit ihren Nationalstaaten. 1914 wurde das bei Kriegsausbruch unter Beweis gestellt.

Die Kraft der organisierten Arbeiterschaft, d.h. der Gewerkschaftsbewegungen, wuchs sprunghaft im Ersten Weltkrieg. Obwohl sich das zwischen den Kriegen nicht halten konnte, wuchsen die Kräfte der Arbeiterbewegung weiter in und nach dem zweiten Krieg und erreichten, mit Ausnahme der fast immer schwach und unsicher organisierten Industrieländer Frankreich und Spanien, wohl ihre maximale Stärke in den siebziger Jahren. Die Arbeiterparteien wurden ab dem Ersten Weltkrieg bewußt zu staats- und systemerhaltenden Kräften, d.h. sie wurden in und nach dem Ersten Weltkrieg in die Regierungen einbezogen, bildeten bald selbst Regierungen, allerdings erst nach dem Zweiten Weltkrieg Regierungen ohne Unterstützung durch nichtsozialistische Parteien. Auch diese Entwicklung erreichte ihren Höhepunkt in den siebziger Jahren. Dann aber kam die Krise.

der Furcht vor dem Kommunismus zuzuschreiben ist, ist die »Vernunftfehle«, die der Kapitalismus nach 1945 mit der Sozialdemokratie einging; daß eine reformistische Sozialdemokratie bewußt als Teil, der staats- und systemerhaltende Teil, des reformierten Kapitalismus betrachtet wurde; daß sehr viel vom Programm der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, nicht zuletzt das Recht auf Arbeit, d. h. die Vollbeschäftigung, übernommen wurde. Ich glaube kaum, daß es ohne die Erfahrungen der Zeit zwischen den Kriegen dazu gekommen wäre. Dazu gehört nicht nur die Furcht vor dem Kommunismus und der Sowjetunion, sondern auch die Furcht vor einer Rechtsradikalisierung, die in den dreißiger Jahren stattgefunden hatte und die ja heute unter Umständen wieder stattfindet.

Eric Hobsbawm:

Erwiderung auf Fragen zum Referat vom 15. September 1999 in Linz, nach dem Tonbandmitschnitt.

Was aber war die Rolle der Revolutionäre in der Arbeiterbewegung? In den Kernländern des Kapitalismus war die Arbeiterbewegung keine revolutionäre, da weder der Sturz des Kapitalismus noch der Sozialismus zu erreichen waren. Aber man brauchte sie, die Revolutionäre, da auch die unsozialistische Arbeiterbewegung auf die Verbindung von Klassenkampf in den Betrieben und politischem Druck auf Nationalregierungen angewiesen ist. Besonders wo Gewerkschaften stark waren, war also Platz für revolutionäre Aktivisten, so daß ganz kleine Minderheiten z.B. von Kommunisten eine verhältnismäßig enorme Rolle in den Gewerkschaftsbewegungen von Ländern wie Großbritannien und sogar den Vereinigten Staaten spielen konnten, in denen ihre Partei politisch überhaupt nicht zählte. In Großbritannien z.B. erreichte die KP den Höhepunkt ihres Einflusses in der Gewerkschaftsbewegung in den siebziger Jahren, als sie schon politisch im Sterbebett lag. In den Diktaturen, die noch vom Katastrophenzeitalter übrig geblieben waren – so z.B. Portugal und Spanien – spielten die Kommunisten noch immer die führende Rolle in der Illegalität wie seinerzeit im Faschismus, wo die Rolle der Revolutionäre, die ja an die Illegalität, den illegalen Kampf gewöhnt waren, sehr grundlegend war. In den Ländern Südeuropas spielten sie auch eine maßgebliche Rolle im Übergang zur Demokratie, wurden aber bald an den Rand gedrängt. In Italien glich sich die größte kommunistische Massenpartei systematisch dem sozialdemokratischen Modell an; in Frankreich, wo sie das nicht tat, ging es mit ihr steil abwärts.

Außerhalb der Kernländer des Kapitalismus war die Lage ganz anders. Hier aber müssen wir – leider – zwischen den Ländern der siegreichen leninistischen Revolution und denen der Dritten Welt unterscheiden. Kurz gefaßt: Die Kommunisten siegten z.T. durch das und sicher im Namen des Proletariats und schufen durch die Industrialisierung eine riesige Arbeiterklasse in den Ländern des Realsozialismus. Aber sie schafften eine Arbeiterbewegung im wirklichen Sinn des Wortes ab und ließen, solange sie es konnten, keine von Staat und Partei unabhängige Organisation der Arbeiter zu. Und ohne diese kann es eine Arbeiterbewegung nicht geben. In der Zeit des Kommunismus gibt es daher eine Arbeitergeschichte, wohl auch eine Geschichte der Arbeitskämpfe, aber, mit wenigen Ausnahmen wie z.B. die polnische »Solidarität« in den achtziger Jahren, keine Arbeiterbewegung im eigentlichen Sinn.

Anderswo, in der Dritten Welt, beginnt, mit wenigen und bescheidenen Ausnahmen, die Arbeiterbewegung erst mit der russischen Revolution. Die Zweite Internationale existierte kaum in der Dritten Welt, und die Grundlagen der sozialdemokratischen, geschweige denn der Bernsteinschen Politik existierten einfach nicht. Andererseits existierte in gewissen Teilen der Dritten Welt, in Lateinamerika, etwas, was aus historischen Gründen im alten Europa kaum zu finden war, nämlich die Bereitschaft demagogischer Staatsoberhäupter, die Arbeiterbewegungen ganz bewußt gegen ältere Eliten von Grundbesitzern zu fördern, manchmal sogar Grundlagen für eine Arbeiterbewegung legal zu schaffen, wie z.B. in Argentinien und Brasilien. Allerdings bestand – mit einigen wenigen Ausnahmen (Bergbau und Energie, Textil-, Transport- und Hafendarbeit) – bis zur

wirklichen Industrialisierung der Dritten Welt in den siebziger Jahren auch kaum eine organisierbare Arbeiterklasse.

Seitdem gibt es dort den Aufstieg von mindestens zwei Massenarbeiterbewegungen, die sich mit den europäischen sozialistischen Parteien von vor hundert Jahren vergleichen lassen. Ich denke hier erstens an die »Partei der Arbeiter« in Brasilien und zweitens (darüber weiß ich weniger) an die Massengewerkschaftsbewegung in Südkorea. Beide entstanden in den achtziger Jahren. Wie weit das typisch ist, ist eine große historische Frage. Das ist wohl, ähnlich wie es in Europa war, ein Übergangsphänomen einer gewissen Phase der Industrialisierung, die auch in der dritten Welt die Form wie in der ersten Welt erreichen wird. Der Einfluß der Leninisten auf die Bewegungen der dritten Welt war zwar bedeutend, aber nur in einigen Gebieten, z.B. in Südafrika, entscheidend. Doch gleichviel, was für eine Ideologie oder Nichtideologie hinter diesen Bewegungen stand, sie lebten meist in Ländern, wo Umsturz, Revolution, Straßenkampf und Gewehre im zwanzigsten Jahrhundert weit vertrauter waren als die friedliche, verfassungsmäßige, demokratische Politik.

Und nun komme ich am Ende dieses Vortrags zur großen Wende seit den siebziger Jahren. Ich denke hier nicht so sehr an den Zusammenbruch des Sozialismus sowjetischen Typs, sondern an den Zusammenbruch der Hoffnungen Bernsteins.

Das Gebäude des Reformismus ruhte auf drei Grundpfeilern.

Erstens, die Größe und das Wachstum der Arbeiterklasse und der Sinn für die Zugehörigkeit, der eine heterogene Masse von Arbeitenden und mehr oder weniger armen Menschen in eine einzige Klasse zusammenschweißte. In bürgerlich-demokratischen Staaten legte das schon vor 1914 Konzessionen an eine wichtige Wählermasse nahe, solange sie sich nicht zu radikal gebärdete. Aber seit den siebziger Jahren schrumpft die alte Arbeiterklasse in den Industrieländern der Ersten Welt sowohl relativ wie absolut, und sie hat viel vom einigenden Klassenbewußtsein verloren. Es kam hinzu, daß Arbeiterschichten, die früher bedingungslos zur Bewegung gehörten, jetzt zu wirtschaftsliberalen Parteien schwenkten, wie das in England unter Thatcher der Fall war. Denn mit der ungeheuren Bereicherung unserer Gesellschaften hat sie auch etwas verloren, nämlich die alte Überzeugung, daß wirkliche Besserung für den einzelnen nur durch oder wenigstens mit Solidarität und kollektivem Handeln zu erreichen ist.

Der *zweite* Grundpfeiler des Reformismus war seit der russischen Revolution 1917 und besonders seit 1945 die Angst vor dem Kommunismus und der Sowjetunion. Dessen Vormarsch schien nach 1945, wenigstens in Europa, nur durch eine Politik der Vollbeschäftigung und der Sozialreformen einzudämmen zu sein. Aber die UdSSR gibt es nicht mehr, und daher verlernte der Kapitalismus in den Jahren seit dem Fall der Mauer das Fürchten, und daher auch das Interesse an denen, die keine Aktien besitzen. Übrigens zeigte sich auch, daß die Massenarbeitslosigkeit in den achtziger und neunziger Jahren die alte Kraft zur politischen Radikalisierung verloren zu haben schien.

Doch nach 1945 erwies sich auch der Reformismus, und ganz besonders die Politik der Vollbeschäftigung, nicht nur politisch sondern

Ob es positive Ausblicke ins 21. Jahrhundert gibt, ist etwas, was man einen Historiker, zumal Historiker des 20. Jahrhunderts, nicht fragen soll. Das einzige, was ich sagen kann, ist: Wir haben dieses Jahrhundert durchgemacht, sind doch am Ende herausgekommen, haben das Ärgste, was die Geschichte uns antun kann, (über)lebt – und das gibt schon einen gewissen Grund zum Optimismus. Viel mehr möchte ich dazu nicht sagen. Das machen Politiker.

Ich kann bloß sagen: Die Arbeiterbewegung geht weiter. Die Parteien, die aus ihr herausgekommen sind, sind Trägerinnen eines Projekts, das man Moderne nennen kann oder auch nicht, das aber aus dem 18. Jahrhundert, aus dem Zeitalter der Revolution und der Aufklärung ausgeht und bis heute das einzige Projekt geblieben ist, das allen Menschen, überall die Besserung andient; das sich nicht darauf beschränkt, nur den einen das zu geben, was den anderen vorenthalten wird. Und ich glaube, daß diese Tradition noch da ist und sie auch noch in der Politik, nicht nur in der Politik von Parteien, sondern in gewisser Hinsicht unter den Wählern da ist.

Sie wird schwer und schnell untergraben durch die heutige Tendenz, die sich nicht aus der Ideologie des freien Marktes absondert, sondern aus der Realität des freien

auch wirtschaftlich notwendig, was Keynes und die schwedischen Ökonomen der Sozialdemokratie ja vorausgesagt hatten. Und das war der *dritte* Pfeiler, auf dem der Reformismus ruhte. Nicht nur sozialdemokratische Regierungen, sondern alle Regierungen verfolgten jetzt die gleiche Politik. Diese brachte den westlichen Staaten nicht nur politische Stabilisierung, sondern eine Hochkonjunktur und ein wirtschaftliches Wachstum des Kapitalismus wie noch nie zuvor. Erst in der Zeit der Krise seit 1973, als die Reformpolitik nicht mehr so erfolgreich war, ließen sich viele Regierungen von der ultraliberalen Wirtschaftsdeologie überzeugen, die seit den Siebzigern in der volkswirtschaftlichen Fakultät Chicagos grassierte. Und für diese waren die Arbeiterbewegungen, Arbeiterparteien und öffentliche Wohlfahrtsvorkehrungen, ja überhaupt die Staaten, nichts als Behinderungen des freien Marktes, der maximales Wachstum der Profite und der Wirtschaft und daher so behaupteten diese Ideologen – der allgemeinen Wohlfahrt garantiere. Am besten, man könnte sie alle abschaffen. Statt Vollbeschäftigung gab es jetzt die Doktrin der »natural rate of unemployment«. Dazu kommt der Rückzug des Nationalstaates vor der transnationalen Globalwirtschaft, die seit den siebziger Jahren den Ton angibt. Die Arbeiterbewegungen blieben fest an ihre Nationalstaaten gekettet, ja mehr als je in den staatlich gelenkten Mischwirtschaften und Wohlfahrtsstaaten der zweiten Hälfte des Jahrhunderts. Ohne den Nationalstaat verlieren Arbeiterbewegung und Arbeiterparteien ihre stärkste politische Waffe. Und bis jetzt ist es den Arbeiterbewegungen trotz ihres theoretischen Internationalismus noch nie gelungen, sich vom rein nationalen Rahmen ihrer Tätigkeit zu befreien. Das müssen sie aber heute lernen.

Wir befinden uns also heute in einer neuen Phase der Geschichte der Arbeiterbewegung. Die Arbeiterbewegung besteht noch. In der sich neu industrialisierenden Dritten Welt ist sie, wie das Beispiel Brasilien und Korea zeigt, noch im Aufstieg. Dort kann von einer Schrumpfung der Industriearbeiterschaft noch keine Rede sein. Aber auch in den reichen Ländern der alten Industrielwelt wird sie weiterbestehen, wenn auch in beschränkterem Umfang:

Erstens, weil (wie Marx voraussagte) die große Mehrheit der beschäftigten Bevölkerung aus Lohn- und Gehaltsempfängern besteht, deren Interessen, wenigstens als Arbeitnehmer, andere sind als die der Arbeitgeber. Konflikte zwischen beiden erfordern (jedenfalls auf der Arbeitnehmerseite) kollektives Handeln. Ob im politischen Sinn des Wortes oder unpolitisch – eine Art Klassenkampf geht weiter.

Zweitens gibt es noch eine gesellschaftliche Schichtung – d.h. gesellschaftliche Gruppen mit auseinandergehenden Interessen. Ob man sie Klassen nennt oder nicht – sie existieren. Daß diese heute anders aussehen als vor zweihundert oder vor hundert Jahren, das ist ganz natürlich. Die Politik geht daher weiter, wenn auch nur zum Teil als Klassenpolitik.

Drittens geht sie weiter, weil der Staat nicht im Aussterben ist. Ja, in mancher Hinsicht wächst seine Notwendigkeit in der Zeit der wirtschaftlichen Globalisierung, die er zwar nicht aufhalten kann, aber doch regeln muß. Der Staat oder öffentliche Behörden anderer Art bleiben weiter die einzigen Einrichtungen, durch die das Sozialprodukt nach menschlichen Kriterien unter der Bevölkerung verteilt

werden kann, und zur Erfüllung der menschlichen Bedürfnisse, die der Markt nicht befriedigen kann. Die Politik bleibt also noch immer eine notwendige Dimension des Kampfes um soziale Besserung. Vielleicht ist sie in der globalen Wirtschaft, die nationale Gewerkschaften schwächt, noch wichtiger als früher.

Daß am Ende des Jahrhunderts die Arbeiterparteien der Zweiten Internationale noch immer, und meist unter ihrem alten Namen, in der Lage sind, Regierungen in den meisten europäischen Ländern zu bilden, ist also kein Zufall. Es ist aber auch kein Grund zum blinden Optimismus.

Zwei Gefahren drohen der Arbeiterbewegung am Ende dieses Jahrhunderts: die Abdankung ihrer Führer vor der Ideologie des Marktes und die Entpolitisierung der Bürger. Der sogenannte dritte Weg des Herrn Blair ist eine solche theoretische Abdankung – obwohl ich mit Genugtuung feststelle, daß die tatsächliche Politik der britischen Regierung in mancher Hinsicht noch an die alte Tradition des Labour anknüpft. Aber gefährlicher für die Zukunft der Bewegung wird es erst, wenn sich die Menschen selbst demoralisieren lassen. Wenn z.B. die Arbeiter und die Armen aufhören, an Wahlen teilzunehmen, weil sie sagen: Was werden die für unsereins schon tun? Wie in den USA, wo zwischen 1960 und 1988 die Teilnahme der Arbeiter an den Präsidentenwahlen um ein Drittel fiel. Entpolitisierung und das Gefühl der Machtlosigkeit sind die große Gefahr – und nicht nur für die Arbeiterbewegung, sondern für die Demokratie, ohne die sie nicht möglich ist.

Supermarktes, die Bürger durch Käufer zu ersetzen, ihnen zu sagen: Alles, was ihr braucht, ist nur: zu sagen, was ihr haben wollt – und dann kauft es euch, der Supermarkt liefert es euch; ihr braucht eigentlich nicht zu wählen, nicht zu demonstrieren, ihr braucht überhaupt nichts zu tun. Und das ist die große Gefahr. Aber gegen diese Gefahr gibt es, glaube ich, schon genug Anzeichen, auch in Europa, Anzeichen dafür, daß die Leute nicht bereit sind, sich einfach von Menschen in Käufer zu verwandeln. Und wenn das als optimistische Vorhersage zählen kann – nun, so sei es das.
Eric Hobsbawm:
Erwiderung auf Fragen zum Referat vom 15. September 1999 in Linz, nach dem Tonbandmitschnitt.

1 Podiumsdiskussion an der Universität in Linz am 14. September 1999.

2 Vgl. Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München/Wien 1995.

FRIGGA HAUG

Feministisch arbeiten mit Marx

Frigga Haug – Jg. 1937, Prof. Dr., Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg, Mitherausgeberin der Zeitschrift »Das Argument«, Redakteurin des »Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus« sowie des »Forum Kritische Psychologie«; Forschungsschwerpunkte: Frauensozialisation und -politik, Arbeit. Erstveröffentlichung in: UTOPIE kreativ, Heft 109/110, S. 125-137.

In diesem Aufsatz werden an drei Punkten Lehren aus dem Marxschen Werk gezogen, die ich für einen heute aktuellen Feminismus weiter für sehr fruchtbar, ja unentbehrlich halte. 1. geht es um die Bedeutung der Marxschen Thesen gegen Feuerbach für feministische Forschung und Kritik an bürgerlicher Wissenschaft; 2. um die Frage des Marxschen Arbeitsbegriffs, wie er einerseits die feministischen Debatten bis heute bestimmt und andererseits für eine Auseinandersetzung in der derzeitigen »Krise der Arbeitsgesellschaft« genauer erinnert und scharf gefaßt werden sollte; 3. um die Marxsche Fassung der Familien- und Hausarbeit, die nach meinem Dafürhalten in ihrer einseitigen Weise die gesamte Kritik der politischen Ökonomie begleitet und von daher die Kritik an der kapitalistischen Gesellschaftsformation auch in ihrer heutigen Gestalt nicht ausreichend artikuliert.

Marxsche Feuerbachkritik und Feminismus

Marx schrieb in seiner kürzesten und bedeutendsten Schrift, den Thesen gegen Feuerbach: »Der Hauptmangel alles bisherigen Materialismus (den Feuerbach'schen mit eingerechnet) ist, daß der Gegenstand, die Wirklichkeit, Sinnlichkeit nur unter der Form des Objekts od. der Anschauung gefaßt wird; nicht aber als sinnlich menschliche Tätigkeit, Praxis; nicht subjektiv. Daher die thätige Seite abstrakt im Gegensatz zu dem Materialismus von dem Idealismus – der natürlich die wirkliche, sinnliche Tätigkeit als solche nicht kennt – entwickelt. Feuerbach will sinnliche – von den Gedankenobjekten wirklich unterschiedne Objekte: aber er faßt die menschliche Tätigkeit selbst nicht als gegenständliche Tätigkeit. Er betrachtet daher im Wesen des Christenthums nur das theoretische Verhalten als das echt menschliche, während die Praxis nur in ihrer schutzartig jüdischen Erscheinungsform gefaßt u. fixirt wird. Er begreift daher nicht die Bedeutung der ›revolutionairen‹ der ›praktisch-kritischen‹ Tätigkeit« (MEGA IV,3).

Diese Kritik am vorgefundenen Materialismus war für die Aufnahme Marxschen Denkens in die Arbeiterbewegung kaum von Bedeutung, liest sich jedoch wie eine direkte Anleitung an feministische Theorie und Praxis heute. Die Ablösung von Wissenschaft von den tatsächlichen Praxen der Menschen, die Ableitung menschlicher Aktivitäten aus obersten Kategorien, die Vernachlässigung der sinnlich menschlichen Tätigkeit sind unentbehrliche Kritikpunkte, die eine feministisch sich verstehende Wissenschaft gegen den herkömmlichen

Der vorliegende Text wurde auf der Konferenz »Marxismus im Übergang zum 21. Jahrhundert«, Elgersburg, März 1999, vorgestellt, verschiedene vorhergehende Fassungen sind erschienen in der Zeitschrift »Das Argument« (Nr. 123, 1980) und im Buch der Autorin »Vorlesungen zur Einführung in die Erinnerungsarbeit« (1999).

Wissenschaftskanon hält. Daß die herrschenden Sozialwissenschaften ohne die Erfahrungen und Praxen von Frauen konzipiert sind, war eine der ersten Kritiken aus der Frauenbewegung, die damit in revolutionärer Weise in vorhandene Denktraditionen eingriff, obwohl sie sich kaum oder gar nicht auf Marx' Kritik an Feuerbach bezog.

Als Ende der sechziger Anfang der siebziger Jahre die Frauenbewegung allmählich erstarkte, formulierte ich als politischen Eingriff einen knappen Text unter dem Titel »Frauen – Opfer oder Täter?«, der im wesentlichen versuchte, einiges von dem, was ich aus den Feuerbachthesen gelernt hatte, auf die Frauenfrage zu übertragen. Aus den Thesen drei und sechs übernahm ich die folgenden Gedanken, die ich im übrigen auch heute noch für wesentlich für jede Art eingreifenden Denkens halte.

Aus der dritten These schlußfolgerte ich, daß Selbstveränderung ein notwendiges Moment und selbst Bestandteil einer Umgestaltung von niederdrückenden Bedingungen sei, und es also darauf ankäme, daß jeder Eingriff in die Gesellschaft, jede politische Tat von den einzelnen auszuführen sei, um deren Befreiung es ging. Oder mit den Worten von Peter Weiß: »Wenn wir uns nicht selbst befreien, bleibt es für uns ohne Folgen.« Ein wie mir schien, einfacher Gedanke, der es allerdings unabdingbar machte, daß Frauen mithin ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen müßten und nicht auf ihre Befreiung durch andere, Arbeiter etwa, warten konnten. Zudem verband er die persönlichen, subjektiven Fragen mit den gesellschaftlichen Eingriffen politischer Umgestaltung, so daß weder das Interesse und die Bezugnahme auf die gesamte Gesellschaft als Bedingung unseres Lebens, noch die Besinnung auf uns selbst, die wir kämpfende und mittragende Akteurinnen sind, verloren gehen konnte.

Die doppelte Bewegung, Selbstveränderung als eine Dimension revolutionärer Praxis anzunehmen und Frauen als politische Subjekte zu denken, brachte mich zu meiner Überraschung unvermittelt in einen heftigen Gegensatz zu den Organisationen der Arbeiterbewegung. Die Ausrufung der Frauen als politische Subjekte, die sich selbst artikulieren wollten, war offenbar eine Ketzerei gegen den Alleinvertretungsanspruch männlicher Arbeiterorganisation. Es gehörte zu ihrer Politik, die Fesseln in hierarchischer Anordnung zu formulieren, gegen die Befreiung zu erstreiten sei. Das »Kapital als Hauptfeind«, wie es damals umstandslos hieß, mußte zuallererst gemeinsam bekämpft werden, Frauenfragen als »Nebenwiderspruch« mußten da warten, bis die neue Gesellschaft auf der Tagesordnung stünde. Die Kritik aus der Arbeiterbewegung richtete sich schließlich auf die Existenz der Frauenbewegung, die als bürgerlich abgekanzelt wurde und in ihren tatsächlich revolutionären Dimensionen genauso wenig zur Kenntnis genommen wurde, wie der Zusammenhang von Kapitalismus und Frauenunterdrückung auch nur in Ansätzen begriffen war.

Die von den Intellektuellen der Arbeiterorganisationen rechthaberisch und abstrakt geführte Auseinandersetzung mit der neuen Frauenbewegung brachte diese praktisch von ihrem Beginn an in einen Gegensatz zur sozialistischen Bewegung, aus der sie gleichwohl kam. Die Lage spitzte sich schnell zu, so daß viele Frauen in England, Italien, Frankreich, Deutschland aus den Arbeiterorganisationen aus-

These 3 aus den Feuerbachthesen:

»Die materialistische Lehre v. der Veränderung der Umstände u. der Erziehung vergißt, daß die Umstände v. den Menschen verändert u. der Erzieher selbst erzogen werden muß. Sie muß daher die Gesellschaft in zwei Theile – von denen der eine über ihr erhaben ist – sondiren.

Das Zusammenfallen des Änderns der Umstände u. der menschlichen Thätigkeit od. Selbstveränderung kann nur als revolutionäre Praxis gefaßt u. rationell verstanden werden.«

MEGA VI,3

These 6 aus den Feuerbachthesen:
 »Feuerbach löst das religiöse Wesen in das menschliche Wesen auf. Aber das menschliche Wesen ist kein dem einzelnen Individuum inwohnendes Abstractum. In seiner Wirklichkeit ist es das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse. Feuerbach, der auf die Kritik dieses wirklichen Wesens nicht eingeht, ist daher gezwungen:
 1) von dem geschichtlichen Verlauf zu abstrahieren u. das religiöse Gemüth für sich zu fixiren, u. ein abstrakt – isolirt – menschliches Individuum vorauszusetzen.
 2) Das Wesen kann daher nur als »Gattung«, als inhere, stumme, die vielen Individuen natürlich verbindende Allgemeinheit gefaßt werden.«
 MEGA IV, 3

traten oder sich zusätzlich organisierten, was mit einem politischen Slogan der italienischen Frauenbewegung als »doppelte Militanz« bezeichnet wurde. Gegen den Alleinvertretungsanspruch, der nur die Ausbeutung durch das Kapital als Herrschaft und Unterdrückung gelten ließ, wurde die Herrschaft der Männer über Frauen als geschichtsmächtig entdeckt.

Für die Auseinandersetzung mit den Protesten aus der Frauenbewegung schien mir gerade im Sinne einer feministischen Theorie und Praxis die These sechs aus der Kritik an Feuerbach von großem Nutzen.

Die Marxsche Wendung gegen das Gerede vom Menschen im Plural, hinter dem die Frage der Geschlechterverhältnisse geradezu zwangsläufig verschwindet, scheint mir bis heute grundlegend für jeden Versuch, die Problematik von Frauen in unseren Gesellschaften zu formulieren. Der Aufbruch aus der Metaphysik, der das Wesen des Menschen auflöst in die Frage nach den gesellschaftlichen Strukturen und Verhältnissen, die er sich aneignet, um ein Mitglied dieses menschlichen Verbandes zu werden, in den er hineingeboren ist, erlaubte es sogleich, die Frauenproblematik als ein historisches Phänomen zu begreifen, in der die Frauen selber Akteurinnen waren. Ihre Positionierung in der Gesellschaft war nicht ohne ihr Zutun zu begreifen. Den Zusammenhang der verschiedenen gesellschaftlichen Praxen und der kulturell gestützten Formierung der Geschlechter zu verstehen, erschien als ein Forschungsauftrag, der schärfer noch als bisher die großen Lücken, die die Vernachlässigung des weiblichen Geschlechts bei der Wissensproduktion hervorgebracht hatte, zeigte und zugleich damit erahnen ließ, wie sehr ein Wissen um die Vergesellschaftung von Frauen ein Befreiungswissen sein mußte.

In dieser Weise habe ich versucht, eine empirische Methode zu entwickeln, eine Forschung voranzutreiben, in der Frauen als handelnde Subjekte die Problematik ihrer Positionierung in der Gesellschaft, ihrer Beteiligung an der Reproduktion ihrer Unterdrückung kollektiv erkunden, um selbst bestimmen zu können, wo Veränderung nötig und möglich ist. Ich habe diese Methode »Erinnerungsarbeit« genannt und in dieser Weise praktisch aus den Feuerbachthesen ein Verfahren entwickelt, das das Problem überwindet, Frauen ohne ihren praktisch-subjektiven Einschluß zu Objekten von Forschung zu machen, als wären sie Insekten. Wichtig wurde es, das implizite Wissen um die eigene Vergesellschaftung zu erheben und gemeinsam öffentlich zu machen. Diese Methode arbeitet zugleich gegen den damals im Feminismus aufkommenden Essentialismus über das (bessere) Wesen von Frauen und versucht statt dessen einem Zusammenhang von Selbstveränderung und Gesellschaftsveränderung nachzuspüren.

Marx und »die Arbeit«

Der anfängliche feministische Zorn gegen Marx, dem eine Abkehr von marxistischem Denken folgte, richtete sich nicht gegen die Feuerbachthesen, deren Bedeutung für einen wissenschaftlichen Feminismus ich bislang nirgends ausgeführt fand, sondern gegen sein Konzept von Arbeit und die Theorien über die Produktion von Mehrwert.

Der Vorwurf war, Marx habe einen Arbeitsbegriff entwickelt, der Frauen ausschloß und ihn schließlich daran hinderte, Frauenunterdrückung wahrzunehmen. Die Kritik konzentrierte sich auf seine Auffassung vom »Doppelcharakter der Arbeit«. Die Vorstellung, daß Arbeit sowohl Gebrauchswerte als auch Tauschwerte schafft, ist sowohl für seine Analyse des Kapitalismus und dessen Dynamik als auch für seine Revolutionstheorie zentral. Eine Gesellschaft die dadurch vorangetrieben wird, daß sie ›lebendige‹ Arbeit in ›tote‹ verwandelt (um in Marxscher Metaphorik zu sprechen) und dann der toten Arbeit in Form von Kapital (Maschinen, Fabriken, Geld) Macht über die lebendige zu geben – solch eine Gesellschaft wird sich selbst in die Katastrophe manövrieren, wenn kein radikaler Eingriff erfolgt. Eine solche radikale Tat würde die Grundstrukturen gesellschaftlicher Regulation umstürzen müssen.

In seiner Analyse des Doppelcharakters der Arbeit rückt Marx die Lohnarbeit als bestimmende Weise, die Lebensaktivität zu verformen, ins Zentrum. Ein erster revolutionärer Schritt wäre die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln. Diese Argumentation hatte den Effekt, daß der männliche Arbeiter in seiner historischen Rolle als Ernährer der Familie Zentrum der Analyse wurde wie die Arbeiterbewegung Subjekt der Politik.

Die Proteste der Frauen gegen diese theoretische Anordnung scheinen gerechtfertigt. Denn selbst wenn wir zustimmen, daß diese Situation eine Schöpfung der kapitalistischen Gesellschaft ist und nicht bloß Marxscher Analyse geschuldet, gibt es in seiner Argumentation eine bemerkenswerte Leere, wo über Frauen hätte gesprochen werden müssen. Die ›Hausarbeitsdebatte‹ der späten sechziger und frühen siebziger Jahre, die in gewisser Weise im Internet, zumindest in den Vereinigten Staaten noch in den späten Neunzigern andauert, erweitert diese Kritik gegen die Konzentrierung auf den männlichen Arbeiter zu einer Diskussion um die Gültigkeit der Marxschen Wertlehre überhaupt.

Die frühe Diskussion im Feminismus entzündete sich mithin an der Frage der vergessenen Hausarbeit in der Marxschen Wertlehre. Im Anschluß an Maria Rosa dalla Costa (1973) wird die Wertlehre um die als »produktiv« behauptete Hausarbeit erweitert, weil diese in der Form von persönlichen Dienstleistungen die Arbeitskraft als Ware reproduziert und damit hinter dem Rücken der industriellen Produktion für die Vergrößerung des Mehrwerts sorgt. Die Rolle der Frau dabei sei in der Form der Familienarbeit unsichtbar gemacht. Auch Frauen produzierten mehr Wert als zu ihrer eigenen Reproduktion nötig sei, dessen kostenlose Aneignung in den Kapitalprofit eingehe und von Marx nicht berücksichtigt sei. Die Familie wird in dieser Analyse ein Zentrum gesellschaftlicher Produktion. Hausarbeit wurde ferner als »blinder Fleck in der Kritik der politischen Ökonomie« (v. Werlhof 1978) herausgestellt. Schwerwiegender sei aber noch, daß Frauenlohndiskriminierung in der Wirklichkeit gerechtfertigt sei, weil Frauen weniger Wert schafften. Dies wird damit erklärt, daß Frauen Männer reproduzieren, ihre eigene Reproduktion aber von ihren Kräften abzuziehen sei. Insofern besäßen Männer faktisch mehr Wert für die Unternehmer bzw. diese kauften mit der Ware Arbeitskraft ›Mann‹ einen unsichtbaren und für sie kostenlosen

»Wenn wir von Re-Produktionsarbeit der Frau im Kapitalismus sprechen, so muß der Begriff als Produktion und Reproduktion verstanden werden, damit nicht nur die wiederherstellenden, sondern auch die hervorbringenden, produzierenden Aspekte deutlich werden. Die Re-Produktion umfaßt physische und psychische Regeneration der tagtäglich verausgabten Kräfte der Frau, des Mannes und der Kinder. Dazu gehört ebenso die allgemeine Reproduktion der zukünftigen Arbeitskräfte, also die generative Re-Produktion, wie auch die Sozialisation der Arbeitskraft, damit sie die Fähigkeit erwirbt, sich als Ware zu verkaufen, ihren Tauschwert zu erlangen.«
Anke Wolf-Graaf: Frauenarbeit im Abseits, München 1981, S. 274.

»Gesellschaftliche Gewaltverhältnisse wie Ehe, strafrechtliche Verfolgung von Abtreibung, ökonomische Abhängigkeit vom Lohn des Ehemanns verweisen auf das kapitalistische und patriarchalische Interesse, die Frauen nicht autonom über ihre Gebärfähigkeit verfügen zu lassen. Die Frauen müssen in Abhängigkeit gehalten werden, denn die Ausbeutung der unbezahlten Reproduktionsarbeit der Frauen durch den Kapitalismus zur Mehrwertrealisation kann nur mit Hilfe der sexistischen Unterdrückung und der Gewalt des Patriarchats über die Gebärfähigkeit der Frau garantiert werden, wie umgekehrt nur die Macht der Männer über die Frauen – und damit geht in eins die Ausbeutung der Arbeitskraft der individuellen Frau durch den individuellen Mann – durch die Ausgrenzung der Frauen aus den gesellschaftlichen Machtzentren mit Hilfe des kapitalistischen Interesses – und der Durchsetzungskraft des Kapitalismus – an der Ausbeutung der unbezahlten Reproduktionsarbeit gewährleistet wird.«
 Ursula Westphal-Georgi: Frauenarbeit – Vorbild für das dualwirtschaftliche Konzept?, in: R. Brun, J. Huber (Hrsg.): Erwerb und Eigenarbeit, Frankfurt/M. 1985, S. 131.

Anteil Frauenarbeit ein. Die Vernachlässigung der von Frauen zu Hause geleisteten Arbeit bei der Reproduktion der Arbeitskraft mußte einen wesentlichen Bestandteil des von Kapitalisten angeeigneten Mehrwerts außer acht lassen. Wenn es das Geheimnis der Ware Arbeitskraft sein sollte, daß sie mehr zu produzieren in der Lage war, als sie zur eigenen Reproduktion brauchte, so mußte dies auch für Frauen gelten und bestimmt werden, wie diese zusätzliche Arbeitskraft auch in die kapitalistisch verfertigte Ware einging (Pohl, 1984). Eine praktische Konsequenz solcher Analysen war die Forderung nach Lohn für Hausarbeit, eine andere, diese Sphäre der weiblichen Umsonstarbeit einfach abzuschaffen. Einen weiteren Akzent brachte Christel Neusüß (1984) in diese Debatte, indem sie herausarbeitete, daß die Ware Arbeitskraft überhaupt nicht umstandslos als Ware, die dem Arbeiter gehört, in die Analyse der Warenproduktion und Wertform eingehen könne, da so die Arbeit der Produzentinnen, der Mütter und die Hausarbeit unsichtbar würden (vgl. Neusüß 1984: 25).

Vielleicht kann man solcher Argumentation einige Plausibilität nicht absprechen, problematisch scheint mir jedoch, daß diese Diskussionen weitgehend rein akademisch und folgenlos geführt wurden, da die Leidenschaft, die in den Streit um den Wert der häuslichen Arbeit einging, kaum ein Äquivalent in einer entsprechenden politischen Strategie fand.

Politischen Einfluß hatte dagegen die ebenfalls in der Hausarbeitsdebatte explizierte Argumentation, nach der auch Hausarbeit produktiv sei und entsprechend der Lohnarbeit gesellschaftlich anerkannt und bezahlt werden sollte. Die Forderung nach Entlohnung der Hausarbeit wurde von eher konservativen Parteien in Deutschland übernommen, da sie gleichzeitig dazu dienen konnte, den Wert der Familie und des bei zunehmender Arbeitslosigkeit immer vorteilhafter scheinenden Verzichts von Frauen auf Berufstätigkeit abzufedern. Unter der Hand wurde mit dem berechtigten Protest gegen die Mißachtung häuslicher Arbeit, durch ihre umstandslose Einschreibung in eine Art Gleichwertigkeit zur Lohnarbeit fast alles aufgegeben, wofür die Frauenbewegung zu kämpfen begonnen hatte – die Kritik an der Familienform, die an der geschlechtlichen Arbeitsteilung, die Kritik an der entfremdeten Form der Lohnarbeit und die am Kapitalismus. Die Behauptung, auch Hausarbeit sei produktiv, konnte, wenn auch nur durch Begriffszauber, den Makel von einer Form der Arbeitsteilung nehmen, der Frauen, sobald sie dies ausschließlich taten, die Möglichkeit verweigerte, ohne männlichen Ernährer überhaupt zu existieren.

Wie steht es jedoch um den Vorwurf, Marx habe der Hausarbeit ihren produktiven Charakter abgesprochen und arbeite also mit an der Entwertung weiblicher Arbeit?

Marx hat auch darüber gesprochen, daß es ein Pech sei, produktiver Arbeiter zu sein und kein Glück. Bevor ich daher einen anderen Zugang zur Frage der Funktion der unbezahlten Hausarbeit für die Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft als Kritik an Marx vorschlagen will, möchte ich eine Reihe der Kritikpunkte aus der »Hausarbeitsdebatte« zum Marxschen Arbeitsbegriff zurückweisen. Sie beziehen sich nach meinem Dafürhalten nicht auf Marx, sondern

auf den ›Marxismus der Arbeiterbewegung‹. Das wäre an sich wiederum noch kein Problem, wäre nicht von Marx gerade für die Frage der Arbeit für Feministinnen wichtiges zu übernehmen.

Marx fand in der philosophischen Tradition und den neueren Entwicklungen der politischen Ökonomie (Smith, Ricardo) schon einen Arbeitsbegriff vor, der widersprüchlich bestimmt war. Arbeit, das war zunächst Tätigkeit der Armen; sie war mühselig, erschöpfte die Lebensgeister oder war für viele gar an die Stelle des Lebens getreten. Aber Arbeit war auch Quelle des Reichtums und aller Werte.

Marx arbeitet in diesem Spannungsfeld – Arbeit als Bindeglied zwischen Armut und Reichtum als widersprüchliche Grundlage beider – seinen Arbeitsbegriff aus. Er begreift Arbeit zunächst als Dimension von Herrschaft. In der Perspektive der Arbeiteremanzipation ist die allgemein menschliche Emanzipation enthalten, weil »die ganze menschliche Knechtschaft in dem Verhältnis des Arbeiters zur Produktion involviert ist und alle Knechtschaftsverhältnisse nur Modifikationen und Konsequenzen dieses Verhältnisses sind« (MEW, Bd. 40: 521).

Noch ganz in Anlehnung an Hegel denkt Marx in seinen Frühschriften Arbeit als Verkehrung und Entwirklichung. Die Verkehrung erstreckt sich auf das gesamte Leben durch eine Mittel-Zweck-Vertauschung. Dabei wird die produktive Teilnahme am Gattungsleben zum bloßen Mittel, das Leben zu fristen, statt es zu verwirklichen (vgl. MEGA I,2, 369; MEW, Bd. 40: 516). Diese Vorstellung, daß Arbeit selbst Herrschaft ist, unterscheidet noch nicht die stoffliche Seite von den ökonomischen Formen und kommt daher zum logischen Schluß, daß Arbeit selbst abgeschafft gehöre. »Es ist eines der größten Mißverständnisse« schreibt Marx in seinen Notizen zu List, »von freier menschlicher, gesellschaftlicher Arbeit, von Arbeit ohne Privateigentum zu sprechen. Die Arbeit ist ihrem Wesen nach die unfreie, un menschliche, ungesellschaftliche, vom Privateigentum bedingte und das Privateigentum schaffende Tätigkeit. Die Aufhebung des Privateigentums wird also erst zu einer Wirklichkeit, wenn sie als Aufhebung von Arbeit gefaßt wird« (zit. nach List 1982, 459f). Während »in allen bisherigen Revolutionen die Art der Tätigkeit stets unangetastet blieb und es sich nur um (...) eine neue Verteilung der Arbeit an andre Personen handelte«, soll nun »die *Arbeit* beseitigt« werden (vgl. MEW, Bd. 3: 69f).

Marx hält also auch in den Frühschriften nicht Arbeit im Sinne des produktiven Stoffwechsels Mensch – Natur für aufhebbar, sondern indem er Arbeit als Verkehrung produktiver Tätigkeit denkt, zwingt er dazu zu rekonstruieren, was in die Form der Arbeit geriet und deformiert wurde, was es also hier zu befreien gilt. In entfremdeter Form findet Marx: freie Lebensäußerung; Lebensgenuß; Selbstbetätigung, Teilhabe am menschlichen Gemeinwesen, humanisierte Bedürfnisbefriedigung, Liebesfähigkeit (vgl. MEW, Bd. 40: 462f.), allseitige Entwicklung der Individuen, Verkehr der Individuen als solcher (vgl. MEW, Bd. 3: 68); bewußte, freie Lebenstätigkeit als Gattungswesen (MEGA I,2; MEW, Bd. 40: 516f.). Wenn wir von solchen Bestimmungen ausgehen, können wir »Selbstbetätigung als erstes Lebensbedürfnis fassen«, als Genuß. Wir könnten die Gemeinschaft als produktiven Rahmen denken; und wir könnten auch

Marx zitiert den Satiriker Mandeville: »... aber es ist das Interesse aller reichen Nationen, daß der größte Teil der Armen nie untätig sei und sie dennoch stets verausgaben, was sie einnehmen... (...) Diejenigen, die ihr Leben durch ihre tägliche Arbeit gewinnen, haben nichts, was sie anstachelt, dienstlich zu sein außer ihren Bedürfnissen, welche es Klugheit ist zu lindern, aber Narrheit wäre zu kurieren. Das einzige Ding, das den arbeitenden Mann fleißig machen kann, ist ein mäßiger Arbeitslohn. (...) Aus dem bisher Entwickelten folgt, daß in einer freien Nation, wo Sklaven nicht erlaubt sind, der sicherste Reichtum aus einer Menge arbeitsamer Armen besteht.«
Mandeville, 1728, 212-3, 328; zit. nach MEW, Bd. 23, S. 643.

über die Entwicklung der Individuen durch eigene freie Betätigung sprechen – wir gelangten aber niemals zu der modernen soziologischen Abwehr, daß Arbeit nicht länger im Zentrum von Gesellschaftstheorie stehen solle, sondern durch Kommunikation oder Lebensweise (Lebenswelt) ersetzt werden solle. Es ist ganz klar, daß Marx nicht zwischen ›Lebenswelt‹ und ›Arbeitswelt‹ unterschied, sondern daß er vielmehr das, was heute ›Lebenswelt‹ heißt, umstürzen wollte. Er begriff sie in der Perspektive als den genußvollen tätigen Zusammenhang der Individuen eines Gemeinwesens. Hier sind die »Interaktion«, die Liebe und das Leben eingeschlossen, wenn gleich Marx unter Leben immer tätiges Leben versteht.

Selbstbetätigung als Befreiungsperspektive ist bezogen auf die Produktion des materiellen Lebens – diese Beziehung ist wesentlich, um ein Leben ohne Herrschaft überhaupt denken zu können. Die Produktion des Lebens durchläuft mehrere Stufen – eine Form ist die der Arbeit. Sie ist die direkteste Form der Verkehrung, »negative Form der Selbstbetätigung«. So ist das Leben entzweit. In dieser negativen Form entfaltet Marx analytische Kategorien, die er auch später im Kapital beibehält. Die »Entäußerung des Arbeiters in seinem Produkt hat die Bedeutung, (...) daß das Leben, was er dem Gegenstand verliehn hat, ihm feindlich und fremd gegenübertritt« (MEW, Bd. 40: 511ff.).

Die pauschale Verurteilung von Arbeit wird vom reiferen Marx ersetzt durch eine Differenzierung ihrer Formbestimmtheiten zum einen und ihre Naturnotwendigkeit zum anderen. Über Arbeit sagt Marx jetzt: Als »nützliche Arbeit« ist »die Arbeit daher eine von allen Gesellschaftsformen unabhängige Existenzbedingung des Menschen, ewige Naturnotwendigkeit, um den Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur, also das menschliche Leben zu vermitteln« (MEW, Bd. 23: 57, ähnlich 192; fast gleichlautend MEW, Bd. 13: 23f.). Arbeit hat also immer auch eine anthropologische Dimension: indem das arbeitende Individuum die Natur außer ihm verändert, verändert es zugleich seine eigene Natur (vgl. MEW, Bd. 23: 192).

In ihrer entfremdeten Form ist Arbeit von zwieschlächtiger Natur. Auf der einen Seite produziert sie Gebrauchswerte, ist konkret-nützlich – und ist in dieser Weise unabhängig von aller Gesellschaftsformation. Auf der anderen produziert sie Tauschwerte, ist Verausgabung von abstrakt-menschlicher Arbeitskraft und bildet so den Warenwert. Dies geschieht nur unter bestimmten gesellschaftlichen, privat-arbeitsteiligen Verhältnissen. Die Verkehrungen oder Entfremdungen aus diesem Zusammenhang sind sorgfältig im Kapital analysiert. Die Erkenntnis vom Doppelcharakter der Arbeit ist für den Kapitalismus als warenproduzierende Gesellschaft grundlegend. Immer aber bleibt die Produktion der materiellen Existenz als eine Form freier Betätigung bestimmende Perspektive auch für die kritische Analyse. Sie enthält die Vorstellung von herrschaftsfreier Produktion und von daher die Abschaffung des Privateigentums (als Akkumulation von Tauschwerten) als regelndes Prinzip, und auch die Versöhnung mit der Natur aus der Kenntnis der Naturgesetze. Die Emanzipation der Menschen liegt demnach in der entwickelnden Verausgabung von Kraft zum gemeinschaftlich selbstbestimmten Zweck.

Entfremdete Arbeit muß gewaltsam überwunden werden in einem Prozeß, in dem sich der Mensch schließlich die von ihm geschaffenen Produktivkräfte gewaltsam aneignet. Alle Produktionsverhältnisse müssen umgestürzt werden, da diese Verhältnisse die menschliche Gattung bis zu dem Punkt verkehrt haben, an dem alle Entwicklung, aller Reichtum, Kultur und die gegenständlichen Arbeitsbedingungen sich gegen die Arbeitenden versachlichen und zur Macht über sie werden. Dieser Widerspruch kann nur durch einen Bruch in eine neue Form gebracht werden.

In der Kritik des Gothaer Programms begegnen wir dem Satz über die ›Arbeit als erstes Lebensbedürfnis‹. »... nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist«, wird Arbeit für die Individuen nicht mehr »nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis« (MEW, Bd. 19: 21). Diese Bemerkungen haben zu einem weitverbreiteten Mißverständnis geführt. Unter Berufung auf Marx konnten einzelne beschuldigt werden, »arbeits-scheu« zu sein, um dann zu Menschen »erzogen« zu werden, denen »Arbeit ein erstes Lebensbedürfnis« war. Schlimmer noch war der in diesem Kontext geäußerte Satz: »Jedem nach seinen Bedürfnissen«, der Hoffnungen und Befürchtungen wachrief, Marx könne eine Gesellschaft herbeigesehnt haben, in der die durch kapitalistische Überflußproduktion geformten Bedürfnisse allesamt befriedigt würden und umgekehrt auch eben solche, die durch jetzige Armut bestimmt seien. Dabei ist der Zusammenhang unzweideutig: Wenn es den Menschen gelingt, sich dank einer angemessenen Organisation der Produktion aus materieller Not und Herrschaft zu befreien, dann ist die Erzeugung des materiellen Lebens ihnen produktiver Genuß und Entfaltung ihrer Fähigkeiten. Dieses Bedürfnis werden sie leben können und insofern ihr Menschsein verwirklichen. Dies schließt die Aufhebung der Arbeitsteilungen ein, welche die Entzweiung der menschlichen Arbeit als Grundlage von Gesellschaftsformationen hervorbrachte: die Teilung in Hand- und Kopfarbeit, in Männer- und Frauenarbeit, in Stadt- und Landarbeit und schließlich auch die herrschaftliche Pseudo-Arbeits-Teilung, die Klassenspaltung der Gesellschaft in Arbeitende und Nicht-Arbeitende.

Wenden wir uns mit diesen Ausführungen den zuvor aufgeworfenen Fragen zu.

Es versteht sich von selbst, daß wir nicht ohne Umschweife von ›Arbeit‹ sprechen können, sondern immer ihre Formbestimmtheit in Rechnung stellen müssen. Der Mangel an Unterscheidung beim Sprechen über ›Arbeit‹ ist überhaupt die Quelle der meisten Mißverständnisse. Wir reden zum Beispiel über ›Lohnarbeit‹ und kritisieren die Rede von ›der Arbeit als erstem Lebensbedürfnis‹. Die Erziehung von Menschen zu diesem ›ersten Lebensbedürfnis‹ ist nicht nur sinnlos, sie bedeutet zumeist auch nicht mehr, als Lohnarbeit zu akzeptieren, eine Erziehung, die von der Unterwerfung unter die Betriebsdisziplin nicht unterschieden werden kann. Wenn wir dagegen über den ›Gehalt‹ sprechen wollen, der in unseren Gesellschaften in die Form der Lohnarbeit geraten ist, schlage ich vor, den Begriff »Selbstbetätigung bei der Produktion materieller Existenz« zu benutzen.

Im folgenden werden die Marxschen Argumente mit den feministischen Vorwürfen aus der Hausarbeitsdebatte und unter zugleich feministischem Blick verglichen. Dafür habe ich einige der eher vergessenen Vorstellungen von Marx wieder hervorgeholt, um ihm für unsere Fragen mehr Gewicht zu geben. Statt Marx rasch auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen, trete ich also einen Schritt zurück und prüfe, ob die Frauenbewegung keinen besseren Gebrauch von seiner Aussage über die »genußvolle freie Betätigung bei der Produktion des materiellen Lebens« machen könnte.

Tatsächlich positioniert Marx selbst die Frage der Frauenunterdrückung in den Kontext entfremdeter Arbeit: »Die freilich noch sehr rohe, latente Sklaverei in der Familie ist das erste Eigentum, das übrigens hier schon vollkommen der Definition der modernen Ökonomien entspricht, nach der es die Verfügung über fremde Arbeitskraft ist« (MEW, Bd. 3: 32).

Ich habe große Schwierigkeiten, für die Vorwürfe aus der Frauenbewegung eine Grundlage in den Marxschen Ausführungen zu finden. Zwar kommt er (in den Frühschriften) eher auf den Gedanken, die gesamte Arbeit abzuschaffen, als nicht-lohnförmige Frauenarbeit einzuschließen, aber es steht doch außer Frage, daß er die Verkehrung, die einem Teil der menschlichen Arbeitstätigkeiten durch die Überführung in die Lohnform angetan wird, als Grundlage für die Analyse kapitalistischer Gesellschaft betrachtet und nicht alle gesellschaftliche Arbeit. Und ist dann nicht, was Marx sich als perspektivische menschliche Gesellschaft und die in ihr lebenden Individuen dachte, so konstruiert, daß die Frage von Frauenunterdrückung in ihrer Mischung von »natürlichen« und sozialen Grundlagen eine explosive Dynamik erhält? Die geschlechtliche Arbeitsteilung ist in geradezu teuflischer Weise in die Arbeitsteilung von Lebensmittelproduktion und Lebensmittelproduktion eingeschrieben und ebenso in die weitere Teilung in Arbeit und freie gemeinschaftliche Tätigkeit. Der Bereich des wirklichen Lebens ist vom Standpunkt der Lebensmittelproduktion an den Rand gedrängt und mit ihm die Menschen, die ihn hauptsächlich bevölkern – Frauen. Gleichzeitig ist die Arbeit im Zentrum von Gesellschaft entfremdet, so daß alle Hoffnung auf Befreiung illusionär verschoben ist in Richtung auf die lebendige Tätigkeit an den Rändern der Gesellschaft. Von Frauen, die immer weiter unterdrückt werden, wird irrationalerweise erwartet, die gesellschaftliche Hoffnung auf ein besseres Leben zu verkörpern, auf Freude und sinnlichen Genuß.

Wäre es nicht eine revolutionäre Tat, in dieses System einige Unordnung zu bringen als Basis für eine andere Ordnung? Wenn wir die randständigen Bereiche des Lebens befreien wollen, müssen sie verallgemeinert und daher neu bewertet werden. Gleichzeitig muß der Bereich der gesellschaftlichen Arbeit, der derzeit privilegiert ist, von Frauen besetzt werden. Sobald sich die beiden Geschlechter die verschiedenen Betätigungsfelder teilen, wird ein Herrschaftselement, das bislang die alte zerstörerische Ordnung gefestigt hat, ins Wanken gebracht. Damit wird die Frauenbewegung für die Vermenschlichung der Gesellschaft entscheidend.

Die Unruhe, die die »Hausarbeitsdebatte« trotz aller Problematik und auch unfruchtbaren Zurückweisung von Marx in den etablierten

Marxismus gebracht hat, sollte besser genutzt werden, um Rolle und Funktion von Frauenunterdrückung für die Reproduktion kapitalistischer Gesellschaften neu zu denken. Dabei kann sowohl die frühe Hoffnung, die Marx in die Arbeit setzte, wie auch seine scharfe Analyse des Schicksals der Lohnarbeit als zentrale Quelle des Profits und daher des kapitalistischen Fortschritts von aktuellem Nutzen sein. Ich glaube nicht, daß wir die Lage der Frauen dadurch verbessern können, daß wir die Hausarbeit in die Lohnarbeit und ihre Gesetze einschmuggeln und auf diese Weise die Marxsche Analyse um die Problematik nicht bezahlter Hausarbeit ergänzen. Nach meinem Dafürhalten müssen wir in unserer Kritik andersherum vorgehen.

Familienarbeit und Hausarbeit

Der Beginn feministischer Auseinandersetzung mit Marx war dalla Costas Intervention (1973) zur Bedeutung der Trennung der Sphären von Haus- und Fabrikarbeit für die Frauenunterdrückung. Die daran anschließende ›Hausarbeitsdebatte‹ bezog sich auf Marx' Analyse der Lohnarbeit. Ein Anschluß an seine und auch Engels Ausführungen zur Hausarbeit geschah eigentümlicherweise nicht. Dies soll hier kritisch nachgeholt werden.

Marx und Engels benutzen den Begriff Hausarbeit zumeist für die im Haus verrichtete Erwerbsarbeit und behandeln das im 20. Jahrhundert gewöhnlich unter Hausarbeit gefaßte unter ›Familienarbeit‹. Diesem Umstand versuche ich im folgenden durch die Verdoppelung des Begriffs Familienarbeit/Hausarbeit Rechnung zu tragen. Ferner werden die Ausführungen von Engels in die Darstellung und Kritik einbezogen.

In seinem Vorwort zum Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats skizziert Engels, was unter »Produktion und Reproduktion des unmittelbaren Lebens« (MEW, Bd. 21: 27) zu verstehen sei: »Einerseits die Erzeugung von Lebensmitteln, von Gegenständen der Nahrung, Kleidung, Wohnung und den dazu erforderlichen Werkzeugen; andererseits die Erzeugung von Menschen selbst, die Fortpflanzung der Gattung.« (MEW, Bd. 21: 27f.). Er nennt beides »Produktionen« und liefert dadurch einen Ausgangspunkt für eine Theorie von Frauenunterdrückung, deren Ausarbeitung er selbst jedoch durch folgende Bestimmungen verstellt: Er definiert die beiden Produktionsarten in der weiteren Entwicklung als »einerseits ... Arbeit, andererseits ... Familie« (MEW, Bd. 21: 28). Indem er solcherart eine Trennung vornimmt in Arbeit, der Nahrung, Kleidung, Wohnung etc. zugehörig sein sollen und Familie, bleibt ihm für letztere und damit auch für eine Theorie von Frauenunterdrückung nichts als die Organisation biologischer Prozesse und ihre Verrechtlichung und Verstaatlichung. Familienarbeit kann nicht gedacht werden. Folgerichtig untersucht er in Ursprung der Familie die Organisationen der Fortpflanzung, nicht, in welchem Verhältnis die in der Familie verrichteten Arbeiten zur Gesamtarbeit und zur Reproduktion von Gesellschaft stehen. Dabei war Engels an anderer Stelle – im Zusammenhang mit der Fortentwicklung von Gesellschaft – durchaus klar, daß in der Familie auch gearbeitet wird.

Anders Marx. Im ersten Band des Kapital kennt er durchaus, wenn auch nur am Rande, Familienarbeit. So beschreibt er jene für die

Literatur:

- dalla Costa, Maria Rosa (1973): Die Frauen und der Umsturz der Gesellschaft, in: S. James (Hg.): Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft, Berlin/W.
- Engels, Friedrich: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, in: MEW, Bd. 21, S. 25-173.
- Fraad, Harriet/Stephen Resnick/Rick Wolff (1994): Bringing it all back home. Class, Gender & Power in the Modern Household, London.
- Haug, Frigga (1980): Frauen – Opfer oder Täter?, in: Das Argument, Nr. 123.
- Haug, Frigga (1990): Erinnerungsarbeit, Berlin/Hamburg.
- Ivekovic, Rada (1984): Noch einmal zum Marxismus und Feminismus, in: Geschlechterverhältnisse und Frauenpolitik, Argument-Sonderband 110, Berlin/W.
- List, Friedrich (1841/1982): Das nationale System der politischen Ökonomie, Berlin/W.
- Marx, Karl: Thesen über Feuerbach, in: MEGA IV.3; MEW, Bd. 3.
- Marx, Karl: Frühschriften, in: MEGA I,2; MEW, Bd. 40.
- Marx, Karl: Manuskripte 1844, in: MEGA I,2; MEW, Bd. 1.
- Marx, Karl; Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie, in: MEW, Bd. 3.
- Marx, Karl: Zur Kritik der Politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 13.
- Marx, Karl: Kritik des Gothaer Programms, in: MEW, Bd. 19.
- Marx; Karl: Das Kapital, Erster Band, in: MEW, Bd. 23.
- Meillassoux, Claude, (1975/1983): Die wilden Früchte der Frau. Über häusliche Produktion und kapitalistische Wirtschaft, Frankfurt/M.
- Mies, Maria (1983): Subsistenzproduktion, Hausfrauisierung, Kolonisierung, Köln.
- Neusüß, Christel (1985): Die Kopfgeburten der Arbeiterbewegung oder: Die Genossin Luxemburg bringt alles durcheinander, Hamburg 1985.
- Pohl, Sigrid (1984): Entwicklung und Ursachen der Frauenlohndiskriminierung. Ein feministisch-marxistischer Erklärungsansatz, Frankfurt/M.
- Projekt Ideologietheorie (1979): Theorien über Ideologie, Berlin.
- Werlhof, Claudia von (1978): Der blinde Fleck in der Kritik der politischen Ökonomie, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 1, Köln,

Manufaktur typische Organisation von Arbeit, die in kleinen, durch Familien betriebenen Werkstätten geschah, und die wir bis heute aus der Landwirtschaft kennen. Für sie ist die Verwandlung aller Lebenszeit aller Familienmitglieder einschließlich der Kinder in Arbeitszeit charakteristisch.

Marx' Gegenstand ist die Zersetzung der Familie durch Warenproduktion und damit der Zusammenstoß zweier unterschiedlicher Produktions- und Lebensweisen: die Marktlogik, die den freien Warenbesitzer voraussetzt und die Familienarbeit mit der relativen Rechtlosigkeit von Frauen und Kindern. An anderer Stelle schreibt er: »Der Arbeiter verkaufte früher seine eigne Arbeitskraft, worüber er als formell freie Person verfügte. Er verkauft jetzt Weib und Kind. Er wird Sklavenhändler« (MEW, Bd. 23: 418) und in der Fußnote: »... findet man ... wahrhaft empörende und durchaus sklavenhändlerische Züge der Arbeitereltern mit Bezug auf den Kinderschacher« (MEW, Bd. 23: 418). Am Ende seiner Betrachtungen kommt Marx zu dem bekannten perspektivischen Satz: »So furchtbar und ekelhaft nun die Auflösung des alten Familienwesens innerhalb des kapitalistischen Systems erscheint, so schafft nichtsdestoweniger die große Industrie mit der entscheidenden Rolle, die sie den Weibern, jungen Personen und Kindern beiderlei Geschlechts in gesellschaftlich organisierten Produktionsprozessen jenseits der Sphäre des Hauswesens zuweist, die neue ökonomische Grundlage für eine höhere Form der Familie und des Verhältnisses beider Geschlechter« (MEW, Bd. 23: 514).

Marx' Blick ist nach vorn auf die Organisation der gesellschaftlichen Produktion gerichtet und auf die notwendige Beseitigung überkommener Formen. Tatsächlich rückt hier überhaupt nicht in seine Betrachtung, was in der Familie außer der Produktion von Waren noch gearbeitet wird und demnach auch nicht, in welcher Weise diese Arbeiten der Hege und Pflege von Mensch und Natur in den Vergesellschaftungsprozeß eingehen. Unter Hausarbeit versteht er hier die innerhäusliche Erwerbsarbeit, das »häusliche Gewerbe« (so auch MEW, Bd. 23: 316, 363f., 405, 489-493, 533, 629, 699, 733, 776).

Im Zusammenhang mit der Analyse der Arbeitsteilung finden wir Ansätze zu einer Theorie von Familienarbeit: »Für die Betrachtung gemeinsamer, d.h. unmittelbar vergesellschafteter Arbeit brauchen wir nicht zurückzugehen zu der naturwüchsigen Form derselben, welche uns an der Geschichtsschwelle aller Kulturvölker begegnet. Ein näherliegendes Beispiel bildet die ländlich patriarchalische Industrie einer Bauernfamilie, die für den eignen Bedarf Korn, Vieh, Garn, Leinwand, Kleidungsstücke usw. produziert. Diese verschiedenen Dinge treten der Familie als verschiedene Produkte ihrer Familienarbeit gegenüber, aber nicht sich selbst wechselseitig als Waren. Die verschiedenen Arbeiten ... sind in ihrer Naturalform gesellschaftliche Funktionen, weil Funktionen der Familie, die ihre eigne, naturwüchsige Teilung der Arbeit besitzt so gut wie die Warenproduktion ... Die durch die Zeitdauer gemeßene Verausgabung der individuellen Arbeitskräfte erscheint hier aber von Haus aus als gesellschaftliche Bestimmung der Arbeiten selbst, weil die individuellen Arbeitskräfte von Haus aus nur als Organe der gemeinsamen Arbeitskraft der Familie wirken« (MEW, Bd. 23: 92)

Es ist erstaunlich, daß Marx diesen Befund, daß die einzelnen Produkte nicht primär nach der verausgabten Zeit gemessen und von daher als mehr oder weniger wert erachtet und gesellschaftlich relevant verglichen sind, nicht weiter in seiner Bedeutung für die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und für das gesamte Zivilisationsmodell untersucht hat. Schließlich macht das Kalkül der verausgabten Zeit den Wert auch zu einem Fluch, vor dem die Produkte geschützt werden müssen, so daß gesellschaftlich sich schließlich nur bewähren kann, was möglichst wenig lebendige Zeit verschlingt – dies beschreibt ein Modell des Fortschritts und der Verarmung in einem. Zugleich erhalten wir hier auch einen Hinweis auf die Sehnsucht, die der Familie noch heute gilt und ihr Dauer verleiht als dem Ort, an dem nicht nur kostengünstig und arbeitsparend kalkuliert produziert werden muß.

In den ausführlichen Analysen zur Arbeit im Kapitalismus kommt die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung nurmehr am Rande vor. Ihr Zustandekommen skizziert er als zunächst »naturwüchsig«, eine Teilung auf »rein physiologischer Grundlage«, die durch den Austausch in voneinander abhängige Zweige gerät (vgl. MEW, Bd. 23: 372). Er untersucht die Anordnung dieser Bereiche, die für das kapitalistische Zivilisationsmodell zentral ist, nicht weiter. Daß Marx seine vor allem in der Deutschen Ideologie skizzierten Überlegungen zum Herrschaftscharakter der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung nicht weiter verfolgte, ist um so merkwürdiger, als sich auf dieser Grundlage eine Gesellschaftsformation entwickelte, in der gesellschaftlich im wesentlichen produziert wird, was Profit bringt, so daß alle Arbeiten, die dieser Zeitlogik nicht folgen können, nicht rationalisierbar, automatisierbar, beschleunigbar sind – wie das Hegen und Pflegen von Mensch und Natur –, liegengelassen, zerstört oder der unentgeltlichen Pflege von Frauen überlassen werden. Wir können heute wohl davon ausgehen, daß die Krisen der unbeherrschten und ungehemmten Produktivkraftentwicklung und des Raubbaus an der Natur mit dieser Logik und Bereichsordnung, der sich die Frauenunterdrückung verdankt, zusammenhängen. Insofern, so können wir – unsere Marx-Kritik zuspitzend – festhalten, führt die einseitige Analyse der Lohnarbeit statt des Zusammenhangs gesellschaftlich-notwendiger Arbeit und ihrer Über- und Unterordnung zu einer unzureichenden Analyse der Reproduktion kapitalistischer Gesellschaften, damit ihrer Dauer und der sie stützenden Kräfte. Hier also ist vom feministischen Standpunkt einiges nachzuarbeiten und umzubauen.